Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

25. August 1980
Jg. 8 Nr. 35

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Solidarität mit der polnischen Arbeiterbewegung

Erfüllung ihrer Forderungen durch die polnische Regierung! / Auflösung von Warschauer Pakt und NATO!

z.lup. Antisozialistische Kräfte seien für die Lage an der polnischen Ostseeküste verantwortlich, hat am vergangenen Freitag die Zeitung der „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei" erklärt. Unnachgiebig werde die polnische Regierung „Versuchen einiger unverantwortlicher Individuen, anarchistischer und antisozialistischer Gruppen entgegentreten, die Arbeitsunterbrechungen politisch auszunutzen", hatte Gierek bereits in seiner Fernsehrede am 19. August angekündigt und an die „internationalen Verpflichtungen" Polens gemahnt. Offenbar bereitet die polnische Regierung sich darauf vor, die Massenstreiks der polnischen Arbeiter gewaltsam niederzuschlagen. Es ist bekannt, daß die Regierung in der vergangenen Woche Polizeikräfte in der Umgebung der Küstenstädte an der Ostsee zusammengezogen hat. Die polnische Presse und das polnische Fernsehen sind Ende letzter Woche dazu übergegangen, eine umfassende Hetze gegen die Streikbewegung einzuleiten. Arbeiter wurden vorgeführt, die erklärt haben sollen, die Streiks in den Küstenstädten gefährdeten ihre Arbeitsplätze, indem sie die Versorgung ihrer Betriebe mit Rohstoffen und den Absatz der Produkte ihrer Betriebe im Ausland unterbrechen. Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung würde ernsthaft gefährdet, wenn der Streik fortgesetzt würde, hieß es in der polnischen Presse. In einzelnen Städten wurden Provokationen inszeniert, die einen Anlaß dafür liefern sollen, die Streiks gewaltsam, militärisch zu unterdrücken. Leicht kann es dann dazu kommen, daß die polnischen Polizei- und Militäreinheiten damit nicht fertig werden und die Sowjetunion offen interveniert. Damit hatte bereits der polnische Staatspräsident Babiuch indirekt gedroht, als er erklärte, daß sich „unsere Freunde" Sorgen machten.

Über die Schwierigkeiten und Risiken ihres Kampfes haben die polnischen Arbeiter ein hohes Bewußtsein. Davon zeugt die hohe Disziplin und Organisation ihres Kampfes, der bereits die Form einer politischen Massenstreikbewegung angenommen hat, die wirtschaftliche und politische Forderungen miteinander verbindet. Ausgangspunkt der Streiks war der Versuch der polnischen Regierung, die Fleischpreise zu erhöhen, um durch die Einschränkung des Lebensunterhalts der Arbeiter die Krise der polnischen Wirtschaft zu überwinden, die aus der Herrschaft des Sozialimperialismus über Polen rührt. 4 von 5 Schiffen, die auf den Danziger Werften gebaut werden, müssen an die Sowjetunion geliefert werden. 55% der Maschinenproduktion Polens von Konsumgütern in die Sowjetunion. In der Rohstoffversorgung, vor allem in bezug auf Öl und Erze, ist Polen vollständig von der Sowjetunion abhängig. Gleichzeitig ist es mit 20 Mrd. Dollar bei den westlichen Imperialisten verschuldet und muß durch steigende Exporte in den westlichen Ländern Schuld und Zinsen tilgen.

Gegen die Fleischpreiserhöhungen hatten sich zunächst in zahlreichen Betrieben im Inneren des Landes, in Warschau und anderen Städten, die Arbeiter zu Streiks erhoben. Später hat die Streikbewegung die Industriestädte an der Ostseeküste erfaßt, wo sie sich zu einer allgemeinen Massenstreikbewegung entwickelte. Es kann gut sein, daß sich diese Massenstreikbewegung von den Städten der Ostseeküste aus aufs ganze Land ausweitet, und insbesondere auch auf das schlesische Industriegebiet, auf das sich anscheinend bislang Gierek noch stützen kann. 2000 Zloty, etwa 120 DM Lohnerhöhung, Anerkennung des Streikrechts und des Rechts auf Bildung selbständiger Gewerkschaften, Pressefreiheit und Aufhebung der Zensur sind wichtige Forderungen dieser Streiks. Grundlagen für die Bildung selbständiger Gewerkschaften wurden geschaffen, indem die streikenden Belegschaften betriebliche Streikkomitees auf der Danziger Lenin-Werft zu einem gemeinsamen Organ zusammengeschlossen haben. Die Regierung mußte jetzt mit dem gemeinsamen Streikkomitee Verhandlungen aufnehmen; Anerkennung der Gewerkschaftsfreiheit ist unverzichtbar, haben die Streikenden erklärt. Bis Samstag hatte sich die Regierung geweigert mit dem gemeinsamen Streikkomitee zu verhandeln. Sie wollte höchstens mit betrieblichen Streikkomitees verhandeln, in der Hoffnung, dadurch die Bewegung spalten und sodann niederschlagen zu könnnen. Die Taktik ist aber nicht aufgegangen, die Streikfront hat sich vielmehr gefestigt und ausgedehnt.

Nachdem Gierek am Montag seinen Besuch in der BRD abgesagt hatte, hat Schmidt am Freitag seinen Besuch in der DDR abgesagt. Er geht wahrscheinlich davon aus, daß die polnische Regierung rasch zur offenen Unterdrückung der Streiks übergeht, womöglich auch die Sowjetunion direkt. Da will er nicht gleichzeitig in der DDR sein. Die Absage des Besuchs ist auch ein Einschwenken auf die Einmischungshetze von Strauß, der fordert, angesichts dieser Streiks die Regierungen Osteuropas nicht durch Kredite zu sichern, sondern erst zu politischen Zugeständnissen an den BRD-Imperialismus zu zwingen. Ein „Aufstand in Danzig" sei eine „europäische Angelegenheit", hat die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" letzte Woche geschrieben. Unbedingt muß die westdeutsche Arbeiterklasse die polnische Arbeiterbewegung unterstützen, insbesondere angesichts der Gefahr einer sozialimperialistischen Intervention. Zugleich muß sie dabei aber auch allen Einmischungsversuchen seitens der BRD, der NATO und der USA einen Riegel vorschieben. Wenn von der Bundesregierung verlangt wird, endlich ein für allemal und unzweideutig die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, ist das eine direkte Unterstützung für die polnische Arbeiterbewegung. Die Hauptgefahr für die polnische Arbeiterklasse geht von der Mitgliedschaft Polens im Warschauer Pakt, von einer drohenden Intervention der Sowjetunion aus.

Die Gefahr von Einmischungen durch die NATO kompliziert die Lage zusätzlich. Auflösung von NATO und Warschauer-Pakt ist eine Forderung, deren Notwendigkeit gerade in der komplizierten Streiksituation der polnischen Arbeiterbewegung eindringlich zu Bewußtsein kommt.

Israelischer Überfall auf den Südlibanon zurückgeschlagen

z.chm. Palästinensische Einheiten, die im Südlibanon im Gebiet von Nabatiya und Arnun (Beaufort Castle) stationiert sind, konnten den Überfall von 500 israelischen Soldaten, die von Kampfhubschraubern gedeckt wurden, zurückschlagen. Der Überfall wurde vom israelischen Ministerpräsidenten Begin in seiner Eigenschaft als Interimskriegsminister geleitet. Ziel der Operation war, „zu zeigen, daß die Initiative bei Israel liegt", wie der israelische Generalstabschef Eytan erklärte. Die Eroberung von Arnun sollte der faschistischen Marionette Israels, Major Haddad, der in einem zehn km langen Grenzstreifen die Geschäfte der Zionisten führt, Entlastung bringen gegen die Kampfeinheiten der PLO als Vorbereitung für eine großangelegte Invasion des gesamten Südlibanon durch Israel.

Iran greift sowjetische Interventinonspolitik scharf an

z.krk. Die Politik der Sowjetunion sei nicht weniger imperialistisch als die der USA – stellte Außenminister Ghotbzadeh in einem Brief an Gromyko fest. Lang ist das Sündenregister der SU im Iran: über die Tudeh-Partei schleust sie ihre Agenten ins Land, die Botschaft ist ein Spionagezentrum, das Personal pflegt Beziehungen zu Feinden der Revolution. Mit Waffen und Geld schürt die SU Widersprüche im Land. Die iranische Regierung fordert aus diesem Grund erneut die Anullierung der Paragraphen 5 und 6 des 1921 geschlossenen Freundschaftsvertrages, die von der SU als Interventionsrechte ausgelegt werden können, sowie die Reduzierung ihres Botschaftspersonals. Da die UdSSR nicht bereit ist, ein iranisches Konsulat in Tadschikistan zuzulassen, wurde am 22.8., iranischen Forderungen entsprechend, das sowjetische Konsulat in Isfahan geschlossen.

Keine Hinrichtung Kim Dae-jungs! Abzug aller US-Truppen aus Südkorea!



„Jetzt drücken die USA ihr ‚Bedauern' über den Fall Kim Dae-jung aus und ihre ‚tiefe Besorgnis' über die faschistische Despotie, als ob sie sich um die ‚demokratische Entwicklung' in Südkorea Sorge machten. Tatsächlich ... geht es ihnen um die Aufrechterhaltung des brutalen Diktaturregimes und die Sicherheit ihrer kolonialen Militärstützpunkte ..." So heißt es in einer Erklärung des ZK der (illegal arbeitenden) Revolutionären Wiedervereinigungspartei in Südkorea vom 4.8. – In der ganzen Welt schwillt der Protest gegen den Militärprozeß an. Kim und andere widerriefen inzwischen ihre vom Militär erpreßten „Geständnisse". – *Bild:* Demonstration in Köln am 16.8.80

USA – stellte Außenminister Ghotbzadeh in einem Brief an Gromyko fest. Lang ist das Sündenregister der SU im Iran: über die Tudeh-Partei schleust sie ihre Agenten ins Land, die Botschaft ist ein Spionagezentrum, das Personal pflegt Beziehungen zu Feinden der Revolution. Mit Waffen und Geld schürt die SU Widersprüche im Land. Die iranische Regierung fordert aus diesem Grund erneut die Anullierung der Paragraphen 5 und 6 des 1921 geschlossenen Freundschaftsvertrages, die von der SU als Interventionsrechte ausgelegt werden können, sowie die Reduzierung ihres Botschaftspersonals. Da die UdSSR nicht bereit ist, ein iranisches Konsulat in Tadschikistan zuzulassen, wurde am 22.8., iranischen Forderungen entsprechend, das sowjetische Konsulat in Isfahan geschlossen.

Küstenstädten gefährdeten ihre Arbeitsplätze, indem sie die Versorgung ihrer Betriebe mit Rohstoffen und den Absatz der Produkte ihrer Betriebe im Ausland unterbrechen. Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung würde ernsthaft gefährdet, wenn der Streik fortgesetzt würde, hieß es in der polnischen Presse. In einzelnen Städten wurden Provokationen inszeniert, die einen Anlaß dafür liefern sollen, die Streiks gewaltsam, militärisch zu unterdrücken. Leicht kann es dann dazu kommen, daß die polnischen Polizei- und Militäreinheiten damit nicht fertig werden und die Sowjetunion offen interveniert. Damit hatte bereits der polnische Staatspräsident Babiuch indirekt gedroht, als er erklärte, daß sich „unsere Freunde" Sorgen machten.

Über die Schwierigkeiten und Risiken ihres Kampfes haben die polnischen Arbeiter ein hohes Bewußtsein. Davon zeugt die hohe Disziplin und Organisation ihres Kampfes, der bereits die Form einer politischen Massenstreikbewegung angenommen hat, die wirtschaftliche und politische Forderungen miteinander verbindet. Ausgangspunkt der Streiks war der Versuch der polnischen Regierung, die Fleischpreise zu erhöhen, um durch die

daß sich diese Massenstreikbewegung von den Städten der Ostseeküste aus aufs ganze Land ausweitet, und insbesondere auch auf das schlesische Industriegebiet, auf das sich anscheinend bislang Gierek noch stützen kann. 2000 Zloty, etwa 120 DM Lohnerhöhung, Anerkennung des Streikrechts und des Rechts auf Bildung selbständiger Gewerkschaften, Pressefreiheit und Aufhebung der Zensur sind wichtige Forderungen dieser Streiks. Grundlagen für die Bildung selbständiger Gewerkschaften wurden geschaffen, indem die streikenden Belegschaften betriebliche Streikkomitees auf der Danziger Lenin-Werft zu einem gemeinsamen Organ zusammengeschlossen haben. Die Regierung mußte jetzt mit dem gemeinsamen Streikkomitee Verhandlungen aufnehmen; Anerkennung der Gewerkschaftsfreiheit ist unverzichtbar, haben die Streikenden erklärt. Bis Samstag hatte sich die Regierung geweigert mit dem gemeinsamen Streikkomitee zu verhandeln. Sie wollte höchstens mit betrieblichen Streikkomitees verhandeln, in der Hoffnung, dadurch die Bewegung spalten und sodann niederschlagen zu könnnen. Die Taktik ist aber nicht aufgegangen, die Streikfront hat sich vielmehr gefestigt und ausgedehnt.



„Jetzt drücken die USA ihr ‚Bedauern' über den Fall Kim Dae-jung aus und ihre ‚tiefe Besorgnis' über die faschistische Despotie, als ob sie sich um die ‚demokratische Entwicklung' in Südkorea Sorge machten. Tatsächlich ... geht es ihnen um die Aufrechterhaltung des brutalen Diktaturregimes und die Sicherheit ihrer kolonialen Militärstützpunkte ..." So heißt es in einer Erklärung des ZK der (illegal arbeitenden) Revolutionären Wiedervereinigungspartei in Südkorea vom 4.8. – In der ganzen Welt schwillt der Protest gegen den Militärprozeß an. Kim und andere widerriefen inzwischen ihre vom Militär erpreßten „Geständnisse". – *Bild:* Demonstration in Köln am 16.8.80

Widerstand des bolivianischen Volkes ist nicht gebrochen

z.ans. Die bolivianische Militärdiktatur hat per Dekret vom 19.8. alle gewerkschaftlichen Tätigkeiten verboten. Der Bolivianische Gewerkschaftsbund COB ist aufgelöst, seine Zentrale soll dem Erdboden gleichgemacht werden. Acht Universitäten sind auf unbestimmte Zeit geschlossen, studentische Organisationen untersagt. Das gesamte Lehrpersonal an den höheren Schulen ist entlassen. Den Widerstand des Volkes kann die wütige Konterrevolution nicht brechen. Die in Siglo XX von Minenarbeitern, Bauern und Kaufleuten gebildeten Komitees verteilen unentgeltlich Essen, stellen Wachposten in den Bergen auf und versuchen, mit Dynamitexplosionen das die Minen besetzende Militär abzuwehren. In Catavi haben kürzlich Bauern eine mit 120 Soldaten besetzte Kaserne unter Einsatz von Dynamit gestürmt.

Verstärkte Guerillatätigkeit in El Salvador

z.chm. Der Aufruf der Demokratischen Revolutionären Front El Salvadors zum dreitägigen Generalstreik hat wütende Reaktionen der Militärdiktatur hervorgerufen. Die Regierung drohte jedem Arbeiter und Angestellten, der sich dem Streik anschließt, mit Entlassung. Bus- und Taxifahrer riskierten den Entzug ihrer Fahrerlaubnis und ihrer Zulassung. Der Streikaufruf ist unterschiedlich befolgt worden, in den Provinzstädten stärker als in San Salvador selbst, wo die Unterdrückungsmaßnahmen am schärfsten waren. Die Guerillaeinheiten haben mehrere erfolgreiche Operationen vor allem gegen Einrichtungen der Armee durchgeführt, bei denen über 150 Soldaten und Polizisten getötet wurden. Alle Frontalangriffe der Armee gegen die befreiten Gebiete an der Grenze zu Honduras konnten zurückgeschlagen werden.

Truppenaufmarsch Vietnams an der thailändischen Grenze

Zur 35. UN-Vollversammlung einen Neuaufguß des von der ASEAN abgelehnten 4-Punkte-Planes

z.chm. Die Einheiten der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea haben ihre Kampftätigkeit gegen die vietnamesischen Aggressionstruppen intensiviert. Auf der Nationalstraße 4, die Phnom Penh mit dem Hafen Kompong Som verbindet, sind die Besatzer inzwischen gezwungen, alle 150 m einen Wachposten zu stellen und alle 2 – 3 km eine Kompanie, die auch die parallel dazu verlaufende Eisenbahnlinie bewachen sollen. Im Juli sprengte die Nationale Armee drei Militärzüge, die auf dieser Strecke fuhren. Sie beschlagnahmte einen Militärkonvoi, der aus 20 Lastwagen bestand, auf der Nationalstraße 5, die von Phnom Penh nach Aranyaprathet führt. Teile der Nationalstraße 6 zwischen Phnom Penh und Siem Rap sind durch Sprengungen unbrauchbar gemacht worden. Die Reichweite der Guerillaoperationen geht bis in die Außenbezirke von Phnom Penh. Entscheidend ist, daß es den vietnamesischen Besatzern nicht gelungen ist, Phnom Malay, den Gebirgszug, der sich südlich der Straße Nr. 5 entlang der Grenze zu Thailand und zur Küste erstreckt, zu erobern. Allein in der letzten Juliwoche sind 3058 Besatzungssoldaten getötet oder verwundet worden.

Die Zahl der Besatzer ist inzwischen auf 250000 gestiegen. Hinzukommen zwei laotische Divisionen, die im Norden des Landes operieren. Die Hälfte der vietnamesischen Aggressionstruppen befindet sich an der Grenze zu Thailand. Seit dem 30.7., nach dem Scheitern des Manövers mit dem 4-Punkte-Plan, der Thailand die Errichtung einer entmilitarisierten Zone auf seinem Territorium und die Anerkennung der Marionette Heng Samrin aufzwingen sollte, haben vietnamesische Flugzeuge 18mal den thailändischen Luftraum verletzt und halten einige thailändische Grenzdörfer nordwestlich der Stadt Sisophon besetzt, um Thailand einzuschüchtern und die Einheit der ASEAN-Staaten zu untergraben. „Vietnam will davon ablenken, daß es bei der 35. UN-Vollversammlung auf der Anklagebank steht", erklärte der stellvertretende Vorsitzende des thailändischen Sicherheitsrates. „Thailand und die anderen ASEAN-Staaten erkennen das Heng Samrin-Regime nicht an. Wir erkennen die Regierung des Demokratischen Kampuchea an aus Achtung vor den Prinzipien der UNO und vor der Legitimität einer Regierung, die vom Volk eingesetzt worden ist."

Eine Neuauflage des „4-Punkte-Planes" haben jetzt Vietnam, Kuba und 11 andere Staaten unter Federführung der Sozialimperialisten, aber nicht mit ihrer Unterschrift versehen, dem UN-Generalsekretär als „Vorschlag für Frieden, Stabilität und Kooperation in Südostasien" unterbreitet, der auf die Tagesordnung der Vollversammlung gesetzt werden soll. Das ist dreist, denn auf dieser Vollversammlung muß das Mandat des Demokratischen Kampuchea erneut bestätigt und die Resolution vom November 1979, die den Abzug aller fremden Truppen aus Kampuchea fordert, erneuert werden. Beides lehnt Vietnam ab. In seinem Kommentar zum neuen „Plan der 13" erklärte der Sender des Demokratischen Kampuchea: „Die einzige Möglichkeit, um die Kampucheafrage zu lösen und die Spannung entlang der kampucheanisch-thailändischen Grenze und im ganzen südostasiatischen Raum zu beseitigen, ist der vollständige Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea."

Erfolge der EPLF gegen die sozialimperialistische Aggression



In einer Gegenoffensive gegen die von den Sozialimperialisten gestützte äthiopische Armee konnte die EPLF in der letzten Woche 250 Soldaten töten. Am 1.9. ist der 19. Jahrestag des Beginns des bewaffneten Aufstands in Eritrea.

z.sal. **Der Verband norddeutscher Kutter- und Küstenfischer hat sich mit den Krabbenfischern der schleswig-holsteinischen Westküste solidarisch erklärt.** Alle 40 Weser-Ems Fischer haben jetzt auch ihre Kutter angebunden. Die Fischer fordern 4 DM als Mindesterzeugerpreis für 1 Kilogramm Krabben und 11,4 Mio. DM Gasölbeihilfen, um die hundertprozentigen Treibstoffverteuerungen aufzufangen. Die bürgerlichen Politiker versprechen *Hilfe* über die Fischmarktordnung 1981 der Europäischen Gemeinschaft und das Energiesparprogramm nach dem nur diejenigen Fischer Zuschüsse bekommen, die sich neues treibstoffsparendes Fanggeschirr kaufen. Am 22.8. haben die Fischer auf ihrem Treffen in Hamburg festgelegt, daß sie am 27./28.8. eine Delegation zum Bundeslandwirtschaftsministerium senden, um wirksame Sofortmaßnahmen zu erreichen: Stillegeprämien für fangfreie Zeiten (z. B. im Winter), Treibstoffhilfen und die Änderung der Fischmarktordnung der Europäischen Gemeinschaft, um so zu verhindern, daß die holländischen Vermarkter den Krabbenpreis weiterhin drücken.

z. heo. **65 palästinensische Arbeiter und Studenten aus der ganzen BRD führten am 20./21. August im Bonner Büro der Arabischen Liga einen 24-stündigen Hungerstreik aus Solidarität mit 78 im zionistischen NAFHA-Gefängnis Gefangenen durch.** Die Forderungen der Gefangenen wurden durch die Palästinenser in Bonn unterstützt, die zusätzlich die Anerkennung aller politischen palästinensischen Gefangenen als Kriegsgefangene und Behandlung gemäß den Bestimmungen der Genfer Konvention sowie die Schließung des NAFHA-Gefängnisses und die sofortige Beendigung der physischen und psychologischen Vernichtung der palästinensischen Gefangenen forderten. Der PLO-Vertreter in der BRD, Abdallah Frangi, erklärte dazu in Bonn, aufgrund der verschärften Expansion der Zionisten müßte der Palästinensische Nationalrat am 4.9. in Damaskus geeignete, auch militärische, Schritte als Antwort beschließen.



z.ebk. **Die Deutsche Journalisten Union (dju) hat eine Dokumentation über die handgreiflichen Eingriffe der Polizei in die Berichterstattung über die Räumung des Anti-Atom-Dorfes bei**

nem sterilen meinungslosen Territorium gemacht würden." In den letzten Monaten haben sich Gerichte mehrfach zum Tragen der Anti-Strauß- und der Anti-Atom-Plakette in Betrieben und Verwaltungen ausgesprochen. Das Verwaltungsgericht Berlin und das Arbeitsgericht Hamburg halten es für zulässig, das Arbeitsgericht Regensburg und das Verwaltungsgericht Hamburg für unzulässig. Die IG Metall hat Rechtsschutz erteilt und will ,,alle Rechtsmittel ausschöpfen."

z.hew. **Die niedersächsische Landesregierung hat die ,,Beratungsstelle für den vorbeugenden Sabotageschutz" des Verfassungsschutzes eingerichtet.** Sie soll Betriebe beraten, die ,,im Verteidigungsfall weiterarbeiten müssen." Die Bezirksregierungen legen die Betriebe fest. Alle Gas- und Wasserwerke, Einrichtungen des Gesundheitswesens, des Verkehrs, Rüstungsbetriebe und Kraftwerke aller Art sind ohnehin schon eingeplant. Zu der bisher schon geleisteten Unterstützung des Verfassungsschutzes bei Einstellungen und Überprüfungen kommt jetzt die Beratung im ,,technischen Sabotageschutz", d.h. Sicherung von Anlagen vor unbefugter Benutzung oder Schädigung. Kernkraftwerke werden jetzt ganz vom Verfassungsschutz, statt wie bisher von den Landeskriminalämtern, beraten. Begründet wird dies mit ,,besonderen Erkenntnissen".

z.frb. **Deutsche Bank und Allianz haben die zweitgrößte westdeutsche Linienschiffsreederei ,,Hansa" dem Pleitegeier übergeben.** 1975 hatte die Reederei mit einem Investitionsprogramm von 475 Mio. DM aufs Öltransportgeschäft gesetzt – und sich verspekuliert. Der Ausfall des Irangeschäfts gab den Rest. Auf 600 Mio. belaufen sich die Forderungen der Gläubiger, Hansa strebt eine Vergleichsquote von 40% an. Zuvor war eine Anbindung an Hapag Lloyd gescheitert. Das Hansa-Kapital hätte dazu um 200 Mio. DM entlastet werden müssen, einigen Gläubigern war das zuviel. Deutsche Bank und Allianz halten 44 bzw. 45% der Hansa. Auch Hapag Lloyd befindet sich in ihrem (und der Dresdner Bank) Besitz. Den besten Teil der Schiffsflotte wird Hapag Lloyd zum Schleuderpreis übernehmen, der 2000 Beschäftigten entledigt sich die Deutsche Bank per Sozialplan. So entpuppt sich hinter der Pleite ein wohlkalkuliertes Bankgeschäft.

z.gab. **Die Bundesbank hat die Finanzlage der staatlichen Transport- und Kommunikationsmonopole untersucht.** Die Bundeshilfen an die Bahn seien in den letzten drei Jahren weiter gestiegen auf rund 6,5% des Bundeshaushalts und könnten auch durch die steigenden Gewinnabfuhren der Post an den Bund nicht kompensiert werden.

(in Mrd. DM) 1971–73 1974–76 1977–79
Verlust DB –6,33 –9,98 –11,9
Bundeshilfen an DB 6.82 9.20 12.50

Staatsapparat schränkt passives Wahlrecht ein

Landgericht Oldenburg verweigert H. Rosenbaum Teilnahme am Bundestagswahlkampf

z.jük. Ein Abschwören von politischen Auffassungen zu erzwingen, ist erklärtes Ziel des bürgerlichen Staatsapparates bei der Einkerkerung von politischen Gefangenen. Gelingt das nicht, wird die politische und persönliche Unterdrückung verschärft. Sicherheitsverwahrung wird von den bürgerlichen Parteien schon länger diskutiert, verschiedenenorts hat es auch Versuche gegeben durch den bürgerlichen Staatsapparat, sie einzuführen. Sicherheitstrakte für die politischen Gefangenen der RAF sind längst die Regel, sie sollen die Gefangenen persönlich zerbrechen und von den übrigen Gefangenen vollends isolieren. Urlaubssperre und Aussetzung der ⅔-Bewährung sind weitere Mittel des bürgerlichen Staatsapparates, zusätzlich zur täglichen Schikane in den Gefängnissen, die alle Gefangenen betreffen. Das Landgericht Oldenburg hat letzte Woche dem Mitglied des ZK des KBW Helga Rosenbaum Hafturlaub und Sonderurlaub nicht genehmigt. Genossin Rosenbaum kandidiert auf der Landesliste des KBW für die Bundestagswahlen. Zwecks Teilnahme am Bundestagswahlkampf war der Sonderurlaub beantragt worden. Die Begründung des Landgerichts Oldenburg ist die fortgesetzte Teilnahme der Genossin Rosenbaum an heftigen Kämpfen der Volksmassen gegen den bürgerlichen Staatsapparat in Heidelberg in den Jahren 1975 und 1976, wofür sie auch vom bürgerlichen Staat in Vechta (Niedersachsen) eingesperrt wurde.

,,Die Kammer ist der Überzeugung, daß im vorliegenden Fall zu befürchten ist, daß die Antragstellerin Vollzugslockerungen oder Urlaub zu Straftaten mißbrauchen werde... In allen Urteilen kommt zum Ausdruck, daß die Antragstellerin aus politischer Überzeugung gehandelt hat und auch weiter handeln wird. Sie hat deutlich zu verstehen gegeben, daß sie weder durch laufende Verfahren noch durch erfolgte Verurteilungen zu beeindrucken ist. ... Diese Befürchtung zu einem Mißbrauch von Straftaten gilt insbesondere auch insoweit, als sie Vollzugslockerungen und Urlaub begehrt, um ihr passives Wahlrecht als Bundestagskandidatin des KBW wahrzunehmen. Aus den Feststellungen der obengenannten Urteile ergibt sich daß die Straftaten im wesentlichen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Stadträtin des KBW im Rat der Stadt Heidelberg zusammenhängen. An den Aktionen des KBW war sie seinerzeit maßgeblich und vor allem in bestimmender Weise beteiligt. Aufgrund dessen besteht die dringende Gefahr, daß es auch zu ähnlichen Vorfällen im Rahmen der Kandidatur für den KBW zu den Bundestagswahlen kommt. Diese Befürchtung gilt umso mehr, als sich in bezug auf den Bundestagswahlkampf deutliche Polarisationserscheinungen abzeichnen. Unter diesen Umständen liegt die Möglichkeit sehr nahe, daß es in hitzigen Wahlgefechten zu ähnlichen Vorfällen kommt wie seinerzeit in Heidelberg."

Unvermeidlich werden sich die Kämpfe gegen die bürgerlichen Parteien und die Bourgeoisie verschärfen. Der KBW kämpft in diesem Wahlkampf gegen Imperialismus und Reaktion, für Demokratie und Sozialismus, wie er es auch 1976 getan hat. Die Praxis des Landgerichts Oldenburg ist nicht neu in Niedersachsen gegenüber politischen Gefangenen. Dem KBW-Mitglied Hanke war von der Staatsanwaltschaft Hannover angedroht worden, daß seine ⅔-Bewährung gefährdet sei, wenn er nicht abschwört, gegen die imperialistische Energiepolitik der Bundesregierung zu kämpfen. Das Landgericht Oldenburg lehnte im Juni 80 ⅔-Bewährung für H. Oldefest ab, weil er erklärte, weiterhin an Demonstrationen gegen Atomkraftwerke teilnehmen zu wollen und weil er sich weigerte, seine Prozeßäußerung zurückzunehmen, daß Bauplatzbesetzungen ein notwendiges Mittel im Kampf gegen Atomkraftwerke sind. Bei der Genossin Rosenbaum ist diese Begründung schon in der Urlaubsablehnung enthalten. Gegen die Einschränkung des Rechts zur Teilnahme an den Bundestagswahlen wird Widerspruch eingelegt. Öffentliche Unterstützung dabei ist notwendig.



Bis zu 6000 beteiligten sich im Sommer 1975 in Heidelberg an den Massenaktionen gegen die Fahrpreiserhöhung

Die Herkunftsländer der ausländischen Arbeiter fordern von den Imperialisten Ausgleichszahlungen

z.anb.Wien. In den Mitgliedsstaaten der EG gibt es rund 6 Mio. ausländischer Arbeiter, mit ihren Familienangehörigen zusammen sind es über 12 Mio., also etwa die Bevölkerungszahl der Niederlande. 73% davon kommen aus Ländern außerhalb der EG. In der BRD sind 1,9 Mio. ausländischer Arbeiter beschäftigt, 9,5% der Gesamtbeschäftigtenzahl, in Frankreich sind es 11,1%, in Belgien 8,3%, in Italien 0,4%, im Durchschnitt der EG 7,3% (1978).

Anfang der 70er Jahre befanden sich 2,6 Mio. jugoslawischer Arbeiter, fast 30% der Lohnabhängigen, im Ausland. Inzwischen ist ihre Zahl auf 800000 gesunken. Allein seit 1978 sind 300000 jugoslawische Arbeiter zurückgekehrt. Von 1976–80 sind 1,3 Mio. neuer Arbeitsplätze in Jugoslawien geschaffen worden. Die in ganz Europa höchste Investitionsrate von durchschnittlich 40% des Bruttosozialprodukts

die Beschäftigung jugoslawischer Arbeiter Ausgleichszahlungen leisten solle, mit deren Mitteln der Aufbau der jugoslawischen Wirtschaft, vor allem die Schaffung neuer Arbeitsplätze gefördert werden könnten. Diese Forderung werde auch von anderen ,,Abgabeländern" erhoben, man habe unlängst darüber im Rahmen des Europarats in Straßburg verhandelt. Einhellige Meinung der westeuropäischen imperialistischen Staaten: unannehmbar. Im Gegenteil, vielmehr sei angebracht, daß die Herkunftsländer Zahlungen leisteten dafür, daß ihre Arbeiter im Ausland beschäfigt würden und in den Genuß von Sozialleistungen kämen.

Wenn Länder wie Jugoslawien oder die Türkei nicht alle produktiven Arbeiter beschäftigen können – der jugoslawischen Volkswirtschaft z.B. sind damit pro Jahr rund 7 Mrd. Dollar an Wertprodukt entzogen – so ist dies zu den Hinterlassenschaften kolonialer Unterwerfung und imperialistischer

ganzer lebenswichtiger Zweige der Volkswirtschaft, all das ist darunter zu subsumieren. Die Beseitigung dieser ererbten Fesseln kostet gewaltige Mittel.

Die Imperialisten sehen von zwei Seiten ihre Profite aus der Ausbeutung billiger und in Rechtlosigkeit gepreßter ausländischer Arbeiter bedroht. Einerseits durch die erstarkende Bewegung für Beseitigung der Entrechtung und der Niedriglöhne der ausländischen Arbeiter, die in der Forderung nach obligatorischer Einbürgerung gipfelt, andererseits durch die Herkunftsländer, die diese Arbeiter als Teil der entscheidenden Produktivkraft ihres Landes betrachten, die man weder freiwillig wegschickt noch billig vernutzen läßt.

Zwei westdeutsche Sozioökonomen haben inzwischen einen Vorschlag ausgebastelt und der Internationalen Arbeitsorganisation vorgelegt: den ,,arbeitskräfteexportierenden Ländern"

politischen palästinensischen Gefangenen als Kriegsgefangene und Behandlung gemäß den Bestimmungen der Genfer Konvention sowie die Schließung des NAFHA-Gefängnisses und die sofortige Beendigung der physischen und psychologischen Vernichtung der palästinensischen Gefangenen forderten. Der PLO-Vertreter in der BRD, Abdallah Frangi, erklärte dazu in Bonn, aufgrund der verschärften Expansion der Zionisten müßte der Palästinensische Nationalrat am 4.9. in Damaskus geeignete, auch militärische, Schritte als Antwort beschließen.



z.ebk. **Die Deutsche Journalisten Union (dju) hat eine Dokumentation über die handgreiflichen Eingriffe der Polizei in die Berichterstattung über die Räumung des Anti-Atom-Dorfes bei Gorleben vorgelegt.** ,,Ein Beamter hielt mir die Hand vor die Kamera und verwies mich des Platzes", berichtet ein Journalist über einen Polizeibeamten. Ein Hauptkommissar zu einem anderen Journalisten: ,,Schafft mir diese Kreatur vom Hals". Oder ein dritter Polizeibeamter: ,,Nimm die Kamera vom Auge, sonst haue ich sie dir rein." Einsatz von Polizeiknüppeln, Verweis des Platzes und Beschlagnahme von Filmmaterial sollten die Berichterstattung verhindern. So konnte das ZDF am Abend berichten: ,,Größere Zwischenfälle wurden nicht bekannt." Die dju hatte sich noch am Tag der Räumung an den niedersächsischen Innenminister und an Bundesinnenminister Baum mit ihrem Protest gegen diese massiven Eingriffe in die Pressefreiheit gewandt. Niedersachsens Innenminister Möcklinghoff stritt alles ab, Baum antwortete erst gar nicht.

z.ebk. **Anti-Strauß-Plaketten im Betrieb rechtfertigen die Kündigung, entschied nach dem Arbeitsgericht Iserlohn jetzt auch in zweiter Instanz das Landesarbeitsgericht Hamm.** Es präzisiert, daß es Pflicht sei, ,,parteipolitische Provokationen" im Betrieb zu unterlassen. Der Kapitalist brauche nicht erst abzuwarten, bis eine ,,Störung des Betriebsfriedens" tatsächlich eingetreten sei, es reiche aus, wenn er sie vermute. Der Hauptvorstand der IG Chemie hat gegen dieses Urteil protestiert. Diese Kündigungen zeigen, so erklärte er, ,,wie sehr von Arbeitgebern die Meinungsäußerungen von Arbeitnehmern eingeschränkt werden." Das Verhalten der Kapitalisten lasse befürchten, daß ,,die Betriebe zu ei-

nienschiffsreederei ,,Hansa" dem Pleitegeier übergeben. 1975 hatte die Reederei mit einem Investitionsprogramm von 475 Mio. DM aufs Öltransportgeschäft gesetzt – und sich verspekuliert. Der Ausfall des Irangeschäfts gab den Rest. Auf 600 Mio. belaufen sich die Forderungen der Gläubiger, Hansa strebt eine Vergleichsquote von 40% an. Zuvor war eine Anbindung an Hapag Lloyd gescheitert. Das Hansa-Kapital hätte dazu um 200 Mio. DM entlastet werden müssen, einigen Gläubigern war das zuviel. Deutsche Bank und Allianz halten 44 bzw. 45% der Hansa. Auch Hapag Lloyd befindet sich in ihrem (und der Dresdner Bank) Besitz. Den besten Teil der Schiffsflotte wird Hapag Lloyd zum Schleuderpreis übernehmen, der 2000 Beschäftigten entledigt sich die Deutsche Bank per Sozialplan. So entpuppt sich hinter der Pleite ein wohlkalkuliertes Bankgeschäft.

z.gab. Die Bundesbank hat die Finanzlage der staatlichen Transport- und Kommunikationsmonopole untersucht. Die Bundeshilfen an die Bahn seien in den letzten drei Jahren weiter gestiegen auf rund 6,5% des Bundeshaushalts und könnten auch durch die steigenden Gewinnabfuhren der Post an den Bund nicht kompensiert werden.

(in Mrd. DM)	1971–73	1974–76	1977–79
Verlust DB	–6,33	–9,98	–11,9
Bundeshilfen an DB	6,82	9,20	12,50
Gewinn der Post	0,25	2,54	6,18
Post an Bund	1,07	1,73	2,59
Bund an Post	0.77	1,73	0,69

Wegen der erfolgreichen Rationalisierungsmaßnahmen – vor allem sei das Jahr 1979 für beide Bundesunternehmen günstig verlaufen – für die Bahn sei es gelungen, den ausgewiesenen Verlust zumindest zu verringern gegenüber dem Vorjahr. Günstig vor allem sei die bei der Bahn seit 1978 wieder steigende Arbeitsproduktivität, da nun gestiegene Betriebsleistungen mit Personaleinsparungen zusammenträfen. Ebenso habe die Post eine um durchschnittlich 4% gesteigerte Arbeitsproduktivität zu verzeichnen. Nur seien die bisherigen Personaleinsparungen lediglich im Rahmen des normalen Personalabgangs möglich gewesen, weist die Bundesbank den einzuschlagenden Weg.

z.hev. **Nach der ,,Negativliste" von Arzneimitteln ist jetzt eine ,,Positivliste" im Gespräch.** Der Bundesverband der Ortskrankenkassen hat bereits eine Delegation in die Schweiz entsandt, um die dortigen Erfahrungen mit einer solchen Positivliste zu erkunden. Während die Negativliste die Medikamente benennt, die *nicht* verordnet werden, sollen in die Positivliste nur die Medikamente aufgenommen werden, die verordnet werden dürfen. Der Negativliste hatte Bundesarbeitsminister Ehrenberg kurz vor der Bundestagswahl seine Zustimmung nicht gegeben, sein Staatssekretär Buschfort hatte angesichts heftiger Proteste von seiten der pharmazeutischen Industrie, die ,,Umsatzeinbußen" und ,,Wettbewerbsverzerrungen" befürchtet, die Liste als ,,rechtlich unklar" bezeichnet. Nach den Erfahrungen der Schweiz und Österreichs haben Positivlisten alleine aber nicht zu einer Beschränkung der Ausgaben für Medikamente geführt. Ein Kostendämpfungseffekt wäre allerdings über den Umweg schärferer Kontrollen der Verordnungsweise der Ärzte erreichbar. Die Überprüfung ließe sich bei einer übersichtlichen Zahl von Medikamenten vereinfachen, der Kostendämpfungsdruck somit verstärkt via niedergelassene Ärzte an die Versicherten weitergeben. Die Positivliste ist langfristig gefährlicher als die negative.

den Jahren 1975 und 1976, wofür sie auch vom bürgerlichen Staat in Vechta (Niedersachsen) eingesperrt wurde.

,,Die Kammer ist der Überzeugung, daß im vorliegenden Fall zu befürchten ist, daß die Antragstellerin Vollzugslockerungen oder Urlaub zu Straftaten

Unvermeidlich werden sich die Kämpfe gegen die bürgerlichen Parteien und die Bourgeoisie verschärfen. Der KBW kämpft in diesem Wahlkampf gegen Imperialismus und Reaktion, für Demokratie und Sozialismus, wie er es auch 1976 getan hat. Die Praxis des Landgerichts Oldenburg ist



Bis zu 6000 beteiligten sich im Sommer 1975 in Heidelberg an den Massenaktionen gegen die Fahrpreiserhöhung

Die Herkunftsländer der ausländischen Arbeiter fordern von den Imperialisten Ausgleichszahlungen

z.anb.Wien. In den Mitgliedsstaaten der EG gibt es rund 6 Mio. ausländischer Arbeiter, mit ihren Familienangehörigen zusammen sind es über 12 Mio., also etwa die Bevölkerungszahl der Niederlande. 73% davon kommen aus Ländern außerhalb der EG. In der BRD sind 1,9 Mio. ausländischer Arbeiter beschäftigt, 9,5% der Gesamtbeschäftigtenzahl, in Frankreich sind es 11,1%, in Belgien 8,3%, in Italien 0,4%, im Durchschnitt der EG 7,3% (1978).

Anfang der 70er Jahre befanden sich 2,6 Mio. jugoslawischer Arbeiter, fast 30% der Lohnabhängigen, im Ausland. Inzwischen ist ihre Zahl auf 800000 gesunken. Allein seit 1978 sind 300000 jugoslawische Arbeiter zurückgekehrt. Von 1976–80 sind 1,3 Mio. neuer Arbeitsplätze in Jugoslawien geschaffen worden. Die in ganz Europa höchste Investitionsrate von durchschnittlich 40% des Bruttosozialprodukts zeigt, welch große Anstrengungen in dieser Frage gemacht werden.

Jugoslawien habe, so bestätigte letzte Woche der arbeitsmarktpolitische Sprecher des österreichischen Sozialministeriums, gegenüber der Regierung die Forderung erhoben, daß diese für die Beschäftigung jugoslawischer Arbeiter Ausgleichszahlungen leisten solle, mit deren Mitteln der Aufbau der jugoslawischen Wirtschaft, vor allem die Schaffung neuer Arbeitsplätze gefördert werden könnten. Diese Forderung werde auch von anderen ,,Abgabeländern" erhoben, man habe unlängst darüber im Rahmen des Europarats in Straßburg verhandelt. Einhellige Meinung der westeuropäischen imperialistischen Staaten: unannehmbar. Im Gegenteil, vielmehr sei angebracht, daß die Herkunftsländer Zahlungen leisteten dafür, daß ihre Arbeiter im Ausland beschäfigt würden und in den Genuß von Sozialleistungen kämen.

Wenn Länder wie Jugoslawien oder die Türkei nicht alle produktiven Arbeiter beschäftigen können – der jugoslawischen Volkswirtschaft z.B. sind damit pro Jahr rund 7 Mrd. Dollar an Wertprodukt entzogen – so ist dies zu den Hinterlassenschaften kolonialer Unterwerfung und imperialistischer Ausplünderung zu zählen. Die Rückständigkeit ganzer Regionen, die Jugoslawien vor allem durch bewußte Förderungspolitik der Regierung für die unterentwickelten Teilrepubliken zu überwinden sucht, die einseitige Struktur der Wirtschaft, das Fehlen ganzer lebenswichtiger Zweige der Volkswirtschaft, all das ist darunter zu subsumieren. Die Beseitigung dieser ererbten Fesseln kostet gewaltige Mittel.

Die Imperialisten sehen von zwei Seiten ihre Profite aus der Ausbeutung billiger und in Rechtlosigkeit gepreßter ausländischer Arbeiter bedroht. Einerseits durch die erstarkende Bewegung für Beseitigung der Entrechtung und der Niedriglöhne der ausländischen Arbeiter, die in der Forderung nach obligatorischer Einbürgerung gipfelt, andererseits durch die Herkunftsländer, die diese Arbeiter als Teil der entscheidenden Produktivkraft ihres Landes betrachten, die man weder freiwillig wegschickt noch billig vernutzen läßt.

Zwei westdeutsche Sozioökonomen haben inzwischen einen Vorschlag ausgebastelt und der Internationalen Arbeitsorganisation vorgelegt: den ,,arbeitskräfteexportierenden Ländern" solle nahegelegt werden, ,,arbeitsintensive Exportindustrien" aufzubauen, deren profitable Errichtung in den hochindustrialisierten Metropolen überholt sei. Solcherlei Einmischung in die nationalen Entwicklungspläne ist aber ebenfalls überholt.

z.gkr. **Kurz nach den Bundestagswahlen will der DGB ein neues umfassendes Forderungspaket zum Berufskrankheitenrecht vorlegen.** Es wird in erster Linie auf den bis heute nicht verwirklichten Vorschlägen von 1976 beruhen. Dabei geht es vor allem um eine tatsächliche Anerkennung aller arbeitsbedingten Erkrankungen als Berufskrankheiten, während dies bisher über eine durch die Bundesregierung erlassene Liste eingeschränkt ist. Verbunden ist dies damit, daß die Berufsgenossenschaften, die von den Kapitalisten bezahlt werden, für mehr Krankheitskosten aufkommen müssen. Zusätzlich sollen für bestimmte Gefährdungstatbestände die vom Arbeiter für eine Anerkennung vorzulegenden Beweise verringert werden. Wesentlich ist auch die Forderung, daß der Grad der Erwerbsminderung, ab dem ein Anspruch auf Rente besteht, von bisher 20% auf 10% herabgesetzt wird.

z.rül. **Auch in Zukunft dürfen die Bayer-Kapitalisten jährlich bis zu 550000 Tonnen Abfallsäure in die Nordsee kippen.** Das entschied vorletzte Woche das oberste niederländische Verwaltungsgericht. Seit 1969 kippen die Bayer-Kapitalisten ihre Abfälle, vor allem aus dem Werk Leverkusen, vor der Küste von Hoek van Holland ins Meer, seit 1977 aufgrund einer jährlich neu erteilten Ausnahmegenehmigung des Ministeriums für Verkehr und Wasserwege. Dagegen hatte eine niederländische Umweltschutzorganisation geklagt. Die Abfallsäure enthalte Giftstoffe wie Kadmium, Quecksilber und chlorhaltige Kohlenwasserstoffe. Außerdem müsse die Regierung nach internationalen Verträgen vor Erteilung der Genehmigung die anderen Nordseeanliegerstaaten konsultieren. Die Giftstoffe bestritt das Gericht nicht. Aber sie seien ,,unerheblich". Und eine Konsultierungs*pflicht* der niederländischen Regierung gebe es nicht. Die Abfall,,beseitigung" der Bayer-Kapitalisten in der Nordsee wird seit langem bekämpft. Im Juni hatte eine andere Umweltschutzorganisation in Rotterdam mehrere Tage lang die Ausfahrt der Bayer-Schiffe blockiert.

z.reb. **16 Arbeiterinnen des Bargteheider Honigabfüllwerkes Dibuna KG (Oetker-Konzern) klagen vor dem Lübecker Arbeitsgericht gegen ihre Eingruppierung in die Lohngruppe 4 für sogenannte ,,leichte Arbeiten".** Sie werden vertreten von der Gewerkschaft Nahrungsmittel, Genuß, Gaststätten und unterstützt von Betriebsrat und Belegschaft. Der Tariflohn der Leichtlohngruppe liegt bei 7,98 DM. Die Frauen fordern die Einstufung in Lohngruppe 2 für angelernte Arbeiter (9,50 DM). Die Arbeit der Frauen ist Fließbandarbeit. Sie müssen sowohl an der Honigabfüllstation wie an der Etikettiermaschine einsetzbar sein. Die 114 in dem Werk beschäftigten Arbeiter sind in 4 Lohngruppen unterteilt. Von den 61 Frauen arbeiten fast alle in der Leichtlohngruppe. Um den Kampf zu spalten, haben die Dibuna-Kapitalisten inzwischen beim Betriebsrat den Antrag gestellt, sämtliche 24 in Lohngruppe 2 eingestellten Arbeiter nach Lohngruppe 3 runterzustufen. Den Lohnverlust von 0,09 DM/h wollen sie durch die betriebliche Zulage ausglei-

„Die Unabhängigkeit überlegt und systematisch nutzen, um die Volksmacht zu konsolidieren“

Interview mit Robert Mugabe, Ministerpräsident von Zimbabwe und Präsident der ZANU (PF)

Salisbury, 17.8.80.

Wie sehen Sie die nächsten Aufgaben in Hinsicht auf die Befreiung des ganzen afrikanischen Kontinents?

Mit Ausnahme von Südafrika und Namibia ist der ganze Kontinent jetzt frei. Es gibt noch ein Problem in der westlichen Sahara, es ist aber nur eine Frage der Zeit, bis dieses gelöst ist. So bleiben also nur Südafrika und Namibia, die noch nicht frei sind. Die Befreiung Zimbabwes stellt eine Stufe im Prozeß der vollständigen Befreiung Afrikas dar. Ich glaube, jetzt, wo wir frei sind hat sich die Front für die Befreiung erweitert, und die Befreiungskräfte in Südafrika gewinnen neuen Schwung, angespornt durch uns, und auch dadurch, daß Afrika jetzt ein weiteres revolutionäres Land hat, auf das sie sich verlassen können, was die Unterstützung des Befreiungskampfes in Südafrika bei der OAU und anderen Foren angeht. Gleichermaßen glauben wir, daß unsere Freiheit es uns jetzt in genügender Weise ermöglicht, uns entschieden für die Errichtung eines demokratischen Staates in Südafrika auszsprechen und für Mehrheitsregierung dort; natürlich auch in Unterstützung des Befreiungskampfes von Namibia. Deshalb sind wir auch froh, daß wir dem Treffen der Frontstaaten, das in Lusaka stattfand, beiwohnen konnten, um das Namibia Problem zu beraten. Deshalb sind wir glücklich, daß dort Einmütigkeit geherrscht hat darüber, daß Südafrika gezwungen werden soll, eine Entwicklung zu akzeptieren, die auf die Verwirklichung der UN-Sicherheitsratsresolution 435 gerichtet ist, die dieser 1978 über Namibia gefaßt hat. Die Tatsache, daß wir hier frei sind, heißt auch, daß die revolutionären und demokratischen Kräfte in der internationalen Gemeinschaft stärker geworden sind. Vor unserer Unabhängigkeit waren wir bloß eine Befreiungsbewegung. Jetzt aber, wo wir ein unabhängiger Staat sind und unsere ganze Bevölkerung die Regierung unterstützt, sind wir in der Lage, zusammen mit anderen internationalen Kräften, anderen revolutionären Ländern in der internationalen Gemeinschaft unsere Unterstützung dem nationalen Kampf in Südafrika und in Namibia zu geben.

Wo sehen Sie die größten Gefahren für die Unabhängigkeit Zimbabwes und an welchen Punkten sichert und festigt die Regierung die Volksmacht jetzt?

Unser Sieg, so wie er gekommen ist, war er eine notwendige revolutionäre Erfahrung. Die Erringung der Unabhängigkeit hat offensichtlich in unserem Land die notwendige Basis geschaffen, auf der wir nun die Volksmacht konsolidieren können. Für uns ist Unabhängigkeit kein Zweck an sich, es war ein Ziel des Kampfes, aber nicht das endgültige Ziel. Sie wird zum In-

in Lusaka stattfand, beiwohnen konnten, um das Namibia Problem zu beraten. Deshalb sind wir glücklich, daß dort Einmütigkeit geherrscht hat darüber, daß Südafrika gezwungen werden soll, eine Entwicklung zu akzeptieren, die auf die Verwirklichung der UN-Sicherheitsratsresolution 435 gerichtet ist, die dieser 1978 über Namibia gefaßt hat. Die Tatsache, daß wir hier frei sind, heißt auch, daß die revolutionären und demokratischen Kräfte in der internationalen Gemeinschaft stärker geworden sind. Vor unserer Unabhängigkeit waren wir bloß eine Befreiungsbewegung. Jetzt aber, wo wir ein unabhängiger Staat sind und unsere ganze Bevölkerung die Regierung unterstützt, sind wir in der Lage, zusammen mit anderen internationalen Kräften, anderen revolutionären Ländern in der internationalen Gemeinschaft unsere Unterstützung dem nationalen Kampf in Südafrika und in Namibia zu geben.
Wo sehen Sie die größten Gefahren für die Unabhängigkeit Zimbabwes und an welchen Punkten sichert und festigt die Regierung die Volksmacht jetzt?
Unser Sieg, so wie er gekommen ist, war er eine notwendige revolutionäre Erfahrung. Die Erringung der Unabhängigkeit hat offensichtlich in unserem Land die notwendige Basis geschaffen, auf der wir nun die Volksmacht konsolidieren können. Für uns ist Unabhängigkeit kein Zweck an sich, es war ein Ziel des Kampfes, aber nicht das endgültige Ziel. Sie wird zum In-

strument, sobald man sie erreicht hat und hört auf ein Ziel zu sein. Sie wandelt sich in ein Instrument für die Erlangung der notwendigen sozialen Ziele, die schließlich in den nötigen Errungenschaften münden, so daß dann wirklich die Macht in den Händen des Volkes liegt. Wir meinen daß die Unabhängigkeit, die wir gewonnen haben, daß der Sieg, den wir errungen haben, überlegt und systematisch benutzt werden muß, um die Volksmacht zu konsolidieren.

Auf dem ökonomischen Sektor müssen wir auf eine Lage hinarbeiten, wo das Volk die Resourcen des Landes unter seiner Kontrolle hat. Genau deshalb betonen wir, daß das Land neu verteilt werden muß. Das meiste Land muß in den Händen der Bauern sein. Über diese Kontrolle wird das Volk in der Lage sein, Arbeit in das Land zu stecken, die die nötigen Früchte bringt. Aber die Neuverteilung des Landes ist auch ein Mittel, mit dem wir das Volk systematisch in Kollektiven organisieren können, so daß es gemeinsam arbeiten, gemeinsam produzieren und gemeinsam teilen kann.

Auf dem industriellen Sektor erkennen wir an, daß die Infrastruktur, die wir übernommen haben, auf Privatwirtschaft beruht. Es gründet sich auf Individualismus. Aber wir sehen auch, daß wir in dieser Struktur die Arbeiterklasse haben, die jetzt organisiert werden muß. Deshalb haben wir zum Ziel, daß wir die Arbeiter eines jeden Unternehmens organisieren, daß die Arbeiter in Arbeiterkomitees ihre Vertretung haben, daß ihnen eine bestimmte Rolle in jedem der Industriezweige gegeben werden muß, so daß sie am Entscheidungsprozeß in diesem Industriezweig teilnehmen können. Auf der Ebene der Geschäftsleitung müssen einige Arbeiter Macht ausüben können um so in der Lage zu sein, Einfluß ausüben zu können auf die Richtung des jeweiligen Unternehmens. Aber wir meinen, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt offensichtlich kein richtiger Schritt wäre und der revolutionären Entwicklung nicht entspräche, wenn wir jetzt dazu übergingen, das Eigentum der Unternehmen in die Hand der Arbeiter zu legen. Inzwischen müssen die Arbeiter organisiert werden, sie müssen die nötige Ausbildung erhalten. Allerdings haben wir vor, neben den privaten Unternehmen Kollektive zu errichten, kollektive Kooperativen, die durch das Volk selbst betrieben werden. Gleichzeitig glauben wir, daß der Staat bestimmte Unternehmen aufbauen kann, da wo es sich um Schlüsselindustrien handelt und die entsprechende Branche wichtig für den Staat ist, kann der Staat an der Leitung dieses Unternehmens teilnehmen. Wir versuchen auch staatliche Teilhabe an privaten Unternehmen, um erstens den Staat in die Lage zu versetzen, im Auftrag des Volkes, sicherzustellen, daß am Ende des entsprechenden Jahres der Ertrag, Profite und Dividenden, eher dem Volk zugute kommen als dem privaten Besitz, und zweitens, auch um sicherzustellen, daß die Richtung des Unternehmens, an

ter in Arbeiterkomitees ihre Vertretung haben, daß ihnen eine bestimmte Rolle in jedem der Industriezweige gegeben werden muß, so daß sie am Entscheidungsprozeß in diesem Industriezweig teilnehmen können. Auf der Ebene der Geschäftsleitung müssen einige Arbeiter Macht ausüben können um so in der Lage zu sein, Einfluß ausüben zu können auf die Richtung des jeweiligen Unternehmens. Aber wir meinen, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt offensichtlich kein richtiger Schritt wäre und der revolutionären Entwicklung nicht entspräche, wenn wir jetzt dazu übergingen, das Eigentum der Unternehmen in die Hand der Arbeiter zu legen. Inzwischen müssen die Arbeiter organisiert werden, sie müssen die nötige Ausbildung erhalten. Allerdings haben wir vor, neben den privaten Unternehmen Kollektive zu errichten, kollektive Kooperativen, die durch das Volk selbst betrieben werden. Gleichzeitig glauben wir, daß der Staat bestimmte Unternehmen aufbauen kann, da wo es sich um Schlüsselindustrien handelt und die entsprechende Branche wichtig für den Staat ist, kann der Staat an der Leitung dieses Unternehmens teilnehmen. Wir versuchen auch staatliche Teilhabe an privaten Unternehmen, um erstens den Staat in die Lage zu versetzen, im Auftrag des Volkes, sicherzustellen, daß am Ende des entsprechenden Jahres der Ertrag, Profite und Dividenden, eher dem Volk zugute kommen als dem privaten Besitz, und zweitens, auch um sicherzustellen, daß die Richtung des Unternehmens, an

dem der Staat teilhat, korrekt ist und sich in Übereinstimmung mit den Zielen des Staates befindet.

Wir glauben, daß das Stadium, in dem wir uns gegenwärtig befinden, verlangt, daß wir uns selbst festigen, unsere Macht konsolidieren. In der politischen Sphäre, da haben wir die Macht, aber wir haben im Moment nicht das Gefühl, daß die Instrumente der Regierung in unseren Händen sind. Genau deswegen afrikanisieren wir den öffentlichen Dienst, wir haben gerade einige Teile der ehemaligen rhodesischen Streitkräfte aufgelöst und uns bleibt jetzt, unsere eigenen Streitkräfte zu integrieren. So daß auch diese Bereiche der Staatstätigkeit, der militärische, der administrative und der polizeiliche wirklich unsere eigenen sind. Wir denken, daß solche Instrumente, die verantwortlich für die Umsetzung politischer Entscheidungen sind, die Wünsche des Volkes wiederspiegeln müssen, was ihre Struktur und Zusammensetzung angeht.

Wie geht der Prozeß der Bildung der nationalen Armee voran?

Der Prozeß, die nationale Armee zu bilden, ist im Gange. Er hatte einen schwierigen Anfang, weil die britische Regierung sich weigerte, die Aufgabe zu übernehmen, das Fundament für die Bildung einer einheitlichen Armee zu legen. Indessen, nach unserem Siege bestand ich darauf, daß bestimmte Teile der früheren rhodesischen Armee aufgelöst werden müßten und die Ausländer gehen mußten, die Südafrikaner hatten zu gehen, die Söldner hatten zu gehen. Dann hatten Elemente innerhalb der Armee, einheimische Elemente wie die Hilfstruppen von Bischof Muzorewa, deren Zahl über 15000 betrug, aufgelöst zu werden, die Selous Scouts mußten auch aufgelöst werden. Auf der rhodesischen Seite ist uns jetzt die reguläre Armee übriggeblieben; mit diesen regulären Truppen sollten wir ZANLA und ZIPRA integrieren. Wir hatten einige Probleme, weil wir unsere Instrukteure nicht ausgebildet hatten für die Durchführung dieser Integration. Aber nachdem die Ausbildung unserer Instrukteure abgeschlossen ist, sind wir zuversichtlich, daß wir unsere Guerillas umschulen können und ein Batallion alle 14 Tage bilden können, ein Batallion alle vierzehn Tage aus ZANLA und ZIPRA, das dann in einem bestimmten Stadium mit den früheren rhodesischen Truppen vereinigt wird. Das ist der Ablauf. Er mag Zeit kosten, aber ich denke, er nimmt jetzt die richtige Richtung.

Welche Anstrengungen unternimmt die Partei, alle nationalen Kräfte und Parteien des Landes zu vereinigen für die anstehenden Aufgaben Zimbabwes?

Als wir die Wahlen gewannen, hatten wir eine überwältigende Mehrheit, wir hätten völlig allein regieren können. Aber wir wollten das nicht so machen, wir hatten den Eindruck, daß es andere nationale Kräfte gab, mit denen wir uns in der Regierung vereinigen sollten, was größere Einheit im Volk fördern würde, Einheit in Richtung unse-

hatten zu gehen, die Söldner hatten zu gehen. Dann hatten Elemente innerhalb der Armee, einheimische Elemente wie die Hilfstruppen von Bischof Muzorewa, deren Zahl über 15000 betrug, aufgelöst zu werden, die Selous Scouts mußten auch aufgelöst werden. Auf der rhodesischen Seite ist uns jetzt die reguläre Armee übriggeblieben; mit diesen regulären Truppen sollten wir ZANLA und ZIPRA integrieren. Wir hatten einige Probleme, weil wir unsere Instrukteure nicht ausgebildet hatten für die Durchführung dieser Integration. Aber nachdem die Ausbildung unserer Instrukteure abgeschlossen ist, sind wir zuversichtlich, daß wir unsere Guerillas umschulen können und ein Batallion alle 14 Tage bilden können, ein Batallion alle vierzehn Tage aus ZANLA und ZIPRA, das dann in einem bestimmten Stadium mit den früheren rhodesischen Truppen vereinigt wird. Das ist der Ablauf. Er mag Zeit kosten, aber ich denke, er nimmt jetzt die richtige Richtung.
Welche Anstrengungen unternimmt die Partei, alle nationalen Kräfte und Parteien des Landes zu vereinigen für die anstehenden Aufgaben Zimbabwes?
Als wir die Wahlen gewannen, hatten wir eine überwältigende Mehrheit, wir hätten völlig allein regieren können. Aber wir wollten das nicht so machen, wir hatten den Eindruck, daß es andere nationale Kräfte gab, mit denen wir uns in der Regierung vereinigen sollten, was größere Einheit im Volk fördern würde, Einheit in Richtung unse-

rer eigenen Politik. Also luden wir unsere Freunde von der ZAPU ein, sich an der Regierung zu beteiligen, wir gaben ihnen vier ranghöhere Kabinettssitze und zwei andere. Wir glauben deshalb, daß als Grundlage für jeden Vorstoß zur Einheit die ZANU als die wichtigste politische Kraft im Lande und die ZAPU als die nächst größere Kraft im Lande anerkannt werden müssen. Wir meinten auch, um Vertrauen auf der Seite der Weißen zu schaffen, zwei Vertreter der weißen Gemeinschaft einbeziehen zu müssen. Deshalb haben wir Mr. David Smith als Minister für Handel und Industrie und Mr. Dennis Norman als Minister für Landwirtschaft in unserem Kabinett. Das ist die Art und Weise, wie wir uns entschlossen, die Frage der Einheit auf Regierungsebene zu handhaben, mit der Hoffnung, daß das auch die Grundlage für Einheit an der Basis schaffen würde. Was die Parteien angeht, da hat nicht viel stattgefunden um die beiden Parteien ZANU und ZAPU zusammenzuführen. Aber auf der Ebene der Leitungen wird anerkannt, daß wir eine Entwicklung anlegen müssen, die Einheit ermöglicht. Es gibt immer noch Differenzen und es gibt noch einige Zwischenfälle zwischen unseren jeweiligen Anhängern. Aber es wird allgemein anerkannt, daß es keine Konflikte geben soll, die einen Bürgerkrieg hervorrufen könnten. Und jedes Gerede über Bürgerkrieg ist soweit Unsinn. Ich glaube, wenn wir unsere Truppen, ZANLA, ZIPRA und die früheren rhodesischen Streitkräfte, integrieren können, wird das dem ganzen Volk die Richtung weisen, zusätzlich zur Einheit, die wir in der Regierung schon haben. Die Parteien werden sich mehr zur Einheit hin bewegen als nebeneinanderher, wie sie es bisher getan haben.

Welche Aufgaben werden der Partei jetzt gestellt, welche Mittel hat sie, sie zu lösen, und wie geht der Umorganisationsprozeß der Partei, die jetzt unter legalen Bedingungen arbeiten kann, voran?

Die Aufhebung des Verbots öffnete den Weg für den Wahlsieg der ZANU; sie bedeutet für uns ebenso die kontinuierliche offene Agitation unter den Massen für kontinuierliche politische Unterstützung. Indessen hatten wir Veränderungen in der Organisationsform vorzunehmen. Darin nämlich, daß vorher während des bewaffnetetn Kampfes die ZANLA-Streitkräfte auch die politische Vorhut bildeten, bis sie Komitees unter dem Volk gebildet hatten. Jetzt ist der Armee eine eher militärische Rolle zugeteilt. Auch wegen der Tatsache, daß unsere Kämpfer in den Sammelpunkten sind, ist die Rolle, die Partei zu organisieren, dem Volk selbst zugefallen. Wir sind dabei, Parteiorgane auf verschiedenen Ebenen zu errichten. Natürlich fangen wir mit Abteilungs- und Zellenstrukturen an. Und wir hoffen, daß wir im Aufbau von unten nach oben endlich bei Provinzstrukturen ankommen werden. Es gibt jetzt verschiedentlich Distriktstrukturen, es gibt auch vorläufige Provinzstrukturen. Wir glauben, daß uns dieser Ablauf zu unserem ersten Kongreß nach der Unabhängigkeit und zur weiteren Umformung der Partei führen wird. Die politischen Aufgaben der Partei dem Volk gegenüber sind:

Welche Aufgaben werden der Partei jetzt gestellt, welche Mittel hat sie, sie zu lösen, und wie geht der Umorganisationsprozeß der Partei, die jetzt unter legalen Bedingungen arbeiten kann, voran?
Die Aufhebung des Verbots öffnete den Weg für den Wahlsieg der ZANU; sie bedeutet für uns ebenso die kontinuierliche offene Agitation unter den Massen für kontinuierliche politische Unterstützung. Indessen hatten wir Veränderungen in der Organisationsform vorzunehmen. Darin nämlich, daß vorher während des bewaffnetetn Kampfes die ZANLA-Streitkräfte auch die politische Vorhut bildeten, bis sie Komitees unter dem Volk gebildet hatten. Jetzt ist der Armee eine eher militärische Rolle zugeteilt. Auch wegen der Tatsache, daß unsere Kämpfer in den Sammelpunkten sind, ist die Rolle, die Partei zu organisieren, dem Volk selbst zugefallen. Wir sind dabei, Parteiorgane auf verschiedenen Ebenen zu errichten. Natürlich fangen wir mit Abteilungs- und Zellenstrukturen an. Und wir hoffen, daß wir im Aufbau von unten nach oben endlich bei Provinzstrukturen ankommen werden. Es gibt jetzt verschiedentlich Distriktstrukturen, es gibt auch vorläufige Provinzstrukturen. Wir glauben, daß uns dieser Ablauf zu unserem ersten Kongreß nach der Unabhängigkeit und zur weiteren Umformung der Partei führen wird. Die politischen Aufgaben der Partei dem Volk gegenüber sind:

Die Partei so organisieren, daß sich das Volk in seiner Regierung ausdrücken kann. Die Menschen müssen sich frei fühlen, ihre Probleme der Partei vortragen. Genauso muß die Partei ständig ihre Position daraufhin, wie sie die Regierungspolitik unterstützt und dem Volk nahebringt, überprüfen. Sie muß dem Volk die Richtung der Regierungspolitik erklären und was eine Politik, wie sie die Regierung macht, für das Volk bedeutet. So gibt es Wechselbeziehung zwischen der Partei und dem Volk, was auch heißt eine Wechselbeziehung zwischen Regierungspartei und Volk und somit zwischen Regierung und Volk.

Das Volk hat im Moment verschiedene Aufgaben, angesichts der Programme, die die Regierung vorhat. Sowohl in den Städten als auch auf dem Land. In den ländlichen Gebieten ist es nötig, das Land neu zu verteilen, um sicherzustellen, daß die Menschen nachvollziehen, was die Regierung in Hinsicht auf die Organisierung der Gemeinden erwartet, der Bildung von kollektiv organisierten Dörfern und der Politik, die ländlichen Gebiete - früher Stammesland genannt - produktiver zu machen als sie waren, hauptsächlich in Hinblick auf die Grundnahrungsmittel des Landes. Zusätzlich im Hinblick darauf, diese Gebiete in die Geldwirtschaft einzubeziehen, so daß sie nicht nur für die Selbstversorgung produzieren, sondern auch für den Export nach Übersee. Das heißt Anbau von solchen Pflanzen wie Baumwolle, Tabak und anderen, die die Leute bisher nicht für den Export produziert haben; damit sowohl die Produktivkraft des Volkes erhöht wird als auch seine Verdienstmöglichkeiten. Aber es ist weiterhin notwendig, das Volk spüren zu lassen, daß es eins ist, daß die sozialistische Politik, die die Regierung verfolgt, auf seinen eigenen Vorteil gerichtet ist, daß es besser ist, zusammenzuarbeiten und in Gruppen zu produzieren als auf individueller Basis. Das wird es nicht nur zu gößerer Einheit führen und dazu, gemeinsame Ziele zu teilen, es macht das Volk auch produktiver. Und es macht es ökonomischer für die Regierung, den Menschen Unterstützung zu geben. Durch diese Entwicklung kann die Regierung das Volk unterstützen, soziale Einrichtungen aufzubauen, wie Erziehungs- und Gesundheitseinrichtungen, sowie mit solchen Dingen wie Wasser und Elektrizität versorgt zu werden, alles viel besser als bei Kleinwirtschaft. Man hat bei diesen das Problem der Konkurrenz zwischen Individuen, die ungesund ist, man hat das Problem Dienstleistungen Menschen zu liefern, die überall verstreut sind, die nicht an bestimmten festen Plätzen angesiedelt sind, und man wird dann deshalb vor einer Situation stehen, in der die Regierung es schwer finden wird, ihre Programme durchzuführen.

Es gibt natürlich auch die Aufgaben, die wir den Menschen in den städtischen- und Industriegebieten gesetzt haben. Nämlich ihre Produktivkraft zu entwickeln, ihre Bedeutung als Arbeiter zu erkennen, und sich in Arbeiterkomitees zu organisieren, zu einer bestimmten Gewerkschaft zu gehören und zu erkennen, daß sie ihre Verdienstmöglichkeiten ständig verbessern

Volk spüren zu lassen, daß es eins ist, daß die sozialistische Politik, die die Regierung verfolgt, auf seinen eigenen Vorteil gerichtet ist, daß es besser ist, zusammenzuarbeiten und in Gruppen zu produzieren als auf individueller Basis. Das wird es nicht nur zu gößerer Einheit führen und dazu, gemeinsame Ziele zu teilen, es macht das Volk auch produktiver. Und es macht es ökonomischer für die Regierung, den Menschen Unterstützung zu geben. Durch diese Entwicklung kann die Regierung das Volk unterstützen, soziale Einrichtungen aufzubauen, wie Erziehungs- und Gesundheitseinrichtungen, sowie mit solchen Dingen wie Wasser und Elektrizität versorgt zu werden, alles viel besser als bei Kleinwirtschaft. Man hat bei diesen das Problem der Konkurrenz zwischen Individuen, die ungesund ist, man hat das Problem Dienstleistungen Menschen zu liefern, die überall verstreut sind, die nicht an bestimmten festen Plätzen angesiedelt sind, und man wird dann deshalb vor einer Situation stehen, in der die Regierung es schwer finden wird, ihre Programme durchzuführen.
Es gibt natürlich auch die Aufgaben, die wir den Menschen in den städtischen- und Industriegebieten gesetzt haben. Nämlich ihre Produktivkraft zu entwickeln, ihre Bedeutung als Arbeiter zu erkennen, und sich in Arbeiterkomitees zu organisieren, zu einer bestimmten Gewerkschaft zu gehören und zu erkennen, daß sie ihre Verdienstmöglichkeiten ständig verbessern

müssen durch Entwicklung ihrer Fähigkeiten in der Produktion. Dieses sind genauso Aufgaben für den Arbeiter in der Industrie wie für den Besitzer des entsprechenden Unternehmens, nämlich sicherzustellen, daß diese Aufgaben erfüllt werden.

---

chen. Der Betriebsrat hat angekündigt, daß diese Maßnahme nicht hingenommen wird. Im Gerichtsverfahren ist noch kein Urteil gefällt.

z.ulw. **Nachdem die Handelsbilanz Italiens gegenüber der BRD in den letzten drei Jahren positiv war, rutschte sie in den ersten drei Monaten 1980 ins Minus.** Zusammensetzung der Handelsbilanz nach Warengruppen: Nahrungsmittel, Ausfuhr (Einfuhr) 10,2 (14,6) Prozent; Rohstoffe 0,7 (3,6) Prozent; Halbwaren 5,9 (9,5) Prozent; Vorerzeugnisse 18,9 (18,3) Prozent; Enderzeugnisse 63,8 (51,6) Prozent. (Berechnet auf das erste Vierteljahr 1979) Gerade in den wesentlichsten Posten der Handelsbilanz hat die italienische Bourgeoisie im ersten Quartal 1980 gegenüber dem ersten Quartal 1979 die stärksten Einbrüche zu verzeichnen: Das bereits 1979 negative Saldo bei den Halbwaren hat sich 1980 mehr als verdoppelt. War das Saldo der Vorerzeugnisse im ersten Quartal 1979 noch positiv, so ist es jetzt mit dem dreifachen Betrag ins Minus gerutscht. Das Positiv-Saldo bei den Enderzeugnissen hat sich fast aufgelöst. Die Exportpreise der BRD hatten sich im gleichen Zeitraum 12 Prozent erhöht, die Italiens um 25 Prozent. Das, obwohl die westdeutsche Bourgeoisie ihren Konkurrenzvorsprung gegenüber der italienischen Bourgeoisie noch zu Preisaufschlägen nutzte (laut Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Juni 1980, S. 33).

z.gkr. **Eine Erhöhung des Wehrsoldes um 1 DM „zum Januar oder erst zum 1. Juli 1981“ hat der Staatssekretär im Verteidigungsministerium in Aussicht gestellt.** Bisher gibt es keinen entsprechenden Beschluß des Kabinetts oder gar einen Gesetzentwurf. Das jetzige Parlament wird auch kaum noch eine entsprechende Gesetzesänderung beschließen. Es ist zunächst nicht viel mehr als ein Versprechen, Reaktion auf die Forderung der Soldaten, die vom DGB bis zum Bundeswehrverband unterstützt werden. Seit der letzten Erhöhung zum 1.1.1978, ebenfalls um 1 DM, bekommt ein Gefreiter ohne sonstige Zulagen im Monat (30 Tage) 240 DM. Soldaten in einer Lübecker Kaserne hatten vor einigen Wochen errechnet, daß die tatsächlichen monatlichen Ausgaben schon 521 DM im Monat betragen. Alleine um die Preissteigerung von 1978 bis 1981 von geschätzt ca. 13,5% auszugleichen, wären schon 32 DM pro Monat mehr notwendig.

z.gkr. **Angesichts 20000 fehlender Ärzte und 28000 fehlender Pflegepersonen fordern sieben Verbände sowie Gewerkschaften Sofortmaßnahmen von Bund, Ländern und Krankenversicherungen.** Unter den Verbänden: Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG), Marburger Bund, Bundesärztekammer, Schwesternverbände. Die DKG hält Streiks für gut möglich. Farthmann, Vorsitzender der Gesundheitsminsiterkonferenz gibt sich als Vertreter der Interessen der Kranken und Versicherten. Er „warnte“ vor einer „Verunsicherung der Patienten durch Streikdrohungen“. Die Politiker und Krankenkassen berufen sich bei ihren Zahlen auf „Anhaltszahlen“ der Deutschen Krankenhausgesellschaft für den Personalbedarf von 1969. Die DKG hatte zwar 1974 neue Zahlen vorgelegt, in der sowohl die Verkürzungen der Arbeitszeit wie auch die Intensivierung der Behandlungsmethoden und Untersuchungsmethoden berücksichtigt waren. Erst hierdurch war bei einer Steigerung der Bettenzahlen in Akutkrankenhäusern von 406000 (1960) auf 487566 (1977) eine gleichzeitige Steigerung der behandelten Kranken um fast 50% auf 9,3 Mio. möglich. Nur die Veränderungen durch Kürzung der Arbeitszeiten wurde anerkannt. Der Marburger Bund: „Durch die restriktive Personalpolitik sparen die Kassen jährlich 3,5 Mrd. DM.“

Kommunistische Volkszeitung
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Lutz Plümer
Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876-77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Dieter Liebig
Internationale Nachrichtenverbindungen
Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien
Kommunismus und Klassenkampf
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM
Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –
Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM
Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen
Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager
Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/7208 76-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.sul. **Am 25.8. will F.J. Strauß in Hamburg eine geschlossene Wahlveranstaltung in der Ernst Merck Halle durchführen.** Das Polizeiaufgebot zu seinem Schutz soll größer sein als in Bremen bei der öffentlichen Vereidigung. Sämtliche Straßen um das Messegelände sind zum polizeilichen Sperrgebiet erklärt. – Um 17 Uhr wird vor dem Gewerkschaftshaus eine große Demonstration gegen die Reaktion, für die Strauß steht, beginnen und durch die Innenstadt zum Großneumarkt ziehen. Die Demonstration ist von Jusos und DKP angemeldet. Es rufen verschiedene Gewerkschaftsgremien auf, wie die DGB-Jugend und die IG Druck. Die IG Druck hat dies schon im Oktober 1979 beschlossen: ,,. . . dabei geht es uns . . . vielmehr um den Inhalt seiner Politik . . . Er verlangt, daß die Arbeiter und Angestellten ,mehr Schweiß aufbieten und den Gürtel enger schnallen' sollen . . . wendet er sich direkt gegen unsere Forderungen nach mehr Lohn und Gehalt, nach Arbeitszeitverkürzung und sozialer Absicherung . . .'' – Der KBW ruft auf, sich an der Demonstration und Kundgebung zu beteiligen, um für die sozialen und politischen Forderungen der Arbeiter und Angestellten in den Gewerkschaften einzutreten. Der KB, GIM, FAU u.a. rufen auf zur Demonstration ab Gewerkschaftshaus ,,Richtung Ernst Merck Halle''. Die Grünen wollen Wähler werben, damit sie Strauß nach dem 5. Oktober im Bundestag eine Sahnetorte über den Kopf hauen können und lassen durchblicken, rund um die Messehallen fahrradfahren und gaukeln zu wollen und wünschen sich die Bahn frei von Polizei. Die SPD lädt nachmittags mit Wehner zu einer Friedensveranstaltung ins Gewerkschaftshaus.

r.han. **In Nienburg (Niedersachsen) wurde eine Kundgebung der ,,Jungen Nationaldemokraten'' verhindert.** Eine Initiative gegen den Faschistenaufmarsch führte eine Demonstration durch. Der DGB warb mit einem Info-Stand für die Beteiligung am Anti-Kriegstag.



r.han. **In den sechs Versorgungsämtern (zuständig für Kriegsopferversorgung und Schwerbehindertengesetz) in Niedersachsen soll ab 1981 eine ,,Um-**

Flugzeugschutzbauten und -Abstellflächen, Treibstofflager sowie ein Führungsgefechtsstand gebaut.

b.kas. **Fibrit-Kapitalisten wollen die Kollegen während der Urlaubsmonate auf Abruf halten.** Während der Urlaubsmonate Juli / August ergriff die Geschäftsleitung der Dt. Fibrit / Lüneburg in einer Abteilung folgende Maßnahmen: Zunächst wurde aufgefordert, im Juli während der Werksferien bei Opel und VW Urlaub zu nehmen. Einige Wochen später werden einzelne Kollegen aufgefordert, ihren Urlaub auf einen anderen Termin zu verschieben, offensichtlich hatten zu viele Kollegen auf einmal Urlaub beantragt. Den ganzen Juli über wird nur eine Schicht gefahren. An mehreren Tagen werden die Kollegen aufgefordert, Urlaub zu nehmen, da es keine Arbeit gäbe. Die Lager bei Fibrit stehen voll. Unter dem Druck, auf einen anderen Arbeitsplatz zu kommen oder den ganzen Tag über fegen zu müssen, nehmen die meisten Kollegen den Urlaub. Ohnehin ist es so, daß für die Kinder, den Haushalt – oft mit größerem Garten – nicht genug Zeit bleibt. Eine Woche später werden schon Leute für Überstunden und Samstagsschicht gesucht und einzelne Kollegen aus dem Urlaub geholt. Die Teile, die während der Urlaubszeit zu wenig gefahren worden sind, müssen jetzt wieder reingeholt werden. Machen die Kapitalisten Fehler in ihrer Planung oder geraten sie unter Druck, sollen die Arbeiter ihren Urlaub vergessen. Das Recht auf zusammenhängenden Erholungsurlaub nach §12 des Manteltarifvertrages, wo man sich den Termin nach Möglichkeit aussucht, muß gegen die Angriffe der Kapitalisten verteidigt werden.

b.anw.Preetz. **Hohen Belastungen in kurzer Arbeitszeit sind die Beschäftigten Frauen der Fa. E.G. Claus ausgesetzt.** Die Reinigungsfirma nutzt die Notlage der Hausfrauen aus, stundenweise Geld zur Reproduktion der Familie dazuverdienen zu müssen. ⅔ der Beschäftigten arbeiten ohne Arbeitsvertrag und Steuerkarte, wodurch keinerlei Kündigungsschutz besteht. 6,90 DM/Std. netto verdienen z.B. 2 Frauen, die in 2½ Stunden die Toiletten, die Wasch- und Aufenthaltsräume der Konservenfabrik Jokisch reinigen müssen. Die Feg- und Feudelfläche beträgt 350 qm. Dazu kommt pro Frau das Heben von knapp ½ t pro Tag in Form von Stühlen und Wassereimern. Die Einsatzplätze der Frauen liegen ziemlich verstreut (2 bis 6 Frauen je Auftrag). Darum wird die Organisierung in einer gewerkschaftlichen Fachgruppe notwendig sein, um den Kampf gegen die miserablen Arbeitsbedingungen aufnehmen zu können.

b.khg. **Bis November wollen die Finkenwerder Fischer ihre geplante Blockade gegen die Verklappung von Faulschlamm in der Nordsee zunächst aussetzen.** Dieses Stillhalteabkommen

CDU: Bundesmarine und NATO weltweit – SPD: Entspannung durch Mittelstreckenraketen – FDP: Frieden durch Stärke

Jetzt beginnen in Norddeutschland die NATO-Herbstmanöver. Die Truppen des Warschauer Pakts üben ebenfalls für den Krieg um Europa. Angeblich sollen die Manöver der Friedenssicherung dienen. Nachrüstung der Bundeswehr, Bundesmarine im Nordmeer und im Indischen Ozean, Vergrößerung des NATO-Beitrages der BRD – alles Friedenssicherung. Man selbst ist ja friedlich, aber andere bedrohen die BRD und ihre Rohstoffinteressen. So lautet die imperialistische Räuberlogik.

Aus den blutigen Erfahrungen des Faschismus und zweier Weltkriege hat die Arbeiterklasse die Lehre gezogen, daß der Kapitalismus gestürzt werden muß, um die Ursachen der Kriege auszurotten. Nach der Wiederherstellung des Kapitalismus in der BRD mithilfe der westlichen Besatzer setzte die Arbeiterklasse den Kampf fort – gegen Remilitarisierung, gegen Atombewaffnung, gegen die Notstandsgesetze. Verschiedene Gewerkschaftsorgane fordern heute den Austritt der BRD aus der NATO und den Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkriegs. Das richtet sich gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und des BRD-Imperialismus und schwächt die Ausbeuterherrschaft in Westdeutschland.



Für die **Verteidigung von Frieden und Freiheit** macht sich die CDU stark:

CDU Die CDU ist entschlossen, Frieden und Freiheit gemeinsam mit den USA und den anderen Partnern im westlichen Bündnis zu verteidigen . . . Wir sind bereit, im westlichen Bündnis in sinnvoller Arbeitsteilung die auf uns fallenden Verpflichtungen zu übernehmen. Das bedeutet Hilfe in größerem geopolitischen Maßstab und mit größeren finanziellen Mitteln *(CDU-Argumente)*

Verteidigung des Friedens war schon immer der passende Vorwand, für den Krieg zu rüsten und die Massen dafür zahlen zu lassen. Alle Parteien beschwören die Bündnistreue. Im NATO-Rahmen kann der BRD-Imperialismus seine weltweiten Ziele am besten verfolgen.

Abrüstung verspricht die SPD:

SPD Abrüstung auf der Grundlage militärischen Gleichgewichts. Wir haben dem NATO-Beschluß zugestimmt. Wir haben dafür gesorgt, daß die Modernisierung der Mittelstreckenraketen mit einem gleichzeitigen Angebot zu Verhandlungen verbunden wird . . . Unsere militärische Sicherheit wird durch das westliche Bündnis garantiert. *(SPD-Aktion 80)*

Alle bürgerlichen Parteien sind für Abrüstung und Entspannung – im Prinzip. Mittelstreckenraketen sind Friedensbringer, denn sie sichern das Gleichgewicht. Außerdem bleibt man ja gesprächsbereit.

Für **bessere konventionelle Verteidigungskraft** ist die FDP:

F.D.P. Grundlage der Sicherheitspolitik muß die Mitgliedschaft der BRD in einem politisch handlungsfähigen und militärisch effektiven NATO-Bündnis bleiben . . . Bundeswehr und Bündnis müssen ihre konventionelle Verteidigungskraft weiter verbessern. *(Wahlprogramm)*

Nur friedlichen Zielen sollen angeblich die NATO-Herbstmanöver 1980 dienen, in denen Panzerangriff und Panzerabwehr geübt werden.

,,Deutsche Marineeinheiten am Kap''

Im Wahlprogramm der CDU heißt es gleich zu Anfang: ,,Die nächsten Jahrzehnte stehen im Zeichen der Verteilungskämpfe um Energie und Rohstoffe . . . Es gibt auf die Dauer keinen sicheren Frieden in Europa, wenn Europas Flanken, die Zufahrtswege, seine Versorgung mit Mineralöl und Rohstoffen bedroht ist.'' Jene, die solche Sätze geprägt haben, wie der Niedersächsische Finanzminister und Außenminister in spe, Leisler Kiep, vertreten sie reichlich honoriert für die westdeut-

darüber, daß diese Interessen auch im extremen Fall die Bereitschaft beinhalten müssen . . . deutsche Marineeinhei-

ten . . . im Südatlantik oder am Kap (einzusetzen).'' Allerdings ,,müssen die materiellen Voraussetzungen geschaffen werden, die heute noch nicht vorhanden sind''. Ein neues Marine-Aufbauprogramm kündigt sich an.



können und lassen durchblicken, rund um die Messehallen fahrradfahren und gaukeln zu wollen und wünschen sich die Bahn frei von Polizei. Die SPD lädt nachmittags mit Wehner zu einer Friedensveranstaltung ins Gewerkschaftshaus.

r.han. **In Nienburg (Niedersachsen) wurde eine Kundgebung der ,,Jungen Nationaldemokraten'' verhindert.** Eine Initiative gegen den Faschistenaufmarsch führte eine Demonstration durch. Der DGB warb mit einem Info-Stand für die Beteiligung am Anti-Kriegstag.



r.han. **In den sechs Versorgungsämtern (zuständig für Kriegsopferversorgung und Schwerbehindertengesetz) in Niedersachsen soll ab 1981 eine ,,Umstrukturierung'' vorgenommen werden.** Schon jetzt ist die Arbeitsbelastung insbesondere durch die ständig anwachsende Menge der Anträge nach dem Schwerbehindertengesetz unzumutbar. Im Versorgungsamt Hannover z.B. hat sich die Zahl der Anträge wie folgt entwickelt:

Jahr	Anträge
1975	14913
1976	18877
1977	24899
1978	28726
1979	35138

Statt Stellenvermehrung plant der Dienstherr jetzt, Stellen des gehobenen Dienstes in solche des mittleren Dienstes umzuwandeln. In einem offenen Brief der Beschäftigten an die verantwortlichen Landespolitiker sollen nun die Verhältnisse aufgezeigt werden. Die ÖTV ruft dazu auf, über Möglichkeiten gewerkschaftlicher Aktionen zu diskutieren.

b.hei. **Der Fliegerhorst Leck etwas südlich der dänischen Grenze wird zu einem der mehr als zehn deutschen Flugplätze ausgebaut, auf den die amerikanische Luftwaffe im Krisen- oder Kriegsfalle einen Teil ihrer in den USA verfügbaren taktischen Kampfflugzeuge verlegt, um die NATO-Luftstreitkräfte in Europa zu unterstützen.** Die erste Übung dieses ,,Big Lift'' findet gerade rechtzeitig mit Beginn der Herbstmanöver in der Zeit vom 3. bis 25.9. statt. Im Gegensatz zu Ahorn, Leipheim, Nörvenich und Sembach, wo ständige vorgeschobene Basen eingerichtet werden, finden in Leck nur regelmäßig ,,Verlegeübungen'' statt, zu der im September zehn Jagdbomber A 10 ,,Thunderbold'' und 200 amerikanische Soldaten kommen. Um Leck als Stützpunkt des ,,Big Lift'' auszubauen, werden auf dem Flugplatz extra

Urlaub vergessen. Das Recht auf zusammenhängenden Erholungsurlaub nach §12 des Manteltarifvertrages, wo man sich den Termin nach Möglichkeit aussucht, muß gegen die Angriffe der Kapitalisten verteidigt werden.

b.anw.Preetz. **Hohen Belastungen in kurzer Arbeitszeit sind die Beschäftigten Frauen der Fa. E.G. Claus ausgesetzt.** Die Reinigungsfirma nutzt die Notlage der Hausfrauen aus, stundenweise Geld zur Reproduktion der Familie dazuverdienen zu müssen. ⅔ der Beschäftigten arbeiten ohne Arbeitsvertrag und Steuerkarte, wodurch keinerlei Kündigungsschutz besteht. 6,90 DM/Std. netto verdienen z.B. 2 Frauen, die in 2½ Stunden die Toiletten, die Wasch- und Aufenthaltsräume der Konservenfabrik Jokisch reinigen müssen. Die Feg- und Feudelfläche beträgt 350 qm. Dazu kommt pro Frau das Heben von knapp ½ t pro Tag in Form von Stühlen und Wassereimern. Die Einsatzplätze der Frauen liegen ziemlich verstreut (2 bis 6 Frauen je Auftrag). Darum wird die Organisierung in einer gewerkschaftlichen Fachgruppe notwendig sein, um den Kampf gegen die miserablen Arbeitsbedingungen aufnehmen zu können.

b.khg. **Bis November wollen die Finkenwerder Fischer ihre geplante Blockade gegen die Verklappung von Faulschlamm in der Nordsee zunächst aussetzen.** Dieses Stillhalteabkommen war Ergebnis eines Gesprächs zwischen den Fischern und Vertretern des Senats, in dem der Senat zusagte, bis November konkrete Maßnahmen zur anderweitigen Beseitigung des Schlamms bekanntzugeben. Der Schlamm soll nach den Vorstellungen des Senats später zu Dünger verarbeitet werden. Sollte die Zusage nicht eingehalten werden, wollen die Fischer ihre Blockade durchführen.

b.gej.Kiel. **Am Fachbereich Agrarwissenschaften sind an einigen Institutsbrettern Briefe der Südafrikanischen Botschaft – Kulturabteilung – aufgetaucht.** Professoren des Fachbereiches werden in diesem Schreiben über Stipendien des Erziehungsministeriums Südafrika informiert. Die Stipendiaten erhalten für ein Jahr von südafrikanischer Seite folgende finanzielle Unterstützung: Monatlicher Betrag zwischen 300 und 350 Rand, Rückflug-Ticket zwischen dem nächstgelegenen Flughafen und Südafrika, Bücher-Beihilfe, Reisezuschüsse usw. Die Professoren des FB sollen an in Frage kommende Studenten diese Informationen weiterleiten. Mitglieder der Fachschaftsgruppe wollen sich jetzt Informationsmaterial besorgen. Ein Fachschaftsmitglied bereitet einen Antrag für den Konvent vor, der die Ablehnung des ,,Kulturaustausches'' vorsieht, entlang den Beschlüssen der UNO und der OAU.

b.hrg. **Bei der Demonstration am 15. August zum Kappelner Rathaus ging es für die Beteiligten um die Möglichkeiten zu spielen und wer das Spielen bezahlt.** Ca. 30 Kinder, Erzieher und Eltern zogen zum Rathaus mit Transparenten für einen ganzjährigen Spielplatz. Vor dem Rathaus sangen die Kinder ein ,,Bauspielplatzlied'' und überreichten über 100 Unterschriften, die in Kappeln gesammelt worden waren. Sie riefen den Bürgermeister heraus, der, als er sich zur Rede stellte, sofort umringt wurde und sich daraufhin zurückzog. Worum ging es? Entstanden war die Initiative aus der Aktion Ferienpaß während der Sommerferien, wofür der Kappelner Stadtrat auch Gelder bewilligt hatte. Im wesentlichen wurden jedoch die Aktivitäten der Kinder und Jugendlichen, die zustande kamen, von ihnen selbst getragen. Die Kappelner Kinder bauten Hütten und gaben eine Spielplatzzeitung selbst heraus. Eine Arbeitsgemeinschaft für Sport und Musik wurde eingerichtet, eine Radtour wurde gemacht, der Schützenverein wurde von den Jugendlichen besucht. Jetzt soll nach den Ferien alles wieder zunichte gemacht und gestrichen werden. Bürgermeister Schmoll äußerte, Kosten von 100000 DM für die Weiterführung des Spielplatzes könnten nicht aufgebracht werden. Die Kinder wiesen auf die 400 mal so hohen Kosten für die Bewilligung der Schleibrücke hin.



zip. Mittelstreckenraketen sind Friedensbringer, denn sie sichern das Gleichgewicht. Außerdem bleibt man ja gesprächsbereit.

Für **bessere konventionelle Verteidigungskraft** ist die FDP:



F.D.P. Grundlage der Sicherheitspolitik muß die Mitgliedschaft der BRD in einem politisch handlungsfähigen und militärisch effektiven NATO-Bündnis bleiben . . . Bundeswehr und Bündnis müssen ihre konventionelle Verteidigungskraft weiter verbessern. *(Wahlprogramm)*

Nur friedlichen Zielen sollen angeblich die NATO-Herbstmanöver 1980 dienen, in denen Panzerangriff und Panzerabwehr geübt werden.

,,Deutsche Marineeinheiten am Kap''

Im Wahlprogramm der CDU heißt es gleich zu Anfang: ,,Die nächsten Jahrzehnte stehen im Zeichen der Verteilungskämpfe um Energie und Rohstoffe . . . Es gibt auf die Dauer keinen sicheren Frieden in Europa, wenn Europas Flanken, die Zufahrtswege, seine Versorgung mit Mineralöl und Rohstoffen bedroht ist.'' Jene, die solche Sätze geprägt haben, wie der Niedersächsische Finanzminister und Außenminister in spe, Leisler Kiep, vertreten sie reichlich honoriert für die westdeut-

schen Konzerne. Kiep, selber Mitglied des Aufsichtsrats des VW-Konzerns, weiß, daß VW mit einer der größten Rohstoffverbraucher in Westdeutschland ist. Kiep in einem Spiegel-Interview von Ende Juli: ,,Wenn es um die Fragen der Interessen Europas und der Bundesrepublik . . . geht, die über den geographischen Geltungsbereich des Bündnisses hinausgehen, gibt es unter uns keine Meinungsverschiedenheiten

darüber, daß diese Interessen auch im extremen Fall die Bereitschaft beinhalten müssen . . . deutsche Marineeinhei-

ten . . . im Südatlantik oder am Kap (einzusetzen).'' Allerdings ,,müssen die materiellen Voraussetzungen geschaffen werden, die heute noch nicht vorhanden sind''. Ein neues Marine-Aufbauprogramm kündigt sich an.



,,Rohstoffe aus aller Welt'' 9 wichtige Rohstoffe für den VW-Konzern und ihre hauptsächlichen Lieferanten

b.edl. **Die 1971 erteilte ministerielle Bau- und Betriebsgenehmigung für den geplanten Großflughafen Kaltenkirchen besteht rechtmäßig,** so entschied das Bundesverwaltungsgericht Berlin, nachdem das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg dies bereits am 24. April zugunsten der Flughafen Hamburg GmbH (FHG) festgestellt hatte. Die bürgerlichen Gerichte fassen diese Beschlüsse für die CDU-Landesregierung Schleswig-Holsteins und dem SPD-Senat Hamburg, die den Flughafen für die wirtschaftlichen und militärischen Interessen der Kapitalisten durchsetzen müssen. 1331 Privatklagen aus Kaltenkirchen und Umgebung zeigen, daß die Volksmassen gegen den Bau sind. Die SPD will den Widerstand, der sich in zahlreichen Beschlüssen der unteren Parteiebene im Kreis Segeberg gegen den Bau bemerkbar macht, auf ihre Mühlen lenken, indem z.B. SPD Bundestagsabgeordneter Heyenn Arbeitsgruppen auf Landesparteitagsebene vorschlägt. Über die Klagen gegen das Planfeststellungsverfahren soll im November entschieden werden.

b.brb.Kiel. **Nato-Manöver in Schleswig-Holstein.** Starke Einheiten der Bundeswehr werden zusammen mit US-Streitkräften in der Zeit vom 28.8. bis 12.9.80 im gesamten Bereich des Landes Schleswig-Holstein eine Übung bei Tage und bei Nacht durchführen. Voraussichtliche Ballungsräume sind: a) Neumünster – Bad Bramstedt – Itzehoe; b) beiderseits der Bundesautobahn A1 vom Ostrand Hamburg bis Westrand Lübeck; c) Husum – Flensburg – Schleswig. Die Verwendung von Leucht- und Signalmunition ist vorgesehen. Bekanntmachung des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein vom 8.5.80, abgedruckt im Amtlichen Kreisblatt Lauenburg vom 15.8.80.

b.hos. **Die ÖTV-Betriebsgruppe des Allgemeinen Krankenhauses (AK) Wandsbek beschließt: Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westdeutschland.** Diese Forderung wird auf einem Transparent auf der Demonstration zum Antikriegstag mitgetragen. Es wurde außerdem beschlossen, sich an der Demonstration und Kundgebung gegen Strauß am 25.8.80 zu beteiligen.

b.hem. **Die ÖTV will die Bereitschaftsdienstregelungen der Krankenhäuser zum frühestmöglichen Zeitpunkt kündigen.** Im Bereich der Kreisverwaltung Stade wurde gefordert: 4 statt 8 Dienste/Monat, 24 Std. Ruhe nach 24 Std. Arbeit (Dienst plus Bereitschafts-



Etwa ein Drittel der Teilnehmer an der Parade in Detmold unterstützte die ununterbrochenen Sprechchöre. Sieben Festnahmen gelangen dem Polizeiaufgebot bei Auseinandersetzungen. Dagegen formierte sich im Anschluß ein Demonstrationszug. Rund 350 beteiligten sich unter den Forderungen „Schluß mit Kriegsvorbereitungen! Sofortige Freilassung der Verhafteten!" Bei Ankunft am Polizeipräsidium; nach kurzer Straßenblockade mußten sie herausgelassen werden.

Parade der Panzerbrigade 21: Dreiste Schau in „Friedenssicherung" nicht sonderlich geglückt

r.wof. Mehrere Bataillone der Panzerbrigade 21 aus Augustdorf bei Detmold haben am letzten Samstag in den ostwestfälischen Städten Nieheim (Kreis Höxter), Lemgo und Detmold (Kreis Lippe) eine Panzerparade durchgeführt. Sollen Anfang September auf dem britischen NATO-Flugplatz in Gütersloh die diesjährigen Herbstmanöver eröffnet werden, so sollten diese „feierlichen Vorbeimärsche" einen Vorgeschmack in Punkto „Friedenssicherung" der westdeutschen Bourgeoisie geben. Durchgeführt im Anschluß an einen 14tägigen Truppenübungsaufenthalt der Einheiten in Bergen-Hohne ist allerdings keine der Paraden besonders feierlich geraten – im Gegenteil, einige der Militärfahrzeuge sind durch Detmold nur mit Farbbeuteln verfärbt durchgekommen. „Ausgerechnet eine Woche vor dem Antikriegstag, dem Jahrestag des deutschen Polenüberfalls, meint die Bundeswehr, ihre Stärke öffentlich demonstrieren zu müssen. Angesichts der zugespitzten Situation in der Welt können wir dieses Verhalten nur als Provokation empfinden", heißt es in dem Aufruf einer Aktionseinheit verschiedener Initiativen gegen die Panzerparade, an der sich der KBW beteiligte. Angegriffen wurden in dem Aufruf und in den Sprechchören insbesondere die Stationierung von Mittelstreckenraketen, die Verabschiedung des militärischen Nachtragshaushalts, die Erhöhung der Reservistenanzahl, die Zerstörerfahrt der Bundesmarine in den Indischen Ozean und die Mitgliedschaft der BRD in der NATO.



Kampfpanzer Leopard auf dem Rückweg nach der Parade in Nieheim.



Das Heeresmusikkorps 7 versuchte, die Begleitmusik für den Aufmarsch zu liefern. Ganze 400 Zuschauer waren in Lemgo gekommen, einschließlich der Teilnehmer an der Gegendemonstration.



Bild rechts unten: Den Begleitschutz der traditionsreichen Fahne der Panzerbrigade 21 bildeten Offiziersdienstgrade. Die Panzerkommandeure – zumeist Unteroffiziere – verweigerten dagegen bei der Vorbeifahrt an den Ehrentribünen fast ausnahmslos den vorgeschriebenen militärischen Gruß. Nach Truppenübungsplatzaufenthalt mit Dienstzeit von 4 bis 20 Uhr täglich bedeutete der Vorbeimarsch für sie und die Mannschaften zunächst weiteren Wochenenddienst.

sollten diese „feierlichen Vorbeimärsche" einen Vorgeschmack in Punkto „Friedenssicherung" der westdeutschen Bourgeoisie geben. Durchgeführt im Anschluß an einen 14tägigen Truppenübungsaufenthalt der Einheiten in Bergen-Hohne ist allerdings keine der Paraden besonders feierlich geraten – im Gegenteil, einige der Militärfahrzeuge sind durch Detmold nur mit Farbbeuteln verfärbt durchgekommen. „Ausgerechnet eine Woche vor dem Antikriegstag, dem Jahrestag des deutschen Polenüberfalls, meint die Bundeswehr, ihre Stärke öffentlich demonstrieren zu müssen. Angesichts der zugespitzten Situation in der Welt können wir dieses Verhalten nur als Provokation empfinden", heißt es in dem Aufruf einer Aktionseinheit verschiedener Initiativen gegen die Panzerparade, an der sich der KBW beteiligte. Angegriffen wurden in dem Aufruf und in den Sprechchören insbesondere die Stationierung von Mittelstreckenraketen, die Verabschiedung des militärischen Nachtragshaushalts, die Erhöhung der Reservistenanzahl, die Zerstörerfahrt der Bundesmarine in den Indischen Ozean und die Mitgliedschaft der BRD in der NATO.

Kampfpanzer Leopard auf dem Rückweg nach der Parade in Nieheim.



Das Heeresmusikkorps 7 versuchte, die Begleitmusik für den Aufmarsch zu liefern. Ganze 400 Zuschauer waren in Lemgo gekommen, einschließlich der Teilnehmer an der Gegendemonstration.

Bild rechts unten: Den Begleitschutz der traditionsreichen Fahne der Panzerbrigade 21 bildeten Offiziersdienst-



Mit Schuleintritt in die Fänge des Staates
Für das Recht auf Einspruch und Kontrolle

b.mku. Seit der neuen Zeugnis- und Versetzungsordnung (ZVO) vom 3. Juli 79 versäumen die Hamburger Schulbehörde und ihr Oberherr Klose keine Gelegenheit, die Abschaffung der Notenzeugnisse für die ersten beiden Klassen der Grundschule als kinderfreundliche Großtat zu preisen. „Die Jahres- und Übergangszeugnisse der Klassen 1 und 2 enthalten ... einen allgemeinen Bericht über das Arbeits-und Sozialverhalten und über die Leistungen. Auf Antrag der Erziehungsberechtigten wird ein ... Notenzeugnis erteilt ... Bei der Bewertung einzelner Leistungen während der Klassen 1 und 2 ist die Verwendung von Noten unzulässig ..." (§13.1.zvo). Im Klartext also besonders präzise Darstellung des Leistungsstandes und dazu ein „Zeugniskopf", der zum ganzen Zeugnis ausgedehnt wird.

Schon vor dem Schulanfang wird das Netz der Auslese und Sortierung der Kinder besonders eng gezogen: Im Schulreifetest, zu dem die Eltern ihre Kinder nicht begleiten dürfen und in dessen Ergebnisse die Eltern keinen Einblick erhalten, werden nach einer Bewertungsskala Fertigkeiten wie „sprachliche Differenzierung", „räumliche Beobachtung", „Auffassungsvermögen" oder „feinmotorische Geschicklichkeit" gemessen; z.B. indem unvollständige Figuren fertiggemalt werden müssen. Wird die nötige Punktzahl nicht erreicht, wird das Kind 1 Jahr zurückgestellt. Dazu kommt die staatliche Ausschnüffelung in der schulärztlichen Untersuchung: Der Fragebogen erforscht nicht nur die übliche Kranheitsgeschichte, sondern fragt z.B. nach „psycho-motorischen" Fehlentwicklungen, „abnormen" Bewegungsabläufen, wann zuerst gestanden, gelaufen, geredet, trocken, ob noch Bettnässer, ob „schreckhafte Motorik" und Alpträume auftreten, ob die Eltern geschieden, wieviele Personen in wievielen Zimmern usw. Kaum ist das Kind in der Schule, ist die Akte schon dick, und die Fesseln der allseitigen bürokratischen Unterdrückung sind gezogen: „Für eine dem einzelnen Kinde gerecht werdende Erziehung ist oft die Zusammenarbeit der Grundschullehrer mit den Pädagogen der Schulkindergärten, Kindergärten und Kindertagesheime, mit dem Beratungslehrer, dem Schularzt, der Dienststelle Schülerhilfe und weiteren Beratungs- und Hilfseinrichtungen notwendig." (Richtlinien und Lehrpläne. Bd.I, Grundschule, 24.0.00.1.18.).

Unerläßlich ist es, in den Gewerkschaften verstärkt für das Kontroll- und Einspruchsrecht der gewählten Vertretungsorgane der Eltern und Schüler einzutreten in allen Angelegenheiten des Volksbildungswesens. Lehr- und Lernmittel sowie die Fahrkosten müssen vollständig vom Staat bezahlt werden, ebenso die Versorgung mit Nahrung in der Schule. Daß jetzt in Hamburg die Klassenfrequenzen der Grundschule auf unter 30 gesenkt wurden, ist überhaupt kein Grund, von diesen dringenden Forderungen abzugehen. In Schleswig-Holstein brüstet sich die Landesregierung: „Programm kleine Klassen erfüllt!", weil unter 31 Kinder in der 1. Klasse. Die GEW hat das unverzüglich zurückgewiesen.



indem unvollständige Figuren fertiggemalt werden müssen. Wird die nötige Punktzahl nicht erreicht, wird das Kind 1 Jahr zurückgestellt. Dazu kommt die staatliche Ausschnüffelung



Der Streik der Fischer richtet sich gegen die Politik von Bundes- und Landesregierung

b.wik. Die bisherige geschlossene Streikaktion der Krabbenfischer an der Westküste hat die bürgerlichen Parteien, die Landesregierungen, die Bundesregierung zu verschiedenen Stellungnahmen und Maßnahmen gezwungen. Immerhin hat das Landwirtschaftsministerium in Bonn plötzlich die Auszahlung der bisher gesperrten und bereits vor einem Jahr zugesagten 2,5 Mio. DM Gasölbeihilfen angekündigt. Bisher wurde die Auszahlung immer wieder hinausgezögert und schließlich ganz verhindert mit dem Argument: Die gültigen EG-Richtlinien ließen eine Subventionierung des Gasölpreises nicht zu. Nach den Worten des 2. Vorsitzenden des schleswig-holsteinnischen Landesfischereiverbandes und Sprecher der streikenden Fischer, Hermann Kock, reichen die 2,5 Mio. DM für einmal Volltanken, nach sechs bis zehn Tagen sei wieder alles beim Alten. Die Fischer haben errechnet, daß sie 11,4 Mio. DM laufende Beihilfen brauchen, um den Preisanstieg des Gasöls von 28,50 DM je 100 Liter 1978 auf jetzt 60,00 DM auszugleichen.

Vielleicht hat die Bundesregierung sich durch ihre Ankündigung eine Beendigung der Streikaktion, vielleicht auch einige Wählerstimmen versprochen, als würden die Fischer für ein Almosen ihre Interessen verkaufen. Auf der anderen Seite zeigt die Ankündigung aus dem Ministerium des Ertl, daß die Bundesregierung zu weiteren Zuschüssen nicht bereit ist und es sich einstweilen noch leisten kann, sich zu den Forderungen der Fischer nach Gasölbeihilfe und einem gesicherten Erzeugerpreis für Krabben von 3 DM/kg nicht zu äußern.

Anfang der Woche hat der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Flessner die streikenden Krabbenfischer aufgefordert, eine eigene Erzeugergemeinschaft aufzubauen, mit den Vermarktern zusammenzuarbeiten an einer Planung der Fangmengen. All dies sei „wichtiger als irgendwelche Subventionen". Die niedersächsische Landesregierung hat in einem Schreiben an die Bundesregierung angeregt, Zuschüsse für energiesparende Maßnahmen auf den Kuttern zu gewähren. Flessner verwies darauf, daß die Landesregierung für andere Netze Zuschüsse für 50% der Investition gewähre. Sowohl die schleswig-holsteinische wie auch die niedersächsische Landesregierung haben stets Wert auf die Feststellung gelegt, ihnen gehe es nicht um die Existenzsicherung der kleinen Fischer, sondern um den Ausbau einer wettbewerbsfähigen Flotte, mit dem stets die Ruinierung der kleinen Fischer einherging und den die Regierungspolitik mitbeinhaltete. Nicht anders ist nach den Worten des Ministerialdirigenten Möcklinghoff vom Bundeslandwirtschaftsministerium das Ziel der Fischereipolitik der Bundesregierung: „Wir sollten aber den ‚natürlichen" Schrumpfungsprozeß vorerst nicht aufhalten. Die Fangmöglichkeiten sind knapp geworden oder gerade noch ausreichend ... Auch die Verteuerung der Treibstoffpreise kann nicht zum Anlaß für eine Heraufsetzung der Marktordnungspreise genommen werden ... die Erhaltung einer leistungsfähigen kleinen Hochsee-und Küstenfischerei ist und bleibt deshalb Ziel unserer Fischereipolitik". (Fischerblatt Juli 79). Sowohl Landwirtschaftsminister Flessner als auch der SPD Agrarexperte Wiesen lehnen eine langfristige Subventionierung der Fischer ab.

„Wenn das so weitergeht, wie das bis jetzt gelaufen ist, daß man uns von allen Seiten bekämpft und im Stich läßt, kann das genauso passieren wie in Frankreich", faßt Hermann Kock die Erfahrungen der Fischer mit Landes- und Bundesregierung zusammen. Ab Montag wollen die Kutterfischer Ostfrieslands die Streikaktion unterstützen, zugleich wollen die streikenden Fischer Verbindung mit den holländischen Fischern aufnehmen, um mit ihnen Solidaritätsmaßnahmen beim Fangboykott zu beraten.

Der Streik der Fischer richtet sich gegen die Politik von Bundes- und Landesregierung

b.wik. Die bisherige geschlossene Streikaktion der Krabbenfischer an der Westküste hat die bürgerlichen Parteien, die Landesregierungen, die Bundesregierung zu verschiedenen Stellungnahmen und Maßnahmen gezwungen. Immerhin hat das Landwirtschaftsministerium in Bonn plötzlich die Auszahlung der bisher gesperrten und bereits vor einem Jahr zugesagten 2,5 Mio. DM Gasölbeihilfen angekündigt. Bisher wurde die Auszahlung immer wieder hinausgezögert und schließlich ganz verhindert mit dem Argument: Die gültigen EG-Richtlinien ließen eine Subventionierung des Gasölpreises nicht zu. Nach den Worten des 2. Vorsitzenden des schleswig-holsteinnischen Landesfischereiverbandes und Sprecher der streikenden Fischer, Hermann Kock, reichen die 2,5 Mio. DM für einmal Volltanken, nach sechs bis zehn Tagen sei wieder alles beim Alten. Die Fischer haben errechnet, daß sie 11,4 Mio. DM laufende Beihilfen brauchen, um den Preisanstieg des

ren Seite zeigt die Ankündigung aus dem Ministerium des Ertl, daß die Bundesregierung zu weiteren Zuschüssen nicht bereit ist und es sich einstweilen noch leisten kann, sich zu den Forderungen der Fischer nach Gasölbeihilfe und einem gesicherten Erzeugerpreis für Krabben von 3 DM/kg nicht zu äußern.

Anfang der Woche hat der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Flessner die streikenden Krabbenfischer aufgefordert, eine eigene Erzeugergemeinschaft aufzubauen, mit den Vermarktern zusammenzuarbeiten an einer Planung der Fangmengen. All dies sei „wichtiger als irgendwelche Subventionen". Die niedersächsische Landesregierung hat in einem Schreiben an die Bundesregierung angeregt, Zuschüsse für energiesparende Maßnahmen auf den Kuttern zu gewähren. Flessner verwies darauf, daß die Landesregierung für andere Netze Zuschüsse für 50% der Investition ge-

gierungspolitik mitbeinhaltete. Nicht anders ist nach den Worten des Ministerialdirigenten Möcklinghoff vom Bundeslandwirtschaftsministerium das Ziel der Fischereipolitik der Bundesregierung: „Wir sollten aber den ‚natürlichen" Schrumpfungsprozeß vorerst nicht aufhalten. Die Fangmöglichkeiten sind knapp geworden oder gerade noch ausreichend ... Auch die Verteuerung der Treibstoffpreise kann nicht zum Anlaß für eine Heraufsetzung der Marktordnungspreise genommen werden ... die Erhaltung einer leistungsfähigen kleinen Hochsee-und Küstenfischerei ist und bleibt deshalb Ziel unserer Fischereipolitik". (Fischerblatt Juli 79). Sowohl Landwirtschaftsminister Flessner als auch der SPD Agrarexperte Wiesen lehnen eine langfristige Subventionierung der Fischer ab.

„Wenn das so weitergeht, wie das bis jetzt gelaufen ist, daß man uns von allen Seiten bekämpft und im Stich läßt, kann das genauso passieren wie in Frankreich", faßt Hermann Kock die

dienst), Zahlung als Arbeitsbereitschaft. Bisher haben die Kollegen intern Erleichterungen durchgesetzt: In Stade nehmen Laborantinnen nach Wochenenddiensten einen Nachmittag frei, in Buxtehude leisten chirurgische Assistenten keine Doppeldienste (Wochenende) mehr, die Assistenten in Stade haben 4 Std. frei, wenn sie nicht 4 Std. zusammenhängend schlafen konnten, nachdem sie anderenfalls sich vom Chef bestätigen ließen, daß trotz Übermüdung der Dienst angeordnet wurde.

b.wik. **Am 19.8. hat der Geschäftsführende Gesellschafter Frank der Firma Eller Tore Kating Konkursantrag gestellt.** Das Eller-Kapital ist zum zweitenmal innerhalb von 18 Monaten pleite. Damals war die insolvente Firma unter Beteiligung der Vereins- und Westbank von der Finanzierungsgesellschaft Bötel und Frank aufgekauft worden. Die Belegschaft ist von 125 auf 75 verringert worden, über Zuschüsse des Landes und des Kreises ist die bis dahin vorwiegend handwerkliche Produktion auf industrielle Serienproduktion umgestellt worden. Die Investitionszulagen des Landes betrugen dabei 400000, die des Kreises 300000 DM. Letztere als zinsfreie Darlehen auf 2 Jahre. Zudem hat das Arbeitsamt über ein Jahr 30 bis 40% des Lohnes gezahlt. Die IG Metall überprüft, ob sie die Geschäftsleitung verklagt, weil diese den Betriebsrat über die finanzielle Situation nicht informiert hat.

r.ine. **Am 12.8.1980 forderte der Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen e.V. den Bremer Innensenator Fröhlich auf, „unverzüglich Schadensersatzklage gegen die gewalttätigen Demonstrationsteilnehmer bei dem öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehrsoldaten am 6.5.1980 in Bremen zu erheben."** Der Steuerzahlerbund stützt sich auf Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und das Urteil des Landgerichts Hannover vom 10.7.1980 gegen 14 Teilnehmer der Grohnde-Demonstration vom 19.3.1977, die zum Schadensersatz wegen Verletzung von Polizeibeamten und Beschädigung von Einsatzmaterial verurteilt wurden, ohne daß im einzelnen nachgewiesen wurde, wer wen verletzt hatte oder wer was beschädigt hatte. Das Landgericht hatte gegen vier Teilnehmer die Klage des Landes Niedersachsen abgewiesen. Dagegen ist das Land in Berufung gegangen, die verurteilten Demonstrationsteilnehmer haben ebenfalls Berufung eingelegt.

Veranstaltungskalender

Veranstaltungen zum Antikriegstag

Flensburg, 29.8.80, 20 Uhr, Die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten und die militärtheoretischen Schriften von Clausewitz. Veranstaltung des KBW, Gaststätte Moravia, ZOB.

Flensburg, 31.8.80, 14.30 Uhr, Exe-Ladelund, Autodemonstration des Kreisjugendausschuß des DGB Flensburg anläßlich des Antikriegstages zum ehemaligen KZ Ladelund.

Flensburg, 1.9.80, 17 Uhr, Südermarkt, Demonstration des Aktionsbündnisses gegen Kriegsvorbereitung Flensburg.

Hamburg, 1.9.80, 17 Uhr Demonstration des DGB ab dem Gewerkschaftshaus, Karl-Legien-Platz.

Hamburg, 2.9.80, 19 Uhr, Diskussionsveranstaltung des DGB im Gewerkschaftshaus. „Soziale und demokratische Rechte von Wehrpflichtigen".

Hamburg, 4.9.80, 19 Uhr, Diskussionsveranstaltung des DGB mit einem IGM-Vorstandsmitglied im Gewerkschaftshaus über Fragen der Abrüstung.

Hamburg, 5.9.80, 19 Uhr, „Friedensfest" in der Mensa der Uni Hamburg.

Revolutionäres Volksbildungsprogramm 1980

Nach der Zerschlagung des NAZI-Regimes durch die Alliierten Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag

Hamburg, 25.8. – 29.8.80, 19.30 Uhr, Gymnasium St. Pauli, Budapester Str. 58.

Die Unterdrückertätigkeit Friedrich des Großen und Preußens Rolle im Kampf um die Einheit der Nation Feudalismus und Bourgeoisie beginnen sich zu verschwägern

Lübeck, 25.8.-29.8.80, 20 Uhr, Frankeschule.

Neumünster, 1.9.-5.9.80, 20 Uhr, Hotel Stadt Rensburg, Rendsburger Landstraße.

Lenin: Staat und Revolution

Hamburg-Harburg, 25.8.-29.8.80, 20 Uhr, Löschteich, Schwarzenbergstraße 70.

Karl Marx: Lohn, Preis und Profit

Elmshorn, 25.8. – 29.8.80, 20 Uhr, In der Gaststätte Birkenhof, Hainholz.

Kreis Lauenburg, Mölln, 1.9. – 5.9.80, Gasthof zur Linde, Königsbergerstraße, 20 Uhr.

Die Epoche des Imperialismus. Ungleichmäßige Entwicklung der imperialistischen Hauptmächte. Der deutsche Imperialismus greift nach der Weltherrschaft. Unvermeidlichkeit des Krieges.

Lüneburg, 25.8. – 29.8.80, 20 Uhr, Mo. Moravia-Eck, Stöterogge Straße. Di. bis Freitag Gaststätte Kaltenmoor, C.F.Goerdeler Straße.

Hamburg-Eimsbüttel, 25.8. – 29.8.80, 19.30 Uhr, Eimsbüttler Krug, Osterstraße 5.

Die französische Revolution rüttelt die Deutsche Nation wach. In den Kriegen gegen die napoleonische Besatzung wird sie ideologisch und politisch erneut in Ketten gelegt.

Schleswig, 25.8. – 29.8.80, 20 Uhr, „Schleimöve", Süderholm 8.

Kiel, 25.8. – 29.8.80, 20 Uhr, „Probierstube Ostufer" bei Luge, Kielerstr. 29.

Wehrkraftzersetzungsprozeß in Hamburg gegen Thomas Wulf

Hamburg, 26.8.80, 9 Uhr, Strafjustizgebäude, Sievekingsplatz 3, Raum 237. Weitere Termine jeweils um 9 Uhr, Raum 237: 27.8., 29.8., 1.9. und 2.9.

Demonstration gegen Strauß

Hamburg, 25.8.80, 17 Uhr: Ab Legienplatz, Gewerkschaftshaus

Betriebsrat fordert: HAW soll für die Folgen eines Betriebsunfalls aufkommen

b.güt. Am 2.8.77 stürzt in der Gießerei bei den Hamburger Aluminiumwerken der tunesische Arbeiter B. Amara aus 2½ m Höhe. Die Achillessehne reißt. Die Berufsgenossenschaft lehnt die Verantwortung für die Unfallfolgen ab. Begründung: Eine gesunde Sehne wäre bei diesem Sturz nicht gerissen, die Sehne muß vorher lädiert gewesen sein.

Der Fuß des Arbeiters heilt nicht. Im Mai 79 wird er aus der Krankenkasse ausgesteuert. Er muß Sozialhilfe beantragen, 986 DM für seine 4-köpfige Familie.

Auf Betreiben des Betriebsrats schreibt ihn der Arzt im Herbst 79 für eine „überwiegend sitzende Tätigkeit“ arbeitsfähig. Der Betriebsrat schlägt der Betriebsführung mehrere Arbeitsplätze vor, wo der Arbeiter eingesetzt werden könnte. Die Betriebsleitung lehnt rigoros ab. Sie schickt den Arbeiter nach Hause. Der Betriebsrat bringt die Sache jetzt regelmäßig vor die Betriebsversammlungen.

B. Amara klagt vor dem Arbeitsgericht auf Weiterbeschäftigung. Das Arbeitsgericht beschließt, die Arbeitsplätze, die der Betriebsrat vorgeschlagen hat, zu besichtigen und erklärt danach, daß es zu der Auffassung neige, daß HAW den Arbeiter weiterbeschäftigen müsse. Für Ende August dieses Jahres kündigt das Gericht eine Entscheidung an.

Ab 2.8.80 kann B. Amara wieder Krankengeld beanspruchen. Die Krankenkasse lehnt ab, weil der Vertrauensarzt ihn gesund geschrieben hat, obwohl der Fuß kaum bewegungsfähig und der Beinmuskel völlig erschlafft ist. Der Arzt: „Ein Achillessehnenriß ist nach 2½ Jahren ausgeheilt. Was jetzt noch ist, weiß ich auch nicht.“ Offensichtlich soll dem Arbeiter angehängt werden, daß er simuliert.

Die Betriebsleitung verlangt daraufhin, daß B. Amara seinen Arbeitsvertrag voll erfüllt, wie jeder gesunde Arbeiter. Der Betriebsrat fordert technische Hilfen am Arbeitsplatz, da der Arbeiter als Schwerbehinderter anerkannt ist. Die Betriebsführung lehnt das ab: „Wir können ihn doch nicht mit dem Rollstuhl zur Arbeit fahren“. Der Betriebsrat kontrolliert die Arbeitsaufnahme. B. Amara bekommt erstmal leichte Arbeit zugewiesen. Der Kampf darum, daß HAW die Verantwortung für die Unfallfolgen trägt, ist noch nicht entschieden.

Altenverwahrung statt Altenpflege

b.jöf. Vielen Lohnabhängigen ist im Alter das Altersheim sicher, besonders, wenn Krankheit oder Behinderung dazukommen. Das wäre an sich nicht so schlimm, aber oft sind die Zustände dort so, daß sich die Alten gegen Bevormundung und mangelnde Pflege wehren müssen. Schlecht sind sie dran, wenn sie sich nicht selber wehren können. Dann sind sie eine leichte Beute der Kostendämpfungsmaßnahmen von Regierung, Krankenversicherungen und Heimträgern.

In einem Beitrag für die Zeitschrift „Altenpflege“ beschreibt eine Krankenschwester die Bemühungen der Beschäftigten und warnt vor dem Inkrafttreten der Bundes-Heimmindestpersonalverordnung: „... Zu lange wurden Alter und Krankheit als schicksalhaft miteinander verbunden betrachtet, wurde das Siechtum als natürliche Lebensphase hingenommen ... Allerdings muß einem groben Irrtum vorgebeugt werden: Aktivierung von pflegebedürftigen Heimbewohnern führt nicht zur Einsparung von Mitarbeitern.“

Umfragen unter Pflegepersonal ergaben, daß für aktivierende Pflege ein Verhältnis Pflegekraft/Bewohner von 1 : 3,5 erforderlich ist. Nur dann ist Zeit für gründliches Waschen, regelmäßiges Nägelschneiden, Baden, Rasieren, Kontrolle des Wasserhaushaltes bei Bettlägrigen und Zeit für Gespräche, Spiele, Basteln, Einweisen der Angehörigen vor der Entlassung; sonst bleibt ein Pflegeheim Endstation.

Für Altemheime schreibt die Heimmindestpersonalverordnung für je 20 Bewohner eine Pflegekraft vor. Mit Recht fürchtet das Pflegepersonal, daß Regierung und Träger aus der „Mindest“verordnung eine „Höchst“verordnung machen. Für Pflegeheime schreibt die Verordnung 1 : 5 als Personalausstattung vor; dann blieben für jeden Bewohner durchschnittlich 55 Minuten Pflege in 24 Stunden, errechnete das Kuratorium Deutsche Altenhilfe.

In den Heimen der Stadt Kiel sieht die Lage noch schlechter aus. Rund 10% der Bewohner sind auf laufende Sozialhilfe angewiesen, der größte Teil auf gelegentliche. In den sechs Altenheimen (zus. 537 Plätze) kommt im Schnitt auf je 77 Bewohner eine Pflegekraft. Von drei Pflegeplanstallen ist immer nur eine besetzt. In den 5 Pflegeheimen müssen sich je 6 Bewohner eine Pflegekraft teilen. In den Altenheimen fehlen 13% des gesamten Personals und vom Pflegepersonal sogar 60%. In den Pflegeheimen ist das noch schlimmer: ¼ des gesamten Personals fehlt, 46% der Pflegestellen sind nicht besetzt. Insgesamt fehlen 159 Pflegekräfte (Schwestern, Pfleger, Altenpfleger Pflegehelfer/innen). Nur eine einzige Altenpflegerstelle ist besetzt, in einem Altenheim; für Pflegeheime sind gar keine vorgesehen. Das liegt nicht daran, daß kein Personal zu bekommen sei, wie der Leiter des Kieler Sozialamtes behauptet, das liegt daran, daß die Stadt kein Geld ausgeben will für die Altenpflege. „10 Stellen können wir sofort besetzen“, gab er bekannt. Dann fehlen aber immer noch 149 Pflegekräfte!

Es ist berechtigt, daß staatlich geprüfte Altenpfleger, als die eigentlichen Spezialisten für die Altenpflege, in der tariflichen Eingruppierung geprüften Krankenschwestern gleichgestellt werden. Bei der Stadt Kiel sind Altenpfleger in Krankenpflegetarif Kr III eingestuft (Grundvergütung 1297 bis 1679 DM); Krankenschwestern werden meist nach Kr IV bezahlt (Grundvergütung 1383 bis 1827 DM); Stationsschwestern nach Kr V (1475 bis 1973 DM). Für schwere Arbeit – mechanische Hilfsmittel fehlen oft – auf unterbesetzten Abteilungen, 6-Tage-Woche, Frühschicht von 6 bis 13 Uhr und Spätschicht von 13 bis 20 Uhr ist das alles nicht viel Geld. Der Kampf der Gewerkschaften gegen Kostendämpfung im Gesundheits- und Sozialbereich muß sich auch gegen diese Form der Unterbezahlung durch zu niedrige Eingruppierung eines Berufes wenden und von den Heimbewohnern und ihren Angehörigen sollte er unterstützt werden.



Der Kampf gegen die Torpedoversuchsanstalt in Eckernförde hat eine lange Tradition

b.chc. 1913 wurde in Eckernförde von dem kaiserlichen Torpedoschießstand der erste Schuß abgefeuert. Nach dem ersten Weltkrieg wurden die Gebäude der TVA zu Produktionsstätten für Haushaltsartikel umgewandelt. Mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und nach Zustandekommen des deutsch-englischen Flottenabkommens, das ein Zugeständnis an die deutsche Wiederaufrüstung zur See nach dem 1 Weltkrieg bedeutete, begann 1933 bis 1935 der Aufbau der TVA.

Nach Ende des 2. Weltkrieges gingen die englischen Truppen dazu über, die noch stehengebliebenen Gebäude der TVA zu demontieren. Dies rief heftigen Protest in der Eckernförder Bevölkerung hervor, die die Räumlichkeiten dringend für Produktionszwecke zu verwenden wußte. Die zwei stehengebliebenen Gebäude wurden dann kurz nach Kriegsende für Wohnungen, die Unterbringung einer Schule und Jugendherberge genutzt.

Mit dem Ausbau der Hafenanlage Eckernfördes Anfang der 50iger Jahre wurden erste Schritte für den Wiederaufbau der TVA eingeleitet. In Eckernförde hat es von Seiten des Gemeinderates, dem Bürgermeister und der Bevölkerung heftige Kämpfe gegen

aufbau der TVA seien zum einen, daß die seegeographischen Bedingungen für eine TVA nur in der Eckernförder Bucht gegeben seien, außerdem die Bundesregierung sich den NATO Beschlüssen zu fügen habe, somit also keine Ausweichmöglichkeit bestehe.

Zum zweiten wurden der Gemeinderat und Bürgermeister durch die Zusicherung finanzieller Unterstützung beim Bau einer neuen Schule, Jugendherberge und geeignetem Wohnraum durch Gelder aus Bonn für den Bau der TVA gewonnen.

Das militärische Gelände an der Eckernförder Bucht wurde auf der Südseite ausgedehnt und erstreckt sich bis nach Surendorf, wo die abgeschossenen Torpedos aufgefangen werden. Für die Fischer bedeutete der Wiederaufbau der TVA und die laufenden Übungen eine Einschränkung ihrer Fanggebiete, sowie ständig die Gefahr, mit den Schiffsschrauben in die Torpedodrähte zu gelangen. Bis heute hat der Kampf gegen die TVA von Seiten der Eckernförder Fischer nicht nachgelassen.

Wenn Stoltenberg sich seit einigen Jahren hinstellt und anläßlich öffentlicher Rekrutenvereidigungen die Verbundenheit zwischen dem Marinestütz-

Die „rebellischen Alten“ vom Köhlerhof

Die Bewohner eines Altenwohnheims organisieren den Kampf gegen Mieterhöhungen

b.hoo. Am Stadtrand Bad Bramstedts liegt das HAUS KÖHLERHOF. Ein Seniorenwohnheim, wie es sich vornehm nennt. Betrieben wird es durch die HUDAU GmbH & Co. KG, in der Industriekapital aus Hamburg und dessen Umland steckt. In einem 5-Stock-Bau mit rund 120 Appartements hat es hier rentierliche Anlage gefunden. Die hier wohnenden alten Menschen sind überwiegend Angehörige der Mittelschichten. Zwischen 1000 und 2500 DM müssen sie pro Appartement hinblättern. Für knapp 1000 DM hat man dann 29,5 qm ganz für sich! An Mieteinnahmen erzielt die HUDAU schätzungsweise 2,5 Mio. DM im Jahr. Die Nebenleistungen erschöpfen sich in der Reinigung der Zimmer 1x pro Woche, einer Notrufanlage und der Möglichkeit der Krankenpflege bis

gen durchzusetzen. Der 6. ist endlich tauglich. Beschaulich ist am KÖHLERHOF nur noch die Umgebung, im Haus herrscht offener Kampf.

Geschwelt hat es schon lange. Im Schnellverfahren mit möglichst wenig Kosten hochgezogen, hatte der Bau von Beginn an erhebliche Mängel. Durch die Fenster und Balkontüren zieht es, auf den Balkonen steht nach Regenfällen wochenlang das Wasser, die Außenwände sind feucht und schimmeln, die Heizung fällt oft aus. Jahrelang ist auf immer wieder vorgetragene Mahnungen nichts gemacht worden. Als die HUDAU im Sommer 78 und 79 mit insgesamt 18% Mieterhöhung kräftig hinlangen will, machen die Alten nicht mehr mit. Sie organisieren sich und nutzen vor allem ihr Vertretungsorgan, den Beirat, zum Zu-

Die Heimleitung schlägt zurück. Zunächst greift sie in Rundbriefen an alle Bewohner die „spektakulären Aktionen“ des Beirats an, „die uns nur von der Arbeit an der Beseitigung der Mängel ablenken, weil sie uns Zeit kosten.“ Als solche plumpen Spaltungsmanöver nicht ziehen, wird die Gangart schärfer. Systematisch werden die Aushänge des Beirats über den Kampf vom schwarzen Brett abgerissen, zu seinen Sprechstunden die erforderlichen Räume abgeschlossen, einzelne Bewohner eingeschüchtert, schließlich wird der 77jährigen Beiratsvorsitzenden fristlos gekündigt wegen „ständiger Behinderung der Arbeit der Heimleitung“. Der Prozeß läuft noch, ebenso wie 12 Verfahren gegen Bewohner, die die Erhöhungen nicht gezahlt haben.

Empfindliche Schläge hat die HU-

Der Kampf gegen die Torpedoversuchsanstalt in Eckernförde hat eine lange Tradition

b.chc. 1913 wurde in Eckernförde von dem kaiserlichen Torpedoschießstand der erste Schuß abgefeuert. Nach dem ersten Weltkrieg wurden die Gebäude der TVA zu Produktionsstätten für Haushaltsartikel umgewandelt. Mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und nach Zustandekommen des deutsch-englischen Flottenabkommens, das ein Zugeständnis an die deutsche Wiederaufrüstung zur See nach dem 1 Weltkrieg bedeutete, begann 1933 bis 1935 der Aufbau der TVA.

Nach Ende des 2. Weltkrieges gingen die englischen Truppen dazu über, die noch stehengebliebenen Gebäude der TVA zu demontieren. Dies rief heftigen Protest in der Eckernförder Bevölkerung hervor, die die Räumlichkeiten dringend für Produktionszwecke zu verwenden wußte. Die zwei stehengebliebenen Gebäude wurden dann kurz nach Kriegsende für Wohnungen, die Unterbringung einer Schule und Jugendherberge genutzt.

Mit dem Ausbau der Hafenanlage Eckernfördes Anfang der 50iger Jahre wurden erste Schritte für den Wiederaufbau der TVA eingeleitet. In Eckernförde hat es von Seiten des Gemeinderates, dem Bürgermeister und der Bevölkerung heftige Kämpfe gegen
eine neue TVA gegeben. Diese Kämpfe waren eng verbunden mit dem Kampf gegen die Remilitarisierung. Die Bundesregierung ließ den damaligen Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins ins NATO Hauptquartier reisen, um sodann in Eckernförde auftreten zu können. Hauptgründe für den Wieder-

aufbau der TVA seien zum einen, daß die seegeographischen Bedingungen für eine TVA nur in der Eckernförder Bucht gegeben seien, außerdem die Bundesregierung sich den NATO Beschlüssen zu fügen habe, somit also keine Ausweichmöglichkeit bestehe.

Zum zweiten wurden der Gemeinderat und Bürgermeister durch die Zusicherung finanzieller Unterstützung beim Bau einer neuen Schule, Jugendherberge und geeignetem Wohnraum durch Gelder aus Bonn für den Bau der TVA gewonnen.

Das militärische Gelände an der Eckernförder Bucht wurde auf der Südseite ausgedehnt und erstreckt sich bis nach Surendorf, wo die abgeschossenen Torpedos aufgefangen werden. Für die Fischer bedeutete der Wiederaufbau der TVA und die laufenden Übungen eine Einschränkung ihrer Fanggebiete, sowie ständig die Gefahr, mit den Schiffsschrauben in die Torpedodrähte zu gelangen. Bis heute hat der Kampf gegen die TVA von Seiten der Eckernförder Fischer nicht nachgelassen.

Wenn Stoltenberg sich seit einigen Jahren hinstellt und anläßlich öffentlicher Rekrutenvereidigungen die Verbundenheit zwischen dem Marinestütz-
punkt und der Eckernförder Bevölkerung heraufbeschwört, so konnte er diese öffentlichen Vereidigungen jeweils nur gegen Proteste durchführen. In diesem Jahr wird am 29.8. anläßlich der öffentlichen Rekrutenvereidigung eine Demonstration und Kundgebung in Eckernförde durchgeführt.

che, Spiele, Basteln, Einweisen der Angehörigen vor der Entlassung; sonst bleibt ein Pflegeheim Endstation.

Für Altemheime schreibt die Heimmindestpersonalverordnung für je 20 Bewohner eine Pflegekraft vor. Mit Recht fürchtet das Pflegepersonal, daß Regierung und Träger aus der „Mindest“verordnung eine „Höchst“verordnung machen. Für Pflegeheime schreibt die Verordnung 1 : 5 als Perso-



Die „rebellischen Alten“ vom Köhlerhof

Die Bewohner eines Altenwohnheims organisieren den Kampf gegen Mieterhöhungen

b.hoo. Am Stadtrand Bad Bramstedts liegt das HAUS KÖHLERHOF. Ein Seniorenwohnheim, wie es sich vornehm nennt. Betrieben wird es durch die HUDAU GmbH & Co. KG, in der Industriekapital aus Hamburg und dessen Umland steckt. In einem 5-Stock-Bau mit rund 120 Appartements hat es hier rentierliche Anlage gefunden. Die hier wohnenden alten Menschen sind überwiegend Angehörige der Mittelschichten. Zwischen 1000 und 2500 DM müssen sie pro Appartement hinblättern. Für knapp 1000 DM hat man dann 29,5 qm ganz für sich! An Mieteinnahmen erzielt die HUDAU schätzungsweise 2,5 Mio. DM im Jahr. Die Nebenleistungen erschöpfen sich in der Reinigung der Zimmer 1x pro Woche, einer Notrufanlage und der Möglichkeit der Krankenpflege bis
zu 14 Tagen. Von den 2,5 Mio. bleibt da einiges über! Ganz nebenbei zieht die HUDAU von jedem Bewohner noch 5 Monatsmieten als Vorauszahlung ein – zinslos, versteht sich! Den Geldgebern der HUDAU reicht dies offenbar nicht. Von 1974 bis 78 haben sie 5 Geschäftsführer verschlissen, die allesamt nicht die nötige Härte hatten, um Jahr für Jahr saftige Mieterhöhun-

gen durchzusetzen. Der 6. ist endlich tauglich. Beschaulich ist am KÖHLERHOF nur noch die Umgebung, im Haus herrscht offener Kampf.

Geschwelt hat es schon lange. Im Schnellverfahren mit möglichst wenig Kosten hochgezogen, hatte der Bau von Beginn an erhebliche Mängel. Durch die Fenster und Balkontüren zieht es, auf den Balkonen steht nach Regenfällen wochenlang das Wasser, die Außenwände sind feucht und schimmeln, die Heizung fällt oft aus. Jahrelang ist auf immer wieder vorgetragene Mahnungen nichts gemacht worden. Als die HUDAU im Sommer 78 und 79 mit insgesamt 18% Mieterhöhung kräftig hinlangen will, machen die Alten nicht mehr mit. Sie organisieren sich und nutzen vor allem ihr Vertretungsorgan, den Beirat, zum Zu-
sammenschluß. Dieser führt Versammlungen durch, organisiert Unterschriftensammlungen und läßt sich vom Mieterverein beraten. Die Bewohner fordern Offenlegung der Kostensteigerungen und eine rechnerisch überprüfbare Begründung der Erhöhung. Sie haben damit offenbar einen empfindlichen Nerv des Unternehmens getroffen.

Die Heimleitung schlägt zurück. Zunächst greift sie in Rundbriefen an alle Bewohner die „spektakulären Aktionen“ des Beirats an, „die uns nur von der Arbeit an der Beseitigung der Mängel ablenken, weil sie uns Zeit kosten.“ Als solche plumpen Spaltungsmanöver nicht ziehen, wird die Gangart schärfer. Systematisch werden die Aushänge des Beirats über den Kampf vom schwarzen Brett abgerissen, zu seinen Sprechstunden die erforderlichen Räume abgeschlossen, einzelne Bewohner eingeschüchtert, schließlich wird der 77jährigen Beiratsvorsitzenden fristlos gekündigt wegen „ständiger Behinderung der Arbeit der Heimleitung“. Der Prozeß läuft noch, ebenso wie 12 Verfahren gegen Bewohner, die die Erhöhungen nicht gezahlt haben.

Empfindliche Schläge hat die HU-
DAU schon jetzt einstecken müssen. Der Ruf des KÖHLERHOFS ist einigermaßen ramponiert. In Bad Bramstedt heißt er im Volksmund „Ausbeuterheim“. In großen Zeitungsannoncen wirbt der KÖHLERHOF vergebens um Nachschub für die, die inzwischen ausgezogen sind: rund 20% aller Appartements stehen seit Monaten leer.

ÖTV Stade führt in Krankenhäusern Fragebogenaktion zur Arbeitsbelastung durch

b.hem. Die Hauptabteilung Gesundheitswesen der ÖTV in der Kreisverwaltung Stade führt zur Zeit eine Fragebogenaktion zur Arbeitsbelastung in den Krankenhäusern Stade, Buxtehude, Bremervörde und Zeven durch. Seit dem bundesweiten Aktionstag der ÖTV im Juni 1979 zur Humanisierung im Gesundheitswesen wurden auf Abteilungsversammlungen immer heftiger die Probleme: Überlastung des Personals, Delegierung von ärztlichen Tätigkeiten auf Helferinnen, erweiterte Aufgabenbereiche, die sich jedoch nie auf den Stellenplan auswirkten sowie die Engpässe, die durch verlängerten Jahresurlaub und Mutterschaftsurlaub entstehen, verhandelt.

Die Kollegen waren sich einig, daß man dem Gerede von „Humanisierung in den Krankenkäusern“, welches von der Bourgeoisie breitgetreten wird, um von den Arbeitsbedingungen und dem Kostendämpfungsgesetz abzulenken, welches zu erheblichen Personaleinsparungen geführt hat, konkrete, auf gründlichen Untersuchungen basierende Forderungen entgegenstellen muß. So wurde gemeinschaftlich der Fragebogen, der in die Bereiche Ärzte, Pflegepersonal, Küche / Reinigung, Verwaltung sowie medizinisch-technisches Personal eingeteilt ist, entworfen.

Der Vorstand begründet die Aktion in der Einleitung des Fragebogens folgendermaßen: „Um einen möglichst genauen Überblick über Arbeitsanfall im Verhältnis zu den vorhandenen Arbeitskräften zu bekommen, führen wir diese Fragebogenaktion durch und wollen anhand des Ergebnisses konkrete Forderungen entwickeln, die dann auch belegbar sind. Wir bitten deshalb alle Beschäftigten – auch nicht gewerkschaftlich organisierte – um rege Beteiligung.“

Bisher ist die Aktion unter allen Kollegen auf großes Interesse gestoßen und es wurden auch schon außer den ursprünglich verteilten Fragebogen zahlreiche von anderen Kollegen nachgefordert.

Bei der Aufhebung der Ladenschlußgesetze stößt die Bourgeoisie auf den Widerstand der kleinen Einzelhändler

b.dam. Die FDP macht sich stark für die Verlängerung der Ladenschlußzeiten, für die Aufhebung des jetzigen Ladenschlußgesetzes. Auf wen kann sich die Bourgeoisie überhaupt bei der Durchsetzung dieses Änderungsgesetzes stützen? Die Beschäftigten sind eindeutig dagegen. Die kleinen Einzelhändler sind ebenfalls nicht dafür. Die Lohnarbeit soll durch die Verlängerung der Ladenschlußzeiten länger und stärker ausgebeutet werden. Der Großteil, der Einzelhandelsbetriebe empfinden den Vorschlag „als Konkurrenzdruck“, als Verschärfung ihres Kampfes um ihre eigene Existenz. Im wesentlichen setzt sich das Einkommen der kleineren Einzelhändler nicht aus der Ausbeutung von Lohnarbeit zusammen, sondern das Erwerben des Einkommens durch eigene und Familienarbeit hat größte Bedeutung. 1970 waren, wie aus der Tabelle ersichtlich, 12,7% in Flensburg und 37% im Kreis Schleswig-Flensburg der gesamten Beschäftigten im Einzelhandel entweder Selbständige oder deren Familienmitglieder, die mitarbeiten. Die Lage hat sich seit der Statistik 1970, aus der unsere Zahlen stammen, sicher noch verschärft, da die Übernahme der Lebensmittelläden durch große Verkaufsringe wie VEGE, EDEKA oder VIVO in den letzten Jahren zugenommen hat. Außerdem sind von den durchsnittlich 3,4% Beschäftigten der kleineren Einzelhandelsbetriebe ein Großteil Lehrlinge, die beschäftigt werden, die sowieso nicht für eine Arbeit über die „normalen“ Ladenschlußzeiten zu gewinnen sind; die Schranke des Jugendarbeitsschutzgesetzes müßte außerdem eingerissen werden. Die Industrie-und Handelskammer Schleswig-Flensburg gab noch keine offizielle Stellungnahme ab, auf einem der Treffen der Lebensmittelhändler Schleswig-Holsteins in Eckernförde wurde eine Stellungnahme gegen die Änderung abgegeben.

Erwerbstät. und Anteil mitarbeitender Selbst. Einzelhandel 1970 Fl.:

	Erwerbstät.	Inhaber	mitarb. Fam. ang.	% Erwerbstätige
Flensburg	9453	964	234	12,7%
Schlesw. Flensb.	2477	681	242	37 %

Struktur Betriebe Einzelhandel Schleswig-Holstein 1970:

	Betriebe	Beschäft.	durchschn. Besch.
Ein Inhaber	20663	70673	3,42
Mehr. Inhaber	870	4267	4,9
OHG	878	16909	19,25
KG	738	22750	30,82
GmbH	190	10912	57,43

Daten aus Arbeitsstätten Schleswig-Holstein 1970, Statistisches Landesamt

Mit den Forderungen der Arbeiter Strauß und seine Politik der Reaktion bekämpfen

b.obj. In dieser Woche führt die CDU ihren Kanzlerkandidaten in Lübeck und Hamburg vor. Obwohl sie mit Franz-Josef Strauß einen etwas unheiligen Propheten hat, kann sie doch fest einkalkulieren, daß ihr Stimmfischen durch die im Menschenfischfanggewerbe auftragsgemäß tätigen Kanzelredner gefördert wird. Das Publikum der Seelsorger besteht zum erheblichen Teil aus etwas älteren Menschen, dies weniger, weil in der jüngeren Generation der Kircheneinfluß nachläßt, sondern vor allem, weil bereits in der Jugend dem seelsorgerisch betreuten eingehämmert wird, daß der Schoß der Kirche ihn erwartet, wenn er, einmal am Ende seiner Lebensbahn angekommen, Gott dem Herrn sozusagen nahe ist. Aber eine Gottesliebe, so stark daß sie Hungerrenten begrüßt, weil sie rasch in die Nähe des Herrn führen, ist trotzdem sehr selten. Will die CDU/CSU deshalb bei den Rentnern Stimmen fischen, so muß sie auf dem Erdboden bleiben und zu den Renten was sagen. Sie tut es. „Unsere Rentner haben Anspruch auf einen materiell gesicherten Lebensabend". Das ist deutlich, was? So eine klare Aussage. Und es kommt noch besser. In seinem neuen Buch und im Wahlprogramm fordert Strauß: „Wir werden die bruttolohnbezogene, dynamische Rente wieder einführen". Fast meint man der soziale Geist habe ihn so mitgerissen, daß er sich im Gegensatz zwischen „unseren Rentnern" und den Kapitalisten eindeutig auf die Seite der Rentner stellt.

Da aber die CDU/CSU und Strauß als Kanzlerkandidat nirgendwo einen Lohn, der das materielle Leben sichert, verlangt, wird die Versöhnung mit den Interessen der Kapitalisten so schwer nicht fallen. Es sind sehr leicht Bruttolöhne denkbar, die auch bei „bruttolohnbezogener Rente" bloß eine Verkürzung des Lebensabends materiell bewirken. Und Strauß ist ja für das Leistungsprinzip. Die Rente muß auch leistungs- und beitragsbezogen bleiben. Das heißt an eine Mindestrente, die jenen den „Lebensabend" erträglich macht, die zu niedrigsten Löhnen ausgebeutet werden, ist nicht gedacht, denn eine solche wäre ja nicht mehr „leistungsbezogen." Das Ganze ist eine demagogische Behauptung, die bloß für die höchsten Lohnklassen und die höheren Gehaltsklassen einen gewissen materiellen Grund und Boden hat.

„Die Union will den Generationsvertrag ... sichern". Mit dieser Feststellung im Wahlprogramm soll die schlechte Lage der Rentner jederzeit auf die Zahlungsunwilligkeit der jungen Generation geschoben werden können. So wird auch der naheliegen-

lohnbezogene, dynamische Rente wieder einführen". Fast meint man der soziale Geist habe ihn so mitgerissen, daß er sich im Gegensatz zwischen „unseren Rentnern" und den Kapitalisten eindeutig auf die Seite der Rentner stellt.

Da aber die CDU/CSU und Strauß als Kanzlerkandidat nirgendwo einen Lohn, der das materielle Leben sichert, verlangt, wird die Versöhnung mit den Interessen der Kapitalisten so schwer nicht fallen. Es sind sehr leicht Bruttolöhne denkbar, die auch bei „bruttolohnbezogener Rente" bloß eine Verkürzung des Lebensabends materiell bewirken. Und Strauß ist ja für das Leistungsprinzip. Die Rente muß auch leistungs- und beitragsbezogen bleiben. Das heißt an eine Mindestrente, die jenen den „Lebensabend" erträglich macht, die zu niedrigsten Löhnen ausgebeutet werden, ist nicht gedacht, denn eine solche wäre ja nicht mehr „leistungsbezogen." Das Ganze ist eine demagogische Behauptung, die bloß für die höchsten Lohnklassen und die höheren Gehaltsklassen einen gewissen materiellen Grund und Boden hat.

„Die Union will den Generationsvertrag ... sichern". Mit dieser Feststellung im Wahlprogramm soll die schlechte Lage der Rentner jederzeit auf die Zahlungsunwilligkeit der jungen Generation geschoben werden können. So wird auch der naheliegen-

de Gedanke weggeschoben, daß die Privateigentümer, die kraft ihres Privateigentums von der Ausbeutung der Lebenskraft der Arbeiter leben, die Rentenkosten aufzubringen hätten, gerade weil ihr Vermögen aus der Ausbeutung der Lebenskraft der Arbeiter entsteht.

> „Bei aller Hilfe, die wir der Dritten Welt leisten, müssen wir auch daran denken, daß wir nur dann Hilfe leisten können, wenn es uns gelingt, die Bundesrepublik als einen hoch entwickelten Industriestaat mit großen Handelsüberschüssen zu erhalten. Nur Reiche sind in der Lage, Armen beizustehen."

Da für einen großen Teil auch schon der bestverdienenden Arbeiter und der höher verdienenden Angestellten und Beamten das Lohneinkommen des Haushaltsvorstandes zum Familienunterhalt nicht mehr reicht, überschlägt sich die CDU/CSU und Strauß mit Versprechungen: „Wir werden ein Erziehungsgeld von 400 DM monatlich bis zum vollendeten 3. Lebensjahr des Kindes einführen. Ein Familiengeld in Höhe von 500 monatlich für die Dauer von sechs Monaten für die Mütter, die Mutterschaftsgeld nicht erhalten. Die Union wird ... sicherstellen, daß durch die Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung ein eigenständiger Rentenanspruch von Zeiten der Kindererziehung ein eigenständiger Rentenanspruch erworben werden kann. Als Erziehungsjahr sollen künftig 5 Jahre je Kind anerkannt werden." Drei Kinder im geschickten Zeitplan und schon ist der Rentenanspruch da. Das Widerwärtige an diesem Zuchtprogramm ist, daß für die Versorgung der Kinder jener Mütter, die *arbeiten*, völlig bewußt nichts getan wird. Aber gemach, dafür hat sie für die armen Bevölkerungsklassen noch die „zweckgebundene Kapitalisierung für das Erstkindergeld" anzubieten. Das Wahlprogramm führt nicht genau aus, was das heißen soll. Aber man scheint an eine Bar-Prämie zu denken, deren Verwendung „zweckgebunden", das heißt in der gesellschaftlichen Praxis so gut wie völlig frei ist. So kämen denn auch Habenichtse zu ein bißchen Geld; das Bourgeoisie-Spottwort, „warum soll ein armes Mädel nicht auch mal ein Kind kriegen", gewänne so einen tief christlich-sozialen Sinn, soll sie's doch kapitalisieren lassen! Und im gehobenen Haushalt? Eine Ledercouchgarnitur würde es schon bringen, das Erstkindergeld, das kapitalisierte. – Wenn die CDU/CSU und Strauß tatsächlich an solch eine Zuchtprämie gedacht haben – genau geht das nicht hervor und die geplante Höhe auch nicht – dann hätten sich die ideologischen Führer wirklich als gefühllose Lumpen ausge-

Kindererziehung ein eigenständiger Rentenanspruch von Zeiten der Kindererziehung ein eigenständiger Rentenanspruch erworben werden kann. Als Erziehungsjahr sollen künftig 5 Jahre je Kind anerkannt werden." Drei Kinder im geschickten Zeitplan und schon ist der Rentenanspruch da. Das Widerwärtige an diesem Zuchtprogramm ist, daß für die Versorgung der Kinder jener Mütter, die *arbeiten*, völlig bewußt nichts getan wird. Aber gemach, dafür hat sie für die armen Bevölkerungsklassen noch die „zweckgebundene Kapitalisierung für das Erstkindergeld" anzubieten. Das Wahlprogramm führt nicht genau aus, was das heißen soll. Aber man scheint an eine Bar-Prämie zu denken, deren Verwendung „zweckgebunden", das heißt in der gesellschaftlichen Praxis so gut wie völlig frei ist. So kämen denn auch Habenichtse zu ein bißchen Geld; das Bourgeoisie-Spottwort, „warum soll ein armes Mädel nicht auch mal ein Kind kriegen", gewänne so einen tief christlich-sozialen Sinn, soll sie's doch kapitalisieren lassen! Und im gehobenen Haushalt? Eine Ledercouchgarnitur würde es schon bringen, das Erstkindergeld, das kapitalisierte. – Wenn die CDU/CSU und Strauß tatsächlich an solch eine Zuchtprämie gedacht haben – genau geht das nicht hervor und die geplante Höhe auch nicht – dann hätten sich die ideologischen Führer wirklich als gefühllose Lumpen ausge-

wiesen.

Zur Mobilisierung der CDU/CSU-Wähler unter den Lohnabhängigen in Bayern hat Franz-Josef Strauß die „Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft" (CSA) zur Verfügung. Die CSA ist eine Arbeitsgemeinschaft der CSU. In ihren Thesen schreibt sie:

„Die weitere weltpolitische Entwicklung beeinflußt unmittelbar auch die Innenpolitik, insbesondere auch Maß und Tempo des Aufbaus unseres Sozialstaats. Die zunehmende Gefährdung des Weltfriedens durch aggressive Maßnahmen der UdSSR macht deshalb zwangsläufig verstärkte Anstrengungen zur Verteidigung unserer Freiheit und Sicherheit notwendig."

Das heißt, die „Arbeitnehmerinteressen" sind hier nicht nur der Finanzlage, sondern auch noch dem nötigen Rüstungshaushalt des Finanzkapitals untergeordnet. Das ist von der Ideologie her die eindeutigste Form der Unterwerfung der „Arbeitnehmerinteressen" unter das Sicherheitsinteresse des Finanzkapitals, die denkbar ist. Entsprechend wird im Wahlprogramm offen erklärt: „Bereitschaft zu Opfern (ist) unerläßlich." Für was? „Wir sind bereit, im Rahmen der NATO unsere Verteidigungsfähigheit zu verbessern und andere NATO-Partner in der Verteidigungskraft zu unterstützen. Wir sind für Gewaltverzicht und Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle, wenn dabei ein ausgewogenes militärisches Gleichgewicht auf allen Ebenen gewährleistet wird. Wir bejahen Aufgabe, Leistung und Stellenwert unserer Bundeswehr. Wir geben ihr jede notwendige personelle, technische, soziale und menschliche Unterstützung."

Im Grundgedanken unterscheidet sich diese Richtung der Kriegspolitik von Strauß überhaupt nicht von derjenigen von Schmidt. Unter aller Ausnutzung imperialistischer Bündnisse wollen sie beide bei der Neuaufteilung der Welt dem westdeutschen Imperialismus Vorteile verschaffen, gute Ausgangspositionen. Die Anbindung an die US-Supermacht ist einhellig. Differenzen bestehen höchstens in der Einschätzung, wie man den Machtbereich des Sozialimperialismus am besten un-

untergeordnet. Das ist von der Ideologie her die eindeutigste Form der Unterwerfung der „Arbeitnehmerinteressen" unter das Sicherheitsinteresse des Finanzkapitals, die denkbar ist. Entsprechend wird im Wahlprogramm offen erklärt: „Bereitschaft zu Opfern (ist) unerläßlich." Für was? „Wir sind bereit, im Rahmen der NATO unsere Verteidigungsfähigheit zu verbessern und andere NATO-Partner in der Verteidigungskraft zu unterstützen. Wir sind für Gewaltverzicht und Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle, wenn dabei ein ausgewogenes militärisches Gleichgewicht auf allen Ebenen gewährleistet wird. Wir bejahen Aufgabe, Leistung und Stellenwert unserer Bundeswehr. Wir geben ihr jede notwendige personelle, technische, soziale und menschliche Unterstützung."

Im Grundgedanken unterscheidet sich diese Richtung der Kriegspolitik von Strauß überhaupt nicht von derjenigen von Schmidt. Unter aller Ausnutzung imperialistischer Bündnisse wollen sie beide bei der Neuaufteilung der Welt dem westdeutschen Imperialismus Vorteile verschaffen, gute Ausgangspositionen. Die Anbindung an die US-Supermacht ist einhellig. Differenzen bestehen höchstens in der Einschätzung, wie man den Machtbereich des Sozialimperialismus am besten un-

terhöhlen kann. Wenn man nicht einfach Strauß bekämpft, sondern sich die Arbeiterklasse gegen die Politik der Reaktion, die Strauß offen vertritt, zusammenschließt, ist das nützlich, auch wenn Schmidt die Wahl gewinnt und dann die reaktionären Interessen des Finanzkapitals durchsetzen soll.

Die Ausstattung der dänischen Schulen in Flensburg

b.row. In Flensburg und Umgebung ist häufig festzustellen, daß von vielen Eltern die Schulen der dänischen Minderheit bevorzugt werden. Daß die Ausstattung mit Lehrkräften an den Schulen der Dänischen Minderheit besser ist, läßt sich aus der Tabelle entnehmen. Das Verhältnis der Schüler je Lehrer an den Gymnasien bildet allerdings eine Ausnahme, was aber daran liegt, daß die deutschen Gymnasien eine wesentlich bessere Ausstattung als die Haupt- und Realschulen genießen.

Der Zustrom an die Schulen der dänischen Minderheit läßt sich dadurch belegen, daß der Anteil von Schülern an dänischen Schulen an der Gesamtschülerzahl in Flensburg 1973 noch bei 14,2% lag und bis 1979 auf 17,5% stieg. Oder besser in absoluten Zahlen ausgedrückt: Von 1973 bis 79 sank die Zahl der Schüler an deutschen Schulen von 15038 auf 12828, während sie im gleichen Zeitraum an Schulen der dänischen Minderheit von 2497 auf 2726 Schüler stieg.

Diese Entwicklung wirft auf einen Dallmeyer (CDU-Kandidat) wirklich nur ein trübes Licht, da sich doch z.B. im Wahlprogramm hochtrabend gegen die Diskriminierung der Hauptschüler ausgesprochen wird. Es ist grad etwas mehr als ein Jahr her, wo Eltern, Lehrer und Schüler der vierten Realschule eine Demonstration gegen die räumlichen Verhältnisse durchgeführt haben. Und eine großangelegte Schulumlegung in Flensburg nur gegen den starken Protest von Elternvertretungen durchgeführt werden konnte.

Von der Flensburger SPD ging in diesen Fragen keinerlei sinnvolle Initiative aus, obwohl sie im Rathaus die stärkste Fraktion bilden und im Programm zu den Bundestagswahlen sogar stehen haben, daß sie für eine Verbesserung der Sachausstattung und Erhöhung der Schulen mit Lehrkräften sind.

Deutsche/dän. Schulen im Vergleich 79

	Schül. je Lehrer	Schül. je Klasse
Grund- und	1919,7/16	23,8/20
Realschule	22,6/16	28,8/24
Gymnasium	16,3/18	27,4/16
Gesamtsch.	20,5	30,9

Deutsche/dänische Schulen

Quelle: Flensburg Zahlenspiegel

Einkommens- und Landverteilung Kreis Steinburg: Fester Zusammenschluß der Bauern ist möglich

b.chb. Die durchschnittliche Größe der landwirtschaftlichen Betriebe im Kreis Steinburg betrug 1978 31,6 ha. Nur im Kreis Pinneberg ist in Schleswig-Holstein die durchschnittliche Betriebsgröße geringer (S-H 35,5 ha, Ostholstein z.B. 50,7 ha).

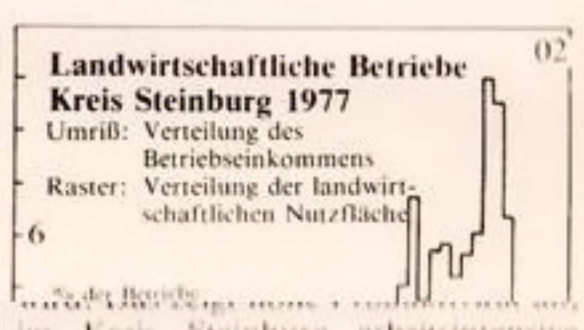
Vorherrschend sind die bäuerlichen Familienbetriebe mit Milchwirtschaft. Drei Schwerpunkte sind in den Schaubildern zu sehen:

1. Betriebe mit einem Betriebseinkommen (BE) bis zu 2700 DM. Darunter fallen in Steinburg 27,6% der Betriebe, in Schleswig-Holstein mehr als das Doppelte (59%). Das zeigt das Ergebnis des bisherigen Bauernlegens und die noch vorhandenen Bauern müssen meist noch als Lohnarbeiter zuverdienen.

2. Die Masse der landwirtschaftlichen Betriebe (56%) hat ein BE von 2700 bis 7100 DM, in Schleswig-Holstein liegen dort nur knapp 35% der Betriebe. Schaubild 2 zeigt, daß ab einem BE von 4700 bis 7100 DM der Anteil am BE den Anteil an der landwirtschaftlichen Fläche übersteigt, d.h. daß mit einem geringeren Anteil an Boden ein höheres Einkommen erzielt wird. Das zeigt hohe Produktivität an, im Kreis Steinburg arbeitsintensive Milchviehhaltung. Hier liegen 26% der Betriebe (30,4% der landwirtschaftl. Fläche, 34% des BE). Auf diese Gruppe richtet die CDU im wesentlichen ihre Propaganda. Sie reden viel von Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe, aber nicht von Bezahlung der Arbeitskraft der Bauern.

3. 16,5% der Betriebe haben mehr als 7100 DM BE (30,9% des BE und 31,4% des Bodens). Sie erscheinen im Schaubild als geschlossene Gruppe, weil die statistischen Angaben dort nicht weiter aufgeschlüsselt sind. So finden sich hier arbeitende Bauern, die auf gutem Boden Getreide bauen und Schweine mästen in einen Topf geworfen mit Graf Rantzau z.B.

Die Bedingungen der Bauern, sich gestützt auf die eigenen Interessen zusammenzuschließen, sind in Steinburg nicht ungünstig. Heeremanns falschen Vorschlägen zum Milchpreis z.B. widersprechen die Interessen von ca. 75% der Bauern direkt.



Steinburg betrug 1978 31,6 ha. Nur im Kreis Pinneberg ist in Schleswig-Holstein die durchschnittliche Betriebsgröße geringer (S-H 35,5 ha, Ostholstein z.B. 50,7 ha).

Vorherrschend sind die bäuerlichen Familienbetriebe mit Milchwirtschaft. Drei Schwerpunkte sind in den Schaubildern zu sehen:

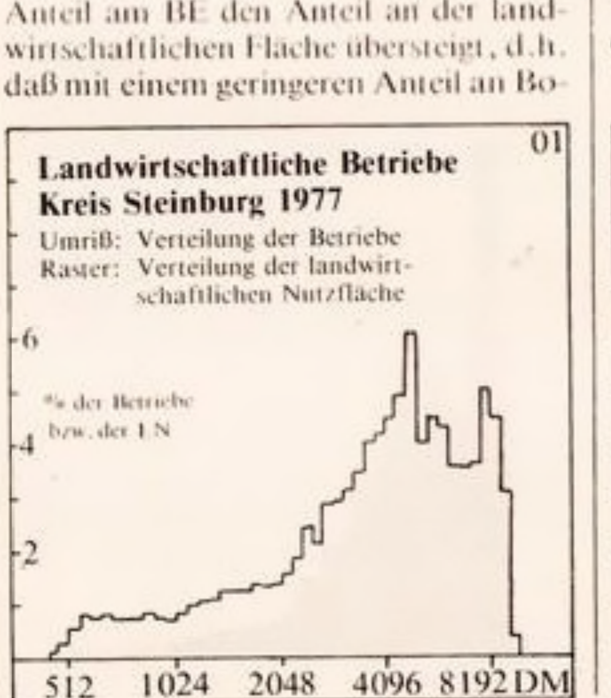
1. Betriebe mit einem Betriebseinkommen (BE) bis zu 2700 DM. Darunter fallen in Steinburg 27,6% der Betriebe, in Schleswig-Holstein mehr als das Doppelte (59%). Das zeigt das Ergebnis des bisherigen Bauernlegens und die noch vorhandenen Bauern müssen meist noch als Lohnarbeiter zuverdienen.

2. Die Masse der landwirtschaftlichen Betriebe (56%) hat ein BE von 2700 bis 7100 DM, in Schleswig-Holstein liegen dort nur knapp 35% der Betriebe. Schaubild 2 zeigt, daß ab einem BE von 4700 bis 7100 DM der Anteil am BE den Anteil an der landwirtschaftlichen Fläche übersteigt, d.h. daß mit einem geringeren Anteil an Bo-

im Kreis Steinburg arbeitsintensive Milchviehhaltung. Hier liegen 26% der Betriebe (30,4% der landwirtschaftl. Fläche, 34% des BE). Auf diese Gruppe richtet die CDU im wesentlichen ihre Propaganda. Sie reden viel von Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe, aber nicht von Bezahlung der Arbeitskraft der Bauern.

3. 16,5% der Betriebe haben mehr als 7100 DM BE (30,9% des BE und 31,4% des Bodens). Sie erscheinen im Schaubild als geschlossene Gruppe, weil die statistischen Angaben dort nicht weiter aufgeschlüsselt sind. So finden sich hier arbeitende Bauern, die auf gutem Boden Getreide bauen und Schweine mästen in einen Topf geworfen mit Graf Rantzau z.B.

Die Bedingungen der Bauern, sich gestützt auf die eigenen Interessen zusammenzuschließen, sind in Steinburg nicht ungünstig. Heeremanns falschen Vorschlägen zum Milchpreis z.B. widersprechen die Interessen von ca. 75% der Bauern direkt.





Noch ungelöste Aufgaben im Kampf der Studentenbewegung: Tarifvertrag! Ausreichendes Ausbildungsentgelt! Koalitionsrecht!

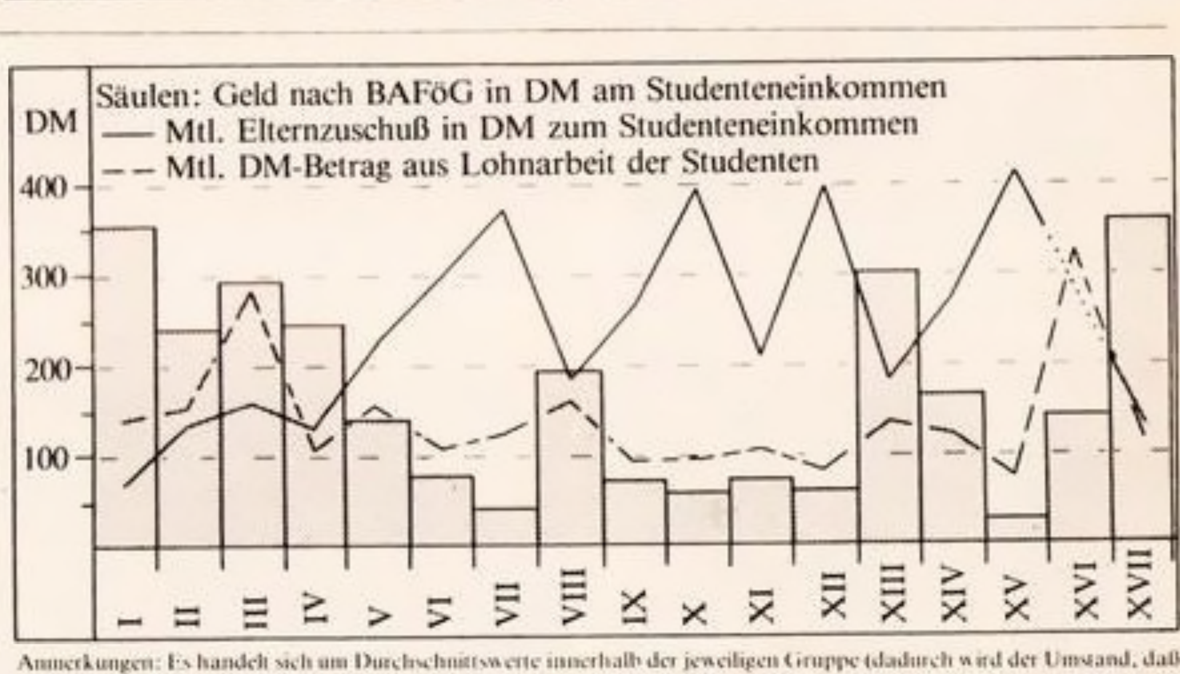
b.wal. Über 40000 Studenten haben 1974 in Bonn für eine Anhebung der BAFöG-Sätze demonstriert. Mit dieser kraftvollen Aktion war die Frage des Ausbildungsentgelts auf die Tagesordnung gesetzt worden. Gelöst werden konnte sie auf Grundlage des BAFöG-Gesetzes nicht. Es ist ein Spaltergesetz: Erst einmal ein Lohnraubgesetz, da es zu Anfang festlegt ob und wieviel die Eltern zu zahlen haben; ein Gesetz, mit dem die Studentenmassen in Abhängigkeit vom imperialistischen Staatsapparat gebracht werden; ein Gesetz, nach dem Zahlung nur bei politischem „Wohlverhalten" erfolgt, bei Streik z.B. wird die Zahlung gesperrt; ein Gesetz schließlich, nach dem die meisten eh nichts kriegen.

Die Forderungen mußten den objektiven Interessen der besitzlosen Studentenmassen entsprechen. „Es mußte Übereinstimmung darüber erzielt werden, *daß* Hochschulausbildung als *Berufsausbildung* zu betrachten ist ...", schrieb die IG Chemie 1979. Daraus folgt zwingend tarifvertragliche Regelung aller Studienbedingungen und der Bezahlung, Koalitionsrecht. Gerade dagegen laufen Reformisten und Revisionisten an den Universitäten Sturm. Sie stehen mit beiden Beinen fest auf dem BAFöG-Gesetz und spalten so.

Nicht bestritten wird, daß die Masse der Studenten später als Lohnabhängige arbeiten, es wird bestritten, daß Studium Berufsausbildung ist. Nicht direkt, das ist auch nicht haltbar, sondern so: „Die der Wissenschaft eigene kritische, ständig hinterfragende Herangehensweise kann übertragen werden auf die Prüfung gesellschaftlicher Zusammenhänge und so zur Einsicht in die Funktionsweise der kapitalistischen Gesellschaft führen" (DKP-Studenten). Der Wissenschaft wird eine fortschrittliche Eigendynamik zugesprochen, und die Aneignung dieser Wissenschaft als im ureigensten Interesse der Studenten ausgegeben, weswegen diese Aneignung nicht bezahlt werden müsse. Tarifvertragliche Regelungen wie z.B. die 40-Stundenwoche auch für Studenten werden schärfstens abgelehnt, weil sie der Aneignung dieses Fortschritts Einhalt gebieten würde. Das ist vollständig verquer.

Die bürgerliche Wissenschaft repräsentiert und verteidigt eine die Entwicklung der Produktivkräfte hemmende und somit rückschrittliche, kapitalistische Aneignungsweise. Das kann auch gar nicht anders sein in einer Abteilung des imperialistischen Staatsapparats. Studium ist Vernutzung studentischer Arbeitskraft und Ausbildung in fremdem Interesse, im Interesse des Geldsacks. Dagegen kämpfen die Studentenmassen.

Es gibt Probleme in diesem Kampf. Wie z.B. werden die anhaltenden BAFöG-Senkungen außer durch Studienabbruch „weggesteckt"? Das Schaubild zeigt, daß die Studenten aus armen Familien am meisten BAFöG beziehen, am meisten arbeiten müssen und am wenigsten von den Eltern kriegen können. In Richtung mehr Arbeit beim Kapitalisten und auf Umverteilung des Familieneinkommens wird der Druck gehen. Das muß untersucht werden. Sicher ist, daß ohne Schärfung der Kritik gegen das BAFöG-Gesetz Fortschritte nicht gesichert werden können.



Anmerkungen: Es handelt sich um Durchschnittswerte innerhalb der jeweiligen Gruppe (dadurch wird der Umstand, daß 70% in Hamburg kein BAföG kriegen, verdeckt). In der letzten Spalte der folgenden Tabelle ist das monatliche Durchschnittseinkommen der Studenten nach dem Beruf des Vaters aufgelistet. Quelle: Repräsentativerhebung Universität HH (1978).

I:	Arbeiter:	z. B. angelernter Arbeiter, Bote	719
II:	Facharbeiter:	z. B. Elektroschweißer, Bäcker	704
III:	Angestellte I:	z. B. Friseur, Verkäufer i. Warenhaus	848
IV:	Angestellte II:	z. B. Sekretärin, Laborant	569
V:	Angestellte III:	z. B. Buchhalter, Buchhändler	674
VI:	Angestellte IV:	z. B. Dipl. Kaufmann, Redakteur	624
VII:	Angestellte V:	z. B. Verlagsleiter, Prokurist	714
VIII:	Beamter I:	z. B. Post-, Oberpostsekretär	814
IX:	Beamter II:	z. B. Inspektor, Amtmann	540
X:	Beamter III:	z. B. Studienrat, Regierungsrat, Hauptmann	703
XI:	Künstl. Berufe	z. B. Schauspieler, Grafiker	513
XII:	Freie Berufe:	z. B. Arzt, Anwalt, Architekt	692
XIII:	Selbständige I:	z. B. Taxiunternehmer, Kioskbesitzer	802
XIV:	Selbständige II:	z. B. selbst. Handwerker mit Gesellen	771
XV:	Selbständige III:	Keine Angaben	634
XVI:	Landwirtsch. B. I:	z. B. Landarbeiter	671
XVII:	Landwirtsch. B. II:	z. B. selbständiger Landwirt	823

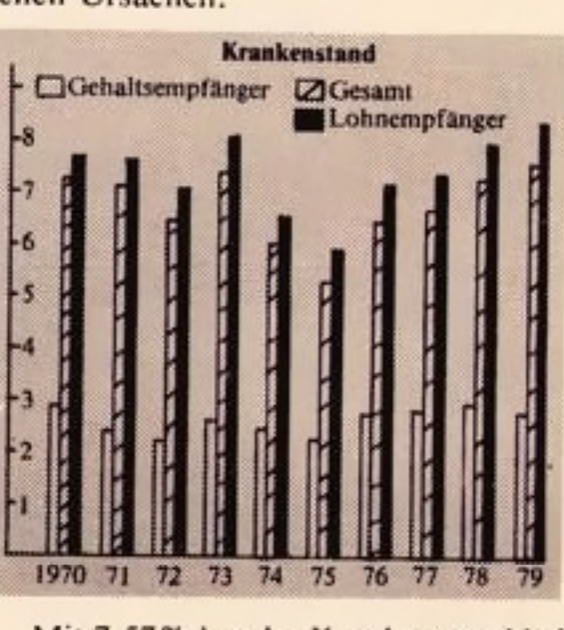


Selbstverwaltung der Versicherungen
Bezahlung der Versicherungskosten durch die Kapitalisten
Sofortige Aufhebung der "Kostendämpfungsmaßnahmen"

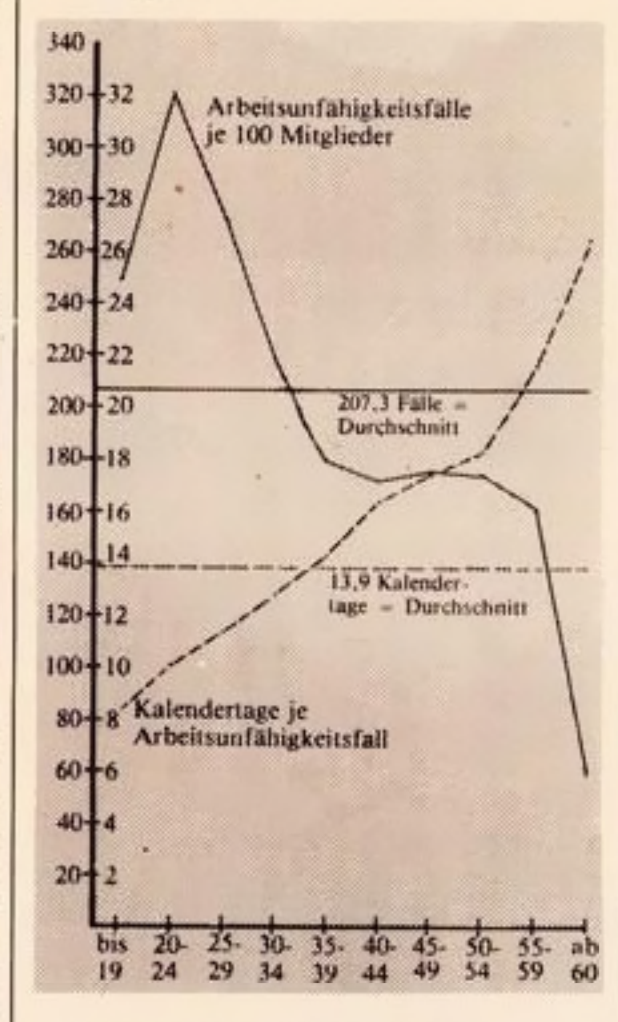
„Krankfeiern" und Ursachen der Krankheiten

VW-Betriebskrankenkasse legt Bericht für 1979 vor

r.uwp. „Mehr arbeiten, weniger krankfeiern" – damit wird Graf Lambsdorff Schmücker aus dem Herzen gesprochen haben. Der neue Bericht der VW Betriebskrankenkasse (BKK) für das Jahr 1979 enthält demgegenüber Tatsachen über die wirklichen Ursachen.



Mit 7,57% hat der Krankenstand bei VW 1979 den höchsten Stand überhaupt erreicht. Dabei liegt der Krankenstand bei den Arbeitern schon immer über dem Durchschnitt, 1979 - 8,38%. Dagegen ist der Krankenstand bei den Angestellten stark unterdurchschnittlich, 1979 sogar gesunken auf 2,78%. Über 80% der Angestellten sind freiwillig versichert. *Deren* tatsächlich gesünderen Arbeitsbedingungen sind es, die den Krankenstand hier so niedrig halten. Insbesondere zeigt sich die starke Wirkung von Schicht und Akkord, meist beides zusammen, denen die Arbeiter im Unterschied zu den Angestellten unterworfen sind.



Je länger diese Doppelbelastung anhält, umso schwerer die Folgen. Die Arbeiter und Angestellten ab der Altersgruppe 35 – 39 Jahre sind zwar nicht so häufig krank wie der Durchschnitt, stattdessen sind aber ihre Erkrankungen schwerer und die Krankheitsdauer länger.

Die Krankheitshäufigkeit der 1977, '78 und '79 eingestellten Arbeiter und Angestellten ist doppelt so hoch wie der Durchschnitt, so der BKK-Bericht. Verantwortlich sind die olympiareifen Arbeitsleistungen, wie sie mit der „Verjüngung der Belegschaft" durchgesetzt werden sollen.

Die Folgen einseitiger Vernutzung der Arbeitskraft in Schicht und Akkord: Krankheiten der Atmungsorgane einschl. Grippe (32,6% aller Arbeitsunfähigkeitsfälle), Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes (18%), Krankheiten der Verdauungsorgane (16,4%), Krankheiten des Kreislaufsystems (5,5%), Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane (4,4%), Betriebsunfälle (3,3%).

Der Anteil der Leistungslöhner an den Lohnempfängern wurde von 78 auf 79 wiederum von 57 auf 59% gesteigert. Welche Kosten damit der BKK verursacht werden, dafür liefert der Bericht einige Anhaltspunkte. Erst recht müssen die Kapitalisten die Beiträge voll und ganz zahlen, sie müssen allein von den Organen der Arbeiter verwaltet werden.

Schicht- und Bildschirmarbeit im Rechenzentrum der Deutschen Bank

r.ano. Die Deutsche Bank verfügt über insgesamt drei Großrechenzentren in Frankfurt, Düsseldorf und Hamburg. Insgesamt sind in den drei Rechenzentren etwa 950 Angestellte beschäftigt, davon etwa 190 im Operating. In allen drei Rechenzentren wird im Operating im 3-Schicht-Rhythmus gearbeitet. (Früh-, Spät- und Nachtschicht). Jede Schicht ist mit etwa 20 Beschäftigten besetzt - auch in der Nachtschicht. Die Tätigkeit des Operators teilt sich hauptsächlich in 2 Bereiche auf: Das Device- oder Peripherieoperating und das Console-Operating. Der Peripherieoperator bedient die Drucker und Bandeinheiten (Peripherie). Beide Tätigkeiten sind mit Bildschirmarbeit verbunden, da die Anforderungen für Formulare und Magnetbänder vom Bildschirm abgefragt werden müssen. Der Consoleoperator steuert und überwacht den Computer und die Verarbeitung per Bildschirm, d.h., er sitzt ständig vor dem Bildschirm und muß sich voll darauf konzentrieren. Hinzu kommen noch gewisse Kontrolltätigkeiten, die ohne Bildschirm abgewickelt werden. Im Rechenzentrum treffen also im Bereich des Operating zwei Faktoren zusammen:
a) die Arbeit in Schichten
b) die Arbeit am Bildschirm

Über ihre Rechenzentren wickelt die

Deutschen Bank nicht notwendig. Die zusätzliche Installation einer weiteren Anlage würde den 2-Schichtbetrieb ermöglichen. Der Druck, der die Kapitalisten dazu treibt, ihre Computer rund um die Uhr laufen zu lassen, besteht in den hohen Kosten, die diese Anlagen verursachen. Großrechner werden in der Regel von den Kapitalisten nicht gekauft, sondern vom Hersteller gemietet, der auch für die Wartung der Anlagen sorgt und auch Personal zur Verfügung stellen kann. So vermietet z.B. die Firma IBM nicht nur Computer, sondern auch gleich das dazugehörige Personal, vom Operator und Techniker bis zum Systemprogramierer. Ein Computer vom Typ IBM 3033 kostet über 7 Mio. DM und kann für rund 250000 DM pro Monat gemietet werden.

Computer werden von den Kapitalisten im wesentlichen für die Abwicklung der Verwaltung eingesetzt, z.T. auch in der Produktion. Da die Kosten für die Verwaltungsarbeit auf den Profit drücken, müssen die Kapitalisten diese Kosten senken und deshalb auch die eingesetzte Maschinerie rund um die Uhr laufen lassen. Für die Beschäftigten bedeutet das, daß ihre Arbeitskraft doppelt und dreifach verschlissen wird. Der DGB-Landesbezirk Nordmark hat diese Woche ein Forderungs-

Krankenhausinformationssystem – computergesteuerte Verdichtung des Arbeitstages

r.peb. Zielstrebig treibt der Bremer Senat die Einführung der EDV in den Bremer Krankenhäusern voran. Bereits seit 1968 werden die Patientendaten im Zentralkrankenhaus Links der Weser „Off-Line" erfaßt. Bis 1976 wurde diese Methode auf vier Krankenhäuser ausgedehnt, und zur Erprobung ist ein inzwischen erweitertes „On-Line-Verfahren" mit Bildschirm in allen Bremer Krankenhäusern außer Bremen Nord im Einsatz.

Volkhardt Vetter aus der Abteilung für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, ADV und Statistik beim Senator für Gesundheit und Umweltschutz zog in den IBM Nachrichten (Heft 229/1976) Zwischenbilanz. Er preist die besondere Bedeutung des Systems, „da eine Verbindung mit den Daten des Einwohnermeldeamtes bzw. dem Bildungswesen hergestellt wird". Das von ihm hier gelobte Verfahren bedeutet im Endeffekt die vollständige Verfügbarkeit auch von Daten aus dem Gesundheitswesen über das Einwohnermeldeamt, wo sie abgerufen werden können, um der Vervollständigung der Kontrolle über die Massen zu dienen.

Planstellen wegzurationalisieren und die lange Arbeitszeit ohne angemessene Pausen an den Bildschirmgeräten, sowie das Problem z.B. der Beschäftigten im Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße, daß die Einarbeitung und Bedienung der Datensichtgeräte neben der bisherigen Arbeit zusätzlich erledigt werden muß, sind Dinge, über die sich einzelne beklagen.

Die Erfassung von Patientendaten ist Teil des Krankenhausinformationssystems (KIS) zum „effektiven Einsatz menschlicher und medizinischer Kapazitäten." Angefangen bei der Krankenhausverwaltung werden mit den bereits von IBM entwickelten und beschriebenen Systemen auch die Bereiche der Diagnostik, der Therapie und der Arbeitsplanung über einen Zentralcomputer geregelt. Aussehen wird das so, daß ein Patient zur Aufnahme kommt, wo die Symptome seiner Erkrankung und die Anamnese (Krankengeschichte) aufgenommen und in den Computer eingegeben werden. Dieser gibt nun dem Arzt z.B. drei Diagnosen zur Auswahl. Die gewählte

Das bereits an einigen Krankenhäusern durchgeführte Personalbedarfsberechnungsverfahren, in dem unter anderem genaue Zeitpläne erstellt wurden, welche Pflegetätigkeit wieviel Zeit beansprucht, kann so der Programmierung dienen.

Die Bundesregierung fördert die Erforschung und Erprobung solcher KIS seit Beginn der 70er Jahre. Sie hat an einer Reihe von Kliniken Modellversuche durchführen lassen, um Daten zu sammeln und Programmsysteme aufeinander abzustimmen. Sie verfolgt dabei die Absicht, das Ehrenbergsche Programm der Kostendämpfung zu perfektionieren und vollständig durchzusetzen. Zielvorstellung ist dabei: Der größte Teil der Diagnostik und Therapie erfolgt ambulant. Das Pflegepersonal wird von den herkömmlichen Stationsvorgängen und den Patienten gelöst, und damit aufgespalten und spezialisiert, wobei der Zusammenhang von Patient und Erkrankung oder irgendein Kontakt vollkommen verloren geht. Durch die Verkürzung der Liege-

sächlich gesünderen Arbeitsbedingungen sind es, die den Krankenstand hier
hält, umso schwerer die Folgen. Die Arbeiter und Angestellten ab der Al-
allein von den Organen der Arbeiter verwaltet werden.

Schicht- und Bildschirmarbeit im Rechenzentrum der Deutschen Bank

r.ano. Die Deutsche Bank verfügt über insgesamt drei Großrechenzentren in Frankfurt, Düsseldorf und Hamburg. Insgesamt sind in den drei Rechenzentren etwa 950 Angestellte beschäftigt, davon etwa 190 im Operating. In allen drei Rechenzentren wird im Operating im 3-Schicht-Rhythmus gearbeitet. (Früh-, Spät- und Nachtschicht). Jede Schicht ist mit etwa 20 Beschäftigten besetzt - auch in der Nachtschicht. Die Tätigkeit des Operators teilt sich hauptsächlich in 2 Bereiche auf: Das Device- oder Peripherieoperating und das Console-Operating. Der Peripherieoperator bedient die Drucker und Bandeinheiten (Peripherie). Beide Tätigkeiten sind mit Bildschirmarbeit verbunden, da die Anforderungen für Formulare und Magnetbänder vom Bildschirm abgefragt werden müssen. Der Consoleoperator steuert und überwacht den Computer und die Verarbeitung per Bildschirm, d.h., er sitzt ständig vor dem Bildschirm und muß sich voll darauf konzentrieren. Hinzu kommen noch gewisse Kontrolltätigkeiten, die ohne Bildschirm abgewickelt werden. Im Rechenzentrum treffen also im Bereich des Operating zwei Faktoren zusammen:
a) die Arbeit in Schichten
b) die Arbeit am Bildschirm

Über ihre Rechenzentren wickelt die Deutsche Bank ihre gesamte Kontokorrentverbuchung und damit zusammenhängende Sparten wie Spar-, Kredit-, Wechselgeschäft, Hypotheken, Devisenhandel usw. ab. Vom Arbeitsanfall und der zeitlichen Reihenfolge der Arbeit her gesehen ist die Nachtarbeit in den Rechenzentren der Deutschen Bank nicht notwendig. Die zusätzliche Installation einer weiteren Anlage würde den 2-Schichtbetrieb ermöglichen. Der Druck, der die Kapitalisten dazu treibt, ihre Computer rund um die Uhr laufen zu lassen, besteht in den hohen Kosten, die diese Anlagen verursachen. Großrechner werden in der Regel von den Kapitalisten nicht gekauft, sondern vom Hersteller gemietet, der auch für die Wartung der Anlagen sorgt und auch Personal zur Verfügung stellen kann. So vermietet z.B. die Firma IBM nicht nur Computer, sondern auch gleich das dazugehörige Personal, vom Operator und Techniker bis zum Systemprogramierer. Ein Computer vom Typ IBM 3033 kostet über 7 Mio. DM und kann für rund 250000 DM pro Monat gemietet werden.

Computer werden von den Kapitalisten im wesentlichen für die Abwicklung der Verwaltung eingesetzt, z.T. auch in der Produktion. Da die Kosten für die Verwaltungsarbeit auf den Profit drücken, müssen die Kapitalisten diese Kosten senken und deshalb auch die eingesetzte Maschinerie rund um die Uhr laufen lassen. Für die Beschäftigten bedeutet das, daß ihre Arbeitskraft doppelt und dreifach verschlissen wird. Der DGB-Landesbezirk Nordmark hat diese Woche ein Forderungsprogramm für Bildschirmarbeitsplätze verabschiedet. Er fordert, die tägliche Höchstarbeitszeit an Bildschirmgeräten auf 4 Stunden zu begrenzen, sowie zusätzliche bezahlte Pausen pro Stunde. Darüberhinaus muß das völlige Verbot der Nachtarbeit gefordert werden.

Krankenhausinformationssystem – computergesteuerte Verdichtung des Arbeitstages

r.peb. Zielstrebig treibt der Bremer Senat die Einführung der EDV in den Bremer Krankenhäusern voran. Bereits seit 1968 werden die Patientendaten im Zentralkrankenhaus Links der Weser „Off-Line" erfaßt. Bis 1976 wurde diese Methode auf vier Krankenhäuser ausgedehnt, und zur Erprobung ist ein inzwischen erweitertes „On-Line-Verfahren" mit Bildschirm in allen Bremer Krankenhäusern außer Bremen Nord im Einsatz.

Volkhardt Vetter aus der Abteilung für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, ADV und Statistik beim Senator für Gesundheit und Umweltschutz zog in den IBM Nachrichten (Heft 229/1976) Zwischenbilanz. Er preist die besondere Bedeutung des Systems, „da eine Verbindung mit den Daten des Einwohnermeldeamtes bzw. dem Bildungswesen hergestellt wird". Das von ihm hier gelobte Verfahren bedeutet im Endeffekt die vollständige Verfügbarkeit auch von Daten aus dem Gesundheitswesen über das Einwohnermeldeamt, wo sie abgerufen werden können, um der Vervollständigung der Kontrolle über die Massen zu dienen.

Datenverarbeitungsgeräte stellen erst mal einen Fortschritt dar, den man zur Arbeitsentlastung nutzen kann. Die Nutzung der einzusetzenden Geräte unter der Kontrolle des Dienstherrn allerdings dient nicht der Arbeitserleichterung, sondern vielmehr der Arbeitsintensivierung. Die Möglichkeit, Planstellen wegzurationalisieren und die lange Arbeitszeit ohne angemessene Pausen an den Bildschirmgeräten, sowie das Problem z.B. der Beschäftigten im Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße, daß die Einarbeitung und Bedienung der Datensichtgeräte neben der bisherigen Arbeit zusätzlich erledigt werden muß, sind Dinge, über die sich einzelne beklagen.

Die Erfassung von Patientendaten ist Teil des Krankenhausinformationssystems (KIS) zum „effektiven Einsatz menschlicher und medizinischer Kapazitäten." Angefangen bei der Krankenhausverwaltung werden mit den bereits von IBM entwickelten und beschriebenen Systemen auch die Bereiche der Diagnostik, der Therapie und der Arbeitsplanung über einen Zentralcomputer geregelt. Aussehen wird das so, daß ein Patient zur Aufnahme kommt, wo die Symptome seiner Erkrankung und die Anamnese (Krankengeschichte) aufgenommen und in den Computer eingegeben werden. Dieser gibt nun dem Arzt z.B. drei Diagnosen zur Auswahl. Die gewählte Diagnose wird eingegeben, und der Computer gibt entsprechende Untersuchungsmaßnahmen an, die Labor, EKG, Röntgen, OP und sonstige Funktionen umfassen. Ebenfalls werden die Termine von ihm organisiert und den entsprechenden Funktionen, sowie den Patienten gehen Zeitlisten zu, wann, wo, was zu untersuchen ist.

Das bereits an einigen Krankenhäusern durchgeführte Personalbedarfsberechnungsverfahren, in dem unter anderem genaue Zeitpläne erstellt wurden, welche Pflegetätigkeit wieviel Zeit beansprucht, kann so der Programmierung dienen.

Die Bundesregierung fördert die Erforschung und Erprobung solcher KIS seit Beginn der 70er Jahre. Sie hat an einer Reihe von Kliniken Modellversuche durchführen lassen, um Daten zu sammeln und Programmsysteme aufeinander abzustimmen. Sie verfolgt dabei die Absicht, das Ehrenbergsche Programm der Kostendämpfung zu perfektionieren und vollständig durchzusetzen. Zielvorstellung ist dabei: Der größte Teil der Diagnostik und Therapie erfolgt ambulant. Das Pflegepersonal wird von den herkömmlichen Stationsvorgängen und den Patienten gelöst, und damit aufgespalten und spezialisiert, wobei der Zusammenhang von Patient und Erkrankung oder irgendein Kontakt vollkommen verloren geht. Durch die Verkürzung der Liegezeiten mittels der ambulanten Behandlung, wobei die Patienten nur noch kurze Zeit stationär versorgt werden sollen, wird die Arbeit intensiviert und verdichtet. Nur unter der Kontrolle der Beschäftigten kann dieses KIS nutzbringend eingesetzt werden, in der Hand des bürgerlichen Staates dient es zur Intensivierung der Arbeit.

Vermieter brauchen Mietwuchervorschrift nicht zu fürchten

r.irb. § 302a Strafgesetzbuch regelt die Strafbarkeit des Wuchers, insbesondere Miet- und Kreditwucher. Mietwucher setzt voraus, daß die ortsübliche Miete um mindestens 50% überstiegen wird. In Kiel beträgt die ortsübliche Miete bei mittlerem Wohnwert ca. 6,80 DM/qm ohne Heizkosten. Bei einer 65 qm-Wohnung wäre die Monatsmiete 442 DM. Erst bei einer Monatsmiete von mindestens 663 DM wäre Mietwucher überhaupt in Betracht zu ziehen. Lange vor Erreichen dieser Mietwuchergrenze beginnt bereits der Zwang zur Suche nach einer billigeren Wohnung. In Schleswig-Holstein hat es 1979 lediglich 3 Ermittlungsverfahren wegen Wuchers (incl. Kreditwucher) gegeben. – Kiel: Ein jugoslawisches Ehepaar mit Kleinkind muß aus der frischrenovierten Wohnung ausziehen, weil die Miete zu hoch geworden ist. Sie finden lediglich eine feuchte Altbauwohnung mit Einzelöfen und Klo auf dem Hinterhof. qm-Miete: 4,53 DM, einfacher Wohnwert, ortsübliche Miete: 3,00 DM qm. Die gerichtliche Überprüfung ihrer Mietwucheranzeige ergibt: Ob überhöht oder nicht, der Vermieter hat die Miete nicht unter Ausnutzung eines geringen Angebots an vergleichbaren Räumen verlangt. Derlei Wohnungen seien schwer vermietbar. Ergebnis: Die Familie wird zur Räumung verurteilt, weil sie den überhöhten Mietanteil einbehalten hatte.

Nds. Landesregierung gegen notwendige Stellenvermehrung

r.ilh. Im März 80 mußte das nds. Finanzministerium zwölf gesperrte Stellen für das Krankenpflegepersonal für die Unikliniken Göttingen freigeben. In Übereinstimmung der Ministerien für Wissenschaft und Kunst und Finanzen wurden an diese Freigabe folgende Auflagen geknüpft: 1. bei dauerhafter Unterschreitung der Bettenausnutzung von 70% ist der Stellenschlüssel zu reduzieren; er darf nur auf 74% der betriebenen Normalbetten angewandt werden. In der Kinderklinik sind auf der Grundlage dieser Berechnungen 18 Stellen abgezogen worden. 2. Eine grundsätzliche Verbesserung der Schlüsselzahlen wird von beiden Ministerien abgelehnt. Der Einsatz von Sitz- und Sonderwachen entspräche den Besonderheiten einer Universitätsklinik (vgl. Haushaltsansätze für Vertretungs- und Aushilfskräfte 1976: 4401300 DM; 1980: 2100000 DM). Ein Ausgleich bei „besonderen Belastungen" könnte nur innerbetrieblich erfolgen. 3. Den einzelnen Kliniken wird die Verfügung über ihre Stellen beschnitten. Nur über 70% sollen sie noch entscheiden können. Die restlichen 30% sollen in einem zentralen Stellenpool zusammengefaßt werden, über den nur der Kliniksvorstand bzw. die zentrale Pflegedienstleitung verfügt. Die Antwort der Regierung auf die Stellenforderungen nach mindestens zehn Stellen pro 20 Betten soll sein: verstärkte Springertätigkeit – keine Aufstockung der Stellen.

Kampf gegen Gesundheitsgefährdung und Umweltverschmutzung

r.jma. Innerhalb weniger Jahre haben sich die CeWe-Color Kapitalisten ca. 20% des Fotofinishermarktes erobert. Auf die Gesundheit der Beschäftigten wurde dabei keine Rücksicht genommen. Beim Ansetzen der Entwicklungsbäder entstehen giftige Stäube und Gase. In dem Bremer CeWe-Betrieb wurde von den Beschäftigten der Chemie-Abteilung auf der Betriebsversammlung Anfang 1980 die alte Forderung nach einer Absauganlage erhoben. Insbesondere die Entwicklersubstanzen sind höchstwahrscheinlich krebserregend. Die Forderung fand große Unterstützung bei der Belegschaft und beim Betriebsrat. Die Geschäftsleitung kam mit ihrer Hinhalte- und Unterdrückungstaktik nicht durch. In den nächsten Wochen wird die Absauganlage installiert. – In dem Oldenburger CeWe-Betrieb hatten die Kapitalisten das Grundwasser durch Chloroform und Bleichfixierbad verseucht. Bei der Reinigung eines Entwässerungsgrabens war dies entdeckt worden. Die Kapitalisten behaupteten, ein organisches Lösungsmittel sei in minimaler Menge in den Graben geraten. Die Betriebsausgabe des KBW enthüllte daraufhin, daß die Kapitalisten absichtlich große Mengen Chloroform, eine hochgiftige und grundwasserschädliche Chemikalie, und Bleichfixierbad in den Graben geleitet hatten, um das Geld für die Vernichtung des Chloroforms zu sparen.

Betriebe Niedersachsens durch Verfassungsschutz bedeckt

r.klm. Niedersachsen hat als erstes Bundesland eine Beratungsstelle für den „vorbeugenden Sabotageschutz" eingerichtet. Eine Verfassungsschutzabteilung, geleitet von einem Ingenieurwissenschaftler, ist mit der Beratung der Betriebe beauftragt worden.

Die Sicherheitsberatung soll neben Verkehrsbetrieben, Raffinerien oder Lebensmittelherstellern vor allem den Wasser- und Energieversorgungsunternehmen „zugute" kommen. Dabei soll es sich um „einige hundert" Betriebe in Niedersachsen handeln. Dieser „Service" stehe auch anderen Betrieben offen. Niedersachsen, in Albrechts Regierungserklärung so benannt, „als Modell für Deutschland": Hasselmann forderte die Vaterlandsverteidigung durch Bürgerwehr zur Freisetzung der regulären Truppen unter die Nato; im Kriegsfalle Kontrolle aller wichtigen Versorgungsbetriebe durch den bürgerlichen Staat soll der Verfassungsschutz sichern; Schwind baut das Gefängniswesen „modellhaft" aus. Für die Kapitalisten ein verlockendes Angebot zur Sicherung ihrer Profitproduktion in Kriegszeiten. Dort lassen sie sich allemal steigern, wie ihre Erfahrung zweier imperialistischer Kriege ist. Die Faschisten hatten mobile „Schutztruppen" gegen Streiks für die Betriebe aufgebaut. In Niedersachsen soll der Verfassungsschutz in Betrieben und Gewerkschaften herumschnobern.

NORLA '80: Für die Interessen der Bauern nutzen

r.ham. Die 32. NORLA (Norddeutsche Landwirtschaftliche Fachausstellung) vom 3. – 10.9. ist, wie alle zwei Jahre, der Tierzucht gewidmet. Rund 1000 Tiere – Pferde, Rinder, Schweine, Schafe, auch Geflügel – werden auf dieser zwölften Landestierschau vorgeführt. 700 Firmen aus 14 Nationen stellen auf 180000 qm Fläche aus, und an 5 Veranstaltungstagen laufen gleichzeitg zahlreiche Veranstaltungen mit landwirtschaftlichen Vorträgen, Zuchttierschau, aber auch zu anderen Themen. Seit Jahren ist die NORLA gleichzeitig Termin und Ort des Landesbauerntages, des Landfrauentages, und auch die Landjugend will dort wieder ihr zentrales Landesjugendtreffen durchführen.

Viele Bauern und auch landwirtschaftlich interessierte Arbeiter und Angestellte sehen sich die NORLA an, um sich über die Fortschritte in der technischen Entwicklung und der Zucht zu informieren. Von den Politikern wird sie regelmäßig zur Propaganda genutzt. Vor zwei Jahren haben dort Stoltenberg, Flessner und Heeremann (Präsident des Deutschen Bauernverbandes) gesprochen.

Das Interesse der Bauern, die sich diese Reden anhörten, war, Auskunft über die weitere Entwicklung zu erhalten und Beratung darüber, wie ihre materielle Lage verbessert werden kann. Im Juli 1978 waren die Erzeugerpreise gegenüber 1977 um 6% gesunken, aus dieser Tatsache machte Heeremann damals einen Spaltungskeil, den er in seiner Rede zwischen die Bauern und die Arbeiter trieb, für die es fast selbstverständlich sei, jährlich 10% mehr durchzusetzen. Er ermunterte die Bauern nicht etwa, sich ebenfalls zusammenzuschließen und eine Erhöhung der Erzeugerpreise zumindest in Höhe der gestiegenen Produktionskosten durchzusetzen. Er bekräftigte die besondere, der „Allgemeinwirtschaft verantwortliche Haltung der Bauern", weswegen sie diesen Stabilitätsverzicht immer noch auf sich nähmen.

Minister Flessner hat 1978 sein Förderungsprogramm der Schweinehaltung in „landknappen Familienbetrieben" anlaufen lassen. Damit hat er sicher seinen Beitrag zur Sicherung der Großschlachtereien des Landes mit billigen Schlachtkörpern vor dem Werkstor geleistet – wie auch zu dem jetzigen Schweinepreisverfall. Viele Bauern sind in größeren Zahlungsschwierigkeiten. Flessners Programm hat im wesentlichen nur eine Subvention der industriellen Kapitalisten dargestellt, die die Bauern z.B. mit Stalleinrichtungen – oft fragwürdiger Konzeption – beliefern. Die Gesetzmäßigkeit des Marktes, hier Schweinezyklus, hat er nicht eingeschränkt, sondern sie verschärft. Die Förderung einzelner Höfe muß die wirtschaftliche Konkurrenz unter den Bauern verschärfen, die ihre politische Einigung erschwert. Das ist mit Sicherheit auch eine der beabsichtigten Wirkungen der Agrarpolitik der Regierung – der CDU-Landes- wie der SPD/FDP-Bundesregierung.

Kein Trost für die Bauern ist, wenn das Finanzkapital und die Arbeitsgemeinschaft des (Groß)grundbesitzes, Vorsitzender Herzog von Schleswig, Holstein, 2000 ha, in Schleswig-Holstein einen Bauern gefunden haben, nämlich Flessner, der sich für ihre Interessen hergibt.

Heeremann hat 1978 eine längere Rede gehalten. Seine Ausführungen über die Bauern in der VR China, er hatte das Land gerade besucht, so wie übrigens die CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holsteins 1975, waren interessant. Aber zur Politik des DBV hat er versucht den Eindruck zu erwecken, daß es für die Bauern das Beste sei, wenn man ihre Interessensvertretung dem Bonner DBV-Präsidium überlasse. Sein Vortrag war in der Analyse der Lage der Bauern schwach. Karl Eigen, Landesvorstandsmitglied des Bauernverbandes und heute Bundestagskandidat der CDU sprach damals das Schlußwort: „Wir stehen treu an ihrer Seite", an Heeremann gerichtet. Er hielt das wohl für notwendig festzustellen, weil das von den Interessen der Bauern aus Heeremanns Rede nicht schlüssig zu folgern war. Er hat Heeremann damit einen Freibrief ausgestellt. Noch im selben Jahr hat Heeremann u.a. die Mitverantwortungsabgabe bei der Milch – faktisch eine Steuer auf die Milchproduktion der Bauern –, die von der EG-Kommission vorgeschlagen worden war, vertreten und im DBV durchgesetzt. Heute ist er bei der Superabgabe angelangt.

Auf einer Veranstaltung in Silberstedt, Kreis Schleswig-Flensburg, hat Minister Flessner Anfang Juli 1980 ausgeführt: „In den Jahren 1970 – 74 hat mancher Bauer seine Lage unterschätzt und aufgegeben und in den guten Jahren 1974 – 79 mancher seine Lage überschätzt". Die Aktivitäten der Bauern, die sich in ihrem Verband entwickelt haben sind jedenfalls Zeugnis einer ziemlich genauen Beurteilung der Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Lage, einschließlich des Arbeitsaufwandes. Deshalb ist auch der Landesbauerntag eine wichtige Gelegenheit, den Forderungen nach Erzeugerpreiserhöhungen, nach sofortiger Anhebung der Vorsteuerpauschale auf 8% Nachdruck zu verleihen, denn die arbeitenden Bauern sind wirtschaftlich in einer Lage wie die Krabbenfischer, die jetzt ihre Kutter angebunden haben.

60000 mußten 1979 Schweinezucht aufgeben Bauern kämpfen für höhere Erzeugerpreise



Produktionskosten 7,58 FF, Verkaufspreis 6,60 FF, davon können wir nicht leben! Einige Hundert bretonische Bauern sperrten am 15.8. die Nationalstraße zwischen Paris und Brest mit ihren Jauchewagen. Am 18.8. blockierten sie gleichfalls den Flugplatz von Brest, der erst am 20.8. nach Räumung durch 400 Mann Bereitschaftspolizei wieder eröffnet werden konnte. Die bretonischen Bauern, die 40% der französischen Schweinefleischproduktion halten, protestieren so gegen die Erzeugerpreissenkungen, die allein seit Februar 15% betragen und teilweise durch massive Importe v.a. aus Ungarn und der DDR unter EG-Referenzpreisen hervorgerufen sind. Dabei entspricht die französische Produktion von 1,7 Mio. t nahezu dem Verbrauch. Schon 1979 mußten 60000 Bauern (15%) die Schweinezucht aufgeben.

Getreide-Rekordernten? Die Verluste der Bauern sind groß!

z.doj. Nachdem die Getreideernte zur Hälfte eingebracht ist, wird eine angebliche Rekordernte vorausgesagt. Zur Zeit müssen die Bauern unter Hochdruck die derzeitige Trockenperiode nach 5 Wochen Dauerregen nutzen, um den Weizen einzubringen. Mengenmäßig sind beim Weizen wohl auch kaum Einbußen zu erwarten. Jedoch ist die Qualität gefährdet und der Druck auf die Erzeugerpreise steigt. Bei Futtergerste wurde der diesjährige Preis schon unter das Vorjahresniveau gedrückt. Dazu mindern noch erhöhte Trocknungskosten das Einkommen der Bauern. Große Verluste zeichnen sich auf folgenden Gebieten ab: Obwohl die *Frühkartoffeln* nicht rechtzeitig und nur unter erhöhten Kosten eingebracht werden konnten, liegt der Erzeugerpreis um 25% niedriger als 1979. Streckenweise verfaulte über 50% des *Heus*, was die Bauern zu zusätzlichem Kauf von Kraftfutter fürs Vieh zwingt. Die *Obst*ernten sind stark angeschlagen und der Erzeugerpreis gedrückt: helle Sauerkirschen lagen zu 60% unter den Vorjahrespreisen und damit auf dem Niveau von 1975. Der *Hopfen* ist in bestimmten Gegenden zu einem Drittel verfault. In einer Stellungnahme des Bauernverbandes zur gesamten Erntesituation von Anfang des Monats heißt es: „Mit Sicherheit läßt sich nicht sagen, daß die Landwirte mit erheblichen Kosten ihr Marktangebot darbieten müssen."

20000 dänische Bauern verweigerten Zahlung von Sondersteuern

z.bag.Aarhus. Vor Jahreswende hatte die dänische Regierung unter dem Druck der EG-Agrarpolitik den Bauern eine Sondersteuer von 7 Promille auf allen landwirtschaftlich genutzten Boden auferlegt. Mehr als 10000 Bauern demonstrierten mit ihren Fahrzeugen in allen größeren Städten dagegen. Zwanzigtausend der rund 150000 betroffenen Landwirte haben die erste Rate der Steuer im Frühjahr nicht bezahlt. Die am 20.8. fällige 2. Rate wurde nach Einschätzung der Bauernverbände von weit mehr Bauern verweigert, „entweder weil sie kein Geld haben oder weil sie nicht wollten". – 7 Promille scheinen wenig zu sein. Sie sind aber nur ein Teil der in den letzten Jahren ständig gestiegenen Steuerlast, die zusammen mit den steigenden Preisen für Betriebsmittel und hohen Bankzinsen (15%) den kleinen und mittleren Bauern mehr und mehr den Hals abschnüren. Insgesamt sind die dänischen Bauern inzwischen mit 60 Mrd. Kr. (rund 20 Mrd. DM) verschuldet. Das Bauernblatt errechnete für 1978/79 bei Höfen von durchschnittlich 31 ha einen Rückgang des jährlichen Nettoeinkommens von 35000 Kr. Zur Zeit hat die Regierung eine neue Steuerreform in Arbeit, nach der kleine Grundstücke unverhältnismäßig

ten müssen."

20000 dänische Bauern verweigerten Zahlung von Sondersteuern

z.bag.Aarhus. Vor Jahreswende hatte die dänische Regierung unter dem Druck der EG-Agrarpolitik den Bauern eine Sondersteuer von 7 Promille auf allen landwirtschaftlich genutzten Boden auferlegt. Mehr als 10000 Bauern demonstrierten mit ihren Fahrzeugen in allen größeren Städten dagegen. Zwanzigtausend der rund 150000 betroffenen Landwirte haben die erste Rate der Steuer im Frühjahr nicht bezahlt. Die am 20.8. fällige 2. Rate wurde nach Einschätzung der Bauernverbände von weit mehr Bauern verweigert, „entweder weil sie kein Geld haben oder weil sie nicht wollten". – 7 Promille scheinen wenig zu sein. Sie sind aber nur ein Teil der in den letzten Jahren ständig gestiegenen Steuerlast, die zusammen mit den steigenden Preisen für Betriebsmittel und hohen Bankzinsen (15%) den kleinen und mittleren Bauern mehr und mehr den Hals abschnüren. Insgesamt sind die dänischen Bauern inzwischen mit 60 Mrd. Kr. (rund 20 Mrd. DM) verschuldet. Das Bauernblatt errechnete für 1978/79 bei Höfen von durchschnittlich 31 ha einen Rückgang des jährlichen Nettoeinkommens von 35000 Kr. Zur Zeit hat die Regierung eine neue Steuerreform in Arbeit, nach der kleine Grundstücke unverhältnismäßig
hoch taxiert werden sollen. Das Ziel ist offensichtlich: weitere Ruinierung der Kleinbetriebe zwecks Konkurrenzfähigkeit in der EG.

VR China: Gegen die Vergötterung des Modells Dazhai

Entlarvung der Propaganda vom „Sozialismus in Armut"

z.jon.Beijing. Gegen die „Vergötterung" der Produktionsbrigade Dazhai wendet sich ein Artikel der Zeitung Shanxi Ribao, der am 18.7. im Zentralorgan der KPCh, Remnin Ribao, nachgedruckt wurde. Der Weg, den die Bauern des Dorfes Dazhai in der Provinz Shanxi in der sozialistischen Landwirtschaft eingeschlagen hatten, war von Mao Zedong 1964 mit dem Aufruf „Lernt in der Landwirtschaft

chen Betrages, zuviel gemeldet hatte. Am 30.7. beschrieb dann die Renmin Ribao den Bau der Xiyanger Traktorenfabrik als Beispiel für „Dummheit und feudales Denken" der ehemaligen Führung des Kreises. Weil ihr die wirtschaftlichen Voraussetzungen fehlten, habe die Fabrik 1973 – 77 nur 1505 minderwertige Traktoren produziert, statt wie geplant 2000 Stück pro Jahr. Der Selbstkostenpreis habe 7000

im Oktober 1979 wurden sie zurückgenommen – der Versuch, sie im ganzen Land durchzusetzen, war fatal. Im Umfang der Produktion und in der Mechanisierung ist die chinesische Landwirtschaft noch nicht wesentlich über die kleinbäuerliche Produktion hinausgewachsen. Die Kollektivierung hat erste Voraussetzungen für eine planmäßige Produktion für die ganze Gesellschaft geschaffen. Die Masse der

Lernen von Dazhai 1975 erklärte den Kampf für diesen Weg zu einer Frage des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Unter dem Vorwand des Lernens von Dazhai wurde das private Huhn, der private Obstbaum zur Quelle der kapitalistischen Restauration erklärt. Sie wurden in zahllosen Kommunen konfisziert. Nebenkulturen, Weiden, Gärten wurden umgepflügt und mit Getreide be-

materielle Lage verbessert werden kann. Im Juli 1978 waren die Erzeugerpreise gegenüber 1977 um 6% gesunken, aus dieser Tatsache machte Heeremann damals einen Spaltungskeil, den er in seiner Rede zwischen die Bauern und die Arbeiter trieb, für die es fast selbstverständlich sei, jährlich 10% mehr durchzusetzen. Er ermunterte die Bauern nicht etwa, sich ebenfalls zusammenzuschließen und eine Erhöhung der Erzeugerpreise zumindest in Höhe der gestiegenen Produktionskosten durchzusetzen. Er bekräftigte die besondere, der „Allgemeinwirtschaft verantwortliche Haltung der Bauern", weswegen sie diesen Stabilitätsverzicht immer noch auf sich nähmen.

Minister Flessner hat 1978 sein Förderungsprogramm der Schweinehaltung in „landknappen Familienbetrie-

über die Bauern in der VR China, er hatte das Land gerade besucht, so wie übrigens die CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holsteins 1975, waren interessant. Aber zur Politik des DBV hat er versucht den Eindruck zu erwecken, daß es für die Bauern das Beste sei, wenn man ihre Interessensvertretung dem Bonner DBV-Präsidium überlasse. Sein Vortrag war in der Analyse der Lage der Bauern schwach. Karl Eigen, Landesvorstandsmitglied des Bauernverbandes und heute Bundestagskandidat der CDU sprach damals das Schlußwort: „Wir stehen treu an ihrer Seite", an Heeremann gerichtet. Er hielt das wohl für notwendig festzustellen, weil das von den Interessen der Bauern aus Heeremanns Rede nicht schlüssig zu folgern war. Er hat Heeremann damit einen Freibrief ausgestellt. Noch im selben Jahr hat Heeremann



Produktionskosten 7,58 FF, Verkaufspreis 6,60 FF, davon können wir nicht leben! Einige Hundert bretonische Bauern sperrten am 15.8. die Nationalstraße zwischen Paris und Brest mit ihren Jauchewagen. Am 18.8. blockierten sie gleichfalls den Flugplatz von Brest, der erst am 20.8. nach Räumung durch 400 Mann Bereitschaftspolizei wieder eröffnet werden konnte. Die bretonischen Bauern, die 40% der französischen Schweinefleischproduktion halten, protestieren so gegen die Erzeugerpreissenkungen, die allein seit Februar 15% betragen und teilweise durch massive Importe v.a. aus Ungarn und der DDR unter EG-Referenzpreisen hervorgerufen sind. Dabei entspricht die französische Produktion von 1,7 Mio. t nahezu dem Verbrauch. Schon 1979 mußten 60000 Bauern (15%) die Schweinezucht aufgeben.

VR China: Gegen die Vergötterung des Modells Dazhai

Entlarvung der Propaganda vom „Sozialismus in Armut"

z.jon.Beijing. Gegen die „Vergötterung" der Produktionsbrigade Dazhai wendet sich ein Artikel der Zeitung Shanxi Ribao, der am 18.7. im Zentralorgan der KPCh, Remnin Ribao, nachgedruckt wurde. Der Weg, den die Bauern des Dorfes Dazhai in der Provinz Shanxi in der sozialistischen Landwirtschaft eingeschlagen hatten, war von Mao Zedong 1964 mit dem Aufruf „Lernt in der Landwirtschaft von Dazhai!" hervorgehoben worden. Zwischen 1966 und 1977 war er immer nachdrücklicher als der einzig richtige Entwicklungsweg der chinesischen Landwirtschaft propagiert worden. „Wie konnte das ganze Land in allen Arbeitsbereichen und allen Kommunen und Brigaden aufgefordert werden, nur einem Modell zu folgen?" fragt die Shanxi Ribao. „Und wie konnte die chinesische Landwirtschaft in großen Schritten vorwärtsschreiten, wenn Tausende gezwungen wurden, sich, wie das Sprichwort sagt ‚die Füße zu beschneiden, damit sie in die Schuhe passen'?" Dazhai sei hochgehalten worden, weil einige der dort angewandten Methoden den Bedürfnissen der ultralinken Linie Lin Biaos und der Viererbande entsprochen hätten. Und auch nach deren Sturz habe es Leute gegeben, die durch Übertreibungen und Fälschungen versucht hätten, Dazhai so darzustellen, daß es den Bedürfnissen jeder politischen Lage entsprochen hätte.

In den letzten Wochen wurden einige dieser „Übertreibungen und Fälschungen" enthüllt. Am 15.6. forderte die Remnin Ribao die Einstellung des größten Wasserbauprojekts im Kreis Xiyang, in dem Dazhai liegt. Bei einer Bauzeit von zehn Jahren, dem ständigen Einsatz von 5000 Arbeitern und Kosten von 100 Mio. Yuan würde es nur der Bewässerung von 6000 ha dienen, während auf der anderen Seite des Berges, durch den das Wasser geleitet werden soll, auf 11000 ha das Wasser fehlen würde. Kurz darauf wurde bekannt, daß die politische Führung des Kreises 1973 – 77 Getreideerträge in Höhe von 136000 t, 24% des wirklichen Betrages, zuviel gemeldet hatte. Am 30.7. beschrieb dann die Renmin Ribao den Bau der Xiyanger Traktorenfabrik als Beispiel für „Dummheit und feudales Denken" der ehemaligen Führung des Kreises. Weil ihr die wirtschaftlichen Voraussetzungen fehlten, habe die Fabrik 1973 – 77 nur 1505 minderwertige Traktoren produziert, statt wie geplant 2000 Stück pro Jahr. Der Selbstkostenpreis habe 7000 Yuan, der Verkaufspreis rund 4000 Yuan betragen. Allein für Boden- und Wasserbauprojekte hat der Kreis seit 1966 25,6 Mio. Yuan an Zuschüssen erhalten.

Worin bestand die Leistung der Bauern von Dazhai, und wieso konnte sie so für politisches Abenteurertum mißbraucht werden? Dazhai ist zunächst ein Beispiel dafür, wie die Bauern Chinas, gestützt auf den sozialistischen Zusammenschluß aus eigener Kraft, begannen, den Hunger zu besiegen und die Natur umzugestalten. Insbesondere in der Zeit der schweren Naturkatastrophen Anfang der 60er Jahre ging die Produktionsbrigade Dazhai daran, fast ausschließlich mit Menschenkraft die unfruchtbaren Berge zu terrassieren, Schluchten aufzuschütten, Bewässerungsanlagen zu bauen und den Ackerbau durch neue Methoden zu verbessern. Vor allem nachdem eine Flutkatastrophe 1963 den Neubau des Dorfes notwendig machte, führte Dazhai eine Reihe von Reformen durch, die später als das Wesentliche seiner Leistung galten: Privatparzellen und freier Markt wurden abgeschafft. Die Produktionsbrigade wurde Grundeinheit der Rechnungsführung. Damit wurden Arbeit und Entlohnung nicht mehr in den kleineren Produktionsgruppen geregelt, sondern in einem großen Kollektiv, was ein hohes Niveau in der Beherrschung der Produktionsbedingungen erfordert. – Für die Entlohnung zählten weniger die Leistungen der Gruppe und des einzelnen, sondern zuerst politische Kriterien.

Mag sein, daß diese Maßnahmen für Dazhai damals gerechtfertigt waren – im Oktober 1979 wurden sie zurückgenommen – der Versuch, sie im ganzen Land durchzusetzen, war fatal. Im Umfang der Produktion und in der Mechanisierung ist die chinesische Landwirtschaft noch nicht wesentlich über die kleinbäuerliche Produktion hinausgewachsen. Die Kollektivierung hat erste Voraussetzungen für eine planmäßige Produktion für die ganze Gesellschaft geschaffen. Die Masse der Produkte dient aber noch der Selbstversorgung der Kollektive. Daß die Bauern einen Teil ihrer Arbeitskraft für die eigene Ernährung „privat" einsetzen, ist lebenswichtig und Voraussetzung dafür, daß der Wohlstand der Kollektive und ihre Leistung gesteigert werden kann.

Dazhai wurde dagegen zum allgemein gültigen Modell des „Übergangs in Armut" gemacht, zum Modell des Übergangs zu höheren Formen sozialistischen Eigentums bei niedriger Produktivität durch härteste körperliche Arbeit. Die Landeskonferenz über das Lernen von Dazhai 1975 erklärte den Kampf für diesen Weg zu einer Frage des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Unter dem Vorwand des Lernens von Dazhai wurde das private Huhn, der private Obstbaum zur Quelle der kapitalistischen Restauration erklärt. Sie wurden in zahllosen Kommunen konfisziert. Nebenkulturen, Weiden, Gärten wurden umgepflügt und mit Getreide bepflanzt. In der Provinz Shandong war es vielfach verboten, den Bauern mehr als 150 Yuan (190 DM) pro Jahr auszuzahlen. Andernorts wurden persönliche Ersparnisse als „Kapital" enteignet.

Erst mit den Beschlüssen des ZK der KPCh vom Dezember 1978 wurden die in der demokratischen Revolution und der sozialistischen Umgestaltung eroberten Rechte der Bauern und Kollektive wieder anerkannt und die Notwendigkeit betont, ihren Wohlstand zu heben und ihnen planmäßig durch die ganze Gesellschaft bei der Mechanisierung zu helfen.



Um die Aufforstung zu beschleunigen und den Bauern zusätzliches Einkommen zu sichern, werden ihnen Bergparzellen zur Aufforstung überlassen.

Britische Regierung suspendiert Nordsee-Makrelenfischerei

z.hef.London. Mit Wirkung vom 16. August hat die britische Regierung alle Lizenzen für den Makrelenfang in der Nordsee suspendiert und damit die Makrelenfischerei dort praktisch verboten. Die Regierung begründete das damit, daß britische Fischer bereits 5000 von den 6400 Tonnen der britischen Quote gefangen hätten. Die Gesamtquote, von der EG festgelegt, beträgt 55000 Tonnen in der Nordsee. Seit 1977 ist britischen Fischern der Makrelenfang ohne Lizenz nicht mehr erlaubt. Pro Boot wird eine wöchentliche Fang-Höchstmenge festgelegt, für Boote unter 55 Fuß (17 m) Länge beträgt der wöchentlich erlaubte Höchstfang zur Zeit 70 Tonnen, für Gefriertrawler 225 Tonnen. Die diesjährigen Quoten sind 10% niedriger als im Vorjahr. Die Regierung schränkt mit dem Hinweis auf die „notwendige Schonung der Bestände" die Fangquoten und die Dauer der Fangsaison immer weiter ein. Dabei sind Makrelen inzwischen für die britischen Fischer zum wichtigsten Fang geworden, sowohl was Tonnage wie Verkaufserlös angeht. Das neue Fangverbot trifft vor allem kleinere Fischer an der Ostküste Englands und Schottlands. An der Westküste, wo die meisten Makrelenfischer sind, hat die Regierung am 9. August für eine beschränkte Periode den Makrelenfang in der irischen See wieder freigegeben.



Forderungen der ÖTV für die Verhandlungen um den Manteltarifvertrag für Auszubildende am 28.8.

z.wig. Für den 28. August 1980 hat die ÖTV mit dem öffentlichen Dienstherrn von Bund, Ländern und Gemeinden Verhandlungen über den Manteltarifvertrag für Auszubildende vereinbart. Seit dem 31.12.78 ist der Vertrag von der ÖTV gekündigt. Der öffentliche Dienstherr will den jetzt bestehenden Manteltarif aufrechterhalten, weil er an verschiedenen Punkten für den Einsatz von Auszubildenden auf normalen Stellen, die von ausgebildeten Arbeitskräften besetzt werden müßten, offen ist. Die ÖTV fordert eine tarifvertragliche Regelung, die es dem Dienstherrn verbietet, Auszubildende auf Stellen für Arbeiter und Angestellte anzurechnen. Die Durchsetzung dieser Forderung würde erhebliche Neueinstellungen erzwingen, weshalb sich der staatliche Dienstherr heftig widersetzt. Der Gewerkschaft ÖTV gelang es durch Kundgebungen, Demonstrationen und anderen Kampfmaßnahmen, den Dienstherrn zu Verhandlungen zu zwingen. Der Dienstherr bot aber nur die Einführung einer Regelung in den Manteltarif an, die im Falle von Krankheit, die nicht länger als 3 Tage dauert, die Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung nicht verlangt.

Insbesondere die Forderung nach der Einbeziehung der Krankenpflegeschüler lehnte der Dienstherr ab, die jetzt noch schlechtere Schutzbestimmungen haben.

Um zu gewährleisten, daß die Auszubildenden nicht zu Arbeiten herangezogen werden, die nicht der Ausbildung dienen, und um die Ausbildungsbedingungen zu verbessern, fordert die ÖTV: „Keine Anrechnung der Auszubildenden auf die Stellenpläne. Der Ausbildende hat während der gesamten Ausbildungszeit sicherzustellen, daß dem Auszubildenden alle Kenntnisse, die zum Bestehen der Abschlußprüfung erforderlich sind, vermittelt werden. Übernahme aller Ausbildungskosten durch die Arbeitgeber. Alle Ausbildungsmittel, die zum Errei-

rung würde erhebliche Neueinstellungen erzwingen, weshalb sich der staatliche Dienstherr heftig widersetzt. Der Gewerkschaft ÖTV gelang es durch Kundgebungen, Demonstrationen und anderen Kampfmaßnahmen, den Dienstherrn zu Verhandlungen zu zwingen. Der Dienstherr bot aber nur die Einführung einer Regelung in den Manteltarif an, die im Falle von Krankheit, die nicht länger als 3 Tage dauert, die Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung nicht verlangt.

Insbesondere die Forderung nach der Einbeziehung der Krankenpflegeschüler lehnte der Dienstherr ab, die jetzt noch schlechtere Schutzbestimmungen haben.

Um zu gewährleisten, daß die Auszubildenden nicht zu Arbeiten herangezogen werden, die nicht der Ausbildung dienen, und um die Ausbildungsbedingungen zu verbessern, fordert die ÖTV: „Keine Anrechnung der Auszubildenden auf die Stellenpläne. Der Ausbildende hat während der gesamten Ausbildungszeit sicherzustellen, daß dem Auszubildenden alle Kenntnisse, die zum Bestehen der Abschlußprüfung erforderlich sind, vermittelt werden. Übernahme aller Ausbildungskosten durch die Arbeitgeber. Alle Ausbildungsmittel, die zum Errei-
chen des Ausbildungszieles erforderlich sind, sind unentgeltlich zur Verfügung zu stellen." (Arbeitshilfe zum Manteltarifvertrag für Auszubildende, Bund/Länder/Gemeinden, herausgegeben von der ÖTV) Zum Schutz der jugendlichen Arbeitskraft fordert die ÖTV: Freistellung nach 6 Unterrichtsstunden an einem Ausbildungstag; Anrechnung der Ruhepausen auf die Ausbildungszeit. Auszubildende dürfen nicht zu Akkord- und Mehrarbeit herangezogen werden. Die Ausbildung darf nur während der Zeit von 7 – 20 Uhr durchgeführt werden. Auszubildende dürfen an Sonnabenden, Sonntagen und Feiertagen nicht ausgebildet werden. 25 Tage Erholungsurlaub für alle Auszubildenden. Keine Beschäftigung mit gesundheitsgefährlichen Arbeiten.

Außerdem wird die Verkürzung der Probezeit von drei auf einen Monat und Ausbildungsvertrag für alle Stufen der Ausbildung bei Stufenausbildung gefordert.

Die Durchsetzung des von der ÖTV vorgelegten Forderungskatalogs würde verhindern, daß der Dienstherr die Auszubildenden im öffentlichen Dienst als billige Arbeitskräfte einsetzen kann, was der jetzige Vertrag durch die Anrechenbarkeit der Auszubildenden auf die Stellenpläne zuläßt. Der Gewerkschaftstag hat sich mit dem Stand der Verhandlungen um den Manteltarif für Auszubildende befaßt und die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit zurückgeführt. Der Kampf um den neuen Ausbildungsmanteltarif müsse als Kampf der gesamten ÖTV fortgesetzt werden, betonte Kluncker in seinem Geschäftsbericht. Die Nichtanrechnung von Auszubildenden auf die Stellenpläne ist Teil des Kampfes gegen die Rationalisierungsmaßnahmen und die damit verbundene Intensivierung der Arbeit. Können die Auszubildenden auf die Stellenpläne angerechnet werden und können sie in Nacht- und Schichtarbeit gezwungen werden usw., kann der Dienstherr sie gegen den wirtschaftlichen Kampf aller Beschäftigten einsetzen und zur Konkurrenz unter den Beschäftigten nutzen. Der Forderung nach der Nichtanrechnung der Auszubildenden auf die Stellenpläne kommt eine gewisse Schlüsselrolle für die Durchsetzung des Forderungskataloges der ÖTV zu. Nur

vorgelegten Forderungskatalogs würde verhindern, daß der Dienstherr die Auszubildenden im öffentlichen Dienst als billige Arbeitskräfte einsetzen kann, was der jetzige Vertrag durch die Anrechenbarkeit der Auszubildenden auf die Stellenpläne zuläßt. Der Gewerkschaftstag hat sich mit dem Stand der Verhandlungen um den Manteltarif für Auszubildende befaßt und die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit zurückgeführt. Der Kampf um den neuen Ausbildungsmanteltarif müsse als Kampf der gesamten ÖTV fortgesetzt werden, betonte Kluncker in seinem Geschäftsbericht. Die Nichtanrechnung von Auszubildenden auf die Stellenpläne ist Teil des Kampfes gegen die Rationalisierungsmaßnahmen und die damit verbundene Intensivierung der Arbeit. Können die Auszubildenden auf die Stellenpläne angerechnet werden und können sie in Nacht- und Schichtarbeit gezwungen werden usw., kann der Dienstherr sie gegen den wirtschaftlichen Kampf aller Beschäftigten einsetzen und zur Konkurrenz unter den Beschäftigten nutzen. Der Forderung nach der Nichtanrechnung der Auszubildenden auf die Stellenpläne kommt eine gewisse Schlüsselrolle für die Durchsetzung des Forderungskataloges der ÖTV zu. Nur
so kann beispielsweise die Forderung nach der Übernahme aller Auszubildenden in ein Arbeitsverhältnis, das dem gelernten Beruf entspricht, überhaupt mit Aussicht auf Erfolg durchgesetzt werden. Mit der Beauftragung der Großen Tarifkommission mit den Verhandlungen am 28. August hat die ÖTV zum Ausdruck gebracht, daß sie den Kampf um den Manteltarifvertrag für Auszubildende als Kampf der gesamten ÖTV führen will.

IG Chemie: Lebhafte politische Auseinandersetzungen

Vorbereitung des Gewerkschaftstags im September / Aus dem Antragsmaterial

z.bep. Zum 11. Gewerkschaftstag der IG Chemie, der am 7. September beginnt, liegen 647 Anträge vor. Sie sind veröffentlicht in der August-Ausgabe der „Gewerkschaftspost". Zum letzten Gewerkschaftstag vor 4 Jahren waren es 331 Anträge gewesen. Bereits im Vorfeld dieses Gewerkschaftstags hat es in der IG Chemie heftigen Krach gegeben. Hauenschild soll geäußert haben, er erwarte eine „grausame Schlacht" auf dem Gewerkschaftstag. Die Auseinandersetzungen drehen sich vor allem um Fragen der Organisationsarbeit und der innergewerkschaftlichen Demokratie. Allein 150 der vorliegenden Anträge beziehen sich darauf. Ausgelöst wurde die gegenwärtige Auseinandersetzung, als der Hauptvorstand im letzten Jahr über den Beirat, das höchste Organ der IG Chemie zwischen den Gewerkschaftstagen, eine Satzungsänderung in bezug auf die Wahl der Vertrauensleute herbeiführte. Nach dieser Satzungsänderung sollten die Vertrauensleute entweder durch die Mitglieder im Betrieb gewählt, oder aber durch die Verwaltungsstelle ernannt werden können. Diese Ernennung war bisher schon überall dort üblich, wo Gewerkschaftswahlen im Betrieb unmöglich oder erschwert werden. Das ist vor allem in den Großbetrieben der Chemiekonzerne der Fall, wo nicht gewerkschaftliche, sondern aufgrund von Betriebsvereinbarungen sogenannte betriebliche Vertrauensleute von allen Belegschaftsmitgliedern gewählt werden. Das ist in 38 Betrieben der Fall, mit immerhin 35% der Beschäftigten der chemischen Industrie.

Schon der letzte Gewerkschaftstag hatte allerdings beschlossen, daß Schritte zur Beseitigung dieser Praxis eingeleitet werden müßten. In der IG Chemie haben die Vertrauensleute eine stärkere Position als in den anderen Gewerkschaften; sie, und nicht direkt die Mitglieder in den Betrieben, wählen z.B. die Delegierten zu den örtlichen Delegiertenkonferenzen. Der Beschluß des Hauptvorstands löste deshalb heftige Reaktionen aus, und der Konflikt weitete sich alsbald aus. Der Geschäftsführer einer Verwaltungsstelle wurde vom Hauptvorstand gekündigt, weil er sich in einem Rundschreiben gegen die Satzungsänderung gewandt hatte. Um die Entlassung durchzusetzen, mußte sich der Hauptvorstand über weitere Satzungsbestimmungen hinwegsetzen bzw. diese in seinem Sinn interpretieren. Als die Kündigung schließlich zurückgenommen wurde, hatte die Auseinandersetzung schon weitere Kreise gezogen. Etliche Bezirke hatten wegen der Satzungsänderung einen außerordentlichen Gewerkschaftstag beantragt. Die Frankfurter Rund-

wo nicht gewerkschaftliche, sondern aufgrund von Betriebsvereinbarungen sogenannte betriebliche Vertrauensleute von allen Belegschaftsmitgliedern gewählt werden. Das ist in 38 Betrieben der Fall, mit immerhin 35% der Beschäftigten der chemischen Industrie.

Schon der letzte Gewerkschaftstag hatte allerdings beschlossen, daß Schritte zur Beseitigung dieser Praxis eingeleitet werden müßten. In der IG Chemie haben die Vertrauensleute eine stärkere Position als in den anderen Gewerkschaften; sie, und nicht direkt die Mitglieder in den Betrieben, wählen z.B. die Delegierten zu den örtlichen Delegiertenkonferenzen. Der Beschluß des Hauptvorstands löste deshalb heftige Reaktionen aus, und der Konflikt weitete sich alsbald aus. Der Geschäftsführer einer Verwaltungsstelle wurde vom Hauptvorstand gekündigt, weil er sich in einem Rundschreiben gegen die Satzungsänderung gewandt hatte. Um die Entlassung durchzusetzen, mußte sich der Hauptvorstand über weitere Satzungsbestimmungen hinwegsetzen bzw. diese in seinem Sinn interpretieren. Als die Kündigung schließlich zurückgenommen wurde, hatte die Auseinandersetzung schon weitere Kreise gezogen. Etliche Bezirke hatten wegen der Satzungsänderung einen außerordentlichen Gewerkschaftstag beantragt. Die Frankfurter Rund-
schau machte sich zum Sprachrohr der Kritiker des Hauptvorstands. Eins von den 8 Mitgliedern des Geschäftsführenden Hauptvorstandes, der für Vertrauensleutearbeit zuständige Paul Plumeyer, wandte sich auf Versammlungen gegen die Maßnahmen der Vorstandsmehrheit. Daraufhin sprach diese ihm das Mißtrauen aus und schlägt ihn jetzt nicht mehr zur Wiederwahl in den Hauptvorstand vor; dagegen haben sich verschiedene Delegiertenkonferenzen für seine Wiederwahl ausgesprochen.

Die zahlreichen Anträge zu Satzungsfragen, die dem Gewerkschaftstag vorliegen, fordern u. a. die Beseitigung der Ernennung von Vertrauensleuten (die Satzungskomission schlägt für die bereits gewählten betrieblichen Vertrauensleute eine Übergangsregelung bis 83 vor); neue Regelungen in bezug auf die Wahl und die Entlassung von hauptamtlichen Funktionären, Beschränkung der stimmberechtigten Mitgliedschaft im Beirat auf gewählte Mitglieder (bis jetzt waren Hauptamtliche automatisch stimmberechtigt). Einen Teil der Anträge hat die Satzungskommission übernommen. Die Konflikte werden damit nicht beigelegt sein; hinter den Satzungsauseinandersetzungen stecken weitergehende politische Widersprüche. Ein Teil auch des sozialdemokratischen Funktionärkörpers will Hauenschild, der seit 38 Jahren im geschäftsführenden Hauptvorstand ist, offensichtlich ernstlich ans Leder. Seit längerem gibt es politische Auseinandersetzungen in der IG Chemie und eine bestimmte Flügelbildung zwischen „Rechts" und „Links" bis in den Hauptvorstand hinein. Innerhalb des Hauptvorstands gilt Hauenschild als Exponent der Rechten, Plumeyer und Werner Vitt, stellvertretender Vorsitzender und Mitglied des Parteivorstands der SPD, gelten als Vertreter der Linken.

Bei der Beurteilung der Widersprüche innerhalb der IG Chemie muß man die objektiven Widersprüche berücksichtigen, auf die die IG Chemie in ihrem Organisationsbereich trifft. Die Chemieindustrie zerfällt in eine ganze Anzahl Sparten mit unterschiedlicher wirtschaftlicher Lage und unterschiedlichen Arbeitsbedingungen, entsprechend existiert ein ziemlich kompliziertes Tarifvertragssystem. Vor allem aber zerfällt sie deutlich in den Bereich der großen Chemie- und Mineralölmonopole einerseits, und den Bereich der mittleren und kleineren Betriebe andererseits (wobei hier zu den Mittelbetrieben immer noch solche mit mehreren Tausend Beschäftigten zählen). Das Lohnniveau in den Belegschaften der Großkonzerne ist erheblich höher, aber auch der Anteil der Schichtarbeiter ist hier besonders hoch; der Angestelltenanteil liegt teilweise über 50%, der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt unter 50%. Diese objektive Spaltung schwächt die Einheit der ganzen Branche; für die Belegschaften der Großkonzerne werden Lohnniveau und Regelungen der Arbeitsbedingungen zwischen Betriebsräten und Konzernspitzen ausgehandelt; diese Be-

sitzender und Mitglied des Parteivorstands der SPD, gelten als Vertreter der Linken.

Bei der Beurteilung der Widersprüche innerhalb der IG Chemie muß man die objektiven Widersprüche berücksichtigen, auf die die IG Chemie in ihrem Organisationsbereich trifft. Die Chemieindustrie zerfällt in eine ganze Anzahl Sparten mit unterschiedlicher wirtschaftlicher Lage und unterschiedlichen Arbeitsbedingungen, entsprechend existiert ein ziemlich kompliziertes Tarifvertragssystem. Vor allem aber zerfällt sie deutlich in den Bereich der großen Chemie- und Mineralölmonopole einerseits, und den Bereich der mittleren und kleineren Betriebe andererseits (wobei hier zu den Mittelbetrieben immer noch solche mit mehreren Tausend Beschäftigten zählen). Das Lohnniveau in den Belegschaften der Großkonzerne ist erheblich höher, aber auch der Anteil der Schichtarbeiter ist hier besonders hoch; der Angestelltenanteil liegt teilweise über 50%, der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt unter 50%. Diese objektive Spaltung schwächt die Einheit der ganzen Branche; für die Belegschaften der Großkonzerne werden Lohnniveau und Regelungen der Arbeitsbedingungen zwischen Betriebsräten und Konzernspitzen ausgehandelt; diese Be-
triebsräte, die natürlich auch in der IG Chemie Einfluß haben, haben in der Regel kein besonderes Interesse an der gewerkschaftlichen Organisation in ihren Betrieben und an einer gewerkschaftlichen Tarifpolitik, die ihren eigenen Verhandlungsspielraum schmälern könnte. Die Kapitalisten nutzen das aus und behindern die gewerkschaftliche Arbeit, z.B. die Wahl von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten im Betrieb.

Weitere Besonderheiten der IG Chemie erklären sich aus ihrer Entstehung und der Geschichte der Chemie-Industrie: Vorläufer der IG Chemie war der 1890 gegründete Verband der Fabrikarbeiter, d.h. aller nichtgelernten Arbeiter Deutschlands. Die IG Chemie hat sich also nicht aus einem Berufsverband herausgebildet; in der Chemie-Industrie existiert kein Facharbeiterstamm, der traditionell auch in der Gewerkschaft bestimmenden Einfluß hätte (wie das z. B. in der IG Metall der Fall ist). Das ist einer der Gründe, warum sich in der Politik der IG Chemie ziemlich unvermittelt neben direkter Unterstützung der Regierung und offenem Sozialchauvinismus eine dennoch oft relativ fortschrittliche Tarifpolitik (z. B. Beseitigung der Leichtlohngruppen, Mindestabschlüsse) findet.

In den Auseinandersetzungen um die Satzungsfragen, die jetzt stattfinden, werden zwar berechtigte Interessen in bezug auf die Stärkung der innergewerkschaftlichen Demokratie vertreten; daß sich die Auseinandersetzung aber derart auf diese Fragen zuspitzt, drückt auch eine politische Schwäche aus. Mit dem Beschluß, auch in den Großbetrieben für den Aufbau gewählter Vertrauensleutekörper zu sorgen, ist das Problem der Herstellung der Gewerkschaftseinheit ja noch nicht gelöst. In den Anträgen zur Politik der Gewerkschaft sind die Konturen der Auseinandersetzung sehr viel verschwommener als im Satzungsstreit; es zeichnen sich aber doch wichtige Klärungen und politische Fortschritte ab. 237 Anträge befassen sich mit politischen Forderungen, davon 42 mit der Steuerpolitik, 61 mit der Sozialpolitik, 56 mit dem Versicherungswesen. Einige von den wichtigsten Forderungen: Die Bezirksdelegiertenkonferenz Hessen fordert die Verdoppelung des Steuer-Grundfreibetrags und die Anbindung an den Durchschnittslohn; die Antragskommission setzt die „Dynamisierung des Arbeitnehmerfreibetrags" dagegen, was unbestimmt ist und ein Bündnis mit Bauern und Kleinproduzenten ausschließt. Gefordert und zur Annahme empfohlen ist die Forderung nach Verbot der Leiharbeit. Die Bundesfrauenkonferenz macht Bedenken gegen die Teilzeitarbeit geltend. Vielfach wird die gesetzliche Sicherung der 40-Stundenwoche (allerdings nicht des 8-Stunden-Normalarbeitstags) gefordert, sowie die Beibehaltung des Nachtarbeitsverbots für Frauen, bzw. seine Ausdehnung auch auf die Angestellten, und die 35-Stundenwoche. Die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen wird nicht gefordert. Nur 4 Anträge liegen vor zur

stellung der Gewerkschaftseinheit ja noch nicht gelöst. In den Anträgen zur Politik der Gewerkschaft sind die Konturen der Auseinandersetzung sehr viel verschwommener als im Satzungsstreit; es zeichnen sich aber doch wichtige Klärungen und politische Fortschritte ab. 237 Anträge befassen sich mit politischen Forderungen, davon 42 mit der Steuerpolitik, 61 mit der Sozialpolitik, 56 mit dem Versicherungswesen. Einige von den wichtigsten Forderungen: Die Bezirksdelegiertenkonferenz Hessen fordert die Verdoppelung des Steuer-Grundfreibetrags und die Anbindung an den Durchschnittslohn; die Antragskommission setzt die „Dynamisierung des Arbeitnehmerfreibetrags" dagegen, was unbestimmt ist und ein Bündnis mit Bauern und Kleinproduzenten ausschließt. Gefordert und zur Annahme empfohlen ist die Forderung nach Verbot der Leiharbeit. Die Bundesfrauenkonferenz macht Bedenken gegen die Teilzeitarbeit geltend. Vielfach wird die gesetzliche Sicherung der 40-Stundenwoche (allerdings nicht des 8-Stunden-Normalarbeitstags) gefordert, sowie die Beibehaltung des Nachtarbeitsverbots für Frauen, bzw. seine Ausdehnung auch auf die Angestellten, und die 35-Stundenwoche. Die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen wird nicht gefordert. Nur 4 Anträge liegen vor zur
Außenpolitik, und zwar zur Europa- und Entspannungspolitik. Bezeichnend sind auch die Anträge zur Schichtarbeit: 1976 gab es dazu gerade 3 Anträge, jetzt ca. 40, in denen verschiedene Regelungen zur Schichtarbeit und zum Schutz der Schichtarbeiter gefordert werden – aber kein einziges Mal werden gesetzliche Maßnahmen zur Beseitigung oder grundlegenden Einschränkung der Schichtarbeit gefordert.



z.pel.Paris. **Was als Streik der Boulonnaiser Matrosen der Industriefangschiffe gegen Entlassungen und Lohnkürzung begonnen hatte, hat sich zum Kampf der Masse der französischen Fischer gegen Fischereikapitalisten und Staat entwickelt.** Seit der großen Demonstration am 13.8. in Boulogne (Bild/KVZ 34, S.9) ist der allergrößte Teil der kleinen selbständigen Hochsee- und Küstenfischer in ganz Frankreich seinerseits zu Streik und Blockade der Häfen übergegangen. Immer stärker von den Kapitalisten der industriellen Fischerei bedrängt, spüren sie die niedrigen Erzeugerpreise am schärfsten. 3,45 FF bringt das Kilo Merlan (Weißling) im Schnitt bei der Versteigerung, während es im Einzelhandel für 17,70 FF verkauft wird. Immer häufiger geht der gesamte Fang in die Fischmehlfabriken. Staatliche Subventionen für Flottenmodernisierung usw. erhalten nur die Großreeder. – Die Fischer fordern höhere Erzeugerpreise und staatliche Subventionen auf Treibstoff. Dazu kommen regional unterschiedliche Forderungen wie effektive Verfolgung der „wilden" Fischerei. Sie haben dies mit der Blockade praktisch aller französischen Häfen unterstrichen. Reeder und Hafenkapitalisten schreien Zeter und Mordio. Am 21.8. hat die Regierung neun Schiffe der Kriegsmarine gegen Fischereikutter eingesetzt, die den Ölhafen Fos blockierten. Als vier Tanker frei waren, traten die Schlepperbesatzungen in den Streik. PCF und Sozialisten fordern eine Sondersitzung des Parlaments.

z.pel.Paris. **Es sieht ganz so aus, als ob die Renault-Arbeiter entschlossen sind, gegen die Angriffe der Kapitalisten konzentriert zurückzuschlagen.** Seit letzter Woche ist im zweitgrößten Werk Paris-Flins wiederholt die Arbeit niedergelegt worden. Der Grund: Die unerträgliche Steigerung der Arbeitshetze in den Ferien. Waren im Juni von 19670 Arbeitern 1700 PKWs pro Tag produziert worden, so sind es im August 872 Autos bei 6600 Arbeitern. Die Arbeiter der größten Produktionsstätte Paris-Billancourt streikten am 20.8. und forderten in einer Demonstration vor dem Arbeitsministerium die Wiedereinstellung des zum 1.8. entlassenen CGT-Gewerkschaftssekretärs Certano. Weitere Streiks sind angekündigt.

z.rül. **Eine „grundlegende Änderung der Lohnstruktur" sei nötig, um die Effektivlöhne der 300000 niederländischen Bauarbeiter zu sichern.** Das beschloß die Bauarbeitergewerkschaft FNV auf ihrem Kongreß am 11.8. Gegenwärtig bekommen die Bauarbeiter nur einen niedrigen Grundlohn und eine Reihe von Zuschlägen, die vielfach ins Belieben des einzelnen Kapitalisten gestellt sind. Seit Jahren nutzen das die Kapitalisten zu Lohnsenkungen, indem sie die Zuschläge um die tarifliche Erhöhung der Grundlöhne verringern. Im Juli waren 27500 Bauarbeiter arbeitslos, für die Kapitalisten ein weiterer Ansporn zu Lohnsenkungen. Die Regierungspartei CDA hat angekündigt, in den nächsten Jahren müßten die Reallöhne jährlich zwischen 1 und 3,5% sinken, um „Arbeitsplätze zu schaffen". Gegenüber diesen Lohnsenkungsplänen beschloß der Kongreß, Hauptaufgabe der nächsten Tarifverhandlungen sei die Durchsetzung eines neuen Mindestlohnes, der den bisherigen Grundlohn *und* die Zuschläge umfaßt.

z.bag.Aarhus. **Die Gewerkschaft der dänischen Nahrungs- und Genußmittelindustrie setzt sich für die Abschaffung des Akkordsystems für die Schlachtereiarbeiter ein.** Im Mai dieses Jahres hatten 6000 Arbeiter in 30 Schlachtereibetrieben höhere Löhne und die Herabsetzung des Arbeitstempos gefordert. Teilweise legten sie die Arbeit ganz nieder, teilweise setzten sie die Geschwindigkeit der Bänder selbst um 25% herab. Diese Aktionen sind jetzt vom Arbeitsgericht verurteilt worden; insbesondere wurde den Arbeitern das Recht abgesprochen, selbst über das Arbeitstempo zu bestimmen. – Mit hoher Mechanisierung und scharfem Akkordsystem hat die dänische Fleischindustrie einen Platz in der EG-Konkurrenz und auf dem Weltmarkt errrungen, mit Großbetrieben wie Tulip und Plumrose an der Spitze. Während der Anteil der Akkordarbeit in der dänischen Industrie insgesamt 1976 nur noch 34% betrug, war er in den Schlachtereien 71,6%, und es gelang den Kapitalisten, ihn bis 1978 auf 78,1% hochzutreiben. In einem Rapport über Arbeitsschutz wurde jetzt veröffentlicht, daß die Zahl der tödlichen Unfälle bei den Schlachtereiarbeitern 30 – 40% höher ist als bei anderen.

z.anb.Wien. **Die Ankündigung der österreichischen Eisenbahnergewerkschaft, mit Dienst nach Vorschrift der Forderung nach 1000 zusätzlichen Dienststellen Nachdruck zu verleihen, haben sämtliche bürgerlichen Parteien mit Entrüstung beantwortet.** Volkspartei (ÖVP) und Freiheitliche (FPÖ) forderten Austausch des „unfähigen Managements" der ÖBB; die seit 1970 wegrationalisierten 7000 Stellen (auf derzeit 70000) seien im Vergleich zur Konkurrenz etwa der BRD ein Klacks. Die SPÖ-geführte ÖBB-Generaldirektion erwartet von der Regierung eine „österreichische Lösung": ein paar Dienststellen mehr, keinesfalls die geforderten 1000, stattdessen Ausweitung der nach dem besonderen Dienstrecht anzuordnenden Überstunden (bislang max. 2/Tag und 5/Woche).

IG Metall-Vorstand: „Kampf um bessere Arbeitsbedingungen"

z.ped. In der Augustausgabe der Funktionärszeitschrift der IG Metall „Der Gewerkschafter" skizziert das Vorstandsmitglied Janßen die Tarifpolitik für die achtziger Jahre: „Die Rahmen- und Manteltarifverträge, die die Entlohnungs-, Arbeitszeit- und Arbeitsbedingungen regeln, bieten keinen ausreichenden Schutz gegen überhöhte und gesundheitsschädigende Arbeitsbelastung, Entqualifizierung, sozialen Abstieg und Arbeitslosigkeit". Erstens soll die Entgeltdifferenzierung, nach denen Arbeiter und Angestellte eingruppiert werden, neu geregelt werden: „Durch veränderte Arbeitsbedingungen kann es zu dem untragbaren Ergebnis kommen, daß ein Abbau von Anforderungen und Belastungen am Arbeitsplatz zu einer Verschlechterung des materiellen und sozialen Status führt, obwohl sich die Arbeitsbelastungen insgesamt nicht verringern und die Ergiebigkeit der Arbeit steigt." Zweitens heißt es, „neue Techniken und Rationalisierungen führen überwiegend nicht zu geringeren, sondern zu erhöhten Arbeitsbelastungen. Verbesserte tarifvertragliche Bestimmungen gegen überhöhte Arbeitsbeanspruchung und steigenden Leistungsdruck sind daher unabweisbar notwendig." Tarifvertragliche Regelung der Arbeitsintensität auch bei den Angestellten und Zeitlöhnern, dabei „Durchsetzung der Zumutbarkeit der verlangten Leistung" sowie „ausreichender Erholungszeit während der Arbeitszeit" werden genannt. Insbesondere wird als Ziel aufgestellt, „die weitere Zerstückelung der Arbeit zu verhindern", die die Grundlage ist für die Abgruppierung wegen „einfacherer Arbeit". Drittens wird die weitere Verkürzung der Arbeitszeit genannt. Seitens des Hauptvorstandes vorrangig nicht mehr wie bisher „zur Sicherung der Beschäftigung", sondern als „notwendiger Ausgleich für wachsende Arbeitsbelastungen", wo „die weitere Verkürzung der Arbeitszeit" begleitet sein muß von der „tarifvertraglichen Abwehr erhöhter Arbeitsbeanspruchung und weiterer Leistungsverdichtung".

Die Verausgabung von Arbeit in der Produktion ist bestimmt durch die Länge des Arbeitstages und die Intensität der Arbeit während dieses Arbeitstages. Wird der Lohn unter den Wert der Arbeitskraft gedrückt – und jede Rationalisierung, jede weitere Zerlegung des Arbeitsprozesses hat dies mittels Abgruppierungen zum Inhalt –, so tritt der Zwang zu überlanger und überintensiver Arbeit ein, bei der der so erzielte „Überverdienst" nicht hinreicht, das Mehr an Vernutzung der Arbeitskraft in der Produktion zu kompensieren, sondern der Arbeiter mit Lebenszeit zahlt. Allemal muß der Kampf gegen wachsende Ausbeutung von der Geldseite wie von den Arbeitsbedingungen her geführt werden. Verbot der Überstunden-, Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit ist notwendig. Daß der IGM-Vorstand diese tarifvertraglichen Regelungen anstrebt, ist günstig.

Australien: Neuausrichtung der Autoproduktion

Massenentlassungen bei GM / Regierung soll zu Gesetzesänderung gezwungen werden

z.mat.Sydney. Am 29. August beendet Holden, Tochter von General Motors, in Pagewood (Sydney) die Produktion. 1200 Arbeiter verlieren ihren Arbeitsplatz. Ford Australien hat die am 26. Mai angekündigte Entlassung von 500 Arbeitern in den Werken Geelong und Broadmeadows (Melbourne) nach fünf Tagen wieder zurückgenommen, nachdem die Arbeiter durch wechselnde Arbeitsniederlegungen die Produktion von 350 auf 95 Fahrzeuge täglich gesenkt hatten. Aufgegeben sind die Pläne damit nicht. Bei Australian Motor Industries (AMI), dem Montagewerk von Toyota, streikten 1000 Arbeiter 14 Tage gegen die Entlassung von Vertrauensleuten und die Mißachtung der Sicherheitsvorschriften. In Neuseeland hat General Motors für September die Schließung des Werks Petone bekanntgegeben. 170 Arbeiter werden dort arbeitslos. Bei Ford Neuseeland konnte die Erhöhung der Arbeitsmenge, mit der Entlassungen vorbereitet werden sollten, nur durch einen 18 Tage dauernden Streik der 500 Arbeiter verhindert werden.

Hand in Hand mit Massenentlassungen gehen Ankündigungen der Imperialisten von Neuinvestitionen. Im April hat Ford den Laser, das Nachfolgemodell für den Escort in Asien und Pazifik, angekündigt. 300 von 500 Millionen Dollar sollen dafür im Werk Homebush bei Sydney investiert werden, der Rest in Neuseeland, Taiwan, den Philippinen, Indonesien und Thailand. Holden baut für 210 Millionen Dollar eine Motorenfabrik in Melbourne. 1300 Motoren sollen dort täglich das Werk verlassen, ⅔ davon für den Export an die General Motors-Konzerne Vauxhall in Großbritannien und Opel in der BRD.

Fabrikschließungen und Neuinvestitionen sind Elemente eines Plans der imperialistischen Konzerne, die Autoproduktion in Australien und Neuseeland in die Produktion des „Weltautos" einzubeziehen. Mit 14 bzw. 3 Millionen Einwohnern bieten die Länder einen beschränkten Markt. Die Zulassungen von PKW, in Neuseeland 1974 noch über 100000, sind auf unter 7000 gesunken. Die Automonopole, die 1969 in zehn Produktionsstätten 3600 Arbeiter in Neuseeland ausbeuteten, haben die Zahl der Arbeiter bis 1978 auf 7500 in acht Produktionsstätten erhöht. Beherrscht wurde der australische und neuseeländische Markt in der Vergangenheit von US-Konzernen. Sie ließen in den USA oder in europäischen Zweigwerken entworfene Autos in Australien und Neuseeland produzieren, während die Konkurrenz durch hohe Importzölle zurückgehalten wurde. 45% des Neuwerts beträgt der Zoll auf vollständig montierte PKW in Australien. Das setzt den Verkaufspreis für im Land produzierte Autos. Zwar müssen nach dem Gesetz wertmäßig 85% der Teile im Land produziert sein, aber erstens werden eventuelle höhere Preise für Teile durch den hohen Verkaufspreis der Autos mehr als wettgemacht, zweitens stammt die inländische Teileproduktion auch oft aus australischen Tochtergesellschaften der Konzerne, und drittens haben in diesem Jahr alle Konzerne nur 75 – 80% an inländischen Teilen vorweisen können.

Inzwischen hat sich der Effekt der Importzölle weitgehend verschlissen. Mit den verschiedensten Methoden haben die japanischen Konkurrenten Zugang zum australischen und neuseeländischen Markt erreicht. Mit neuen sparsamen Vierzylindermodellen, die die US-Monopole erst auf dem Reisbrett hatten, gelang es ihnen, Marktanteile zu gewinnen. Toyota hat mit AMI eine eigene Produktion. Mitsubishi hat Ende April die australische Chrysler-Tochter übernommen, nachdem Chrysler 1979 erstmals wieder einen Profit vorweisen konnte durch Produktion des von Mitsubishi entworfenen Vierzylindermodells Sigma. Holden, dessen Modelle vor wenigen Jahren mit Opelmotoren bestückt waren, baut inzwischen Motoren von Isuzu ein, Ford wird die Getriebe für den Laser von Mazda beziehen, woher auch die Grundkonzeption des Laser kommt. Ende 1979 betrugen die Marktanteile bei Neuzulassungen: Holden 27%, Ford 23%, Toyota 15%, Nissan Datsun 10%, Chrysler/Mitsubishi 10%.

Um die Produktionserfahrung der australischen und neuseeländischen Automobilarbeiter und die vorhandenen Produktionsstätten für die neue Weltmarktoffensive zu nutzen, schlagen die US-Imperialisten jetzt eine neue Taktik ein. Statt Montage für den inländischen Markt mit 85% inländischen Teilen wollen sie umstellen auf Produktion von Teilen für den Export und Import fertiger Fahrzeuge. Als ersten Schritt verlangen sie, der Wert exportierter Teile solle auf die gesetzlich festgelegten 85% angerechnet werden. Die Regierung hat bisher widersprochen, doch die US-Imperialisten wissen, wer in Kolonien die Gesetze macht: die für den geplanten Export nötigen Anlagen sind bereits im Bau, und der ab Mitte 1981 einsetzende Export wird den Druck auf die von der Regierung eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Autoindustrie verstärken.

Für die Arbeiter bedeuten die Pläne Entlassungen durch Rationalisierung und verschärften Zwang zu Nacht- und Schichtarbeit. Garantiert hohe Absatzpreise haben ausländisches Kapital in einem Maß angezogen, daß zum Beispiel in Neuseeland die Kapazität aller Werke selbst in Einschichtbetrieb nur zu 70% ausgelastet ist. Öffnung für die Konkurrenzbedingungen des Weltmarkts soll diese Schranke für die Ausbeutung einreißen. Den Arbeitern ist es nur vereinzelt gelungen, die Angriffe zurückzuschlagen. Im Werk Petone in Neuseeland hat die Belegschaft vor zwei Wochen eine Serie von 24-Stunden-Streiks begonnen. Ein Streik bei Pagewood, mit dem die Arbeiter die Erhöhung der Ablösungen von 2 auf 4 Wochenlöhne pro Jahr Betriebszugehörigkeit erreichen wollten, ist vor wenigen Tagen nach zwei Wochen ergebnislos abgebrochen worden. Die Kämpfe der australischen und neuseeländischen Arbeiter stehen damit aber erst am Anfang.



Ford: Grund für die vielen Kündigungen sind nicht „die steuerfreien Tausender"

z.mac. Über 4000 Kölner Fordarbeiter hatten am 18.8., eine Woche nach Bekanntgabe der Entlassungspläne, Abfindungs- bzw. Pensionierungsverträge beantragt, das sind ⅔ der von den Kapitalisten angestrebten Zahl. 2180 Arbeiter hatten sich bis zu diesem Tag arbeitslos gemeldet. Die bürgerliche Presse deutet diese hohe Zahl als Beweis für die soziale Großtat der Kapitalisten: die Abfindung bedeute für die meisten dasselbe wie ein unerwarteter Lottogewinn, gleichzeitig bekämen viele Arbeiter neue Arbeit zum alten Lohn, die meisten würden reich in ihr Herkunftsland zurückkehren.

Tatsächlich sind die Abfindungen, Beträge zwischen 8000 und 12000 DM, für die Arbeiter zu niedrig. Von dieser Summe muß während der vierwöchigen Sperrfrist für Arbeitslosengeld gelebt werden; die, die sofort gegangen sind, müssen zusätzlich den Lebensunterhalt für die Dauer der Kündigungsfrist aus der (etwas höheren) Abfindung bestreiten. Alle, die in einem Fordwohnheim wohnten, müssen in-

ne Abfindung. 90% der Arbeiter, die sich gemeldet haben, sind ausländische Arbeiter. Die meisten nicht viel älter als 30 Jahre, sie gehen, weil sie die Schinderei bei Ford satt sind und Hoffnung auf Einstellung zum gleichen Lohn bei anderen Kapitalisten haben. Die wenigsten werden in ihr Herkunftsland zurückkehren, die Abfindung deckt weder die Umzugskosten noch die für die Anschaffung einer neuen Wohnung.

23053 Arbeitslose sind im Arbeitsamtsbezirk Köln registriert. Aussicht auf Ausbeutung durch einen neuen Kapitalisten zum alten Lohn besteht unter der Bedingung, daß diese Reservearmee um fast 6000 aufgestockt werden wird, für die wenigsten Arbeiter, die bei Ford gehen. Das sind bereits die Erfahrungen: die Bundesbahndirektion Köln hat 180 Arbeitsplätze, hauptsächlich für ungelernte Arbeiter, in Rangierdienst und Güterabfertigung angeboten. Die KHD-Kapitalisten haben 20 Fordarbeiter im 2-Schichtsystem einge-

zung der Zumutbarkeit der verlangten Leistung" sowie „ausreichender Erholungszeit während der Arbeitszeit" werden genannt. Insbesondere wird als

Schicht- und Akkordarbeit ist notwendig. Daß der IGM-Vorstand diese tarifvertraglichen Regelungen anstrebt, ist günstig.

lionen Dollar sollen dafür im Werk Homebush bei Sydney investiert werden, der Rest in Neuseeland, Taiwan, den Philippinen, Indonesien und Thailand. Holden baut für 210 Millionen Dollar eine Motorenfabrik in Melbourne. 1300 Motoren sollen dort täglich das Werk verlassen, ⅔ davon für den Export an die General Motors-Konzerne Vauxhall in Großbritannien und Opel in der BRD.

Fabrikschließungen und Neuinvestitionen sind Elemente eines Plans der imperialistischen Konzerne, die Autoproduktion in Australien und Neuseeland in die Produktion des „Weltautos" einzubeziehen. Mit 14 bzw. 3 Millionen Einwohnern bieten die Länder einen beschränkten Markt. Die Zulassungen von PKW, in Neuseeland 1974

ben die japanischen Konkurrenten Zugang zum australischen und neuseeländischen Markt erreicht. Mit neuen sparsamen Vierzylindermodellen, die die US-Monopole erst auf dem Reisbrett hatten, gelang es ihnen, Marktanteile zu gewinnen. Toyota hat mit AMI eine eigene Produktion. Mitsubishi hat Ende April die australische Chrysler-Tochter übernommen, nachdem Chrysler 1979 erstmals wieder einen Profit vorweisen konnte durch Produktion des von Mitsubishi entworfenen Vierzylindermodells Sigma. Holden, dessen Modelle vor wenigen Jahren mit Opelmotoren bestückt waren, baut inzwischen Motoren von Isuzu ein, Ford wird die Getriebe für den Laser von Mazda beziehen, woher auch die Grundkonzeption des Laser kommt. Ende 1979 betrugen die Mark-

einem Maß angezogen, daß zum Beispiel in Neuseeland die Kapazität aller Werke selbst in Einschichtbetrieb nur zu 70% ausgelastet ist. Öffnung für die Konkurrenzbedingungen des Weltmarkts soll diese Schranke für die Ausbeutung einreißen. Den Arbeitern ist es nur vereinzelt gelungen, die Angriffe zurückzuschlagen. Im Werk Petone in Neuseeland hat die Belegschaft vor zwei Wochen eine Serie von 24-Stunden-Streiks begonnen. Ein Streik bei Pagewood, mit dem die Arbeiter die Erhöhung der Ablösungen von 2 auf 4 Wochenlöhne pro Jahr Betriebszugehörigkeit erreichen wollten, ist vor wenigen Tagen nach zwei Wochen ergebnislos abgebrochen worden. Die Kämpfe der australischen und neuseeländischen Arbeiter stehen damit aber erst am Anfang.

Ford: Grund für die vielen Kündigungen sind nicht „die steuerfreien Tausender"

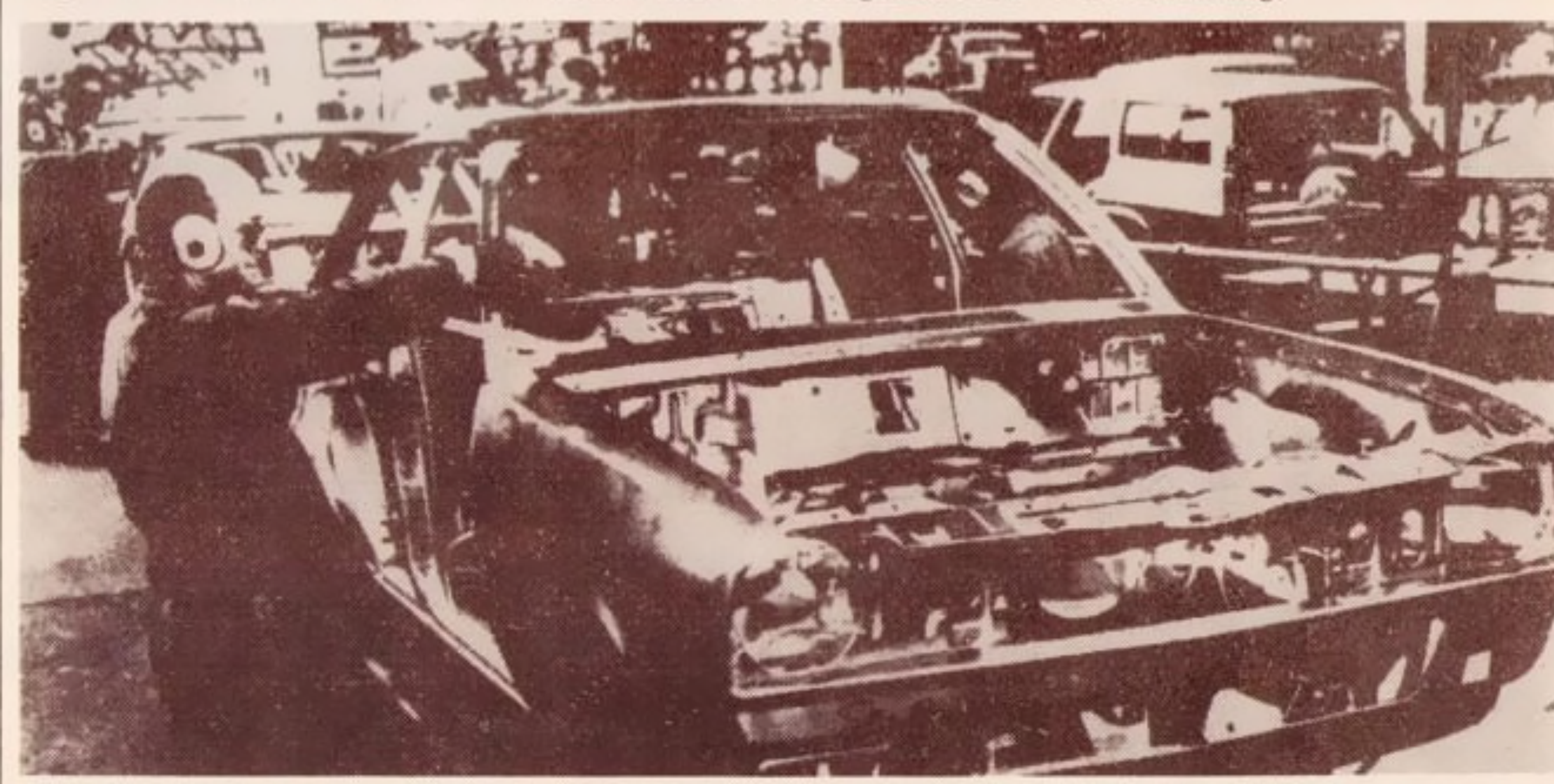
z.mac. Über 4000 Kölner Fordarbeiter hatten am 18.8., eine Woche nach Bekanntgabe der Entlassungspläne, Abfindungs- bzw. Pensionierungsverträge beantragt, das sind ⅔ der von den Kapitalisten angestrebten Zahl. 2180 Arbeiter hatten sich bis zu diesem Tag arbeitslos gemeldet. Die bürgerliche Presse deutet diese hohe Zahl als Beweis für die soziale Großtat der Kapitalisten: die Abfindung bedeute für die meisten dasselbe wie ein unerwarteter Lottogewinn, gleichzeitig bekämen viele Arbeiter neue Arbeit zum alten Lohn, die meisten würden reich in ihr Herkunftsland zurückkehren.

Tatsächlich sind die Abfindungen, Beträge zwischen 8000 und 12000 DM, für die Arbeiter zu niedrig. Von dieser Summe muß während der vierwöchigen Sperrfrist für Arbeitslosengeld gelebt werden; die, die sofort gegangen sind, müssen zusätzlich den Lebensunterhalt für die Dauer der Kündigungsfrist aus der (etwas höheren) Abfindung bestreiten. Alle, die in einem Fordwohnheim wohnten, müssen in-nerhalb von 3 Monaten ausgezogen sein, das bedeutet höhere Miete, Zahlung von Kaution und Maklergebühren.

Nicht die Höhe der Abfindung ist der Grund für die große Zahl der Anmeldungen, sondern in Wirklichkeit Folge des Druck, den die Fordkapitalisten mit der Drohung von 5800 Entlassungen in den Kölner Werken machen. Die Verträge sind bis Ende September befristet. Danach droht Entlassung oh-

ne Abfindung. 90% der Arbeiter, die sich gemeldet haben, sind ausländische Arbeiter. Die meisten nicht viel älter als 30 Jahre, sie gehen, weil sie die Schinderei bei Ford satt sind und Hoffnung auf Einstellung zum gleichen Lohn bei anderen Kapitalisten haben. Die wenigsten werden in ihr Herkunftsland zurückkehren, die Abfindung deckt weder die Umzugskosten noch die für die Anschaffung einer neuen Wohnung.

23053 Arbeitslose sind im Arbeitsamtsbezirk Köln registriert. Aussicht auf Ausbeutung durch einen neuen Kapitalisten zum alten Lohn besteht unter der Bedingung, daß diese Reservearmee um fast 6000 aufgestockt werden wird, für die wenigsten Arbeiter, die bei Ford gehen. Das sind bereits die Erfahrungen: die Bundesbahndirektion Köln hat 180 Arbeitsplätze, hauptsächlich für ungelernte Arbeiter, in Rangierdienst und Güterabfertigung angeboten. Die KHD-Kapitalisten haben 20 Fordarbeiter im 2-Schichtsystem einge-stellt, die statt wie früher 12,50 DM nur noch 11,20 DM in der Stunde bekommen. „Andere Angebote dürften für die weiteren Freigesetzten interessant sein": das Arbeitsamt beschwert sich bereits über die mangelnde Mobilität der ausländischen Arbeiter, von denen man doch anderes erwartet hätte. Bemühen tut es sich jetzt um 1000 Arbeiter, die sich von der Essener Ruhrkohle AG im Untertagebau ausbeuten lassen.



Produktion von Sechs- und Achtzylindermodellen bei General Motors im Werk Acacia Ridge (Australien).

1979 wurden die Bahnarbeiter so zu Mio. Überstunden zwangsverpflichtet. Das tatsächliche Ausmaß liegt noch weit darüber. Ein Lokführer mit 16-Std.-Arbeitstag ist keine Seltenheit: zwischen Hin- und Rückfahrt hat er 4 Std. Pause, auf irgendeinem Bahnhof, die er nicht als Arbeitszeit angerechnet bekommt. Allein zur Abgeltung der Freischichten für 1979, so die Gewerkschaft, wären 1900 zusätzliche Einstellungen nötig.

z.mif.London. **Seit Montag, 11. August, streiken 341 Hafenarbeiter im Tiefseehafen von Belfast, Nordirland.** Sie fordern Lohnerhöhungen und höhere Abfindungen für 100 Arbeiter, die entlassen werden, und sie kämpfen gegen die von den Kapitalisten beabsichtigte Rückkehr zum Prinzip der Gelegenheitsarbeit. Anlaß des Streiks ist die Weigerung der britischen Regierung, sich an den Zahlungen für die Abfindungen zu beteiligen. Die in der Irischen Transportarbeitergewerkschaft ITGWU organisierten Arbeiter fordern ein vorläufiges Lohnabkommen von 25 Pfund pro Tag statt bisher 17,20 Pfund (etwa 100 DM statt etwa 70 DM). Durch den Streik ist der Import von Futtergetreide lahmgelegt. 50 Arbeiter in den Futtergetreidesilos und 90% der Arbeiter in anderen irischen Häfen unterstützen den Streik.

z.anb. **Die bulgarische Regierung hat mit sofortiger Wirkung einen Strafkodex gegen die Beschäftigten im Handel verfügt.** Er sieht bis zu 20% Lohnkürzung für diejenigen vor, „die die sozialistische Disziplin untergraben". Die Grundeinheiten der Vaterländischen Front, als Massenorganisation der revisionistischen Partei ausgegebene Instanzen der Bespitzelung, die in allen objektiven Strukturen tätig sind, sollen den Behörden Meldung erstatten, wo immer sich in den staatlichen Verkaufsstellen „Mängel in den Dienstleistungen des Personals" zeigen. Vor allem in der Hauptstadt Sofia sind in den letzten Wochen Gemüse und Obst, Hauptexportprodukte Bulgariens in den RGW, immer knapper geworden. Die Streikbewegung in Polen hat die Revisionisten aufgescheucht, sie haben diesbezüglich jegliche Nachrichten unterdrückt.

z.hef. **Die Gewerkschaft der Holz- und Möbelarbeiter Kenias bereitet einen Streik gegen den Betrieb Victoria Industries vor.** Victoria Industries, ein mittlerer Holzverarbeitungsbetrieb, weigert sich, die Gewerkschaft anzuerkennen und mit ihr einen neuen Tarifvertrag auszuhandeln. Deshalb gab die Gewerkschaft, wie gesetzlich vorgeschrieben, dem Arbeitsministerium 21 Tage vor Streikbeginn den Streik bekannt. Er soll am 27.8. beginnen. – Die Gewerkschaft der Automobilmontagearbeiter und die Vereinigte Metallarbeitergewerkschaft Kenias schlossen in der vorletzten Woche einen neuen zweijährigen Tarifvertrag mit den Fahrzeugmonopolen General Motors, British Leyland und Associated Vehicle Assemblers ab. Der Mindestlohn von gegenwärtig 785 Shilling wird ab 1. Juli nächsten Jahres auf 850 Shilling erhöht. Damit liegt er über dem des öffentlichen Dienstes. Die Normalarbeitszeit wurde von 44 auf 40 Stunden gesenkt.

z.pel. **Der französische Gummi- und Reifenkonzern Michelin hat am 9. August seine Fabrik in Port Harcourt, Nigeria, für mindestens vier Wochen schließen müssen.** In dem zu Michelin Nigeria gehörenden Werk, an dem der nigerianische Staat zu 40% beteiligt ist, waren die Arbeiter der Nachtschicht am 8. August in den Streik getreten. Bei Versuchen, den Streik zu behindern, wurden eine Reihe leitender Angestellter verletzt und Teile der Fabrik beschädigt. 120 Arbeiter sollen daraufhin durch die von den Kapitalisten gerufene Polizei festgenommen und der Körperverletzung angeklagt worden sein. 1700 Arbeiter beuten die Michelin-Kapitalisten in Port Harcourt in der Reifenproduktion aus, wobei ihnen die elementarsten Rechte verweigert werden. Der Streik wurde eingeleitet, weil die Direktion weiterhin hartnäckig die Anerkennung der Leder- und Gummigewerkschaft als Vertreter der Lohnabhängigen verweigert. Schon im Mai dieses Jahres war die Produktion zwei Wochen lang durch einen Streik der gesamten Belegschaft blockiert, nachdem drei Angestellte von den Michelin-Kapitalisten wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten entlassen worden waren. Die jetzige Stillegung trifft den Konzern, nachdem die Produktion erst vor wenigen Wochen erheblich ausgeweitet worden ist.

z.rül. **Gleich zu Beginn des Streiks von mehreren tausend Arbeitern auf den Bananenplantagen in Costa Rica, am 14. Juli, hatten die Gewerkschaften erklärt: Wenn die Regierung Polizei einsetzt, wird der Streik auf alle Plantagen des Landes ausgeweitet.** Anfang letzter Woche machten sie ihre Ankündigung wahr und weiteten den Streik, der bisher auf die südlichen Anbaugebiete am Pazifik konzentriert war, auf die Gebiete am Atlantik aus. Die Plantagenarbeiter fordern Lohnerhöhungen von 7 bis 35%, die feste Einstellung der Saisonarbeiter und die Wiedereinstellung von 60 Arbeitern, die die US-Bananenmonopole wegen „Anstachelung zu Streiks" entlassen hatten (siehe KVZ 31, S.11). Bis heute weigern sich die Imperialisten nachzugeben. Stattdessen zwangen sie die Regierung, die Streikenden mit Polizei und Zivilgarde zu überfallen. „Zum Wohle des Landes muß mit diesem dauernden Klima der Arbeitsunsicherheit Schluß gemacht werden", geiferte ein Sprecher der US-Monopole. Ein Arbeiter wurde bisher erschossen, mehrere verletzt. Am 17.8. kam es im Estrella-Tal auf acht Plantagen zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und der Zivilgarde. Am nächsten Tag streikten die Arbeiter auf 19 Plantagen im Tal. Auf die „Drohung" der US-Monopole, bei Fortdauer des Streiks würden sie das Land verlassen, antworteten die Arbeiter: Dann würden sie sofort die Kontrolle der Plantagen in die eigenen Hände nehmen.

Westberliner Senat führt Zwang zur Notengebung bei lese-rechtschreibschwachen Schülern wieder ein

r.sic. In seiner neuen Grundschulordnung vom 25.7.80 nahm der Senat wesentliche Erleichterungen für Schüler mit Lese-Rechtschreibschwäche (Legasthenie) zurück und formulierte die Ausführungsvorschrift vollständig neu. In §15 der „Ausführungsvorschrift zur Förderung von Schülern mit Lese-Rechtschreibschwierigkeiten" heißt es: „Grundsätzlich unterliegen auch Schüler mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen und Rechtschreiben den für alle Schüler geltenden Maßstäben der Leistungsbewertung..." In der alten Fassung, die eine Unterscheidung zwischen Lese-Rechtschreibschwierigkeiten und Lese-Rechtschreibschwäche (Legasthenie) traf, hieß es noch: „Die lese-rechtschreibschwachen Schüler sind für die Dauer ihrer Teilnahme an besonderen Fördermaßnahmen in der Regel vom Lesen vor der Klasse und vom Diktatschreiben zu befreien. In schriftlichen Klassenarbeiten und sonstigen schriftlichen Arbeiten dürfen Rechtschreibfehler nicht mitbewertet werden."

Ausgangspunkt dafür war die Tatsache, daß es Schüler gibt, die bei durchschnittlicher Intelligenz und guten Leistungen in anderen Fächern, eine besondere Lese-Rechtschreibschwäche aufweisen, die sich u.U. in bestimmten Erscheinungen, wie dem Verdrehen von Buchstaben, zeigen kann. Die Ursachen dafür sind ungeklärt, es gibt Theorien, die physiologische Ursachen, andere, die soziale Ursachen annehmen. In jedem Fall sind spezielle intensive Förderprogramme notwendig. Nur 2 bis 4 Förderstunden pro Woche sind in den Senatsrichtlinien vorgesehen. Die Legastheniebescheinigung erhielt der Schüler nach einem Gutachten des Schulpsychologischen Dienstes für eine bestimmte Zeit, in der er dann keine Lese- und Rechtschreibnoten erhielt. Vielfach ließen Lehrer diese Schüler bei Diktaten mitschreiben und löschten alle falsch geschriebenen Wörter mit dem Tintenkiller aus, damit der Schüler an der Anzahl der richtig geschriebenen Wörter seinen Lernfortschritt sehen konnte. Vielfach gab es Auseinandersetzungen mit dem Schulpsychologischen Dienst um die Verlängerung der Legastheniebescheinigung. Eine Behebung der Lese-Rechtschreibschwäche von Seiten der Schule war in den meisten Fällen aussichtslos, die Eltern mußten zwangsläufig privat die Initiative für Nachhilfestunden ergreifen.

Mitten in den Schulferien ließ der Schulsenat den Begriff der Legasthenie aus dem offiziellen Sprachgebrauch streichen. Mit der Wiedereinführung der Benotung wird ein Problem, das bisher nicht gelöst wurde, wieder vollständig zum individuellen Leistungsversageproblem der Schüler gemacht. Denn egal, ob es die viel umstrittene Legasthenie nun gibt oder nicht, Tatsache ist, daß die Schule nicht in der Lage ist, allen Schülern, ob sie nun viel oder gar keine Schwierigkeiten haben, das Lesen und Schreiben beizubringen. Das wird den Schülern als individuelles Versagen mit einer 5 oder 6 quittiert.

Vorbereitung des Antikriegstages in der Gewerkschaftsjugend

z.ulw. Der DGB hat den Antikriegstag 1980 unter die reformistische Losung „Einzige Chance: Entspannung, Abrüstung, Frieden – weltweit" gestellt. Vielerorts sind Demonstrationen und Veranstaltungen geplant. In der Beschlußfassung werden teilweise die Forderungen gegen die Kriegsvorbereitungen verbunden mit Forderungen an die Bundesregierung nach Fortsetzung der Entspannungspolitik, welche die Bundesregierung gerade als Deckmantel für die Aufrüstung benutzt, wegen „des Gleichgewichts der Kräfte".

Kreisjugenddelegiertenkonferenz in Essen, 17.6.80, stellte folgende Forderungen auf: Keine Stationierung von Atomraketen auf deutschem Boden und anderswo in Europa! Verhinderung des Baus der Neutronenbombe! Senkung der Rüstungsausgaben um 10% entsprechend dem UNO-Beschluß! Verzicht auf neue Fregattenaufträge! Verzicht auf Entwicklung und Bau neuer Rüstungsprojekte! Endgültige Ächtung der Atomwaffen! Weiterführung der Entspannungspolitik!

Die Kreisjugenddelegiertenkonfe-

militärischen Großveranstaltungen genutzt werden, die entgegen den erklärten Entspannungsbemühungen als Demonstration mißverstanden werden können. Der Ortsjugendausschuß Hamburg der HBV erhebt zum Antikriegstag u.a. folgende Forderungen: Austritt der BRD aus der NATO! Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt! Auflösung von NATO und Warschauer Pakt! Die Neuenkirchener Jugendgruppe der IG Bergbau und Energie führt am 1.9. eine Flugblattaktion durch unter den Forderungen: Sofortiger Abzug der sowjetischen Aggressionstruppen aus Afghanistan! Sofortiger Abzug der vietnamesischen Aggressionstruppen aus dem Demokratischen Kampuchea! Anerkennung der Regierung des Demokratischen Kampuchea durch die Bundesregierung! Gleichzeitige Auflösung der imperialistischen Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt! Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges!

Der Bundesvorstand des DGB, Abteilung Jugend, hat ein Buch herausgegeben unter dem Titel: „Materialien – nicht nur zum Antikriegstag". Das

sachen dafür sind ungeklärt, es gibt Theorien, die physiologische Ursachen, andere, die soziale Ursachen annehmen. In jedem Fall sind spezielle

oder gar keine Schwierigkeiten haben, das Lesen und Schreiben beizubringen. Das wird den Schülern als individuelles Versagen mit einer 5 oder 6 quittiert.

Vorbereitung des Antikriegstages in der Gewerkschaftsjugend

z.ulw. Der DGB hat den Antikriegstag 1980 unter die reformistische Losung „Einzige Chance: Entspannung, Abrüstung, Frieden – weltweit" gestellt. Vielerorts sind Demonstrationen und Veranstaltungen geplant. In der Beschlußfassung werden teilweise die Forderungen gegen die Kriegsvorbereitungen verbunden mit Forderungen an die Bundesregierung nach Fortsetzung der Entspannungspolitik, welche die Bundesregierung gerade als Deckmantel für die Aufrüstung benutzt, wegen „des Gleichgewichts der Kräfte".

Kreisjugenddelegiertenkonferenz in Essen, 17.6.80, stellte folgende Forderungen auf: Keine Stationierung von Atomraketen auf deutschem Boden und anderswo in Europa! Verhinderung des Baus der Neutronenbombe! Senkung der Rüstungsausgaben um 10% entsprechend dem UNO-Beschluß! Verzicht auf neue Fregattenaufträge! Verzicht auf Entwicklung und Bau neuer Rüstungsprojekte! Endgültige Ächtung der Atomwaffen! Weiterführung der Entspannungspolitik!

Die Kreisjugenddelegiertenkonfe-renz fordert die Bundesregierung auf, an der Politik des Friedens und der Entspannung unbeirrt festzuhalten. Sie hat kein Verständnis dafür, daß in der gegenwärtigen Situation Massenvereidigungen der Soldaten der Bundeswehr auf öffentlichen Plätzen zu

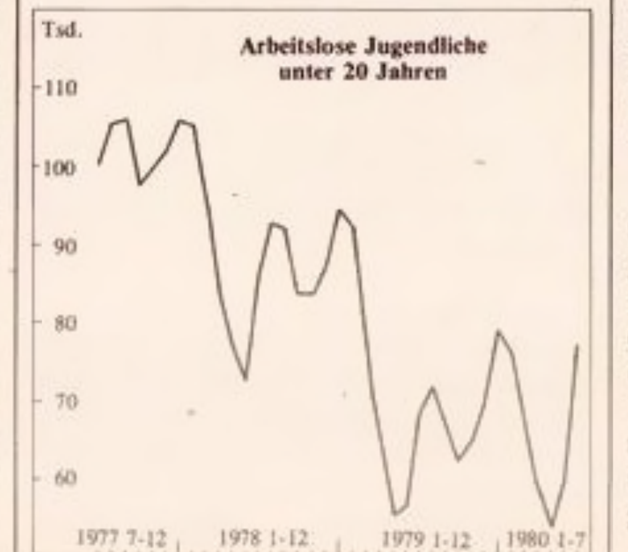
militärischen Großveranstaltungen genutzt werden, die entgegen den erklärten Entspannungsbemühungen als Demonstration mißverstanden werden können. Der Ortsjugendausschuß Hamburg der HBV erhebt zum Antikriegstag u.a. folgende Forderungen: Austritt der BRD aus der NATO! Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt! Auflösung von NATO und Warschauer Pakt! Die Neuenkirchener Jugendgruppe der IG Bergbau und Energie führt am 1.9. eine Flugblattaktion durch unter den Forderungen: Sofortiger Abzug der sowjetischen Aggressionstruppen aus Afghanistan! Sofortiger Abzug der vietnamesischen Aggressionstruppen aus dem Demokratischen Kampuchea! Anerkennung der Regierung des Demokratischen Kampuchea durch die Bundesregierung! Gleichzeitige Auflösung der imperialistischen Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt! Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges!

Der Bundesvorstand des DGB, Abteilung Jugend, hat ein Buch herausgegeben unter dem Titel: „Materialien – nicht nur zum Antikriegstag". Das Buch wird kostenlos vertrieben. Die Auseinandersetzung mit den dort vertretenen Ansichten über die Ursachen von Kriegen ist notwendig, um die Beschlußfassung gegen die imperialistische Allianzpolitik der herrschenden Klasse zu richten.

600000 Jugendliche suchen nach der Ausbildung einen festen Arbeitsplatz

z.gih. „Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist im Juli wie stets zu dieser Jahreszeit gestiegen. Erfaßt sind dabei Jugendliche, die nach ihrer Ausbildung von ihrem Betrieb nicht übernommen werden oder von sich aus den Betrieb wechseln, Abgänger von berufsbildenden Schulen sowie Abgänger von allgemeinbildenden Schulen, die ohne Berufsausbildung einen Arbeitsplatz suchen bzw. die vor Ableistung des Militärdienstes vorübergehend arbeiten wollen. – Die Zahl der Arbeitslosen aus diesem Personenkreis ist im Juli um 17400 (29,0%) auf 77300 gestiegen; das waren 8000 (12,9%) mehr als vor einem Jahr. Zu dieser Entwicklung wesentlich beigetragen hat die Tatsache, daß das Gros des geburtenstarken Jahrgangs, der 1977 seine Berufsausbildung begonnen hat, jetzt nach Ausbildungsabschluß auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung tritt", schreibt die Bundesanstalt für Arbeit in ihren Monatsberichten für Juli.

Insgesamt 600000 Jugendliche suchen einen festen Arbeitsplatz. Viele dieser Jugendlichen sind in Berufen ausgebildet, wo sie nach Abschluß der Ausbildung keine Arbeit finden. „Das Handwerk engagierte sich bekanntlich frühzeitig und besonders stark in der Lehrlingsausbildung." (Süddeutsche Zeitung", 9./10.8.) Durch die staatlichen Ausbildungsbeihilfen haben viele Handwerksbetriebe mehr Lehrlinge ausgebildet, als sie weiter beschäftigen können. So hatten sie billige Arbeitskräfte zur Verfügung, die es ihnen ermöglichten, ihre Existenz weiter aufrechtzuerhalten. Nun stellt sich aber für die Jugendlichen die Frage, was sie mit einer ausgebildeten Arbeitskraft anfangen können. Die Industrie-Kapitalisten zahlen die Arbeitskraft nach ihrem Einsatz in der Produktion und nicht nach der Ausbildung.



Überfüllte Klassen sind eingeplant

Zahlreiche Kämpfe um die Ausstattung der Schulen

z.hew. Der Entwurf des Bildungsgesamtplanes II der Kultusministerkonferenz gibt Zahlen für die Schüler-Lehrer-Relation im Bildungswesen an: In den Grundschulen entfallen auf einen Lehrer 30,3 Schüler, in den Hauptschulen 23,4, Realschulen 27,7, Gymnasien 21,9. Im Sekundarbereich II kommen auf einen Berufsschullehrer 15,1 und auf einen Oberstufenlehrer 13,5 Schüler. Der Berechnung der Kultusminister liegen hierbei „fiktive Vollzeitlehrer" zugrunde. Diese werden ermittelt, indem alle vorhandene Lehrerkapazität auf volle Planstellen umgerechnet wird. Teilzeitkräfte, Aushilfslehrer und Referendare gehen voll in die Berechnung ein.

Was in die Rechnung nicht eingeht, sind die tatsächlichen Klassenfrequenzen. Sie kommen im Bildungsgesamtplan nicht einmal vor. Hierzu liegen Zahlen im Bericht des Statistischen Bundesamtes „Bildung im Zahlenspiegel" vor. 1979 waren nach der neuesten (vorläufigen) Erfassung in Grund- und Hauptschulen im Durchschnitt 26,2 Schüler in einer Klasse, in Realschulen waren es 30,3, in Gymnasien (1978) 31,4 und in Berufsschulen (1978) 23,5. Die Zahlen für das Gymnasium schließen aufgrund der Oberstufenreform nur die Klassen bis 10 ein.

Schon allein diese Durchschnittszahlen zeigen, daß die Darstellung im Bildungsgesamtplan auf Verschleierung der Wirklichkeit angelegt ist. Die Forderungen der Schüler- und Gewerkschaftsbewegung nach Einstellung aller Lehrer und zumutbaren Klassenstärken ist noch keineswegs erfüllt. Eine Übersicht von Kämpfen, zusammengestellt aus dem Nachrichtendienst „Ausbildung, Schulen, Schüler" zeigt dies:

Bremen, 4.6. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff fordert, die unbesetzten Planstellen am Schulzentrum Alwin-Lonke-Str. sofort zu besetzen und darüberhinaus neue zu schaffen. Insgesamt seien 52 zusätzliche Stellen für Lehrer und Lehrwerkmeister erforderlich.

Wuppertal. Der Plan des Stadtrates, die sechsjährigen Vorbereitungsklassen für griechische Kinder abzuschaffen, wurde von der griechischen Gemeinde mit einer Woche Hungerstreik beantwortet. Etwa 100 Menschen beteiligten sich an dieser Aktion. Der Stadtrat will für die unter elfjährigen 2jährige Vorbereitungsklassen einführen.

Frankfurt. Einer Reisebüroklasse an der KB II wurde mitgeteilt, daß ab 1.6. der gesamte Montagsunterricht wegen Lehrermangels gestrichen wird. Nach einer Belagerung des Direktionszimmers konnten die Schüler einen Lehrer erkämpfen.

Hamburg, 16.5. Schulbehörde ordnet „Orientierungsfrequenzen" an. Die 5. Klassen am Gymnasium sollen nun nicht mehr kleiner als 30 Schüler sein. Zuvor hatte die Behörde eine Streichung von einer Stunde Unterricht in der Woche für alle Klassen angeordnet.

Bremen, 26.6. 300 Schüler des Schulzentrums Alwin-Lonke-Str. führten eine Demonstration während der Schulzeit durch. Sie forderten: Keinen Schichtunterricht / keinen Samstagsunterricht / Versorgung mit ausreichend Lehrern und Räumen / 12 Stunden Berufsschule.

Westberlin, 2.7. Am 28.6. demonstrierten etwa 300 Schüler, Eltern und Lehrer gegen die Zusammenlegung von Klassen in der Christian-Morgenstern-Schule. Das Schulamt will 5 dritte Klassen zu 4 zusammenlegen. Dadurch käme eine Frequenz von über 30 Schülern zustande.

Freiburg, 27.6. Am Wenziger Gymnasium sandten 54 Schüler eine Solidaritätsadresse an die GEW-Demonstration für die Einstellung aller Lehrer Sie fordern: Keine weiteren Entlassungen und Nichteinstellungen von Lehrern! Einstellung aller ausgebildeten Lehrer!

Wiesbaden, 29.6. An der Goetheschule werden statt 560 Stunden nur 410 Stunden Unterricht in der Woche abgedeckt, indem Teilzeitarbeit und Lehraufträge durchgeführt werden.

Hamburg, 4.7. Streiks an mehreren Schulen gegen Stundenstreichung. 300 bis 400 Schüler versammelten sich vor der Behörde und forderten: Für die Einstellung aller Lehrer, Sozialpädagogen und Erzieher!

Herborn, 3.7. Mit einem 2stündigen Streik während der Schulzeit demonstrierten die Oberstufenschüler des Herborner Johanneum Gymnasiums für die Einstellung von Lehrern, für uneingeschränktes Kurswahlrecht und gegen Einschränkung der Lehrmittelfreiheit.

Diepholz, 14.7. Der Kreistag verabschiedet den Schulentwicklungsplan: Bis 1984/85 sollen sechs Haupt- und zwei Grundschulen aufgelöst werden. Von 1009 Unterrichtsräumen sollen bis 1990/91 234 (23,2%) aufgelöst werden. Fachräume sollen um 66 (21,9%) reduziert werden.

Sontra, 7.7. 600 Schüler demonstrieren für die Weiterbeschäftigung von Erich Huj, dessen BAT-Vertrag ausläuft. Gefordert wurde „Einstellung aller Lehrer".

Stuttgart, 21.7., Sindelfingen, 22.7., Schwäbisch Gmünd, 24.7. Demonstration der GEW mit 500, 700 und 100 Teilnehmern. Gefordert wurde: „Einstellung aller Lehrer, gegen Entlassungen, voller Unterricht in kleinen Klassen, weg mit den Teilzeitverträgen."

Illingen, Enzkreis, 23.7. 2 Tage lang wurde die Grund-, Haupt- und Realschule der Gemeinde bestreikt, gefordert wurde, daß 4 Junglehrerinnen der Schule nicht entlassen werden.



Am 15.12.79 demonstrierten 3500 gegen die Auflösung der griechischen Schule in München

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Westberlin, Oranienstr. 139
Kommunistische Hochschulgruppe

Westberlin
21. Juli 1980
30c1e0800p

die zwei Wohnheime reduziert würden. In Anbetracht der als unrealistisch bezeichneten Forderung nach Abschaffung des Kostendeckungsprinzips bedeutet eine eventuelle Durchsetzung der „Solidaritätsmiete" eine allgemeine Mieterhöhung, die sowohl bei jeder BAFöG-Erhöhung als auch bei ande-

Schon allein diese Durchschnittszahlen zeigen, daß die Darstellung im Bildungsgesamtplan auf Verschleierung der Wirklichkeit angelegt ist. Die Forderungen der Schüler- und Gewerkschaftsbewegung nach Einstellung aller Lehrer und zumutbaren Klassenstärken ist noch keineswegs erfüllt. Eine Übersicht von Kämpfen, zusammenge-

chung von einer Stunde Unterricht in der Woche für alle Klassen angeordnet.

Bremen, 26.6. 300 Schüler des Schulzentrums Alwin-Lonke-Str. führten eine Demonstration während der Schulzeit durch. Sie forderten: Keinen Schichtunterricht / keinen Samstagsunterricht / Versorgung mit ausreichend Lehrern und Räumen / 12 Stun-

uneingeschränktes Kurswahlrecht und gegen Einschränkung der Lehrmittelfreiheit.

Diepholz, 14.7. Der Kreistag verabschiedet den Schulentwicklungsplan: Bis 1984/85 sollen sechs Haupt- und zwei Grundschulen aufgelöst werden. Von 1009 Unterrichtsräumen sollen bis 1990/91 234 (23,2%) aufgelöst werden. Fachräume sollen um 66 (21,9%) reduziert werden.

Sontra, 7.7. 600 Schüler demonstrieren für die Weiterbeschäftigung von Erich Huj, dessen BAT-Vertrag ausläuft. Gefordert wurde „Einstellung aller Lehrer".

Stuttgart, 21.7., Sindelfingen, 22.7., Schwäbisch Gmünd, 24.7. Demonstration der GEW mit 500, 700 und 100 Teilnehmern. Gefordert wurde: „Einstellung aller Lehrer, gegen Entlassungen, voller Unterricht in kleinen Klassen, weg mit den Teilzeitverträgen."

Illingen, Enzkreis, 23.7. 2 Tage lang wurde die Grund-, Haupt- und Realschule der Gemeinde bestreikt, gefordert wurde, daß 4 Junglehrerinnen der Schule nicht entlassen werden.



Am 15.12.79 demonstrierten 3500 gegen die Auflösung der griechischen Schule in München

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Westberlin, Oranienstr. 139
Kommunistische Hochschulgruppe

Westberlin
21. Juli 1980
30c1e0800p

Abschaffung des Kostendeckungsprinzips! Volle Bezuschussung durch den Senat!

Diese Forderung haben die Zentrale Selbstverwaltung der Studentenwohnheime anläßlich der Verwaltungsratssitzung des Studentenwerks am 17.7. noch einmal zum Ausdruck gebracht. Sie prangte die ganze Zeit an der Wand. Eine anfängliche Zustimmungsäußerung durch den Senatsvertreter aus dem Hause Glotz, Steindorf, entpuppte sich im Laufe der Sitzung als Ausdruck des Mitleids mit den vom Kostendeckungsprinzip betroffenen Studenten der Wohnheime Potsdamer Str. und Wasgenstr. Er stellte nochmal sein „volles Verständnis" für die Forderung der Studenten heraus. Allerdings kann er auch nichts machen und zu bedenken sei ja auch die Situation in Westdeutschland, wo die Mieten auf einem viel höheren Niveau lägen als in Westberlin. Klar brachte Fink, Geschäftsführer des Studentenwerks, die Angelegenheit auf den Punkt, indem er davon sprach, daß die „Schere in der Belastung der Mieter sich von Jahr zu Jahr erweitern wird." Gemeint sind die Unterschiede der Mieten zwischen bezuschußten und kostendeckenden Wohnheimen.

Das Referat des Senats für Studentenwohnraumförderung konnte nur gegen den Beschluß des Vorstands des Studentenwerks und der Forderung der Selbstverwaltungen stimmen, weil das Kostendeckungsprinzip über die Bund-Länder-Richtlinien zur Studentenwohnraumförderung rechtlich nicht umzukippen geht. Wenn eine Lösung gefunden werden soll – so das Referat – müssen sowohl die soziale als auch die wirtschaftliche Lage berücksichtigt werden. Daraus folgte eine „einheitliche Bewirtschaftung, unter voller Beibehaltung des Kostendeckungsprinzips". Die „zu niedrigen Mieten" in den Wohnheimen wie Amilcar-Cabral oder Fraunhoferstr. müßten angehoben werden. Steindorf bezeichnete dies als „Solidaritätsmiete", wo offensichtlich die „bevorzugten" Studenten ihre Solidarität so auszudrücken haben, daß sie eine höhere Miete akzeptieren, damit die anderen weniger bezahlen müssen. Fink bezeichnete den Weg als „Pool-System", d.h. es gibt einen großen Topf Mieteinnahmen, die der Senat bekommen muß. Daraus ergeben sich „einheitliche Kosten" für die Studenten. „Dies ist der einzig realistische Ansatz."

„Realistisch" ist an einem solchen Ansatz *für den Senat*, daß es ihn keinen Pfennig kostet. Der eine oder andere Senatsvertreter wird die Gewissensbisse für die stark abweichenden Mieten los und kann wegen der von den Studenten gezahlten „gerechten Beiträge" wieder ruhig schlafen. *Für die Studenten* sieht es so aus, daß die Mehrheit Mieterhöhungen aufgedrückt bekommt. Zu bezahlen ist weder die Mieterhöhung in den jetzigen kostendeckenden Wohnheimen, noch wird eine allgemein auf alle Bewohner abgewälzte Mieterhöhung zu zahlen sein. So perfide der Vorschlag ist, so folgenreich kann die Durchführung für die Studenten sein. Der Senat versucht, ihn noch fortschrittlich zu tarnen, weil ja die Folgen der Kostendeckung für

die zwei Wohnheime reduziert würden. In Anbetracht der als unrealistisch bezeichneten Forderung nach Abschaffung des Kostendeckungsprinzips bedeutet eine eventuelle Durchsetzung der „Solidaritätsmiete" eine allgemeine Mieterhöhung, die sowohl bei jeder BAFöG-Erhöhung als auch bei ande-ren Kostensteigerungen in den kostendeckenden Wohnheimen zu einer Mieterhöhung führen wird.

wärtig gelten für die etwas bezuschußten Wohnheime, daß eine Mieterhöhung nur im Falle einer BAFöG-Erhöhung in prozentual selber Höhe gemacht werden darf – obwohl schon dies Prinzip regelmäßige Mieterhöhungen möglich macht. Nach den Mietverträgen bisher kann eine solche Regelung nicht eingeführt werden. Die Zustimmung für einen solch faulen Kompromiß wird von den Selbstverwaltungen auch verweigert. Auf größere Aktionen in den Wohnheimen wird man sich einstellen können. Ende der Überlegungen des Senats wird sein, daß man entweder aufgrund der Schwierigkeiten der Durchsetzung des Kostendeckungsprinzips wie bisher beibehält oder sich doch den allgemeinen Mieterhöhungen zuwendet. Die Forderungen der ZSV dazu sind klar: *Keine Kompromisse in dieser Richtung; Abschaffung das Kostendeckungsprinzips; volle Bezuschussung durch den Senat.* Die Selbstverwaltungen und die ZSV müssen sich darauf einstellen, daß auf jeden Fall ohne größere Aktionen schlecht etwas zu machen ist. Der Verwaltungsrat hat abgelehnt, bis zu Klärung des Antrags auf Abschaffung des Kostendeckungsprinzips den Mietern wegen des Mietstreiks keine Kündigungen zu schicken. Eine harte Angelegenheit für die Streikenden in der vorlesungsfreien Zeit. Hart auch für die ZSV und die SVen, danach in die Initiative zu kommen, um die Bezahlung durch den Senat durchzusetzen. Dazu wird es breiter Unterstützung seitens der Studentenvertretungen der Universitäten bedürfen.

„Herbstschmiede“ – festere Bindung an US-Imperialismus / Risse im Bündnis unübersehbar

z.gkr. Knapp 200000 Soldaten sollen an den diesjährigen Herbstmanövern der NATO, „Autumn Forge“ („Herbstschmiede“), teilnehmen. Es ist die höchste Zahl, die bisher nur vor 2 Jahren erreicht wurde. Die NATO-Staaten brauchen diese jährlich wiederkehrende Großübung, um die gegenseitige Abstimmung und die Umsetzbarkeit der ausgearbeiteten Strategie zu proben.

Der Schwerpunkt der diesjährigen Manöver ist die unter britischem Oberbefehl durchgeführte Übung „Spearpoint“. An ihr nehmen 86000 Soldaten teil, darunter 21000 Mann der US-Besatzer, 1 Panzerbrigade der Bundeswehr und ca. 20000 Mann des Territorialheeres. Schwerpunkt der Übung wird der Raum zwischen Hannover, Hildesheim und Braunschweig sein, also am Rande der norddeutschen Tiefebene, wo am ehesten ein Panzerangriff der Sozialimperialisten stattfinden könnte, wie aber auch von hier aus am ehesten ein Panzerangriff in umgekehrter Richtung erfolgen könnte.

Wesentlicher Bestandteil der NATO-Strategie ist die rasche Vergrößerung der kämpfenden Truppen auf dem Boden der BRD. Es muß geübt werden. 17000 Besatzersoldaten aus den USA, mehr als in den vergangenen Jahren, werden im Rahmen von „Reforger 80“ in die BRD transportiert. Insgesamt 21000 Soldaten der USA werden an dem Manöver der Briten teilnehmen, in einem Gebiet, in dem nach der Einteilung der „Verteidigungsräume“ die US-Imperialisten nichts zu suchen hätten. „Damit demonstriert die amerikanische Armee ihre Entschlossenheit, es in Norddeutschland nicht bei einer symbolischen Präsenz – wie der in Garlstedt bei Bremen stationierten Brigade – zu belassen, sondern eine entscheidende Rolle zum Schutz des norddeutschen Raumes zu übernehmen.“ (FAZ, 15.8.) Die US-Imperialisten wollen sichergehen, daß sie den ganzen Raum unter Kontrolle halten.

Erstmals sollen auch 20000 Soldaten aus Großbritannien die übenden Truppen verstärken („Crusader 80“, Kreuzfahrer). „Die geographische Lage von Großbritannien bietet eine bedeutende Basis für die Durchführung von Operationen, um eine solche NATO-Strategie (rascher Nachschub von Truppen) zu unterstützen, sowie auch für die Verstärkung des mittleren und nördlichen NATO-Abschnitts.“ So Norman L. Dodd, NATO-erfahrener britischer Militär. Die britischen Truppen liegen westlich des Rheins, genauso ein Teil der Depots, in denen die von Verstärkungstruppen zu übernehmenden Panzer, Waffen und sonstige Ausrüstung lagern. Also wird die Rheinüberquerung im Rahmen des Manövers „Cargo Cance“, das bei Düsseldorf stattfindet, am 4./5. September geprobt.

Weitere Übungen ergänzen diese Manöver: „St. Georg“, unter Führung des III. Korps der Bundeswehr mit Truppen der US-Supermacht und Kanadas, ebenfalls in der 2. Septemberhälfte. Ort: Vogelsberg und Rhön, 43000 Mann werden beteiligt sein. Die Reservisten hierfür werden um den 11.9. eingezogen, Verfügungsraum und Aufstellungsraum ist der Raum Alsfeld. „Demonstrativ“, so die „Welt“, werden am 16. September Schmidt, Apel und der hessische Ministerpräsident Börner die Manöver besuchen.

Das 7. US-Korps führt mit mehr als 30000 Mann südwestlich von Nürnberg die Übungen „Certain Rampart“ durch. Das sind nur die größeren Manöver auf dem Gebiet der BRD. Unter dem Kommando der zuständigen NATO-Stäbe wird die Luftwaffenübung „Coldfire“, parallel zu den Manövern der Heere, und das Seemanöver „Teamwork 80“ durchgeführt.

„Diese Manöver“, so hatte der frühere NATO-Oberbefehlshaber Europa-Mitte, Schulze, nach den letztjährigen Übungen resümiert, „demonstrieren die Zusammengehörigkeit der NATO und die Einsatzbereitschaft für den Fall einer militärischen Aggression durch den Warschauer Pakt.“ Tatsächlich tun sich inzwischen Risse auf: Belgien hat das Manöver „Crossfire“, an dem 30000 Mann teilnehmen sollten, abgesagt und dafür ein eigenes Manöver auf Divisionsebene angekündigt. Widersprüche waren offensichtlich auch zwischen Apel und NATO-Befehlshabern sowie US-Imperialisten aufgetreten. Apel hatte Zweifel an dem Sinn derartiger Großübungen geäußert. Dagegen wird er kaum sein, eher wird es die Reaktion auf den Widerstand in der BRD sein. Ein Ausdruck für die Schäden, die die jährlichen Manöver in der BRD anrichten, sind die Zahlungen für Manöverschäden: Sie betrugen 1977 noch 81,8 Mio. DM und stiegen im folgenden Jahr dann rapide auf 101 Mio. DM.

Gegen die anstehenden NATO-Manöver haben sich verschiedenerorts Initiativen gebildet. U.a. in Hannover ein regionaler Zusammenschluß, an dem sich auch eine Gruppe amerikanischer Soldaten beteiligt. Sie fordern u.a.: Keine NATO-Manöver, Austritt der BRD aus der NATO und wenden sich gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen im Rahmen beider Militärbündnisse. Schließlich führen die Sozialimperialisten gleichzeitig Manöver mit 40000 Mann in der DDR durch.

Daten zum Herbstmanöver „Crusader 80“

„Im September 1980 wird Großbritannien ein Großmanöver abhalten. Es wird unter dem Namen „CRUSADER 80“ auf den britischen Inseln und dem europäischen Festland vor allem aber in der Bundesrepublik Deutschland, stattfinden. Dieses Manöver wird drei getrennte Übungen umfassen, die miteinander verbunden sind.

a. *Die Übung „SQUARE LEG“* (10. – 22. September) Eine Übung des britischen Heereskommandos (UKLF), zur Erprobung der Territorial-Verteidigung und Bereitstellung von ca. 10000 Berufssoldaten und 20000 Reservisten für die Truppenverstärkung auf dem europäischen Festland.

b. *Die Übung „JOG TROT 80“* (1.September – 4. Oktober) Hier ist folgendes geplant: (1) Die Einrichtung einer Verbindungslinie auf dem europäischen Festland und ihre Verwendbarkeit für den Aufmarsch der britischen Verstärkungstruppen. (2) Die logistische Unterstützung der Gefechtsübung „SPEARPOINT 80“ des 1. Britischen Korps.

c. Manöver Spearpoint 80 (15. – 26. September) Die Gefechtsübung des 1. Britischen Korps, nachdem der Großteil der 30000 Mann Verstärkungstruppen aus Großbritannien die 2. Amerikanische Panzerdivision („Hell on Wheels“), ein Bataillon der 82. Amerikanischen Luftlande-Division und eine deutsche Panzerbrigade eingegliedert worden sind. Ferner werden auch Verbände der 2. Alliierten Taktischen Luftflotte (2 ATAF) an der Übung teilnehmen.“

2. – 4.9.80: Übung „Jog Trot 80“. Ankunft der Verstärkungstruppen in Zeebrügge (Belgien) per Schiff. Ca. 3600 Mannschaften und 1100 Fahrzeuge.

28.9.80: Begrüßungsfeier mit Saceur am Militärflughafen in Gütersloh, anschl. Pressekonferenz mit dem Oberbefehlshaber der britischen Rheinarmee.

13. – 15.9.80: Ankunft der Verstärkungstruppen in Düsseldorf und Gütersloh per Flugzeug (37 Flüge) sowie in Zeebrügge per Schiff (ca. 6000 Mannschaften und 2200 Fahrzeuge)

13. – 16.9.80: Schnellreparatur einer Flughafenrollbahn, Bestandteil des Luftwaffenmanövers „Cold Fire“ der Royal Air Force.

16.9.80: Manöver „Spearpoint 80“, Ende des Aufmarsches der teilnehmenden Truppen in Feldstellungen, 12.00 Uhr Stellungsnahme vollendet.

17.9.80: Gefechtsanfang des „Aggresiven Verzögerungsverbandes“ (12.00 bis in die Nacht).

18.9.80: Einsatz amerikanischer Fallschirmverbände. Mannschaften und Gerät werden per Fallschirm in das Manövergebiet gebracht.

19.9.80: „Durchbruchsgefecht“ der Angreifer. 1. Höhepunkt des Manövers.

20.9.80: Armee „Orange“ (Angreifer) bei einer Flußüberquerung. Anmarsch der 3. (deutschen) Panzerbrigade.

20.9.80: Nachmittags Abspringen des Fallschirmbataillons Nr. 15 (Reservisten).

22.9.80: Anfang der Kampfphase „Goodwood“ (Gegenangriff). Einbezogen ist ein Angriff der amerikanischen Luftlandeverbände auf logistische Einheiten.

23.9.80: „Goodwood“-Gefecht. 2. Höhepunkt des Manövers.

24.9.80: Anfang des amerikanischen Gegenangriffs.

19. – 25.9.80: Zahlreiche Hubschrauberangriffe der Armee „Orange“ gegen Armee „Blau“.

Nach Presseinformation des Hauptquartiers der britischen Rheinarmee

Dänische und norwegische Regierungsmitglieder gegen Erhöhung der NATO-Zahlungen

z.bag.Aarhus. Erneut haben sich Mitglieder der US-Regierung auf eine Rundreise begeben, um Norwegen und Dänemark zu einer Erhöhung ihrer Militärausgaben, insbesondere ihrer Beiträge an die NATO zu bewegen. Diesmal waren es die republikanischen Kongreßmitglieder Daniel und W. Dickenson. Sie ließen verlauten: „Die nordischen Länder sind lebenswichtig für die Sicherheit des Westens, und sie müssen anfangen, einen Teil der Verantwortung selbst zu tragen.“ An Norwegen gerichtet hieß es: „Wir hörten, daß sich Norwegen mit 3% beteiligt. Die NATO-Mitglieder meinen, daß Norwegens Beitrag weit höher sein muß wegen seiner militärischen Lage an der Nordflanke und seiner ökonomischen Situation.“ (Womit wohl der Ölreichtum gemeint war.) Und an Dänemark: „Es sieht aus, als wenn die Dänen sich von ihrer Politik des Wachstums bei den Militärausgaben entfernt haben. Es ist verkehrt, der Sowjetunion zum jetzigen Zeitpunkt ein solches Signal zu geben.“ („Klassekampen“, 13.8., nach NTB/upi)

In Norwegen und Dänemark ist in der Tat der Unwille gegen eine Erhöhung der Militärausgaben und/oder eine Verstärkung von Anlagen der NATO erheblich gewachsen. Im dänischen Parlament wird momentan der neue Militärhaushalt diskutiert, der am 1.4.1981 in Kraft treten soll. Nur die konservativen Parteien sind für eine Erhöhung der Ausgaben und die Zahlung der 3% an die NATO. Die sozialdemokratische Partei ist gespalten, aber einige ihre prominenstesten Vertreter, darunter Ministerpräsident Anker Jörgensen und Außenminister Kjeld Olesen, treten inzwischen entschieden dafür ein, die Militärausgaben nicht zu erhöhen. Das bedeutet wegen der hohen Inflationsrate eine faktische Herabsetzung der Waffen- und Truppenstärke. Als ein Fürsprecher der US-Interessen in der Führung der dänischen Armee damit drohte, daß in einem solchen Fall die Amerikaner 40 – 50 000 Mann ins Land schicken müßten, wies Verteidigungsminister Poul Sögaard das scharf zurück. Am 11.8. sagte Jörgensen auf einer Ministerkonfrenz, daß auf der NATO-Gipfelkonferenz 1978 in Washington auf dänischer Seite aus nicht zugesagt wurde, die Verteidigungsausgaben inflationsbereinigt um 3% zu steigern; Dänemark breche also jetzt keineswegs ein Versprechen.

Norwegen bezahlt zwar die verlangten 3% an die NATO, aber eine Erhöhung ist zweifelhaft. Laut „New York Times“ vom 15.8. ist der Plan der amerikanischen Regierung, Waffendepots im nördlichen Norwegen anzulegen bzw. auszubauen, auf ernsthaften Widerstand gestoßen und kann möglicherweise niemals ganz im geplanten Ausmaß realisiert werden. Eine norwegische Untersuchungskommission wird erst gegen Neujahr ein Gutachten vorlegen. Auch Regierungsmitglieder sagten, daß eine Entscheidung über einen revidierten Depotplan erst im nächsten Jahr fallen könne. Klar sei allerdings jetzt schon, daß die Depots nicht im Norden, nahe der russischen Grenze angelegt werden sollen; das sei provozierend. Der linke Flügel der norwegischen Sozialdemokratischen Partei ist gegen US-Versorgungsdepots auf norwegischem Boden überhaupt.

Das sind erhebliche Hindernisse in der Stategie des US-Imperialismus, die beiden Länder an der Nordflanke Europas zu „selbständigen“ Bastionen unter seiner Kontrolle auszubauen, um sich damit freie Hand zu schaffen für Operationen in weiter entfernten Teilen der Welt. Die Bourgeoisie dieser Länder hat zwar ein Interesse an einer starken Militärmacht zwecks Schutzes ihres Privateigentums, sie sehen aber keinen Vorteil darin, als Schlachtfeld für die Rivalität der beiden Supermächte herzuhalten.

Mit der Besetzung der CSSR begann die Sowjetunion

Weitere Übungen ergänzen diese Manöver: „St. Georg“, unter Führung des III. Korps der Bundeswehr mit Truppen der US-Supermacht und Kanadas, ebenfalls in der 2. Septemberhälfte. Ort: Vogelsberg und Rhön, 43000 Mann werden beteiligt sein. Die Reservisten hierfür werden um den 11.9. eingezogen, Verfügungsraum und Aufstellungsraum ist der Raum Alsfeld. „Demonstrativ“, so die „Welt“, werden am 16. September Schmidt, Apel und der hessische Ministerpräsident Börner die Manöver besuchen.

Das 7. US-Korps führt mit mehr als 30000 Mann südwestlich von Nürnberg die Übungen „Certain Rampart“ durch. Das sind nur die größeren Manöver auf dem Gebiet der BRD. Unter dem Kommando der zuständigen NATO-Stäbe wird die Luftwaffenübung „Coldfire“, parallel zu den Manövern der Heere, und das Seemanöver „Teamwork 80“ durchgeführt.

„Diese Manöver“, so hatte der frühere NATO-Oberbefehlshaber Europa-Mitte, Schulze, nach den letztjährigen Übungen resümiert, „demonstrieren die Zusammengehörigkeit der NATO und die Einsatzbereitschaft für den Fall einer militärischen Aggression durch den Warschauer Pakt.“ Tatsächlich tun sich inzwischen Risse auf: Belgien hat das Manöver „Crossfire“, an dem 30000 Mann teilnehmen sollten, abgesagt und dafür ein eigenes Manöver auf Divisionsebene angekündigt. Widersprüche waren offensichtlich auch zwischen Apel und NATO-Befehlshabern sowie US-Imperialisten aufgetreten. Apel hatte Zweifel an dem Sinn derartiger Großübungen geäußert. Dagegen wird er kaum sein, eher wird es die Reaktion auf den Widerstand in der BRD sein. Ein Ausdruck für die Schäden, die die jährlichen Manöver in der BRD anrichten, sind die Zahlungen für Manöverschäden: Sie betrugen 1977 noch 81,8 Mio. DM und stiegen im folgenden Jahr dann rapide auf 101 Mio. DM.

Gegen die anstehenden NATO-Manöver haben sich verschiedenerorts Initiativen gebildet. U.a. in Hannover ein regionaler Zusammenschluß, an dem sich auch eine Gruppe amerikanischer Soldaten beteiligt. Sie fordern u.a.: Keine NATO-Manöver, Austritt der BRD aus der NATO und wenden sich gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen im Rahmen beider Militärbündnisse. Schließlich führen die Sozialimperialisten gleichzeitig Manöver mit 40000 Mann in der DDR durch.

z.bag.Aarhus. Erneut haben sich Mitglieder der US-Regierung auf eine Rundreise begeben, um Norwegen und Dänemark zu einer Erhöhung ihrer Militärausgaben, insbesondere ihrer Beiträge an die NATO zu bewegen. Diesmal waren es die republikanischen Kongreßmitglieder Daniel und W. Dickenson. Sie ließen verlauten: „Die nordischen Länder sind lebenswichtig für die Sicherheit des Westens, und sie müssen anfangen, einen Teil der Verantwortung selbst zu tragen.“ An Norwegen gerichtet hieß es: „Wir hörten, daß sich Norwegen mit 3% beteiligt. Die NATO-Mitglieder meinen, daß Norwegens Beitrag weit höher sein muß wegen seiner militärischen Lage an der Nordflanke und seiner ökonomischen Situation.“ (Womit wohl der Ölreichtum gemeint war.) Und an Dänemark: „Es sieht aus, als wenn die Dänen sich von ihrer Politik des Wachstums bei den Militärausgaben entfernt haben. Es ist verkehrt, der Sowjetunion zum jetzigen Zeitpunkt ein solches Signal zu geben.“ („Klassekampen“, 13.8., nach NTB/upi)

In Norwegen und Dänemark ist in der Tat der Unwille gegen eine Erhöhung der Militärausgaben und/oder eine Verstärkung von Anlagen der NATO erheblich gewachsen. Im dänischen Parlament wird momentan der neue Militärhaushalt diskutiert, der am 1.4.1981 in Kraft treten soll. Nur die konservativen Parteien sind für eine Erhöhung der Ausgaben und die Zahlung der 3% an die NATO. Die sozialdemokratische Partei ist gespalten, aber einige ihre prominenstesten Vertreter, darunter Ministerpräsident Anker Jörgensen und Außenminister Kjeld Olesen, treten inzwischen entschieden dafür ein, die Militärausgaben nicht zu erhöhen. Das bedeutet wegen der hohen Inflationsrate eine faktische Herabsetzung der Waffen- und Truppenstärke. Als ein Fürsprecher der US-Interessen in der Führung der dänischen Armee damit drohte, daß in einem solchen Fall die Amerikaner 40 – 50 000 Mann ins Land schicken müßten, wies Verteidigungsminister Poul Sögaard das scharf zurück. Am 11.8. sagte Jörgensen auf einer Ministerkonfrenz, daß auf der NATO-Gipfelkonferenz 1978 in Washington auf dänischer Seite aus nicht zugesagt wurde, die Verteidigungsausgaben inflationsbereinigt um 3% zu steigern; Dänemark breche also jetzt keineswegs ein Versprechen.

Norwegen bezahlt zwar die verlang-

Times“ vom 15.8. ist der Plan der amerikanischen Regierung, Waffendepots im nördlichen Norwegen anzulegen bzw. auszubauen, auf ernsthaften Widerstand gestoßen und kann möglicherweise niemals ganz im geplanten Ausmaß realisiert werden. Eine norwegische Untersuchungskommission wird erst gegen Neujahr ein Gutachten vorlegen. Auch Regierungsmitglieder sagten, daß eine Entscheidung über einen revidierten Depotplan erst im nächsten Jahr fallen könne. Klar sei allerdings jetzt schon, daß die Depots nicht im Norden, nahe der russischen Grenze angelegt werden sollen; das sei provozierend. Der linke Flügel der norwegischen Sozialdemokratischen Partei ist gegen US-Versorgungsdepots auf norwegischem Boden überhaupt.

Das sind erhebliche Hindernisse in der Stategie des US-Imperialismus, die beiden Länder an der Nordflanke Europas zu „selbständigen“ Bastionen unter seiner Kontrolle auszubauen, um sich damit freie Hand zu schaffen für Operationen in weiter entfernten Teilen der Welt. Die Bourgeoisie dieser Länder hat zwar ein Interesse an einer starken Militärmacht zwecks Schutzes ihres Privateigentums, sie sehen aber keinen Vorteil darin, als Schlachtfeld für die Rivalität der beiden Supermächte herzuhalten.

Mit der Besetzung der CSSR begann die Sowjetunion den Ausbau des „Eisernen Dreiecks“

z.ana. „Waffenbrüderschaft 80“ nennt sich das Großmanöver des Warschauer Paktes, für das zur Zeit in der DDR an der Ostseeküste und dem Grenzbereich zu Polen die Vorbereitungen laufen. Ein Manöver dieses Umfangs mit 40000 Soldaten, das die Koordinierung aller Verbände des Warschauer Paktes exerzieren soll, ist bislang erst zweimal erfolgt. 1961 unmittelbar nach dem Bau der Mauer und 1970. Letzteres als „Waffenbrüderschaft 70“ ausgewiesen, setzte einen Eckpunkt in der Dislozierung der Aggressionstruppen der Sowjetunion in Mitteleuropa.

Bis zum Einmarsch von insgesamt 400000 Mann Besatzungstruppen in die CSSR hatte es keine „Zentrale Gruppe der sowjetischen Truppen“ (ZGT) in Mitteleuropa gegeben. Der seither erfolgte Aufbau der ZGT ging einher mit dem Ausbau der übrigen drei Truppenkontingente der sowjetischen Aggressionsstreitkräfte: der GSTD in der DDR (Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland), der NGT in Polen (Nordgruppe der Truppen) und der SGT in Ungarn (Südgruppe der Truppen). Sowohl die Bewaffnung wie die Stärke der Interventionsstreitmacht in der CSSR lassen sich nicht allein aus dem unmittelbaren Besatzungszweck zur Niederschlagung des Widerstands der Arbeiter- und Volksbewegung erklären. Wohl mag die Sowjetunion mit bewaffnetem Widerstand von Teilen der tschechoslowakischen Armee gerechnet haben, aber die 15 Panzerdivisionen, die innerhalb von zwei Tagen alle strategisch wichtigen Punkte besetzten, leiteten die militärische Beschlagnahmung der tschechoslowakischen Industriezentren für die sowjetischen Expansionspläne ein. Daher ihre Konzentration auf den nordböhmischen und mährischen Grenzbereich, das Gebiet um Prag, Plzen (Pilsen), Ceske Budovice (Budweis) und Brno (Brünn) in der Slowakei. Die heute noch stationierten 6 Divisionen sind nach wie vor dort konzentriert, wo sich die Rohstoffvorkommen der CSSR (Uran, Kohle, Eisenerz), die Zentren der Stahl- und Hüttenindustrie und entsprechend die Arbeiter konzentrieren. Die ZGT steht dort in direkter Verbindung mit den im mittleren und südwestlichen Teil der DDR stationierten 20 Divisionen der GSTD sowie den im südwestlichen Polen dislozierten 2 Panzerdivisionen der NGT. Eine weitere motorisierte Schützendivision steht im Grenzbereich Polens zur DDR nahe der Ostseeküste.

Die ZGT hat für die Aggressionsstrategie der Sowjetunion, die auf dem Blitzkriegkonzept aufbaut, entscheidende Bedeutung. Sie bildet das bis dahin fehlende Verbindungsglied zur GSTD und NGT, die als „Eisernes Dreieck“ bezeichnet werden. Dieses bildet zusammen mit der SGT in Ungarn (4 Divisionen) die eigentliche Aggressionsstreitmacht, sie steht in Verbindung mit der größten Konzentration von Panzerverbänden in den westlichen drei Militärbezirken der UdSSR (Baltikum, Weißrußland und Karpaten). Der Hauptverbindungskorridor für nachrückende Verbände und Nachschubtransporte verläuft von der Westgrenze der UdSSR auf der Höhe Lublin – Warschau zur DDR-Grenze, ein zweiter aus der Westukraine nach Ungarn. Seit 1968 sind aber gleichzeitig gewaltige Lager im Vorfeld ausgebaut worden, vor allem in der DDR und der CSSR. Das im Rahmen des RGW aufgebaute Verbundsystem von Strom-, Erdgas- und Ölleitungen hat seinen strategischen Knotenpunkt auf CSSR-Territorium. Die Besatzung der Industriezentren der CSSR ist der Grund dafür, daß im Gegensatz zur DDR an der Westgrenze der CSSR nicht sowjetische Einheiten stehen, sondern tschechoslowakische Grenztruppen. Bei einem Angriff sollen sie den Stoßtrupp abgeben, bis die sowjetischen Panzerverbände nachgerückt sind.

Sämtliche Einheiten der sowjetischen Truppen in Mitteleuropa befinden sich in ständiger Bereitschaft. Da dies bedeutend mehr Personal erfordert, sind seit 1968 die Besetzungsstärken der Divisionen beträchtlich erhöht worden. Eine Panzerdivision umfaßt heute rund 11000 Mann, vorher waren es 7 – 8000. Gleichzeitig hat die Sowjetunion hinter ihren Truppenabzugsintrigen qualitative Umrüstung der Verbände versteckt. Die alten T-54/55-Panzer wurden schubweise gegen neue T-72 ersetzt. Schwere Artillerie mit gesteigerter Feuerkraft und moderne Schützenpanzer, die eine Angriffspanzerarmee erst operationsfähig machen, beweisen die auf Aggression und Expansion ausgerichtete militärische Präsenz der sowjetischen Besatzer.

Trotz qualitativer Umrüstung sind die älteren Panzerverbände weder aus der DDR noch der CSSR abgezogen worden, für eingeflogene Luftlandetruppen bleiben sie in Bereitschaft.

Es hat zwei Seiten, wenn die Sozialimperialisten in der DDR, Polen, der CSSR, Ungarn und den drei westlichen sowjetischen Militärbezirken rund 70% ihrer Landstreitkräfte (120 Divisionen) disloziert haben. Aggressions- und Besatzungszweck bedingen sich gegenseitig, sie bedingen auch die vollständige Isolierung der Besatzungstruppen in den osteuropäischen Staaten. Die jeweiligen Armeeeinheiten der Warschauer-Pakt-Staaten stehen unter einem despotischen Oberbefehl, und der wachsende Widerstand der Arbeiterbewegung und der Volksmassen in Osteuropa macht diesen zu einem zunehmend unberechenbaren Faktor.



Aus einer Kette von Manöverübungen heraus, die im Mai 1968 begannen, wurden die sowjetischen Okkupationstruppen in den Interventionsraum geführt. Am 20.8.1968 landete um 21.30 Uhr eine Aeroflot-Transportmaschine ohne Landeerlaubnis auf dem Prager Flughafen. Mit ihr landeten Spezialeinheiten, die ein eigenes Flugleitsystem aufbauten. In Abständen von 50 Sekunden landeten ab 22.30 Uhr Transportmaschinen eine ganze Luftlandedivision an. Parallel stießen an 18 Stellen Panzerverbände über die tschechoslowakischen Grenzen vor. Die erste Welle der Besatzungsstreitmacht umfaßte 250000 Mann und 4200 Panzer.

Chilenische Militärjunta will sich ihre Herrschaft bis 1997 legalisieren lassen

z.bew. Die chilenische Militärjunta hat den 11. September, den 7. Jahrestag des blutigen Militärputsches, zum nationalen Feiertag erklärt. An diesem Tag soll in einer Volksabstimmung über den Entwurf für eine neue Verfassung abgestimmt werden, die an die Stelle der seit dem Militärputsch aufgehobenen Verfassung von 1925 treten soll. Nach diesem Entwurf soll die Herrschaft der Militärjunta noch für eine „Übergangsperiode" von achteinhalb Jahren dauern. Danach setzt sie einen Präsidenten für weitere acht Jahre ein, der in einer Volksabstimmung bestätigt werden soll. Die Mitglieder des ab 1989 zugelassenen, aber kaum mit Rechten versehenen Kongresses, sollen zur Hälfte gewählt und zur Hälfte vom Präsidenten eingesetzt werden. Die politischen Organisationen der Arbeiterklasse, die „marxistischen Parteien", sollen nach dem Entwurf auch darüber hinaus weiter verboten bleiben.

Zeitlich parallel zu dem Verfassungsentwurf hat die Junta das Streikrecht, das im Sommer vergangenen Jahres den Arbeitern mit Einschränkungen zugestanden werden mußte, für 29 Betriebe aufgehoben, darunter für die Kupfermine Chuquicamata, die größte Übertagekupfermine der Welt, die nationale Fluggesellschaft und die Betriebe zur Versorgung von Gas und Elektrizität. Mit ständigem Terror versucht die Militärjunta weiterhin, jeglichen Widerstand der Arbeiterklasse und der bürgerlichen Opposition gegen ihre Herrschaft zu unterdrücken. Die US-Imperialisten, auf deren Betreiben und mit deren Unterstützung die Junta 1973 an die Macht kam, konnten ihre Exporte nach Chile 1979 um 17,8% steigern und haben mit einem Volumen von 954,3 Mio. Dollar einen Anteil von 22,6% an den Einfuhren Chiles und konnten einen Handelsüberschuß von 540 Mio. Dollar erzielen.



Wachsende Widersprüche unter den Imperialisten durch Erfolge der Fretilin

z.cht.Sydney. Der seit fünf Jahren währende Befreiungskampf in Ost-Timor gegen die indonesischen Invasionstruppen ist in ein neues Stadium getreten. Das geht aus einem Interview mit dem Außenminister der Befreiungsorganisation Fretilin, Alkatiri, hervor, das er in Angola gegeben hat. Nachdem Fretilin im vergangenen Jahr, als Präsident Lobatu im Kampf fiel, bedeutende Verluste erlitten hatte, mußte sie ihre Taktik ändern, um weitere Verluste von der Zivilbevölkerung abzuwehren. Sie hat die befreiten Gebiete aufgegeben und die Befreiungskämpfer auf das ganze Land verteilt. Unter Anleitung der Fretilin-Kader ist die Bevölkerung wieder zurück in die von den Indonesiern kontrollierten Gebiete gezogen. „Wir haben das Wasser zurückgeschickt, damit der Fisch darin schwimmen kann", sagte Alkatiri.

Seitdem hat Fretilin verschiedene politische Erfolge errungen. Die indonesische Kampagne, in Ost-Timor die Staatsbürgerschaft anzubieten, ist erfolglos geblieben. Von den 20000 Bewohnern der Hauptstadt Dili haben 17000 die Staatsbürgerschaft abgelehnt. Das Lager der indonesischen Besatzer ist durch die Erfahrung, daß der Befreiungskampf nicht zu zerschlagen ist, gespalten. Bedeutende Kräfte im Außen- und Verteidigungsministerium und im Heer befürworten die Unabhängigkeit Ost-Timors, einige waren an einem Umsturzversuch im Juni beteiligt. Alkatiri geht davon aus, daß das neuerliche Interesse an einer politischen Lösung des Ost-Timor-Konflikts aus der Furcht vor einem Krieg und Instabilität in Indonesien rührt. So ist die Resolution des US-Kongresses und Senats über die humanitäre Lage in Ost-Timor einzuordnen und eine weitere, die den Abzug der indonesischen Truppen fordert und in Vorbereitung ist. So ist auch Portugals Ankündigung einzuordnen, eine Resolution für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Ost-Timor vor die UNO zu bringen.

Aus verschiedenen Quellen geht hervor, daß Fretilin mit der neuen Taktik den Feind in bisher von ihm für sicher gehaltenen Gebieten verunsichert. Im Juni wurden in der Hauptstadt Dili indonesische Truppen zum ersten Mal seit 3 Jahren angegriffen und in mehrstündige Kämpfe verwickelt. Ost-Timor-Flüchtlinge, die kürzlich in Sydney angekommen sind, berichteten, daß vier indonesische Kompanien Anfang des Jahres mit Waffen und Munition in den Urwald geflohen sind.

durch Erfolge der Fretilin

z.cht.Sydney. Der seit fünf Jahren währende Befreiungskampf in Ost-Timor gegen die indonesischen Invasionstruppen ist in ein neues Stadium getreten. Das geht aus einem Interview mit dem Außenminister der Befreiungsorganisation Fretilin, Alkatiri, hervor, das er in Angola gegeben hat. Nachdem Fretilin im vergangenen Jahr, als Präsident Lobatu im Kampf fiel, bedeutende Verluste erlitten hatte, mußte sie ihre Taktik ändern, um weitere Verluste von der Zivilbevölkerung abzuwehren. Sie hat die befreiten Gebiete aufgegeben und die Befreiungskämpfer auf das ganze Land verteilt. Unter Anleitung der Fretilin-Kader ist die Bevölkerung wieder zurück in die von den Indonesiern kontrollierten Gebiete gezogen. „Wir haben das Wasser zurückgeschickt, damit der Fisch darin schwimmen kann", sagte Alkatiri.

Seitdem hat Fretilin verschiedene politische Erfolge errungen. Die indonesische Kampagne, in Ost-Timor die Staatsbürgerschaft anzubieten, ist erfolglos geblieben. Von den 20000 Bewohnern der Hauptstadt Dili haben 17000 die Staatsbürgerschaft abgelehnt. Das Lager der indonesischen Besatzer ist durch die Erfahrung, daß der Befreiungskampf nicht zu zerschlagen ist, gespalten. Bedeutende Kräfte im Außen- und Verteidigungsministerium und im Heer befürworten die Unabhängigkeit Ost-Timors, einige waren an einem Umsturzversuch im Juni beteiligt. Alkatiri geht davon aus, daß das neuerliche Interesse an einer politischen Lösung des Ost-Timor-Konflikts aus der Furcht vor einem Krieg und Instabilität in Indonesien rührt. So ist die Resolution des US-Kongresses und Senats über die humanitäre Lage in Ost-Timor einzuordnen und eine weitere, die den Abzug der indonesischen Truppen fordert und in Vorbereitung ist. So ist auch Portugals Ankündigung einzuordnen, eine Resolution für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Ost-Timor vor die UNO zu bringen.

Aus verschiedenen Quellen geht hervor, daß Fretilin mit der neuen Taktik den Feind in bisher von ihm für sicher gehaltenen Gebieten verunsichert. Im Juni wurden in der Hauptstadt Dili indonesische Truppen zum ersten Mal seit 3 Jahren angegriffen und in mehrstündige Kämpfe verwickelt. Ost-Timor-Flüchtlinge, die kürzlich in Sydney angekommen sind, berichteten, daß vier indonesische Kompanien Anfang des Jahres mit Waffen und Munition in den Urwald geflohen sind.

Zimbabwe: Absichtsvolle „Enthüllungen" der Imperialisten über gescheiterten Putschversuch

z.rül. „Quartz sollte am Dienstag, dem 4. März, morgens um 9.00 Uhr explodieren – zu dem Zeitpunkt, an dem der Gouverneur Lord Soames die Ergebnisse der Unabhängigkeitswahlen bekanntgeben sollte ... Im gleichen Augenblick sollten Eliteeinheiten der rhodesischen Armee die entscheidenden öffentlichen Gebäude in Salisbury und den größeren Städten Rhodesiens besetzen ... waren Vorbereitungen getroffen, um jedes der Sammellager zu umzingeln, in dem etwa 16000 von Mugabes Guerillas untergebracht waren. Die Lager sollten an jenem Dienstagmorgen „ausgeräuchert" werden ... Als Montagabend Walls und den anderen Verschwörern klar wurde, daß Mugabe vor einem überwältigenden Sieg stand, gab es verzweifelte Überprüfungen ... Ganze drei Stunden, bevor sie gestartet werden sollte, entschied General Walls, die Operation als hoffnungslos unpraktisch aufzugeben."

Diese Meldung erschien am 14. August in der britischen Zeitung „Daily Express". Weder die britische Regierung noch General Walls dementierten sie. Im Gegenteil: General Walls, ehemaliger Oberbefehlshaber der Siedlerstreitkräfte, der wenige Tage vorher sein Amt niedergelegt hatte, ergeht sich seitdem in Dutzenden von Interviews, vollgespickt mit Andeutungen über seine gescheiterten Putschpläne. Der Zweck ist durchsichtig: Es soll vertuscht werden, daß es die *Imperialisten* waren, die die gescheiterten Putschvorbereitungen gelenkt und eingeleitet hatten. Die Versuche der Imperialisten, einen möglichst großen Teil des kolonialen Staatsapparates und vor allem ihres zusammengeraubten Besitzes zu verteidigen, sollen erleichtert werden. Frei nach dem Motto: Smith ist weg, Walls ist weg, was wollt ihr noch? Der Zeitpunkt ist schlau gewählt: Ende des Monats wird die Regierung Zimbabwes die Grundsätze ihrer Nationalisierungspolitik veröffentlichen. Im Oktober werden die neuen lokalen Verwaltungen gewählt, die den Kolonialapparat auf dem Lande ablösen sollen. Mit neuen Verteidigungslinien versuchen die Imperialisten, ihren Besitz zu retten. Die internationale Unterstützung für das Volk von Zimbabwe können sie damit nicht untergraben. Am 25.8. wird die UN-Vollversammlung Zimbabwe als 153. Mitglied in die UNO aufnehmen.



Eine Einheit der ZANLA-Streitkräfte

Große Streikbewegung der Arbeiter in Bombay

Regierung erläßt Notstandsverordnung / Fischer beteiligen sich an Arbeiterkundgebung

z.hef. Mit einer neuen Notstandsverordnung für die indischen Bundesstaaten Maharashtra, Gujarat und Karnataka versucht die Regierung, die wachsende Streikbewegung in diesen Staaten – vor allem im öffentlichen Dienst – niederzuwerfen. Bei Post, Telefon, Eisenbahn, anderen Transportunternehmen, Flughäfen, Gelddruckereien und Ölbetrieben sowie alle anderen „lebenswichtigen Dienstleistungen" sind Streiks, Überstundenstreiks sowie ein sonstiges die Arbeit „beträchtlich beeinflussendes Verhalten" verboten. Streikende Arbeiter können mit zwei Jahren Gefängnis bestraft werden. Was „lebenswichtig" ist, entscheidet die Staatsregierung, die jeden anderen Streik verbieten kann, der „Leiden für die Bevölkerung bedeutet".

In den Streiks kämpfen die Arbeiter gegen die schwere Lohnsenkung, die Imperialisten und indische Kapitalisten in den letzten Monaten mit einer drastisch steigenden Preisinflation durchsetzen konnten. Theoretisch sind die Löhne der Arbeiter vor Preiserhöhungen durch einen sogenannten „Teuerungszuschlag" geschützt. Diese Teuerungszuschläge wurden von den britischen Imperialisten während ihrer Kolonialherrschaft im ersten Weltkrieg eingeführt und später per Gesetz verpflichtend gemacht. Inzwischen sind in vielen Fällen über 50% des Lohns „Teuerungszuschlag", weil die Grundlöhne jahrelang nicht erhöht werden. Für die Arbeiterbewegung zeigt sich die Gefährlichkeit dieser Methode, denn die Teuerungszulagen sind vor allem ein Mittel in der Hand der Kapitalisten, mit Hilfe staatlicher oder städtischer Inflationsstatistiker den Arbeitslohn zu senken. Es gibt sehr viele lokale oder regionale Inflationsindizes, zusätzlich zu den zwei zentralen. Einige Belegschaften haben bereits durchgesetzt, daß der Teuerungszuschlag zwischen ihnen und dem Kapitalisten ausgehandelt wird und nicht mehr von einem Inflationsindex abhängt. Mehr und mehr fordern sie die vollständige Einbeziehung des Teuerungszuschlags in den Grundlohn. Darum geht es auch in vielen der Streiks im Bundesstaat Maharashtra, dem Kern der gegenwärtigen Streikbewegung.

Am 5. August führten Bombays Arbeiter eine der größten Massenkundgebungen in der Geschichte der Stadt durch. Hunderttausende beteiligten sich unter den Forderungen nach Lohnerhöhung, Preissenkungen (vor allem bei den staatlichen Monopolen) und Aufhebung der Notstandsverordnung. Auch Bauern und Fischer beteiligten sich. „Als Redner auf Redner den Angriff gegen die Regierung fortsetzte, kam eine Massendemonstration von Fischern mit roten Fahnen auf dem Platz an", berichtet die „Times of India". Sie kamen aus Dörfern, die bis zu 200 Kilometer von Bombay entfernt waren. Die Polizei hatte die Busse und LKW angehalten, mit denen sie nach Bombay kamen, und mehrere festgesetzt, um die Beteiligung der Fischer an der Arbeiterkundgebung zu verhindern. Die Fischer fordern: Senkung der Benzin- bzw. Dieselpreise, Streichung der indirekten Steuern für Fischer, Schuldenstreichung und Beseiti-gung der Verschmutzung der Flußläufe durch Industriebetriebe, weil das ihre Fänge bereits erheblich verringert.

Zu diesem Zeitpunkt, am 5. August, waren nach Auskunft des Arbeitsministers im Regionalparlament 27000 Arbeiter und Angestellte in Maharashtra an Streiks und Aussperrungen beteiligt. Von den 70 Streiks und 17 Aussperrungen fanden 60 im Großraum Bombay statt.

Zu den bestreikten Betrieben gehört unter anderem die Digvijay Zementfabrik, die ihren Arbeitern nur 5 Rupien statt der gesetzlich festgelegten 10 Rupien pro Tag zahlt. In Streikkämpfen sind auch die Belegschaften der Premier Autowerke, der Bombayer Eisenwerke Bombay Iron Works und die Arbeiter der Zuckerfabriken. Die Zuckerarbeiter demonstrierten am 6. August. Die Forderungen in den meisten Fällen: Lohnerhöhung, d.h. Erhöhung der Teuerungszulage, Zahlung eines höheren Bonus (eine Art 13. Monatsgehalt, ebenfalls eine britische Errungenschaft in der Lohnstruktur) sowie Anerkennung der Gewerkschaften. Premier Automobiles z.B. will die Gewerkschaften nicht anerkennen, in denen mehr als 90% der Arbeiter Mitglied sind.

Seit Anfang August sind es vor allem die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die streiken bzw. Streiks vorbereiten. Am 31. Juli demonstrierten 25000 Beschäftigte der Stadtverwaltung Bombay vor dem Hauptgebäude für ihre Forderungen: 1) Einbeziehung der Teuerungszulage in den Grundlohn, 2) Erhöhung und Veränderung in der Berechnungsgrundlage für die Teuerungszulage, 3) Urlaubsgeld, und zwar auf den gesamten Lohn (Grundlohn plus Teuerungszulage) und 4) Erhöhung des Wohngelds. In den seit Februar sich dahinschleppenden Verhandlungen hat die Stadtverwaltung der Einbeziehung der Teuerungszulage in den Grundlohn zugestimmt. Aber sie will die Zulage nicht wie gefordert erhöhen und das Urlaubsgeld nur ent-sprechend dem bisherigem Grundlohn zahlen. Deshalb haben die städtischen Arbeiter und Angestellten in der letzten Woche in drei Stufen ihren Streik begonnen: Am Dienstag erst 20000 Angestellte, dann folgten am Mittwoch 17000 Lehrer, und schließlich demonstrierten alle Arbeiter und Angestellten am Donnerstag für ihre Forderungen während der Arbeitszeit.

Die 24000 Beschäftigten der staatlichen Versicherung General Insurance Corporation streikten am 21. August einen Tag lang gegen die Politik der Versicherungskapitalisten und der Regierung, „die aus Lohnsenkung, Festsetzung einer Höchstgrenze für die Teuerungszulage und Kürzung bestehender Zusatzleistungen besteht", wie der Generalsekretär der Betriebsgewerkschaft erklärte. Weitere Streiks sind geplant. Die 80000 Elektrizitätsarbeiter Maharashtras gaben trotz der Notstandsverordnung bekannt, daß sie für ihre Lohnforderung streiken würden, wenn sie nicht in den nächsten Wochen erfüllt wird.

Die Regierung versucht gegenwärtig, staatliche Lohnkommissionen zur „Lohnregulierung" einzusetzen, die die Grundlöhne mit Gesetzeskraft festlegen sollen. Bei Gesprächen mit der Regierung sprachen sich Vertreter des imperialistischen Kapitals in Indien und indische Bourgeois für einen „dreijährigen Waffenstillstand" in den Betrieben aus. Sie wollen die Teuerungszuschläge durch Produktivitätszuschläge ersetzen, die an Akkord- und andere Antreibermethoden gebunden sind. Die Regierung muß die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst brechen, um dafür die nötigen Voraussetzungen zu schaffen. Die Notstandsverordnungen sind ihr entscheidendes Mittel.

Der Gewerkschaftskongreß von Bangalore beschloß am 11. August eine Reihe von Generalstreiks gegen die neue Notstandsverordnung. Der erste fand am 18. August statt.



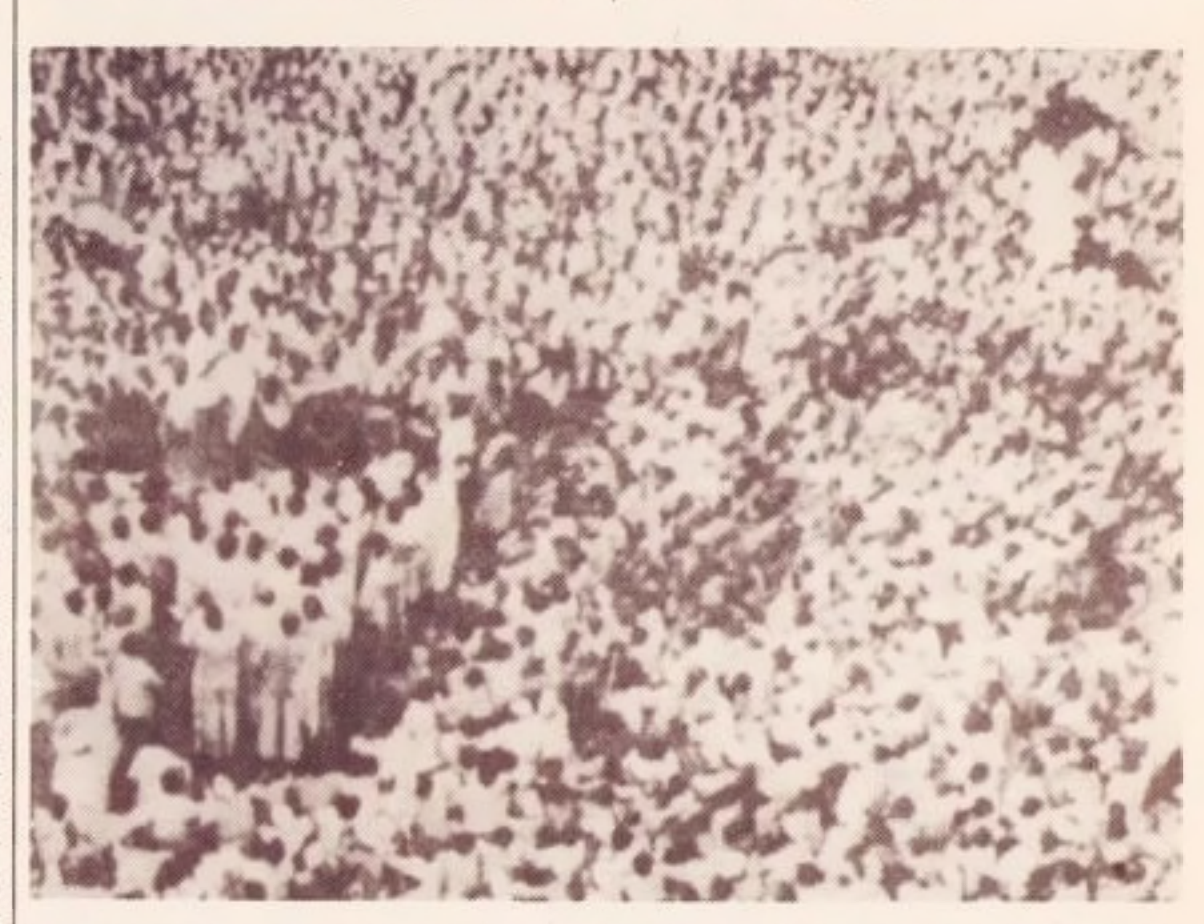
löhne jahrelang nicht erhöht werden. Für die Arbeiterbewegung zeigt sich die Gefährlichkeit dieser Methode, denn die Teuerungszulagen sind vor allem ein Mittel in der Hand der Kapitalisten, mit Hilfe staatlicher oder städtischer Inflationsstatistiker den Arbeitslohn zu senken. Es gibt sehr viele lokale oder regionale Inflationsindizes, zusätzlich zu den zwei zentralen. Einige Belegschaften haben bereits durchgesetzt, daß der Teuerungszuschlag zwischen ihnen und dem Kapitalisten ausgehandelt wird und nicht mehr von einem Inflationsindex abhängt. Mehr und mehr fordern sie die vollständige Einbeziehung des Teuerungszuschlags in den Grundlohn. Darum geht es auch in vielen der Streiks im Bundesstaat Maharashtra, dem Kern der gegenwärtigen Streikbewegung.

Am 5. August führten Bombays Arbeiter eine der größten Massenkundgebungen in der Geschichte der Stadt durch. Hunderttausende beteiligten sich unter den Forderungen nach Lohnerhöhung, Preissenkungen (vor allem bei den staatlichen Monopolen) und Aufhebung der Notstandsverordnung. Auch Bauern und Fischer beteiligten sich. „Als Redner auf Redner den Angriff gegen die Regierung fortsetzte, kam eine Massendemonstration von Fischern mit roten Fahnen auf dem Platz an", berichtet die „Times of India". Sie kamen aus Dörfern, die bis

Dienstes, die streiken bzw. Streiks vorbereiten. Am 31. Juli demonstrierten 25000 Beschäftigte der Stadtverwaltung Bombay vor dem Hauptgebäude für ihre Forderungen: 1) Einbeziehung der Teuerungszulage in den Grundlohn, 2) Erhöhung und Veränderung in der Berechnungsgrundlage für die Teuerungszulage, 3) Urlaubsgeld, und zwar auf den gesamten Lohn (Grundlohn plus Teuerungszulage) und 4) Erhöhung des Wohngelds. In den seit Februar sich dahinschleppenden Verhandlungen hat die Stadtverwaltung der Einbeziehung der Teuerungszulage in den Grundlohn zugestimmt. Aber sie will die Zulage nicht wie gefordert erhöhen und das Urlaubsgeld nur ent-

und indische Bourgeois für einen „dreijährigen Waffenstillstand" in den Betrieben aus. Sie wollen die Teuerungszuschläge durch Produktivitätszuschläge ersetzen, die an Akkord- und andere Antreibermethoden gebunden sind. Die Regierung muß die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst brechen, um dafür die nötigen Voraussetzungen zu schaffen. Die Notstandsverordnungen sind ihr entscheidendes Mittel.

Der Gewerkschaftskongreß von Bangalore beschloß am 11. August eine Reihe von Generalstreiks gegen die neue Notstandsverordnung. Der erste fand am 18. August statt.



Massendemonstration der Arbeiter von Bombay am 5. August für Lohnerhöhungen und gegen Preissteigerungen. Tausende von Fischern beteiligten sich.

Arabische Organisation für Industrielle Entwicklung tagt

z.ana. Anfang September findet in Bagdad die erste Tagung der Arabischen Organisation für Industrielle Entwicklung statt. Im Juli hat in Amman der Rat für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Arabischen Liga die Industrialisierung der arabischen Staaten bis 1990 erörtert. Die Konferenz erklärte die nächsten zehn Jahre zum „Entwicklungsjahrzehnt, um die Verwüstung der arabischen Ressourcen zu beenden" (Arab News, 7.7.). – Saudi-Arabien z.B. hat in den 70er Jahren sein Exportvolumen ständig vergrößert, aber dieses basiert noch immer zu 90% auf Erdöl (1978 93,2%). Demgegenüber besteht der Import zum größten Teil (1978 54,1%) aus Maschinen, Metallwaren und Nahrungsmitteln. Aus den USA wurde 1978 mehr importiert als aus allen arabischen Staaten zusammen. Mit dem 3. Fünfjahrplan (1980–85) will Saudi-Arabien diese Einseitigkeit überwinden. Fast 40% der Finanzmittel in diesem Zeitraum sind für den Ausbau von Transport-, Energiesektor und Industrie geplant, vor allem Stahl- und Zementwerke sollen über das ganze Land verteilt werden. Die Förderung der Landwirtschaftsproduktion ist die Grundlage. Wie die meisten anderen arabischen Staaten investiert auch Saudi-Arabien enorme Mittel in Kunstdüngerproduktion und Bewässerungsprojekte. In den kommenden Jahren baut Saudi-Arabien eine Wasserpipeline von 450 km Länge von Riad nach Jubail. Die arabischen Staaten betrachten den Ausbau der Infrastruktur, vor allem der Straßen und der Elektrizitätsversorgung, als grundlegend für die Sicherung der industriellen Entwicklung gegen imperialistische Einmischung.

Pazifik-Inselstaaten wehren sich gegen Atomverseuchung

z.wos. Gegen Pläne der japanischen Imperialisten, im Pazifik radioaktive Abfallstoffe zu versenken, erklärte der Gouverneur von Guam auf einer Protestversammlung: „Wir wünschen nicht, daß die Pazifischen Inseln zum Abfalleimer für Atommüll werden." Eine japanische Regierungsdelegation, die zwecks „Erläuterung" zur Konferenz der Gouverneure der südpazifischen Inseln am 14.8. angereist war, empfingen die Inselbewohner mit dem Transparent: „Wenn das Zeug so sicher ist, warum werft ihr es nicht in euer eigenes Meer?" (Asahi-Shimbun, 14.8.) – Am 6.8. forderte Oberbürgermeister Araki in Hiroshima, vor fast 40000, unter ihnen Vertreter aus dem Südpazifik, eine Gipfelkonferenz der Supermächte über Abrüstung und Vernichtung aller Kernwaffen. Vor 35 Jahren hatten die USA über Hiroshima und Nagasaki Atombomben abgeworfen.

Argentinien: Freie Bahn für Kapitalexporteure

z.ulg. Das argentinische Militärregime hat kürzlich ein neues Investitionsgesetz erlassen. Das vorige Gesetz stammte von 1977, also schon aus der Zeit *nach* dem von den Imperialisten angezettelten Putsch. Die wenigen darin enthaltenen Schranken, die der Plünderung des Landes durch imperialistische Kapitalexporteure noch hinderlich sein konnten, sind jetzt fast vollständig beseitigt worden. Seit dem Putsch ist der – schon vorher niedrige – Reallohn der argentinischen Arbeiter nach offiziellen Angaben auf die

Die Staatsmonopole in Italien: Wichtige Waffe in der imperialistischen Konkurrenz

z.ulg.Rom. Seit einem halben Jahr ist ein Kooperationsvertrag zwischen Alfa Romeo und dem japanischen Nissan-Konzern (Datsun) über den Bau eines gemeinsamen Autowerks in Süditalien mit 50000 Stück Jahresproduktion unterschriftsreif. Alfa, das zum staatsmonopolistischen IRI-Konzern gehört, steckt tief in den roten Zahlen. Mit Hilfe japanischen Kapitals und einschlägiger Erfahrung des neuen Partners hoffen die Staatsmanager, einen neuen Rekord in der Schweißauspressung aufstellen zu können. Die japanischen Autokapitalisten ihrerseits könnten damit erstmals mit einem (wenigstens zur Hälfte) eigenen Produktionsbetrieb in der EG Fuß fassen. Und dem ohnehin angeschlagenen Fiat-Konzern würde weitere gefährliche Konkurrenz erwachsen.

Kein Wunder, daß aus diesem Anlaß in der italienischen Bourgeoisie ein heftiger Streit über die Rolle der Staatsmonopole losgebrochen ist. Ist den Expansionsinteressen der italienischen Imperialisten am besten damit gedient, daß die Staatskonzerne auf eigene Faust Höchstprofite zu realisieren versuchen, oder soll ihre Tätigkeit bis ins einzelne den wichtigsten privaten Monopolen untergeordnet werden? Auch die Regierung ist in der Frage gespalten und hat kürzlich die endgültige Entscheidung über das Alfa-Nissan-Projekt auf September vertagt. Letzte Woche mußte Alfa-Chef Massacesi nach Tokio reisen, um den Nissan-Kapitalisten den erneuten Aufschub zu verklickern.

Drei der fünf größten italienischen Industriekonzerne werden von staatlichem Kapital beherrscht. 13,35% der Lohnabhängigen in der Industrie wurden 1977 in staatsmonopolistischen Konzernen ausgebeutet, der Anteil dieser Konzerne am Gesamtumsatz der Industrie betrug 14,25%. Betrachtet man nur die 20 größten Konzerne, auf die mit einem reichlichen Viertel der Lohnabhängigen fast ein Drittel des Gesamtumsatzes entfällt, steigt der Anteil der Staatsmonopole auf 48,32% bei den Beschäftigten, auf 44,02% beim Umsatz. Auf die Staatsmonopole entfällt u.a. fast die gesamte Gußeisen- und die Hälfte der Stahlproduktion, fast der gesamte Schiffbau und ein Großteil des Flugzeugbaus sowie 40% des Raffinerieausstoßes. Hinzukommen die wichtigsten Geschäftsbanken, die Telefongesellschaft und der größte Teil des in Italien kapitalistisch betriebenen Autobahnnetzes. Die Konzentration ungeheurer Produktivkräfte unter einheitlichem, staatlichem Kommando ist für die italienischen Imperialisten ein wichtiges Mittel, den Nachteil einer vergleichsweise schmalen strategischen Basis wenigstens teilweise auszugleichen.

Der Grundstein für das wichtigste Staatsmonopol IRI, mit 18,8 Mrd. Dollar Jahresumsatz 1978 der viertgrößte Konzern Europas, wurde während der Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre von den Faschisten gelegt. Um den Bankrott der Großbanken zu verhindern, kaufte der Staat diesen in mehreren aufeinanderfolgenden „Sanierungen" ihre Industriebeteiligungen – zu überhöhten Preisen – ab. Schließlich befand sich die Aktienmehrheit zahlreicher Industriekonzerne in Staatshand. Da dieselben Konzerne ihrerseits die Aktienmehrheit an den Großbanken hielten, gingen auch diese an den Staat über. Nach anfänglichen Reprivatisierungsbestrebungen wurde 1937 zur Verwaltung der staatlichen Betriebe und Banken die IRI in eine Dauereinrichtung umgewandelt. Sie war ein Kernstück der Rüstungs- und Kriegswirtschaft der faschistischen Bourgeoisie.

Aus dem Mund des „sozialistischen" Ministers für Staatsbeteiligungen hört sich das heute so an: „Die Eingebung, die den Staatsbeteiligungen zugrundeliegt ... hat in der Verbindung von zwei Operationen bestanden: einer defensiven und einer Angriffsoperation. Während eine Rettungsoperation nötig schien, um einer noch zerbrechlichen Wirtschaft zu ermöglichen, die Krise ohne große soziale Traumata zu überwinden, hat man auch versucht, einen Mechanismus auf die Beine zu stellen, der für die Zukunft arbeiten konnte: eine öffentliche Stützungsaktion, um Italien in ein großes modernes Land zu verwandeln." Verteidigung des privaten Eigentums und Angriff auf die Arbeiterklasse, die Völker und die imperialistischen Konkurrenten.

Mit Milliardeninvestitionen, die größtenteils mit Bankkrediten finanziert wurden, wälzten die Staatsmonopole Anfang der 70er Jahre ihren Produktionsapparat weitgehend um. Gleichzeitig drangen sie – zunehmend in Konkurrenz zu privaten Konzernen – in neue Produktionszweige (Petrochemie, Elektronik) ein. Die steigenden Bankzinsen haben alle Staatsmonopole seit Hereinbrechen der Überproduktionskrise 1974/75 tief in die roten Zahlen getrieben. Der Umschlag des angelegten fixen Kapitals stockt, zumal ein Großteil in Branchen wie Stahl und Schiffbau, in denen weltweit Überproduktion herrscht, angelegt ist. Ein Großteil des ausgepreßten Mehrwerts fällt statt als Profit den Staatsmonopolen als Zins den Kreditgebern, hauptsächlich in-und ausländischen Banken, zu. So standen 1978 in der IRI-Konzernbilanz einem Bilanzverlust von 978 Mrd. Lire Zinszahlungen von 2318 Mrd. Lire (5,5 Mrd. DM) gegenüber.

Nach ihrer Niederlage im 2. Weltkrieg setzten die italienischen Imperialisten die Staatsmonopole umso zielbewußter zur Verbesserung ihrer Konkurrenzposition ein. Auf Drängen namentlich der Fiat-Kapitalisten baute die IRI erstmals eine Stahlindustrie mit „vollständigem Zyklus", also auf der Basis von Erzverhüttung, auf. Damit war eine Grundlage geschaffen, vor allem seit Gründung der EG neben den traditionellen Exportprodukten wie Textilien und Schuhen auch Autos, Maschinen, Flugzeuge usw. zu exportieren. Heute haben die italienischen Imperialisten bei der Stahlproduktion Frankreich und Großbritannien eingeholt. 1953 wurde mit dem Ölkonzern ENI ein Staatsmonopol eigens zur Sicherung einer „selbständigen" Energiebasis gegründet, sprich: zur Plünderung der Ölquellen in der Dritten Welt auf eigene Rechnung. Zugleich spielten die Staatsmonopole eine Schrittmacherrolle bei der Unterwerfung der Bauernmassen des Südens unter die Lohnsklaverei und bei der Einführung besonders ausgeklügelter Antreiber- und Spaltungsmethoden: So wurde 1960 im IRI-Stahlkonzern Italsider die „analytische Arbeitsplatzbewertung" eingeführt.

Um die Profitrate wieder zu steigern und die Vorteile der relativ modernen Maschinerie in der Konkurrenz voll zur Geltung zu bringen, soll die Ausbeutung verschärft und die wertmäßige Vernichtung eines Teils des Kapitals aus der Steuer finanziert werden. Beides ist im Gang. Lagen die Lohnkosten pro Beschäftigten bei den Staatsmonopolen schon in der ersten Hälfte der 70er Jahre nur bei rund 94% des Durchschnitts der 20 größten Konzerne, so sind sie seitdem auf zuletzt 87% gedrückt worden, u.a. auch durch planmäßige Abwälzung von Lohnkosten auf die Versicherungskassen. Im laufenden Jahr sollen allein in die IRI 6050 Mrd. Lire (13 Mrd. DM) aus Steuermitteln eingeschossen werden. 4859 Mrd. sind bereits bewilligt, weitere 6000 Mrd. für die nächsten vier Jahre eingeplant. Für 1981 rechnen die IRI-Manager erstmals wieder mit einem Bilanzgewinn. Über die Hälfte der für die nächsten Jahre geplanten Investitionen soll im Fernmeldewesen angelegt werden, um die Bourgeoisie mit schnellen und billigen Verbindungen auszustatten und die Expansionsaussichten der Elektronikkonzerne zu verbessern.

Der bereits zitierte Minister hat in demselben Interview aus den Erfahrungen der faschistischen Bourgeoisie die Konsequenz gezogen, die Staatsmonopole seien der Haupthebel, um einen „Abstieg" der italienischen Imperialisten „in die 2. Liga" zu verhindern. Die Revisionisten rühren die gleiche Trommel. Das ist nicht erstaunlich. Obwohl bislang fest mit der Democrazia Christiana verbunden, stellen die Staatsmonopole die naheliegende materielle Basis dar, um sich als neue Bourgeoisie neben der alten zu etablieren. Deshalb empören die Revisionisten sich jetzt lauthals über „Sabotage" an dem geplanten Nissan-Deal. Zum Teil haben sie auch die Gewerkschaften auf diesen Kurs zerren können. Aber die Belegschaften der Staatskonzerne, seit langem eine der kampfstärksten Abteilungen der italienischen Arbeiterklasse, sind nicht bereit, sich dem Klassenfeind zu unterwerfen. Bei den Streiks im Juli gegen die Krisenmaßnahmen der Regierung Cossiga standen sie mit an vorderster Front.

Europäischer Rechtsraum: Französischer Polizist koordiniert faschistische Terrorbanden

z.ans.Rom. Um „den Kampf gegen den Terrorismus ... zu erleichtern" und „einen weiteren Schritt zu jener Gemeinschaft des Rechts zu machen", haben die EG-Justizminister im Juni den Entwurf einer Konvention über den „Europäischen Rechtsraum" vorgelegt: Die Mitgliedstaaten sollen darauf verpflichtet werden, Revolutionäre entweder auszuliefern oder selbst abzuurteilen. Ziel der Bourgeoisien ist es, dadurch die Mauern um das EG-Völkergefängnis, diese Versicherung gegen die Revolution, zu festigen. Eine andere Seite dieser Tätigkeit ist kürzlich im Zusammenhang mit den Ermittlungen der italienischen Polizei nach dem faschistischen Massaker von Bologna aufgeflogen. Im Juli, also kurz vor dem Bombenanschlag am 2.8., machte ein Franzose namens Durand eine Rundreise durch Norditalien. In Mailand, Venedig, Bologna, Rom, Parma und auf einem paramilitärischen faschistischen Sommerlager in den Abruzzen nahm er Kontakte mit führenden Vertretern der verschiedenen italienischen neofaschistischen Gruppen auf.

Durand entpuppte sich als Polizeiinspektor, der zunächst bei der politischen Polizei, dann bei der Justizpolizei angestellt war. Chirac, Vorsitzender der gaullistischen Partei, versucht, noch aus der peinlichen Enthüllung Kapital zu schlagen: „Große Entschlossenheit" müsse der Staat gegen alle „Faschismen" rechter und linker Prägung demonstrieren, Verstärkung der Polizei und Verschärfung des Asylrechts seien vonnöten. Empörung! Empörung! tönt es aus der bürgerlichen französischen Presse: Wie konnte das passieren? Ein aktiver Faschist im Staatsdienst! Auch die italienische Presse gibt sich empört, als ob nicht der Bombenanschlag auf die Landwirtschaftsbank in Mailand 1969 durch den italienischen Geheimdienst angezettelt und der bürgerliche Staat alles zur Verwischung der Spuren getan hätte.

Bis zum Beweis des Gegenteils ist bei dem, was ein Polizist tut, davon auszugehen: Er tut es für die Polizei. Durand korrespondierte mit führenden italienischen Faschisten, so mit Mario Tuti, der für das Attentat auf den Italicus Express 1974 verantwortlich ist, und mit Franco Freda, einem der Hauptakteure des Anschlags auf die Mailänder Landwirtschaftsbank. Er bereiste die Gegend um Nizza, wo sich viele internationale faschistische Gruppen treffen. Er machte schließlich seine, wie er es nennt, „touristische Reise" nach Italien.

Mit den NATO-Verträgen, den Römischen Verträgen, mit der Konvention zum Europäischen Rechtsraum haben sich die EG-Bourgeoisien Instrumente geschaffen, um sich bei der Verteidigung des Privateigentums gegenseitig zu helfen, was allemal Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder einschließt. Die Zusammenarbeit bei der Koordinierung und dem Einsatz faschistischer Terrorbanden ist Pendant dazu. Ziel dabei ist die Einschüchterung und Desorientierung der Volksmassen.



Tokio reisen, um den Nissan-Kapitalisten den erneuten Aufschub zu verklickern.

Drei der fünf größten italienischen Industriekonzerne werden von staatlichem Kapital beherrscht. 13,35% der Lohnabhängigen in der Industrie wurden 1977 in staatsmonopolistischen Konzernen ausgebeutet, der Anteil dieser Konzerne am Gesamtumsatz der Industrie betrug 14,25%. Betrachtet man nur die 20 größten Konzerne, auf die mit einem reichlichen Viertel der Lohnabhängigen fast ein Drittel des Gesamtumsatzes entfällt, steigt der Anteil der Staatsmonopole auf 48,32% bei den Beschäftigten, auf 44,02% beim Umsatz. Auf die Staatsmonopole

wandelt. Sie war ein Kernstück der Rüstungs- und Kriegswirtschaft der faschistischen Bourgeoisie.

Aus dem Mund des „sozialistischen" Ministers für Staatsbeteiligungen hört sich das heute so an: „Die Eingebung, die den Staatsbeteiligungen zugrundeliegt ... hat in der Verbindung von zwei Operationen bestanden: einer defensiven und einer Angriffsoperation. Während eine Rettungsoperation nötig schien, um einer noch zerbrechlichen Wirtschaft zu ermöglichen, die Krise ohne große soziale Traumata zu überwinden, hat man auch versucht, einen Mechanismus auf die Beine zu stellen, der für die Zukunft arbeiten konnte: eine öffentliche

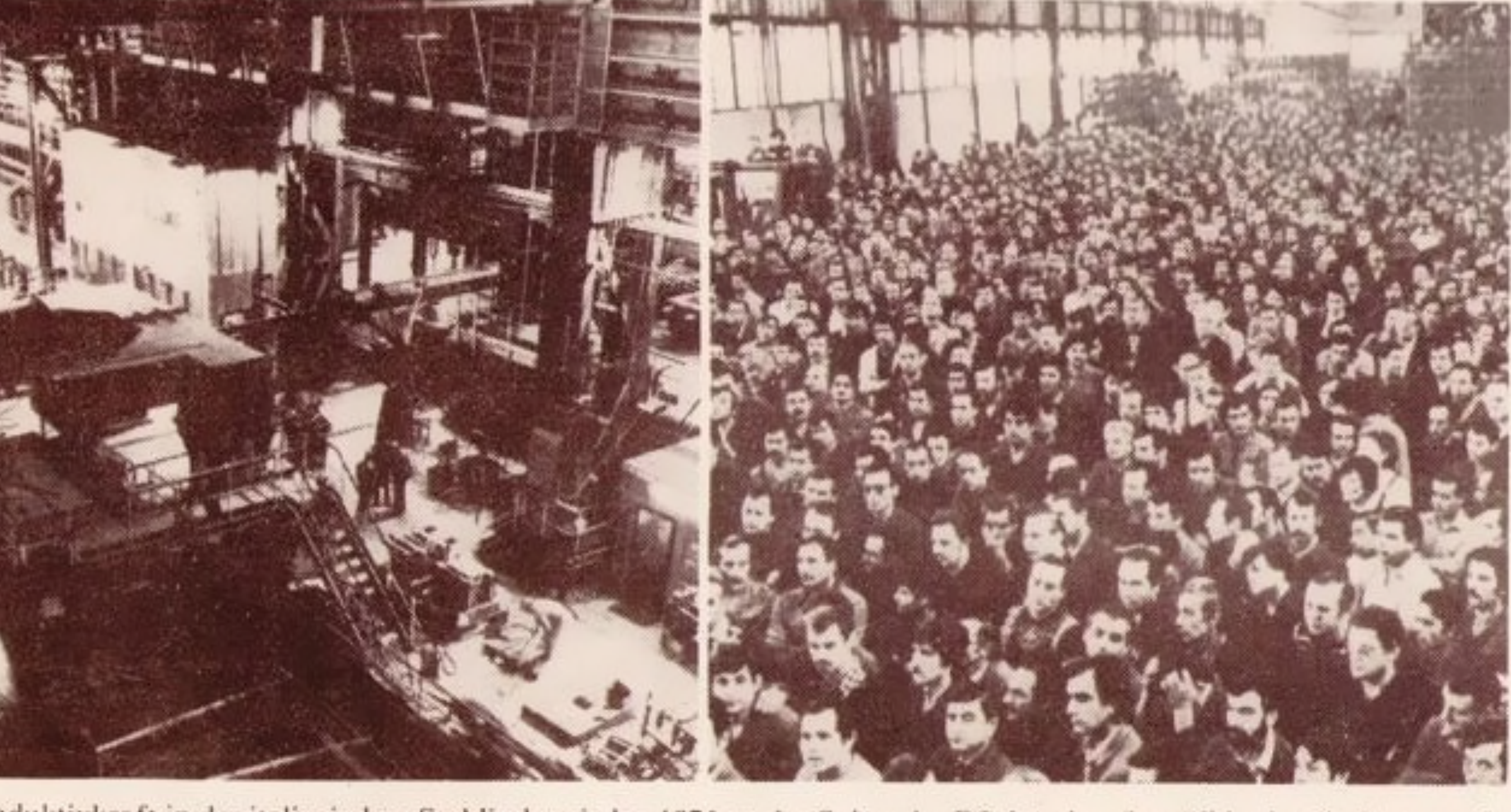
kurrenzposition ein. Auf Drängen namentlich der Fiat-Kapitalisten baute die IRI erstmals eine Stahlindustrie mit „vollständigem Zyklus", also auf der Basis von Erzverhüttung, auf. Damit war eine Grundlage geschaffen, vor allem seit Gründung der EG neben den traditionellen Exportprodukten wie Textilien und Schuhen auch Autos, Maschinen, Flugzeuge usw. zu exportieren. Heute haben die italienischen Imperialisten bei der Stahlproduktion Frankreich und Großbritannien eingeholt. 1953 wurde mit dem Ölkonzern ENI ein Staatsmonopol eigens zur Sicherung einer „selbständigen" Energiebasis gegründet, sprich: zur Plünderung der Ölquellen in der Dritten Welt auf eigene Rechnung. Zugleich spielten

Gemeinschaft des Rechts zu machen", haben die EG-Justizminister im Juni den Entwurf einer Konvention über den „Europäischen Rechtsraum" vorgelegt: Die Mitgliedstaaten sollen darauf verpflichtet werden, Revolutionäre entweder auszuliefern oder selbst abzuurteilen. Ziel der Bourgeoisien ist es, dadurch die Mauern um das EG-Völkergefängnis, diese Versicherung gegen die Revolution, zu festigen. Eine andere Seite dieser Tätigkeit ist kürzlich im Zusammenhang mit den Ermittlungen der italienischen Polizei nach dem faschistischen Massaker von Bologna aufgeflogen. Im Juli, also kurz vor dem Bombenanschlag am 2.8., machte ein Franzose namens Durand eine Rundreise durch Norditalien. In Mailand, Venedig, Bologna, Rom, Parma und auf einem paramilitärischen faschistischen Sommerlager in den Abruzzen nahm er Kontakte mit führenden Vertretern der verschiedenen italienischen neofaschistischen Gruppen auf.

Durand entpuppte sich als Polizeiinspektor, der zunächst bei der politischen Polizei, dann bei der Justizpolizei angestellt war. Chirac, Vorsitzender der gaullistischen Partei, versucht, noch aus der peinlichen Enthüllung Kapital zu schlagen: „Große Entschlossenheit" müsse der Staat gegen alle „Faschismen" rechter und linker Prägung demonstrieren, Verstärkung der Polizei und Verschärfung des Asylrechts seien vonnöten. Empörung!

dem, was ein Polizist tut, davon auszugehen: Er tut es für die Polizei. Durand korrespondierte mit führenden italienischen Faschisten, so mit Mario Tuti, der für das Attentat auf den Italicus Express 1974 verantwortlich ist, und mit Franco Freda, einem der Hauptakteure des Anschlags auf die Mailänder Landwirtschaftsbank. Er bereiste die Gegend um Nizza, wo sich viele internationale faschistische Gruppen treffen. Er machte schließlich seine, wie er es nennt, „touristische Reise" nach Italien.

Mit den NATO-Verträgen, den Römischen Verträgen, mit der Konvention zum Europäischen Rechtsraum haben sich die EG-Bourgeoisien Instrumente geschaffen, um sich bei der Verteidigung des Privateigentums gegenseitig zu helfen, was allemal Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder einschließt. Die Zusammenarbeit bei der Koordinierung und dem Einsatz faschistischer Terrorbanden ist Pendant dazu. Ziel dabei ist die Einschüchterung und Desorientierung der Volksmassen.



Die Produktivkraft in der italienischen Stahlindustrie lag 1976 an der Spitze der EG-Länder. Das Bild zeigt die Stranggußanlage im staatlichen Stahlwerk Bagnoli. – Belegschaftsversammlung im Hauptwerk von Alfa Romeo.



Generalstreik in Bologna, 4.8.

Hälfte gedrückt worden, Ergebnis des blutigen Terrors gegen die Arbeiterbewegung. Das hat die Profiteure lüstern gemacht. „Vom Rhythmus der Ereignisse auf wirtschaftlichem Gebiet" sei die Regierung zu dem Gesetz „auf gewisse Weise gezwungen worden", umschreibt ein italienisches Bourgeoisorgan die vorausgegangenen Erpressungen. Während bisher grundsätzlich alle ausländischen Investitionen von der Regierung genehmigt werden mußten, ist eine Genehmigung jetzt nur noch – und „mit viel flexibleren Kriterien" – in einigen wenigen Branchen erforderlich. Dem Abtransport der aus den argentinischen Arbeitern herausgepreßten Profite nach den Konzernzentralen in den imperialistischen Ländern steht jetzt in jedem Fall buchstäblich nichts mehr im Wege.

Surinam fordert von Niederlande 7 Mio. Gulden Entwicklungshilfe

z.scc. Kurz vor Verhandlungen über die niederländische Entwicklungshilfe an Surinam haben die Hoffnungen der alten Kolonialmacht, den Preis zu drücken, einen Schlag erhalten. Bereits im Februar hatten für gewerkschaftliche und politische Freiheiten kämpfende Unteroffiziere die alte Regierung gestürzt und einen Nationalen Militärrat gebildet, der in der neuen Regierung ebenso vertreten ist wie die größte Gewerkschaft des Landes. Eine der ersten Forderungen dieser Regierung war die Anpassung der Entwicklungshilfe an die Inflation, d.h. eine Erhöhung von 2,7 auf 7 Mio hfl (6,37 Mio. DM). Seither verstärken die Niederlande ihre Wühlarbeit (s. KVZ 29/80). In der vorletzten Woche stürzte der Nationale Militärrat den Premierminister, der nicht nur durch einen niederländischen Paß mit den alten Kolonialherren verbunden war, und setzte weiterhin vier Minister ab, darunter zwei, weil sie unerwünscht enge Beziehungen zu Kuba und den Sozialimperialisten pflegten. Erst 1975 hat Surinam, im Nordosten Südamerikas gelegen, seine nationale Unabhängigkeit erkämpft; an den Folgen der kolonialen Ausbeutung trägt es noch schwer. Die Landwirtschaft ist vollständig ruiniert, fast ein Drittel aller Surinamesen muß seine Arbeitskraft in den Niederlanden verkaufen. Nicht zuletzt, um ihre Rückkehr und Beteiligung am nationalen Aufbau zu ermöglichen, hat die Regierung eine Reihe von Maßnahmen ergriffen bzw. bereitet sie vor: Die Renten wurden kräftig erhöht; im September beginnen Verhandlungen mit den Gewerkschaften über den Aufbau von allgemeinen Sozialversicherungen und über die Erhöhung der Löhne.

Wirtschaftsbeziehungen zwischen Singapur und der VR China

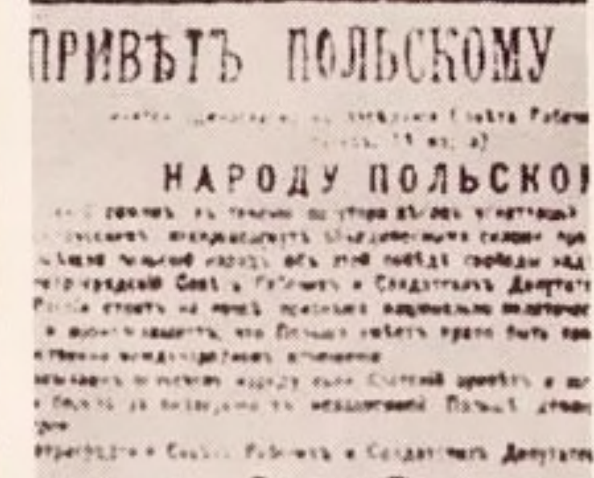
z.wos. Im Juli haben beide Länder in Beijing ein Abkommen über die Errichtung offizieller Handelsmissionen in Beijing bzw. Singapur unterzeichnet. Dem ging eine Vereinbarung voraus, zwei Produktionsstätten für Motoren bis zu 250 PS in Singapur und der VR China zu errichten. Ein europäisches Unternehmen ist einbezogen und soll das Know-how zur Verfügung stellen. Die Herstellung der Teile soll zwischen beiden Werken so aufgeteilt werden, daß jeweils am kostengünstigsten Standort produziert wird, also die arbeitsintensiven Teile im allgemeinen in der VR China, die kapital- bzw. technologieintensiven in Singapur. Außerdem soll auf den Gebieten des Schiffs- und Maschinenbaus sowie der Elektrotechnik die technische Kooperation verstärkt werden. Beide Seiten planen Gemeinschaftsunternehmen und den Transfer für China geeigneter „mittlerer Technologie" aus Singapur. Ferner will Singapur chinesische Nachwuchstechniker ausbilden. Dazu wird im Oktober eine Industriedelegation aus Singapur China besuchen. – Die beiden Staaten haben noch keine vollen diplomatischen Beziehungen. Singapur will damit warten, bis Indonesien – das andere ASEAN-Land, das noch keine Beziehungen zur VR China hat – diese aufgenommen hat.

Vanuatu: Kolonialtruppen weg Sezession beendet

z.cht.Sydney. Am 18.8. haben 130 Soldaten aus Papua-Neuguinea auf Bitten der Regierung von Vanuatu (ehemals Neue Hebriden) die Stellungen der ehemaligen britisch-französischen Kolonialtruppen auf Santo bezogen. Die Kolonialtruppen waren am 28.7. – zwei Tage vor der Unabhängigkeit Vanuatus – nach Santo geschickt worden, um die Sezession zu beenden, die dort von französischen Siedlern und der Phoenix Foundation der USA unter Ausnutzung der einheimischen Nagriamel-Bewegung betrieben wurde. Sie hatten jedoch nicht den Versuch gemacht, den Radiosender oder das Hauptquartier der Sezessionisten zu besetzen oder Anführer zu verhaften. Stattdessen hatten sie ihnen vollen Schutz und Bewegungsfreiheit gewährt. Die Aufgabe der papuanischen Soldaten ist es, den Flughafen und andere wichtige Gebäude zu schützen und die 30 Polizisten bei der Verhaftung der Aufständischen zu unterstützen. Sie werden begleitet von einigen australischen Technikern, Angehörigen der Armee Papua-Neuguineas. Am ersten Tag wurden 40 Personen verhaftet, am zweiten 35 weitere, die meisten sind Ausländer, die außer Landes gewiesen werden. Die australischen und französischen Siedler sind aufgefordert, das Land zu verlassen. Der Sender der Sezessionisten hat aufgehört zu operieren. Die Nagriamel-Bewegung hat sich zurückgezogen, ihr Führer Jimmy Stevens ist von Premierminister Lini zu Friedensgesprächen aufgefordert worden, um die nationale Einheit wiederherzustellen und zu sichern. Nach der Ausschaltung der Agenten der Imperialisten sind die Voraussetzungen dafür gut.









Tadeusz Kościuszko, Held des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, leistet den Eid auf die polnische Nationalflagge. Der Aufstand 1794 unter seiner Führung richtete sich gegen die Okkupanten Rußland und Preußen. Weitere große Aufstände 1830, 1848 und 1862 verknüpften den Kampf um nationale Unabhängigkeit mit Forderungen gegen die Feudalherrschaft. – Aufruf an das polnische Volk in der Prawda 1917: das siegreiche russische Proletariat garantiert dem polnischen Volk alle nationalen Rechte. – Nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen 1939 reißt die Kette der Widerstandsaktionen nicht ab. 63 Tage lang hielt sich der Warschauer Aufstand 1944, in dem 200000 Patrioten gefallen sind. – 1956: mit einem bewaffneten Aufstand in Posnań, gegen den sowjetische

z.hku. **Auf der Lenin-Werft Gdansk hat der Streik von vornherein als Kampf um Koalitionsrechte begonnen.** Er richtete sich gegen die Entlassung von Mitgliedern des „Gründungskomitees Freier Gewerkschaften"; seit langem betrieb die PVAP die Entlassung der Arbeiter, die schon 1970 für unabhängige Klassenorganisationen eingetreten waren. 1978 wurden Kundgebungen vor den Werften gegen Entlassungsversuche durchgeführt, Anfang dieses Jahres streikte eine Abteilung gegen die Versetzung von Anna Walentynowicz. – Die Wiedereinstellung der Entlassenen wurde schon am ersten Wochenende durchgesetzt, Lech Waleca und Anna Walentynowicz in das Streikkomitee gewählt.



Die überbetrieblichen Streikkomitees haben große organisierende Kraft entfaltet. Im Komitee von Gdansk/Gdynia/Sopot sind 304 streikende Belegschaften vertreten, in Szczecin 37, in Elblag 7. Das Gdansker Komitee tagt

der Arbeiter, die schon 1970 für unabhängige Klassenorganisationen eingetreten waren. 1978 wurden Kundgebungen vor den Werften gegen Entlassungsversuche durchgeführt, Anfang dieses Jahres streikte eine Abteilung gegen die Versetzung von Anna Walentynowicz. – Die Wiedereinstellung der Entlassenen wurde schon am ersten Wochenende durchgesetzt, Lech Waleca und Anna Walentynowicz in das Streikkomitee gewählt.



Die überbetrieblichen Streikkomitees haben große organisierende Kraft entfaltet. Im Komitee von Gdansk/Gdynia/Sopot sind 304 streikende Belegschaften vertreten, in Szczecin 37, in Elblag 7. Das Gdansker Komitee tagt



permanent auf der Lenin-Werft und hat zur Geschäftsführung ein Präsidium gewählt. Einzelvereinbarungen mit der Regierung am Komitee vorbei hat es nicht gegeben. Das Streikkomitee hat die Entscheidungen darüber getroffen, daß die öffentlichen Versorgungsbetriebe und die wichtigsten Lebensmittelbetriebe nicht bestreikt werden, um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten; offensichtlich sind aufgrund seiner Entscheidung auch einzelne Schiffe gelöscht, wie auch der Verkauf von Alkohol in der ganzen Stadt eingestellt worden. Tägliche Massenversammlungen vor der Werft und eigene Streikzeitungen vertiefen die Verbindungen zu den Volksmassen, die ihrerseits die reibungslose Versorgung der Streikenden auf dem Betriebsgelände gewährleisten.

Die noch junge Werftindustrie ist eng mit dem Kampf um ein unabhängiges Polen verknüpft. Nach 1945 hat sie den Aufbau einer nationalen Handelsflotte ermöglicht, nachdem Polen so lange der freie Zugang zum Meer versperrt gewesen war. Im Rahmen der „sozialistischen Integration" mußten die Werften in den letzten Jahren 4 von 5 Schiffen in die SU liefern, zu langfristig festgelegten Niedrigstpreisen. Die polnische Hochseeflotte ist heute überaltert, die dringend benötigten Container- und Roro-Schiffe müssen im westlichen Ausland gekauft werden – die eigenen Werften sind für das kommende Jahrfünft zu 90% für den Export ausgebucht.

Die sowjetischen Massenmedien berichteten zum ersten Mal am vergangenen Dienstag kurz und kommentarlos über die Rede Giereks. Mitte der Woche haben die Sozialimperialisten mit der Störung der westlichen Propagandasender begonnen. In der DDR sind

sind aufgrund seiner Entscheidung auch einzelne Schiffe gelöscht, wie auch der Verkauf von Alkohol in der ganzen Stadt eingestellt worden. Tägliche Massenversammlungen vor der Werft und eigene Streikzeitungen vertiefen die Verbindungen zu den Volksmassen, die ihrerseits die reibungslose Versorgung der Streikenden auf dem Betriebsgelände gewährleisten.

Die noch junge Werftindustrie ist eng mit dem Kampf um ein unabhängiges Polen verknüpft. Nach 1945 hat sie den Aufbau einer nationalen Handelsflotte ermöglicht, nachdem Polen so lange der freie Zugang zum Meer versperrt gewesen war. Im Rahmen der „sozialistischen Integration" mußten die Werften in den letzten Jahren 4 von 5 Schiffen in die SU liefern, zu langfristig festgelegten Niedrigstpreisen. Die polnische Hochseeflotte ist heute überaltert, die dringend benötigten Container- und Roro-Schiffe müssen im westlichen Ausland gekauft werden – die eigenen Werften sind für das kommende Jahrfünft zu 90% für den Export ausgebucht.

Die sowjetischen Massenmedien berichteten zum ersten Mal am vergangenen Dienstag kurz und kommentarlos über die Rede Giereks. Mitte der Woche haben die Sozialimperialisten mit der Störung der westlichen Propagandasender begonnen. In der DDR sind
seit der Rede Babiuchs die Reden und Beschlüsse der PVAP-Führung ausführlich wiedergegeben worden, in erster Linie in den Passagen, in denen vor „antisozialistischen Elementen" in der Streikbewegung gewarnt wird. So wird die Gdansker PVAP zitiert, die Streiks „veränderten sich zu Handlungen, die gegen die Grundlagen des politischen und gesellschaftlichen Lebens in unserem Land gerichtet sind". In solchen Fällen ist im sozialimperialistischen Bündnissystem Recht und Pflicht zur Intervention vorgesehen. – Anfang September führt der Warschauer Pakt in der DDR ein Großmanöver mit 40000 Soldaten durch.

Die 16 Forderungen des Streikkomitees von Gdansk

1. Wiederinbetriebnahme aller Telefon- und Fernschreibverbindungen im Gebiet von Gdansk.
2. Garantie des Streiksrechts und der Sicherheit aller Streikenden
3. Garantie der Meinungsfreiheit in Wort und Schrift und Abschaffung der Zensur.
4. Freilassung aller politischen Gefangenen.
5. Respektierung der Konvention der ILO, wozu das Recht auf Bildung freier Gewerkschaften gehört.
6. Zugang aller religiösen Gruppen zu den Massenmedien.
7. Beseitigung behördlicher Eingriffe in die Gewerkschaftsarbeit.
8. Realistische Schritte, die das Land aus der gegenwärtigen Krise herausführen, unter anderem volle Information der Öffentlichkeit über die gesellschaftlich-wirtschaftliche Lage des Landes und eine Diskussion des Reformprogramms durch alle Bereiche der polnischen Volksgemeinschaft.
9. Aufhebung der Privilegien für Angehörige der Sicherheitsorgane in der Form, daß generell gleichhohe Familienzuschläge gezahlt werden. Abschaffung der Sonderläden.
10. Abschaffung der Handelspreise.
11. Volle Versorgung des Inlandsmarktes. Nur Überschußgüter dürfen exportiert werden.
12. Einführen der Fleischrationierung zur Marktstabilisierung.
13. Lohn- und Gehaltserhöhungen um durchschnittlich 2000 Zloty für jedermann als Ausgleich für höhere Preise.
14. Urlaubsgeldzahlung für die Streikenden.
15. Garantie automatischer Lohn- und Gehaltserhöhungen nach Preiserhöhungen oder Währungsabwertungen.
16. Veröffentlichung von Berichten über die Streiks und die Schaffung des Streikkomitees in Rundfunk, Fernsehen, Presse.

„Freiheit, Unabhängigkeit und Brot"

Zur Geschichte und den Kampfzielen der polnischen Arbeiterbewegung

z.gek. Welches denn die Ziele ihres Kampfes seien, fragte der ARD-Korrespondent eine der streikenden Arbeiterinnen der Lenin-Werft in Gdansk. „Freiheit, Unabhängigkeit und Brot", sagte sie und brach darüber in Tränen aus.

Daß die Volksmassen Polens heute den Kampf um diese alten, elementaren Forderungen ihrer Geschichte fortführen müssen, hängt in erster Linie mit der Entartung der Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Supermacht zusammen. Den Expansionsgelüsten des russischen Zarentums (zusammen mit der Hyänengier der preußischen Könige) war die staatliche Existenz Polens 1794 zum Opfer gefallen. Die überragende Bedeutung des Befreiungskampfs Polens für die europäische Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert lag gerade in seiner Rolle als einem Bollwerk gegen das Vordringen des Zarismus nach Westeuropa.

Zu den nationalen Unglücken Polens, die seine Zerstückelung erst ermöglicht hatten, gehörte, daß als Folge der mittelalterlichen deutschen Ostkolonisation vielfach deutsche und jüdische Kaufleute und Handwerker in den polnischen Städten die Stelle einer nationalen Bourgeoisie einnahmen. Auf Seiten der bürgerlichen Revolutionäre Polens drückte sich diese Schwäche darin aus, daß ihr Patriotismus häufig in Chauvinismus abglitt, ihr Internationalismus zum Kosmopolitentum verkam. Von beiden Erbkrankheiten wurde auch die entstehende polnische

Kampfes seien, fragte der ARD-Korrespondent eine der streikenden Arbeiterinnen der Lenin-Werft in Gdansk. „Freiheit, Unabhängigkeit und Brot", sagte sie und brach darüber in Tränen aus.

Daß die Volksmassen Polens heute den Kampf um diese alten, elementaren Forderungen ihrer Geschichte fortführen müssen, hängt in erster Linie mit der Entartung der Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Supermacht zusammen. Den Expansionsgelüsten des russischen Zarentums (zusammen mit der Hyänengier der preußischen Könige) war die staatliche Existenz Polens 1794 zum Opfer gefallen. Die überragende Bedeutung des Befreiungskampfs Polens für die europäische Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert lag gerade in seiner Rolle als einem Bollwerk gegen das Vordringen des Zarismus nach Westeuropa.

Zu den nationalen Unglücken Polens, die seine Zerstückelung erst ermöglicht hatten, gehörte, daß als Folge der mittelalterlichen deutschen Ostkolonisation vielfach deutsche und jüdische Kaufleute und Handwerker in den polnischen Städten die Stelle einer nationalen Bourgeoisie einnahmen. Auf Seiten der bürgerlichen Revolutionäre Polens drückte sich diese Schwäche darin aus, daß ihr Patriotismus häufig in Chauvinismus abglitt, ihr Internationalismus zum Kosmopolitentum verkam. Von beiden Erbkrankheiten wurde auch die entstehende polnische
Arbeiterbewegung zunächst angesteckt.

Eine polnische Arbeiterklasse in größerem Maßstab bildete sich erst, nachdem 1863 Rußland und Preußen erneut gemeinsam einen polnischen Aufstand im Blut erstickt und sich den jeweiligen Landesteil direkt einverleibt hatten. Vor allem Lodź und die ostpolnischen Städte entwickelten sich zu Hauptzentren der Textilindustrie im Zarenreich, – mit dem Kapital deutscher Textilfabrikanten. Zwei polnische Arbeiterparteien entstehen. Die größere, die PPS, steht nach 1892 längere Zeit unter der Führung von Jozef Pilsudski, der im Kampf gegen den Zarismus bald Züge eines „nationalsozialistischen" Demagogen annimmt und bewaffnete Einheiten für die Wiederaufrichtung eines polnischen Großreichs im Osten (unter Einschluß großer Teile Litauens, Bjelorußlands und der Ukraine) aufstellt. Eine kleinere Partei, die SDKP (die sich 1917 dann mit dem linken Flügel der PPS zur Kommunistischen Arbeiterpartei Polens zusammenschließt), grenzt sich – unter dem theoretischen Einfluß Rosa Luxemburgs – von der Bourgeoisie ab, indem sie die Bedeutung des Kampfs um das Selbstbestimmungsrecht der Nation überhaupt leugnet zugunsten der direkten Verschmelzung ihres Kampfs mit dem des russischen Proletariats. Lenin führt einen erbitterten und prinzipiellen Kampf gegen diese Auffassungen, die die Masse des Volkes unweigerlich dem Einfluß der Bourgeoisie überlassen.

Infolge der Spaltung erleidet die polnische Arbeiterbewegung ausgerechnet in der Stunde, wo Polen – gedeckt von der Oktoberrevolution – durch den Spruch der Versailler Konferenz seine staatliche Existenz zurückgewinnt, eine entscheidende Niederlage. Die Reaktion unter Pilsudski triumphiert und stürzt das Volk an der Seite der Invasionstruppen der Entente in einen Eroberungskrieg gegen das revolutionäre Rußland. Die Arbeiterbewegung wird unter den Stiefel getreten. Sie muß ohnmächtig zusehen, wie das Regime in der 30er Jahren sogar beginnt, sich von Hitlers Großdeutschland – mit betrügerischen Versprechungen über „Gewinne im Osten" – zu einem provokanten Zusammenspiel gegen die Sowjetunion einsetzen zu lassen. Polen beteiligt sich 1938 an der Zerstückelung der Tschechoslowakei, um kaum ein Jahr später selbst an die Reihe zu kommen.

Die deutsche Okkupation ist das düsterste Kapitel in der Geschichte der polnischen Nation. Hitler befiehlt, Polen durch Verwandlung in ein geschichtsloses Sklavenvolk auszulöschen: „Das Generalgouvernement sei unser Reservoir an Arbeitskräften für niedrige Arbeiten." 1939 zählte Polen 23,2 Mio. Einwohner, 1946 lebten noch 18,8 Millionen. Insgesamt 6 Millionen, 3 Millionen davon jüdischer Nationalität, wurden umgebracht oder starben im Kampf. Der Widerstandskrieg entwickelte große Wucht, dem Vormarsch der Roten Armee gingen bewaffnete Erhebungen voraus. Aber der Widerstand blieb in einen bürgerli-

von der Oktoberrevolution – durch den Spruch der Versailler Konferenz seine staatliche Existenz zurückgewinnt, eine entscheidende Niederlage. Die Reaktion unter Pilsudski triumphiert und stürzt das Volk an der Seite der Invasionstruppen der Entente in einen Eroberungskrieg gegen das revolutionäre Rußland. Die Arbeiterbewegung wird unter den Stiefel getreten. Sie muß ohnmächtig zusehen, wie das Regime in der 30er Jahren sogar beginnt, sich von Hitlers Großdeutschland – mit betrügerischen Versprechungen über „Gewinne im Osten" – zu einem provokanten Zusammenspiel gegen die Sowjetunion einsetzen zu lassen. Polen beteiligt sich 1938 an der Zerstückelung der Tschechoslowakei, um kaum ein Jahr später selbst an die Reihe zu kommen.

Die deutsche Okkupation ist das düsterste Kapitel in der Geschichte der polnischen Nation. Hitler befiehlt, Polen durch Verwandlung in ein geschichtsloses Sklavenvolk auszulöschen: „Das Generalgouvernement sei unser Reservoir an Arbeitskräften für niedrige Arbeiten." 1939 zählte Polen 23,2 Mio. Einwohner, 1946 lebten noch 18,8 Millionen. Insgesamt 6 Millionen, 3 Millionen davon jüdischer Nationalität, wurden umgebracht oder starben im Kampf. Der Widerstandskrieg entwickelte große Wucht, dem Vormarsch der Roten Armee gingen bewaffnete Erhebungen voraus. Aber der Widerstand blieb in einen bürgerli-
chen und einen proletarischen Flügel gespalten, der eine geführt von der Londoner Exilregierung, der andere von den Kommunisten unter Wladislaw Gomulka. Es gab zwei Befreiungsarmeen, und die bürgerliche hatte unter den Bauern größeren Anhang. Polen aber war noch immer ein hauptsächlich bäuerliches Land. Die Bauern bildeten zusammen mit den Landarbeitern auf den großen Gütern polnischer und deutscher Herren 60% der Bevölkerung, Handwerker und kleine Händler weitere 10%, die Arbeiter 25%.

Nach einer Phase der Koalitionsregierung zwischen den Kommunisten bzw. mit ihnen verbündeten Parteien und den Führern der vormaligen Exilregierung, deren politische Basis hauptsächlich die Bauernpartei ist, kommt es 1947 zum offenen Bruch. Ob die 80%-Mehrheit der Parteien des „Demokratischen Blocks" echt war, ist umstritten. Sicher ist aber, daß die Politik der Kommunisten unter der Losung Gomulkas „Über die Demokratie zum Sozialismus" unter den Volksmassen breite Unterstützung gefunden hatte: durch die energisch vorangetriebene Landreform; durch die Garantien für die zahlreichen selbstarbeitenden Kleineigentümer; durch den großen industriellen Aufbauelan der Arbeiter, der dafür sorgte, daß trotz der ungeheuren Zerstörungen (65% aller Industriebetriebe) der Austausch zwischen Stadt und Land wieder in Gang kam und 1947 die Lebensmittelkarten abgeschafft werden konnten; weiter durch die ausdrückliche Respektierung der Kirche, die – wie oft in der Geschichte Polens – in der Zeit der deutschen Okkupation als einzige gesamtnationale Einrichtung weiterbestanden hatte und mit dem Widerstand verbunden gewesen war; schließlich durch Gomulkas ausdrückliche Betonung eines eigenen Wegs zum Sozialismus.

Im August 1948 wurde Gomulka als Sekretär der Arbeiterpartei gestürzt, Anfang 1949 ins Gefängnis geworfen. Die Vorwürfe waren: Zurückweichen vor nationalistischen, anti-sowjetischen Strömungen und vor der Aufgabe der Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Zusammenschlagung der Einzelbauernwirtschaften zu großen Produktionseinheiten und der forcierte Aufbau einer – für die Verhältnisse des Landes – gigantischen Schwerindustrie, erkauft mit ausländischen Krediten, niedrigsten Löhnen und einer rigorosen Arbeitsdisziplin, die einige Züge von Zwangsarbeit hatte, waren die wirtschaftlichen Angelpunkte der Politik der PVAP unter Bierut; die völlige Verschmelzung von Partei, Staat und Gewerkschaften und eine staatliche Anbindung an die Sowjetunion, die den sowjetischen Marschall Rokossowski zum Verteidigungsminister der VR Polen machte, waren die politischen Hebel.

Die Antwort waren die Streiks und der Posener Aufstand von 1956, die Gomulka aus dem Gefängnis heraus wieder in die Parteiführung brachten. Die sowjetische Führung zog nur zögernd die Panzer, die auf die Arbeiter geschossen hatten, in die Kasernen zu-

samtnationale Einrichtung weiterbestanden hatte und mit dem Widerstand verbunden gewesen war; schließlich durch Gomulkas ausdrückliche Betonung eines eigenen Wegs zum Sozialismus.

Im August 1948 wurde Gomulka als Sekretär der Arbeiterpartei gestürzt, Anfang 1949 ins Gefängnis geworfen. Die Vorwürfe waren: Zurückweichen vor nationalistischen, anti-sowjetischen Strömungen und vor der Aufgabe der Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Zusammenschlagung der Einzelbauernwirtschaften zu großen Produktionseinheiten und der forcierte Aufbau einer – für die Verhältnisse des Landes – gigantischen Schwerindustrie, erkauft mit ausländischen Krediten, niedrigsten Löhnen und einer rigorosen Arbeitsdisziplin, die einige Züge von Zwangsarbeit hatte, waren die wirtschaftlichen Angelpunkte der Politik der PVAP unter Bierut; die völlige Verschmelzung von Partei, Staat und Gewerkschaften und eine staatliche Anbindung an die Sowjetunion, die den sowjetischen Marschall Rokossowski zum Verteidigungsminister der VR Polen machte, waren die politischen Hebel.

Die Antwort waren die Streiks und der Posener Aufstand von 1956, die Gomulka aus dem Gefängnis heraus wieder in die Parteiführung brachten. Die sowjetische Führung zog nur zögernd die Panzer, die auf die Arbeiter geschossen hatten, in die Kasernen zu-
rück. Zu der ZK-Sitzung, auf der Gomulka sein Programm darlegte, erschien uneingeladen Chruschtschow im Kreis mehrere Generäle. Gomulka hielt furchtlos seine Rede, worin er mit einer Investitionspolitik abrechnete, die mit der Ruinierung einer ganzen Arbeitergeneration erkauft war. Er prangerte die Vernachlässigung des Wohnungsbaus und der Versorgung mit notwendigsten Konsumgütern an, sowie die verfehlte Politik der landwirtschaftlichen Kollektivierung, die nur zu unproduktiven Großbetrieben einerseits, zur Bedrückung der Masse der Kleinbetriebe andrerseits, die im übrigen fortexistierten, geführt hatte. Er forderte, mit der bürokratischen Unterdrückung der demokratischen Parteien, der Liquidierung jeder Unabhängigkeit der Gewerkschaften und der Arbeiterselbstverwaltung, sowie mit der sklavischen Beziehung zur Sowjetunion Schluß zu machen. Die Partei soll führen, aber nicht regieren.

Aus diesem Programm, das viele bürgerliche und kleinbürgerliche Elemente enthielt, aber doch den Produktivkräften und der Arbeiterbewegung einigen Spielraum verschafft hätte, ist nicht sehr viel geworden. Unter innerem und äußerem Druck degenerierte die PVAP zu einer revisionistischen Partei, ihre Regierung zur Klassendiktatur einer neuen Bourgeoisie. Über die Einzelheiten sind wir zu schlecht unterrichtet; jedenfalls aber war die PVAP 1970 großteils schon mit denselben Forderungen der Arbeiter konfrontiert wie heute. Gomulka wurde von Gierek abgelöst, nachdem er die Streikenden in Gdansk und Szszecin hatte niederschießen lassen.



Panzer aufmarschieren, und Massendemonstrationen in Warschau fordert die polnische Arbeiterklasse die Korrektur der Fehler der PVAP, Verbesserung der Lebensbedingungen, Beendung der Zwangskollektivierung, Demokratie und Schluß mit der Bevormundung durch die Sowjetunion.

In den 10 Jahren seither haben sich alle Widersprüche der polnischen Gesellschaft nur noch klarer herausgearbeitet. Polen ist aus einem Agrarland zu einem Industrieland geworden, in einem Tempo wie kaum ein anderes Land. Vieles daran nötigt Bewunderung ab. 1960 noch hielten sich industrielles und landwirtschaftliches Produkt mit 37%:34% des Nationaleinkommens fast die Waage. 1977 war das Verhältnis schon 53%:14%. Die Industrieproduktion hat sich in diesem Zeitraum annähernd verfünffacht. Polen, das früher kaum eine Seeschiffahrt kannte, ist heute z.B. zum größten Exporteur von Handelsschiffen in Europa geworden; moderne Eigenkonstruktionen werden auf den neuen Großwerften aufgelegt.

Aber nicht zufällig sind es die Werftarbeiter, die sich jetzt mit politischen Forderungen an die Spitze der Streikbewegung der letzten Wochen gestellt haben. Fast 90% der Produktion der Werften ist im vorhinein an das Ausland verpfändet, das Gros über feste Lieferverpflichtungen an die Sowjetunion (vgl. die nebenstehende Meldung). Die Schuldentilgung allein an die westlichen Gläubiger wird in diesem Jahr mit 7 Mrd. $ fast sämtliche Exportgewinne aufzehren. Der Wertabfluß in die Sowjetunion und die westlichen imperialistischen Staaten ist zu einem reißenden Strom geworden, der gerade die dringendst benötigten Produktions- und Konsumgüter hinausspült. Gierek hatte aus der wirtschaftlichen und politischen Krise 1970 bewußt den Ausweg eines „importier-

zu einem Industrieland geworden, in einem Tempo wie kaum ein anderes Land. Vieles daran nötigt Bewunderung ab. 1960 noch hielten sich industrielles und landwirtschaftliches Produkt mit 37%:34% des Nationaleinkommens fast die Waage. 1977 war das Verhältnis schon 53%:14%. Die Industrieproduktion hat sich in diesem Zeitraum annähernd verfünffacht. Polen, das früher kaum eine Seeschiffahrt kannte, ist heute z.B. zum größten Exporteur von Handelsschiffen in Europa geworden; moderne Eigenkonstruktionen werden auf den neuen Großwerften aufgelegt.

Aber nicht zufällig sind es die Werftarbeiter, die sich jetzt mit politischen Forderungen an die Spitze der Streikbewegung der letzten Wochen gestellt haben. Fast 90% der Produktion der Werften ist im vorhinein an das Ausland verpfändet, das Gros über feste Lieferverpflichtungen an die Sowjetunion (vgl. die nebenstehende Meldung). Die Schuldentilgung allein an die westlichen Gläubiger wird in diesem Jahr mit 7 Mrd. $ fast sämtliche Exportgewinne aufzehren. Der Wertabfluß in die Sowjetunion und die westlichen imperialistischen Staaten ist zu einem reißenden Strom geworden, der gerade die dringendst benötigten Produktions- und Konsumgüter hinausspült. Gierek hatte aus der wirtschaftlichen und politischen Krise 1970 bewußt den Ausweg eines „importier-

ten Wachstums" gewählt: Maschinenkäufe auf Kredit, um damit die Ausbeutungsrate wesentlich zu steigern und durch Exporte von Massenartikeln auf dem Weltmarkt Devisen zu machen. Aber selbst in den Boomjahren 1971–75, als sich die Arbeitsproduktivität um fast 8% jährlich erhöhte, war dies fast vollständig der steigenden „Kapitalausstattung" (der Ersetzung menschlicher Arbeit durch Maschinen) geschuldet; die Steigerung der reinen, intensiven Verausgabung menschlicher Arbeit blieb unter 2% jährlich, ab 1975 begann sie zu stagnieren. Seit dem letzten Jahr beginnt die Produktion sogar absolut zurückzugehen. Nach Erhebungen des Statistischen Amtes hatte schon 1978 die Hälfte eines ganzen Jahresprodukts als unverkäufliche Ausschußware in den Lagern gelegen. Dagegen steigern sich die Importe westlicher Qualitäts- und Luxuswaren seitens der neuen Bourgeoisie. 1976, bei der Legalisierung der Devisenkonten, wurde ein Kreis von 312000 Personen erfaßt, der 141 Mio. US-$ besaß.

Die Wirtschaftskrise in Polen als einem staatskapitalistischen Land hat andere Erscheinungsformen. Aber wie bei uns, soll sie durch Senkung des Werts der Arbeitskraft und Steigerung der Ausbeutung überwunden werden. Die Inflation hatte schon 1978 offiziell 8,5% betragen; die Lohnsteigerungen nur 5,7%. Inzwischen wird die Teuerung auf 15–25% geschätzt. Der Abbau der Fleischsubventionen würde einen Eckpfeiler der Volksernährung eindgültig einreißen, während die Löhne bis 1985 um ganze 12% (nach Staatsplan) hätten steigen wollen. Dieser Hungerstrategie haben die jetzigen Lohnstreiks, die im Schnitt 10% Erhöhung durchgesetzt haben, einen gewissen Riegel vorgeschoben.

Was ist der Kern des Widerspruchs? Gierek hat es in einer Rede vor Bergarbeitern im letzten Jahr auf die Formel gebracht, die Ansprüche stiegen infolge der Industrialisierung weit schneller, als sie befriedigt werden könnten. Die neue Bourgeoisie hat durch den systematischen, langsamen Ruin der Bauernwirtschaften in den letzten Jahrzehnten Millionen Arbeiter in ihre neu errichteten Fabriken gesteckt und sie nach modernen Methoden auszubeuten versucht, ohne dem Rechnung zu tragen, daß diese vollständige Umwälzung der Lebensverhältnisse entsprechende absolute Erfordernisse der Wiederherstellung der Arbeitskraft hervorruft, die im Lohn entgolten werden müssen. Eine Wohnung, Haushaltsgeräte, ein Auto – sind für Millionen eine brennende Notwendigkeit. Aber großteils sind sie aus einem normalen Arbeiterlohn völlig unerschwinglich; und wenn das Geld zusammengespart ist, sind die Waren selbst nicht zu haben. Auf eine Wohnung wartet man 8–10 Jahre, und muß große Anzahlungen machen, bevor sie überhaupt gebaut wird. Danach geht es an das Abzahlen. Das Ganze muß entweder erhungert werden, oder aber der Arbeiter muß seine Arbeitskraft auf dem Schwarzmarkt ein zweites Mal verkaufen. Die neue Bourgeoisie schöpft Mehrwert auf beiden Seiten, wobei Unterschleif und Korruption reguläre Formen der privaten Aneignung geworden sind.

Mit ihren Lohnforderungen von 2000 Zlotv (bei Durchschnittslöhnen

beitern im letzten Jahr auf die Formel gebracht, die Ansprüche stiegen infolge der Industrialisierung weit schneller, als sie befriedigt werden könnten. Die neue Bourgeoisie hat durch den systematischen, langsamen Ruin der Bauernwirtschaften in den letzten Jahrzehnten Millionen Arbeiter in ihre neu errichteten Fabriken gesteckt und sie nach modernen Methoden auszubeuten versucht, ohne dem Rechnung zu tragen, daß diese vollständige Umwälzung der Lebensverhältnisse entsprechende absolute Erfordernisse der Wiederherstellung der Arbeitskraft hervorruft, die im Lohn entgolten werden müssen. Eine Wohnung, Haushaltsgeräte, ein Auto – sind für Millionen eine brennende Notwendigkeit. Aber großteils sind sie aus einem normalen Arbeiterlohn völlig unerschwinglich; und wenn das Geld zusammengespart ist, sind die Waren selbst nicht zu haben. Auf eine Wohnung wartet man 8–10 Jahre, und muß große Anzahlungen machen, bevor sie überhaupt gebaut wird. Danach geht es an das Abzahlen. Das Ganze muß entweder erhungert werden, oder aber der Arbeiter muß seine Arbeitskraft auf dem Schwarzmarkt ein zweites Mal verkaufen. Die neue Bourgeoisie schöpft Mehrwert auf beiden Seiten, wobei Unterschleif und Korruption reguläre Formen der privaten Aneignung geworden sind.

Mit ihren Lohnforderungen von 2000 Zloty (bei Durchschnittslöhnen

von 5000 Zloty) sowie ihren politischen Forderungen, die sich zuspitzen auf die Erkämpfung vom Staat unabhängiger Gewerkschaften, haben die Werftarbeiter den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als unversöhnlichen Klassenwiderspruch aufgeworfen. Ihre Lohnforderung läuft auf eine Hebung des ganzen *Niveaus* der Löhne hinaus. Ihre Forderung nach Gewerkschaften als eigenen Klassenorganisationen ist die endgültige Aufkündigung der Gefolgschaft für das bürgerliche Entwicklungsmodell der Revisionisten, worin die modernen Produktionsmittel nur zur rücksichtslosen Auspressung der menschlichen Arbeitskraft dienen, statt als Instrumente in den Händen der Arbeiter, die selbst die entscheidende Produktivkraft bilden.

In diesem Punkt – der Zuspitzung auf die eigene Klassenorganisation – gehen die Forderungen der Arbeiter über die der bürgerlich-demokratischen Opposition hinaus, mit denen sie sich ansonsten aber momentan decken. Daß sie sich decken, ist nicht verwunderlich: die polnische Arbeiterbewegung braucht, nachdem sie ihre Kommunistische Partei verloren hat, die elementaren bürgerlichen Freiheiten, eben um sich politisch und theoretisch von neuem von der alten und neuen Bourgeoisie zu lösen. Die Souveränität nach außen, vor allem gegenüber dem Sozialimperialismus, für den Polen der unverzichtbare Aufmarschplatz gegen Westeuropa ist, ist ein demokratisches Ziel, für das ein noch breiteres Klassenbündnis – bis in die Führung der PVAP und die der Katholischen Kirche hinein – geschlossen werden kann.

Streikversammlung Warski-Werft Szczecin, 24.1.1971

Die Arbeiter der Warski-Werft von Szczecin nehmen am 19.1.1971 ihren Streik vom Dezember wieder auf, als die PVAP-Leitung im Betrieb vor der Presse eine gefälschte Produktionsverpflichtung in die Welt setzt. Innerhalb von zwei Tagen schließen sich die Werften und die Verkehrs- und Postbetriebe der Stadt an. Am 24.1. kommt auf ihr Verlangen der neue Parteivorsitzende Gierek auf die Werft, um zu den Forderungen Stellung zu nehmen; seine Milizbegleitung muß er draußen lassen. Die Diskussion, die auf die gesamte Werft übertragen wird, ist auf Tonband aufgenommen worden. (Rote Fahnen über Polen, Trikont 1972)

Vorsitzender des Streikkomitees: Die Streikforderungen:

1. Wir verlangen, daß die Lebensmittelpreise auf den Stand vom 12. Dezember 1970 zurückgeführt werden.
2. Im Einklang mit dem Willen der Belegschaft, der auf allen offen abgehaltenen Abteilungsversammlungen zum Ausdruck kam, verlangen wir die unverzügliche und gesetzliche Durchführung von Wahlen der Gewerkschaftsleitungen, der Arbeiterräte sowie, entsprechend dem Wunsch der Mehrheit der Parteimitglieder, demokratische Wahlen in den Organisationen der Partei und des Jugendverbandes auf Abteilungs- und Betriebsebene.
3. Wir verlangen die Zusicherung, daß den Streikenden für die Dauer des Streiks der Lohn ausgezahlt wird.
4. Wir fordern, daß die Betriebsleitung und die staatlichen Organe den Streikteilnehmern und den Mitgliedern des Streikkomitees garantieren, daß keine Folgen für sie entstehen und ihnen volle persönliche Sicherheit auf dem Betriebsgelände und in der Stadt gewährleistet wird.

(Weiter wird eine korrekte Berichterstattung der Presse verlangt sowie die Anerkennung des Streikkomitees bis zu den geforderten Neuwahlen)

Wir fordern, daß die Sicherheitsorgane unverzüglich aufhören, die Arbeiter, die am Streik teilnehmen, zu schikanieren, einzuschüchtern und zu verhaften. Der Streik ist kein Verbrechen, da nirgends ein Verbot ausgesprochen ist.

In seiner Anwort lehnt Gierek die Rücknahme der Preiserhöhungen ab mit dem Hinweis auf Fehler Gomulkas und die schwierige Wirtschaftslage, die erst durch gemeinsame Arbeit gebessert werden müsse. Neuwahl von Gewerkschaftsorganen, Bestrafung gewisser Funktionäre, Straffreiheit der Streikenden und die Presseveröffentlichung wird zugestanden, Bezahlung der Streiktage, sofern der Plan erfüllt wird. Danach nehmen die Delegierten der Abteilungen Stellung. Auszüge:

Delegierter K-1: Nur geredet hat man, angelogen hat man uns, direkt ins Gesicht, kleine Kinder hat man aus uns gemacht. Warum ist das so? Genosse Gierek hat uns gesagt, man müsse den Streik abbrechen. Ich bin einverstanden; aber reden wir offen, reden wir gerade, so wie es wirklich ist. Genosse Gierek kann uns glauben, wir werden schon nicht mehr die Leichen zählen, denn es ist schwer zu berechnen, wieviele sie von den Straßen aufgelesen haben, ... Unangenehm ist das, daß wir für unser schwer verdientes Geld uns diese Kugeln gegen uns gekauft haben! Wie kann das sein, daß die Arbeiterklasse sich gegen die Arbeiterklasse gekehrt hat? Also, wie können wir auf uns schießen? ... Er hat böses Blut gemacht, unser Direktor! Man hat falsche Flugblätter über uns herausgegeben. Wenn wir doch ehrlich streiken, das ist doch kein Verbrechen! Bei uns gibt es noch keine Vorschrift, daß man streiken darf. Es gibt keine! Warum gibt es keine? Überall auf der Welt gibt es das doch, und bei uns nicht? Das heißt, es gibt gar nichts bei uns, und wir wollen etwas tun!

Delegierter K-4: Ich bin der Vertreter von K-4. Diese Abteilung arbeitet direkt am Schiffskörper. Die Arbeit am Schiffskörper ist eine der schwersten auf der Werft. ... Das ist eine Abteilung unter freiem Himmel. Wir haben überhaupt keine Zulagen, weder im Winter noch im Sommer. Im Sommer arbeiten wir bei Temperaturen bis zu 70°. Der Plan ist für Winter wie Sommer der gleiche. Ganze Eimer voll Schweiß rinnen von uns herunter in der heißen Jahreszeit, im Winter frieren unsere Werkzeuge ein, und wir haben keine Zulagen bekommen. In der Regenzeit hat es Sterbefälle durch Elektroschocks gegeben, keiner ist in der Lage, das zu erledigen, daß die Leute ein Recht auf Unterbrechung haben, wenn es regnet. Es gibt keine Arbeitsunterbrechung, aber wenn für den ganzen Tag keine Arbeit da ist, dann zahlen sie nur für vier Stunden. Wir nehmen freiwillige Verpflichtungen auf uns und unterstützen die Führung der Partei, aber wir wollen auch die Zusicherung, daß diese Normative für die Schiffbauer geändert werden. *(Beifall)* ... Heute ist jeder zweite Schiffbauer blind, taub und rheumatisch, und das für ein elendes Geld. Der Hilfsarbeiter verdient heute 1800 bis 2000 Zloty. Rechnen wir die Ausgaben zusammen. In einer fünfköpfigen Familie: Zum Frühstück ein Brötchen mit Wasser, zum Abend dasselbe – 4 Zl. Das billigste Mittagessen 12 Zl. pro Person – 60 Zl., automatisch 64 Zl. täglich. Im Monat macht das 1800 bis zu 1900 Zl. allein für das Essen aus. Und auf der Werft ist die Arbeit schwer, jeder muß sich ernähren, denn wirklich, nach 15 Jahren ist der Sarg bereit! Da ist nichts zu machen! *(Beifall)* ... Ein Beitrag zu unseren Forderungen: unsere Abteilung spricht sich für eine Lohnerhöhung aus, umsomehr als diese Normen jeden Augenblick erhöht werden, keine Rede davon, daß man da eine Grenze festlegt, es gibt überhaupt keinen Schutz.

Delegierter ZGW: Kollegen! Um zu leben, muß man arbeiten, denn wir haben nicht das Glück wie diese Leute, die nicht arbeiten, aber gut leben. ... Sie sind so große Herren geworden, nicht nur die Führung von Staat und Partei, aber auch die, die zwei Tage lang keine gemeinsame Sprache finden wollten, zwischen der Leitung und den Arbeitern. Sie leben von unserer Arbeit, sitzen aber vor den Schreibtischen und verteilen den Fonds für unsere Löhne. Ist das *(klopft mit der Hand auf den Tisch)* eine Form von Demokratie? Auf keinen Fall! *(Beifall)*

Mitglied der „Dreiergruppe des Streiks": Die Belegschaften unserer Abteilungen sagen so: Wie wir wissen, gibt es jetzt zwei Strömungen auf der höchsten Stufe. Die beiden Strömungen stoßen zusammen. Wenn die Strömung, die die alte Politik angewendet hat, und hier Verwirrung stiften will, wieder Verlogenheit einführen will, wenn die siegt, dann kommen wir, die man zum Streik provoziert hat, ins Gefängnis. In der Direktion oder im Betriebskomitee haben sie versucht, nach und nach, alle diese Leute herauszufischen und zu strafen. Wir sind darüber wirklich beunruhigt. Wir möchten, daß die Erneuerung von der untersten Stufe angefangen und bis oben durchgeführt wird. Angefangen von den Gewerkschaftsleitungen, den Betriebskomitees, der Direktion. Daß wir gegenüber dem Direktor etwas darstellen, daß wir uns nicht fürchten müssen, daß uns jemand beiseite schiebt.

Delegierter SOWI: Genossen, ich möchte hier einige Sachen aufzeigen, denn ich bin schon seit 1946 hier in Stettin und Parteimitglied bin ich seit 26 Jahren. Deshalb will ich Genossen Gierek hier auch vielleicht eine Idee geben, woher man das Geld nehmen soll. Er sagte uns, daß wir vor allem begonnene Bauvorhaben nicht abbrechen können. Wir sind uns klar darüber, daß wir das nicht tun dürfen, denn der Einsatz, das Geld und unsere Arbeit, die da hineingetan wurden, das ist unser Geld, das ist unser Blut. Aber wir können von anderen Geld herausholen, von denen, die es bei uns im Land faktisch zu gut haben. Da gehen so konkrete Gespräche bei den Arbeitern herum, daß bei uns die Gesellschaft in bestimmte Klassen geteilt ist. Die einen, die haben schon so einen Sozialismus, daß sie nicht wissen, was sie mit ihm machen sollen, daß sie schon irgendwelche besseren sind. ... Wir haben seit 1945 dafür gekämpft, daß es keine Klassenteilung geben soll, und da macht man von oben schon diese Klassenteilung. ... Man sagt, daß man die Ungleichheit aufheben muß, die es in der Nachkriegszeit zwischen dem Arbeiter und dem Bauern gegeben hat. Und dafür kämpfen wir, daß das aufgehoben wird. Warum also neue Teilungen machen? Denen muß man einen bestimmten Teil des Geldes wegnehmen und das Budget *der* Leute verbessern, die nur Brot verlangen.

Delegierter MKP: Ich möchte allen Arbeitern der Werft sagen, daß wir in dieser schweren Situation die Arbeit aufnehmen müssen, Genossen. Wir müssen der Regierung eine Chance geben, ein, zwei Jahre. Wenn in einem Jahr, in zwei Jahren wirklich keine Besserung eintritt, so werden wir sagen: Genossen, wir sind wieder betrogen worden.

Delegierter M: Da die Uniform der Miliz mit Arbeiterblut befleckt ist, gedenken wir der Gefallenen und führen wir den Grundsatz ein, daß so, wie man uns vom Lohn die Steuern abzieht, auch der Miliz vom Lohn die Steuer abgezogen wird. *(Stürmischer Beifall)* Das soll ein Denkzettel für sie sein, daß sie zu unserem Schutz da sind und nicht, um auf uns zu schießen. Und uns soll man die Steuern auf die Überstunden streichen.

Delegierter Rohrwerk: Genosse Gierek! Genosse Jaroszewicz! Euer Auftreten hat die Belegschaft meiner Abteilung nicht überzeugt! Wir brechen den Streik ab, nicht aus Überzeugung, sondern weil ihn alle abbrechen!

Nach fast neunstündiger Dauer beschließt die Versammlung bei einigen Enthaltungen Abbruch des Streiks.

dem Betriebsgelände und in der Stadt gewährleistet wird.

(Weiter wird eine korrekte Berichterstattung der Presse verlangt sowie die Anerkennung des Streikkomitees bis zu den geforderten Neuwahlen)

Wir fordern, daß die Sicherheitsorgane unverzüglich aufhören, die Arbeiter, die am Streik teilnehmen, zu schikanieren, einzuschüchtern und zu verhaften. Der Streik ist kein Verbrechen, da nirgends ein Verbot ausgesprochen ist.

In seiner Anwort lehnt Gierek die Rücknahme der Preiserhöhungen ab mit dem Hinweis auf Fehler Gomulkas und die schwierige Wirtschaftslage, die erst durch gemeinsame Arbeit gebessert werden müsse. Neuwahl von Gewerkschaftsorganen, Bestrafung gewisser Funktionäre, Straffreiheit der Streikenden und die Presseveröffentlichung wird zugestanden, Bezahlung der Streiktage, sofern der Plan erfüllt wird. Danach nehmen die Delegierten der Abteilungen Stellung. Auszüge:

Delegierter K-1: Nur geredet hat man, angelogen hat man uns, direkt ins Gesicht, kleine Kinder hat man aus uns gemacht. Warum ist das so? Genosse Gierek hat uns gesagt, man müsse den Streik abbrechen. Ich bin einverstanden; aber reden wir offen, reden wir gerade, so wie es wirklich ist. Genosse Gierek kann uns glauben, wir werden schon nicht mehr die Leichen zählen, denn es ist schwer zu berechnen, wie-

Delegierter ZGW: Kollegen! Um zu leben, muß man arbeiten, denn wir haben nicht das Glück wie diese Leute, die nicht arbeiten, aber gut leben. ... Sie sind so große Herren geworden, nicht nur die Führung von Staat und Partei, aber auch die, die zwei Tage lang keine gemeinsame Sprache finden wollten, zwischen der Leitung und den Arbeitern. Sie leben von unserer Arbeit, sitzen aber vor den Schreibtischen und verteilen den Fonds für unsere Löhne. Ist das (klopft mit der Hand auf den Tisch) eine Form von Demokratie? Auf keinen Fall! (Beifall)

Mitglied der „Dreiergruppe des Streiks": Die Belegschaften unserer Abteilungen sagen so: Wie wir wissen, gibt es jetzt zwei Strömungen auf der höchsten Stufe. Die beiden Strömungen stoßen zusammen. Wenn die Strömung, die die alte Politik angewendet hat, und hier Verwirrung stiften will, wieder Verlogenheit einführen will, wenn die siegt, dann kommen wir, die man zum Streik provoziert hat, ins Gefängnis. In der Direktion oder im Betriebskomitee haben sie versucht, nach und nach, alle diese Leute herauszufischen und zu strafen. Wir sind darüber wirklich beunruhigt. Wir möchten, daß die Erneuerung von der untersten Stufe angefangen und bis oben durchgeführt wird. Angefangen von den Gewerkschaftsleitungen, den Betriebskomitees, der Direktion. Daß wir gegenüber dem Direktor etwas darstellen,

gehoben wird. Warum also neue Teilungen machen? Denen muß man einen bestimmten Teil des Geldes wegnehmen und das Budget der Leute verbessern, die nur Brot verlangen.

Delegierter MKP: Ich möchte allen Arbeitern der Werft sagen, daß wir in dieser schweren Situation die Arbeit aufnehmen müssen, Genossen. Wir müssen der Regierung eine Chance geben, ein, zwei Jahre. Wenn in einem Jahr, in zwei Jahren wirklich keine Besserung eintritt, so werden wir sagen: Genossen, wir sind wieder betrogen worden.

Delegierter M: Da die Uniform der Miliz mit Arbeiterblut befleckt ist, gedenken wir der Gefallenen und führen wir den Grundsatz ein, daß so, wie man uns vom Lohn die Steuern abzieht, auch der Miliz vom Lohn die Steuer abgezogen wird. (Stürmischer Beifall) Das soll ein Denkzettel für sie sein, daß sie zu unserem Schutz da sind und nicht, um auf uns zu schießen. Und uns soll man die Steuern auf die Überstunden streichen.

Delegierter Rohrwerk: Genosse Gierek! Genosse Jaroszewicz! Euer Auftreten hat die Belegschaft meiner Abteilung nicht überzeugt! Wir brechen den Streik ab, nicht aus Überzeugung, sondern weil ihn alle abbrechen!

Nach fast neunstündiger Dauer beschließt die Versammlung bei einigen Enthaltungen Abbruch des Streiks.



Streikversammlung auf der Warski-Werft Szczecin, 1970.



Sitzung des überbetrieblichen Streikkomitees von Gdansk, 1980.

Versöhnung von Bundeswehr und Gewerkschaften?

z.jük. An den Aktionen gegen die Rekrutenvereidigung in Bremen im Mai dieses Jahres, die aus Anlaß der 25jährigen Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der NATO durchgeführt wurde, haben etliche Gewerkschaftsmitglieder teilgenommen. Zum Teil hatten sie in den Wochen vorher durch Erklärungen und Beschlüsse in ihren Gewerkschaftsgliederungen bzw. Betrieben gegen die Vereidigung, gegen die NATO und die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten Stellung genommen. Der Bourgeoisie und ihrem Staatsapparat ist es nicht gelungen, dieses durch Einschüchterung zu verhindern. Die Widersprüche unter den bürgerlichen Parteien sind etwas in Bewegung gekommen. Die CDU/CSU forderte eine Untersuchung durch den Bundestag, und ist vorneweg beim Untersuchen. Die Regierungssozialdemokratie ist etwas in Schwierigkeiten gekommen, weil sie nicht um die Tatsache herumkommt, daß Gewerkschaftsmitglieder und Sozialdemokraten an den Aktionen teilgenommen haben und daß das durch Untersuchung von Ausschreitungen nicht berichtigt werden kann.

Diese Schwäche ist offensichtlich in den Gewerkschaften aufgefallen, von wo aus jetzt versucht wird, eine direkte Übereinstimmung zwischen der Bundeswehr und den Gewerkschaften herzustellen. Siegfried Mertens, stellvertretender Vorsitzender der ÖTV, hat in Zeitungen und Fernsehen diese Auffassung geäußert, wobei er nicht umhin konnte, sich gegen ,,überholtes Landsknechtszeremoniell, das sich Großer Zapfenstreich nennt,'' auszusprechen. Gegenüber den Untersuchungskommissionen ist Mertens der Auffassung, daß den geladenen Zeugen nicht ,,die richtigen Fragen gestellt'' worden seien, und stellt dann welche. Im Kern fragt er, warum zur Rekrutenvereidigung in Bremen nicht die Gewerkschaften geladen wurden und die Eltern der Rekruten, um zu zeigen, ,,daß es sich um eine Veranstaltung *unserer* Bundeswehr handelt. Das hätte an den Eingeladenen deutlich werden können. Hat irgend jemand daran gedacht, Arbeiter einzuladen? Ist niemand auf die Idee gekommen, die Werftarbeiter der AG Weser, der Vulkan-Werft, die Arbeiter von Klöckner oder die Hafenarbeiter mit ihren Kollegen der städtischen Verkehrsbetriebe und der Müllabfuhr einzuladen? War es nur eine Veranstaltung der Bremer Wirtschaft? War es eine Veranstaltung der Generäle und Admirale?''

Und dazu sagt Mertens zu verschiedenen Gelegenheiten, daß sich ,,Arbeiterschaft und bewaffnete Macht miteinander versöhnt'' haben. Mertens im ÖTV-Magazin: ,,Die Diskussion um die Wiederbewaffnung hat in den fünfziger Jahren in unserem Volk Gräben aufgerissen. Der Respekt vor unterschiedlichen Auffassungen gebot uns als Einheitsgewerkschaft, jedem das Recht zuzugestehen, selbständig seinen Standort zu beziehen. Mit der Mehrheit der Gewerkschafter war ich damals ein erklärter Gegner der Wiederbewaffnung. Die Entscheidung im Deutschen Bundestag beendete die Auseinandersetzung. Die Wunden, die entstanden waren, vernarbten. Wir beschlossen, bei Soldaten nicht für die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ÖTV zu werben. Jedem, der vor Eintritt in die Bundeswehr Mitglied der Gewerkschaft ÖTV war, sollte die Mitgliedschaft erhalten bleiben. Das galt besonders für die Wehrpflichtigen. Im Dezember 1964 hat dann der Beirat der ÖTV entschieden, daß auch Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit Mitglied der Gewerkschaft ÖTV werden können. Die staatspolitische Erkenntnis, daß die Bundeswehr Teil des demokratischen Staates ist, führte zur Revision der bisherigen Haltung. Das soziale Schicksal derer, die diesen Beruf ausübten, stand damit gleichwertig neben dem aller anderen Arbeitnehmer. Mit diesem Abschluß wurde auch deutlich, daß der in deutscher Tradition begründete Streit zwischen Arbeiterschaft und bewaffneter Macht ein für allemal beendet sein sollte.''

Mertens versucht zu übersehen, daß die Bundeswehr aus ganz anderen Interessen geschaffen worden ist als etwa die Gewerkschaftsbewegung. Während letzte zum Kampf gegen die Kapitalisten geschaffen worden ist als ,,Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals'' und letztlich ,,ein Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems'' darstellen muß, ist die imperialistische Armee gerade zum Zweck des Erhalts eben dieses Lohnsystems geschaffen, im Inneren als Kern des bürgerlichen Staatsapparates zur Sicherung des Privateigentums an Produktionsmitteln, gegenüber den imperialistischen Konkurrenten als Instrument zur Fortsetzung der Politik der Monopolbourgeoisie mit anderen, militärischen Mitteln.

Tatsache ist, die Gewerkschaft hatte recht, die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung zu unterstützen und zu führen. Da sie aber einfach gegen die Waffen gerichtet war und nicht aufgeworfen wurde, wer herrscht und wer die Waffen führt, konnte diese Bewegung die Wiederbewaffnung der westdeutschen Bourgeoisie nicht verhindern.

Die Kritik der Sozialdemokratie und damit der Gewerkschaft an der imperialistischen Armee war somit von Beginn halbherzig. Der Beschluß des ÖTV-Beirates zur Organisierung von Berufs- und Zeitsoldaten in der ÖTV kann doch praktisch nur dazu dienen, den Kampf gegen die imperialistische Armee zu erleichtern, Mertens dagegen nimmt den Beschluß als Argument, den Kampf gegen die imperialistische Armee überhaupt einzustellen. Das war nach Einrichtung der Bundeswehr im Jahre 1956 Schritt für Schritt der Fall. Das kann aber nicht die richtige Konsequenz aus den Schwächen und Fehlern der Bewegung gegen die Wiederbe-

war ich damals ein erklärter Gegner der Wiederbewaffnung. Die Entscheidung im Deutschen Bundestag beendete die Auseinandersetzung. Die Wunden, die entstanden waren, vernarbten. Wir beschlossen, bei Soldaten nicht für die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ÖTV zu werben. Jedem, der vor Eintritt in die Bundeswehr Mitglied der Gewerkschaft ÖTV war, sollte die Mitgliedschaft erhalten bleiben. Das galt besonders für die Wehrpflichtigen. Im Dezember 1964 hat dann der Beirat der ÖTV entschieden, daß auch Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit Mitglied der Gewerkschaft ÖTV werden können. Die staatspolitische Erkenntnis, daß die Bundeswehr Teil des demokratischen Staates ist, führte zur Revision der bisherigen Haltung. Das soziale Schicksal derer, die diesen Beruf ausübten, stand damit gleichwertig neben dem aller anderen Arbeitnehmer. Mit diesem Abschluß wurde auch deutlich, daß der in deutscher Tradition begründete Streit zwischen Arbeiterschaft und bewaffneter Macht ein für allemal beendet sein sollte.''

Mertens versucht zu übersehen, daß die Bundeswehr aus ganz anderen Interessen geschaffen worden ist als etwa die Gewerkschaftsbewegung. Während letzte zum Kampf gegen die Kapitalisten geschaffen worden ist als ,,Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals'' und letztlich ,,ein Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems'' darstellen muß, ist die imperialistische Armee gerade zum Zweck des Erhalts eben dieses Lohnsystems geschaffen, im Inneren als Kern des bürgerlichen Staatsapparates zur Sicherung des Privateigentums an Produktionsmitteln, gegenüber den imperialistischen Konkurrenten als Instrument zur Fortsetzung der Politik der Monopolbourgeoisie mit anderen, militärischen Mitteln.

Tatsache ist, die Gewerkschaft hatte recht, die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung zu unterstützen und zu führen. Da sie aber einfach gegen die Waffen gerichtet war und nicht aufgeworfen wurde, wer herrscht und wer die Waffen führt, konnte diese Bewegung die Wiederbewaffnung der westdeutschen Bourgeoisie nicht verhindern.

Die Kritik der Sozialdemokratie und damit der Gewerkschaft an der imperialistischen Armee war somit von Beginn halbherzig. Der Beschluß des ÖTV-Beirates zur Organisierung von Berufs- und Zeitsoldaten in der ÖTV kann doch praktisch nur dazu dienen, den Kampf gegen die imperialistische Armee zu erleichtern, Mertens dagegen nimmt den Beschluß als Argument, den Kampf gegen die imperialistische Armee überhaupt einzustellen. Das war nach Einrichtung der Bundeswehr im Jahre 1956 Schritt für Schritt der Fall. Das kann aber nicht die richtige Konsequenz aus den Schwächen und Fehlern der Bewegung gegen die Wiederbe-

waffnung sein, deren Fehler kritisiert und überwunden werden müssen. Praktisch bedeutet das für die Gewerkschaften, daß sie sich intensiv mit dem Kampf der eingezogenen Soldaten, der sich gegen die Kasernenunterdrückung, gegen den niedrigen Sold und die völlige Rechtlosigkeit der Soldaten richtet, beschäftigen und diesen Kampf direkt unterstützen müssen. Andererseits muß in den Gewerkschaften die Frage aufgeworfen werden nach den Waffen unter dem Gesichtspunkt, wer verfügt über die Waffen, in welchem Interesse werden sie geführt.

Über die Unvermeidlichkeit von Kriegen und den Kampf gegen den imperialistischen Krieg

z.ges. Am 1. September 1939 überfielen die Truppen des deutschen Imperialismus auf Befehl Hitlers Polen. Dieses Datum gilt als Beginn des II. Weltkrieges. Der 1. September ist seither ein Tag des Protestes gegen imperialistischen Krieg. Nach Ende des II. Weltkrieges sind immer wieder von seiten der Bourgeoisie Auffassungen verbreitet worden, daß mit dem II. Weltkrieg die Epoche der imperialistischen Kriege vorüber sei und daß ein weiterer Weltkrieg, weil reiner Wahnsinn, von niemandem gewollt werde. Entspannung sei das Zeichen der Zeit. Die verschiedenen Kriege der USA, gegen Korea, zuletzt gegen Vietnam, Laos und Kampuchea haben diese Auffassungen erschüttert. Mit dem Ende des Vietnamkrieges und der Niederlage der US-Imperialisten hat aber die von der Bourgeoisie ausgestreute Hoffnung auf Entspannung noch mal gegriffen. Mit dem Überfall Vietnams, hinter dem die Sowjetunion steht, auf das Demokratische Kampuchea und erst recht mit dem Überfall der Sowjetunion auf Afghanistan wird die wachsende Kriegsgefahr großen Volksmassen bewußt. Die alten Imperialisten mit den USA als Führungsmacht an der Spitze haben ihren Charakter nicht geändert. Die Sowjetunion meldet mit ihren Aggressionsakten ihren Anspruch auf Neuverteilung der Welt an. In den Händen der Kriegstreiber befindet sich ein ungeheures Waffenarsenal. Wie könnten da ausgerechnet die Waffen, speziell die Kernwaffen, einen Krieg verhindern? Das aber war eine der ,,Hoffnungen'', die die Bourgeoisie verbreitet hat.

Stets haben die Marxisten-Leninisten die Auffassung vertreten, daß in der Epoche des Imperialismus Kriege unvermeidlich sind. Da die territoriale Aufteilung der Welt bereits abgeschlossen ist und die aufstrebenden imperialistischen Mächte überall auf Schranken stoßen, die ihnen entweder ihre Konkurrenten gewaltsam gezogen haben oder die die unabhängigen Völker ihrem Expansionsstreben gegenüber errichten und verteidigen, können sie eine Neuaufteilung der Welt nur gewaltsam erzwingen. Die Neuaufteilung der Welt wird aber durch die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus, die im Imperialismus nicht abgestumpft wird, sondern sich verschärft, immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Die Imperialisten setzen ihre auf Eroberung und Weltherrschaft gerichtete Politik mit militärischen Mitteln fort. Solange es Imperialismus gibt, bleiben imperialistische Kriege unvermeidlich und eine Gefahr.

Auf der anderen Seite bringt der Imperialismus unvermeidlich nationale Befreiungs- und Widerstandskriege hervor, denn anders können sich die unterdrückten Nationen von den imperialistischen Gewaltherrschern nicht befreien. Unvermeidlich muß die Arbeiterklasse im Kampf gegen die herrschenden Ausbeuter zum Mittel des bewaffneten Aufstandes und des Bürgerkrieges greifen. Da die Imperialisten vor den Grenzen der sozialistischen Staaten nicht haltmachen, ist das dort herrschende Proletariat gezwungen, revolutionäre Verteidigungskriege zu führen. Ungerechten Kriegen der Imperialisten stehen gerechte Kriege der unterdrückten Nationen, des Proletariats und der Volksmassen, gerechte Kriege der sozialistischen Länder gegenüber. All diese Kriege sind unvermeidlich, solange der Imperialismus herrscht und die Herrschaft der Monopolbourgeoisie nicht beseitigt ist. Heute ist diese Herrschaft der Monopolbourgeoisie bereits geschwächt, an vielen Punkten in der Welt angeschlagen und teilweise gestürzt, aber beseitigt ist sie noch lange nicht. Die Hoffnung auf eine Epoche des Friedens ist verfrüht. Kampf gegen ungerechte Kriege, Führung und Unterstützung gerechter Kriege ist immer noch notwendig.

Die Arbeiterbewegung kann im Kampf gegen den imperialistischen Krieg zwei prinzipielle Fehler machen. Der eine Fehler wäre die Illusion, man könne die Unvermeidlichkeit von Kriegen beseitigen, ohne die Herrschaft des Imperialismus zu beseitigen. Dieser Fehler hat seine Stütze in der sozialdemokratischen Theorie des ,,Ultraimperialismus''. Dieser Theorie entsprechend könnten die Imperialisten zur friedlichen Konkurrenz und Vereinbarung zurückkehren, die für die Erzielung von Profiten ja viel günstiger sei, weil Kriege doch nur unnötige Kosten verursachten. Der Kapitalismus hat sich aber notwendig zu Monopolkapitalismus und Imperialismus entwickelt, und das Ziel des Monopols ist Herrschaft zwecks Sicherung von Maximalprofiten. Unter der Bedingung, daß die Welt bereits aufgeteilt ist und sich die Kräfteverhältnisse unter den Imperialisten ändern, kann über die Beherrschung dieses oder jenes Territoriums, kann über die Weltherrschaft letzten Endes nur die Gewalt entscheiden. Die Widersprüche zwischen den Imperialisten regeln sich nicht durch Konkurrenz und Vereinbarung, regeln sich nicht allein mit ökonomischen Mitteln. Notwendig werden sie mit außerökonomischen Mitteln, mit Politik und schließlich mit militärischer Gewalt ausgetragen. Die Sozialdemokratie definiert den Imperialismus als eine bestimmte Politik der Kapitalisten, nicht als eine bestimmte Stufe der Entwicklung des Kapitalismus, und gerade deshalb meint sie, die bürgerlichen Regierungen könnten zu einer Politik finden, die Beziehungen der freien Konkurrenz und Vereinbarung unter den kapitalistischen Ländern ermöglicht und sichert. Gegenüber Karl Kautsky, der solche Auffassungen während des I. Weltkrieges entwickelt hat, meinte Lenin: ,,Kautsky *trennt* die Politik des Imperialismus von seiner Ökonomik, trennt den Monopolismus in der Politik von dem Monopolismus in der



ren Aggressionsakten ihren Anspruch auf Neuverteilung der Welt an. In den Händen der Kriegstreiber befindet sich ein ungeheures Waffenarsenal. Wie könnten da ausgerechnet die Waffen, speziell die Kernwaffen, einen Krieg verhindern? Das aber war eine der ,,Hoffnungen'', die die Bourgeoisie verbreitet hat.

Stets haben die Marxisten-Leninisten die Auffassung vertreten, daß in der Epoche des Imperialismus Kriege unvermeidlich sind. Da die territoriale Aufteilung der Welt bereits abgeschlossen ist und die aufstrebenden imperialistischen Mächte überall auf Schranken stoßen, die ihnen entweder

führen. Ungerechten Kriegen der Imperialisten stehen gerechte Kriege der unterdrückten Nationen, des Proletariats und der Volksmassen, gerechte Kriege der sozialistischen Länder gegenüber. All diese Kriege sind unvermeidlich, solange der Imperialismus herrscht und die Herrschaft der Monopolbourgeoisie nicht beseitigt ist. Heute ist diese Herrschaft der Monopolbourgeoisie bereits geschwächt, an vielen Punkten in der Welt angeschlagen und teilweise gestürzt, aber beseitigt ist sie noch lange nicht. Die Hoffnung auf eine Epoche des Friedens ist verfrüht. Kampf gegen ungerechte Kriege, Führung und Unterstützung gerechter Kriege ist immer noch notwendig.

schließlich mit militärischer Gewalt ausgetragen. Die Sozialdemokratie definiert den Imperialismus als eine bestimmte Politik der Kapitalisten, nicht als eine bestimmte Stufe der Entwicklung des Kapitalismus, und gerade deshalb meint sie, die bürgerlichen Regierungen könnten zu einer Politik finden, die Beziehungen der freien Konkurrenz und Vereinbarung unter den kapitalistischen Ländern ermöglicht und sichert. Gegenüber Karl Kautsky, der solche Auffassungen während des I. Weltkrieges entwickelt hat, meinte Lenin: ,,Kautsky *trennt* die Politik des Imperialismus von seiner Ökonomik, trennt den Monopolismus in der Politik von dem Monopolismus in der



18.9.1939: Deutsche Truppen rücken in der eroberten polnischen Hafenstadt Gdingen ein

Lenin: Über den imperialistischen Krieg und den Kampf gegen den Krieg

Erinnern wir uns, worauf die Ablösung der vorausgegangenen ,,friedlichen'' Epoche des Kapitalismus durch die gegenwärtige imperialistische Epoche beruht: darauf, daß die freie Konkurrenz monopolistischen Kapitalistenverbänden Platz gemacht hat, sowie darauf, daß der ganze Erdball aufgeteilt ist. Es ist klar, daß diese beiden Fakten (und Faktoren) wirklich Weltbedeutung haben: Freihandel und friedliche Konkurrenz waren möglich und notwendig, solange das Kapital ungehindert seine Kolonien ausdehnen und in Afrika usw. noch unbesetzte Gebiete an sich reißen konnte; dabei war die Konzentration des Kapitals noch schwach, und monopolistische Unternehmen, d.h. so gewaltige, daß sie einen gegebenen Industriezweig *ganz* beherrscht hätten, gab es noch nicht. Das Aufkommen und das Wachstum dieser monopolistischen Unternehmen (allem Anschein nach ist dieser Prozeß weder in England noch in Amerika zum Stillstand gekommen? sogar Kautsky wird wohl kaum bestreiten wollen, daß der Krieg ihn beschleunigt und verschärft hat) macht die frühere freie Konkurrenz *unmöglich*, entzieht ihr den Boden unter den Füßen, die Aufteilung des Erdballs aber *erzwingt* den Übergang von der friedlichen Expansion zum bewaffneten Kampf um die *Neuaufteilung* der Kolonien und Einflußsphären.

Aus ,,Der Zusammenbruch der II. Internationale'' (Geschrieben in der zweiten Maihälfte und ersten Junihälfte 1915)

Ökonomisch ist Imperialismus monopolistischer Kapitalismus. Damit das Monopol zum vollen Monopol wird, müssen die Konkurrenten nicht nur vom inneren Markt (vom Markt des betreffenden Staates), sondern auch vom äußeren Markt, müssen sie in der ganzen Welt verdrängt werden. Gibt es ,,in der Ära des Finanzkapitals'' eine *ökonomische* Möglichkeit, die Konkurrenz auch in einem fremden Staat zu verdrängen? Natürlich: Dieses Mittel ist die finanzielle Abhängigkeit und der Aufkauf der Rohstoffquellen und dann auch aller Unternehmen des Konkurrenten.

Die amerikanischen Truste sind der höchste Ausdruck der Ökonomik des Imperialismus oder monopolistischen Kapitalismus. Zur Beseitigung des Konkurrenten beschränken sich die Truste nicht auf wirtschaftliche Mittel, sondern greifen ständig zu politischen und sogar kriminellen Mitteln. Es wäre jedoch ein grober Fehler, bei rein ökonomischen Kampfmethoden das Monopol der Truste als ökonomisch nicht realisierbar anzusehen. Im Gegenteil, die Wirklichkeit liefert auf Schritt und Tritt Beweise für diese ,,Realisierbarkeit'': die Truste untergraben mit Hilfe der Banken (die Herren der Truste sind gleichzeitig die Herren der Banken: Aufkauf von Aktien) den Kredit des Konkurrenten, die Truste unterbinden die Materialzufuhr ihrer Konkurrenten (die Herren der Truste sind gleichzeitig die Herren der Eisenbahnen: Aufkauf von Aktien), die Truste senken für eine gewisse Zeit die Preise unter die Selbstkosten und wenden dafür Millionen auf, um den Konkurrenten zu ruinieren und seine Unternehmen und Rohstoffquellen (Gruben, Boden usw.) *aufzukaufen*.

Das ist eine rein ökonomische Analyse der Macht der Truste und ihrer Expansion. Das ist der rein ökonomische Weg der Expansion: *Aufkauf* von Unternehmen, Betrieben und Rohstoffquellen.

Das große Finanzkapital eines Landes ist stets in der Lage, seine Konkurrenten auch in einem fremden, politisch unabhängigen Land aufzukaufen, und tut dies auch ständig. Ökonomisch ist das durchaus zu realisieren. Die ökonomische ,Annexion' ist *durchaus* ,realisierbar' ohne die politische und begegnet uns ständig.

Aus ,,Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ,imperialistischen Ökonomismus' '' (August – Oktober 1916)

Ökonomisch ist der Imperialismus (oder die ,,Epoche'' des Finanzkapitals – nicht um Worte geht es) die höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus, und zwar eine Stufe, auf der die Produktion so sehr Groß- und Größtproduktion geworden ist, daß *die freie Konkurrenz vom Monopol abgelöst wird.* Das ist das *ökonomische* Wesen des Imperialismus. Das Monopol findet seinen Ausdruck sowohl in den Trusten, Syndikaten usw. als auch in der Allmacht der Riesenbanken, sowohl im Aufkauf der Rohstoffquellen usw. als auch in der Konzentration des Bankkapitals usw. Das ökonomische Monopol – das ist der Kern der ganzen Sache.

Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung *von* der Demokratie *zur* politischen Reaktion. ,,Das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft'', sagt Rudolf Hilferding völlig richtig in seinem ,,Finanzkapital''.

Die ,,Außenpolitik'' von der Politik schlechthin zu trennen oder gar die Außenpolitk der Innenpolitik entgegenzustellen, ist grundfalsch, unmarxistisch, unwissenschaftlich. Sowohl in der Außenpolitik wie auch gleicherweise in der Innenpolitik strebt der Imperialismus zur Verletzung der Demokratie, zur Reaktion. In diesem Sinne ist unbestreitbar, daß der Imperialismus ,,Negation'' der *Demokratie überhaupt*, der *ganzen Demokratie* ist, keineswegs aber nur *einer* demokratischen Forderung, nämlich der Selbstbestimmung der Nationen.

Aus ,,Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ,imperialistischen Ökonomismus' '' (August – Oktober 1916)

Welchen Zielen dient der jetzige Krieg? Wollte man den Diplomaten aller Länder Glauben schenken, so wird er französischer- und englischerseits geführt, um die kleinen Völker vor den Barbaren, den deutschen Hunnen, zu schützen; deutscherseits wird er geführt gegen die Barbaren in Gestalt der Kosaken, die das deutsche Kulturvolk bedrohen, sowie zur Verteidigung des Vaterlands gegen die Feinde, die es angegriffen haben.

Wir wissen aber, daß dieser Krieg von langer Hand vorbereitet wurde, daß er heranreifte und unvermeidlich war. Er war ebenso unvermeidlich, wie ein Krieg zwischen Amerika und Japan unvermeidlich ist. Worin besteht nun diese Unvermeidlichkeit?

Sie besteht darin, daß der Kapitalis-

Ökonomik, um seinem platten bürgerlichen Reformismus wie ‚Abrüstung', ‚Ultraimperialismus' und ähnlichen Unsinn den Weg zu ebnen." (Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, Werke Bd. 23, S. 104) Der eine Fehler wäre, zu meinen, die herrschende Finanzbourgeoisie könnte zu einer Änderung ihrer Politik veranlaßt werden, wodurch die Unvermeidlichkeit von Kriegen beseitigt würde, ohne den Imperialismus zu beseitigen.

Der andere Fehler bestünde darin, zu meinen, die Unvermeidlichkeit von Kriegen mache es unmöglich, den imperialistischen Krieg zu bekämpfen, bestimmte Kriege zu verhindern und Bedingungen zu schaffen, unter denen die Arbeiterklasse dem imperialistischen Krieg durch Revolution zuvorkommen kann. Es ist fehlerhaft, die Politik des Imperialismus von seiner Ökonomik zu trennen. Es ist aber auch fehlerhaft, Ökonomie und Politik in eins zu setzen. Die Ökonomie ist die Basis des politischen Überbaus, das Monopol die ökonomische Basis der imperialistischen Politik und des imperialistischen Krieges. Daraus folgt aber nicht, daß bestimmte politische Maßnahmen der Bourgeoisie, bestimmte Kriege nicht verhindert werden können, ehe die Herrschaft der Monopolbourgeoisie beseitigt ist. Demokratie widerspricht dem Imperialismus und dennoch können die Volkmassen unter Führung der Arbeiterklasse gegenüber der Monopolbourgeoisie demokratische Rechte erkämpfen, bevor die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und das Monopol als Basis der Herrschaft der Monopolbourgeoisie beseitig sind. Die ideologische und politische Herrschaft der Bourgeoisie kann erschüttert werden durch die revolutionären Kämpfe der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse, bevor die Wurzeln dieser Herrschaft im Privateigentum bereits beseitigt sind. Der bewaffnete Aufstand geht der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln voraus, die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse geht der sozialen Revolution voraus. Auf dem Weg zur Eroberung der politischen Macht kann die Arbeiterklasse der herrschenden Monopolbourgeoisie sowohl in der Innenpolitik wie in der Außenpolitik bereits empfindliche politische Schläge versetzen. Sie muß das auch tun, wenn sie die politischen Voraussetzungen der sozialen Revolution, Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und Errichtung der Diktatur des Proletariats, herbeiführen will. Aus dem Imperialismus folgt Reaktion und nicht Demokratie. Dennoch kann Demokratie erkämpft werden. Aus dem Imperialismus folgt imperialistischer Krieg. Dennoch können imperialistische Kriege bekämpft, hinausgezögert und in bestimmten Situationen verhindert werden. Der zweite Fehler wäre, statt Ökonomie und Politik zu *trennen*, was falsch ist, Ökonomie und Politik in eins zu setzen, was auch falsch ist. Lenin kritisierte auch den zweiten Fehler wiederholt:

schaft der Monopolbourgeoisie beseitig sind. Die ideologische und politische Herrschaft der Bourgeoisie kann erschüttert werden durch die revolutionären Kämpfe der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse, bevor die Wurzeln dieser Herrschaft im Privateigentum bereits beseitigt sind. Der bewaffnete Aufstand geht der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln voraus, die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse geht der sozialen Revolution voraus. Auf dem Weg zur Eroberung der politischen Macht kann die Arbeiterklasse der herrschenden Monopolbourgeoisie sowohl in der Innenpolitik wie in der Außenpolitik bereits empfindliche politische Schläge versetzen. Sie muß das auch tun, wenn sie die politischen Voraussetzungen der sozialen Revolution, Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und Errichtung der Diktatur des Proletariats, herbeiführen will. Aus dem Imperialismus folgt Reaktion und nicht Demokratie. Dennoch kann Demokratie erkämpft werden. Aus dem Imperialismus folgt imperialistischer Krieg. Dennoch können imperialistische Kriege bekämpft, hinausgezögert und in bestimmten Situationen verhindert werden. Der zweite Fehler wäre, statt Ökonomie und Politik zu *trennen*, was falsch ist, Ökonomie und Politik in eins zu setzen, was auch falsch ist. Lenin kritisierte auch den zweiten Fehler wiederholt:

„Der Imperialismus ist hochentwickelter Kapitalismus; der Imperialismus ist progressiv; der Imperialismus *ist* die Verneinung der Demokratie; ‚also' ist die Demokratie im Kapitalismus ‚unrealisierbar'. Der imperialistische Krieg ist sowohl in den rückständigen Monarchien als auch in den fortschrittlichen Republiken eine himmelschreiende Verletzung jeder Demokratie; ‚Also' hat es keinen Sinn, von ‚Rechten' (d.h. von Demokratie!) zu reden. Dem imperialistischen Krieg kann man ‚nur' den Sozialismus ‚entgegenstellen'; der ‚Ausweg' ist nur der Sozialismus; ‚also' ist es ein Betrug oder eine Illusion oder eine Verdunklung, ein Hinausschieben usw. der Losung der sozialistischen Umwälzung, wenn man im Minimalprogramm, d.h. schon im Kapitalismus, demokratische Losungen aufstellt." (Antwort an P. Kijewski, Werke Bd. 23, S. 13f.)

Beide Fehler, den Fehler, die Politik des Imperialismus von der Ökonomie des Imperialismus zu trennen, wie den Fehler, weil das Monopol herrscht, Ökonomie und Politik in eins zu setzen, muß die Arbeiterbewegung vermeiden, wenn sie im Kampf für Demokratie und Sozialismus – der Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist nur eine Seite dieses umfassenden Kampfes – voranschreiten will. Das hat immer Auseinandersetzung erfordert. Auf ihrem VI. Weltkongreß stellte die III. Internationale 1928 fest:

„Sie (die Kommunisten) wissen, daß, solange die Bourgeoisie herrscht, imperialistische Kriege unvermeidlich sind. Aus dieser Feststellung einer objektiven Entwicklungstendenz werden manche die Schlußfolgerung ziehen, ein besonderer Kampf gegen den Krieg sei sinnlos ... Obwohl die Kommunisten von der Unvermeidlichkeit des imperialistischen Krieges überzeugt sind, führen sie im Interesse der Arbeitermassen und aller Werktätigen, von denen ein solcher Krieg die furchtbarsten Opfer fordern wird, unter Aufbietung aller Kräfte einen hartnäckigen Kampf gegen den imperialistischen Krieg, zur Verhinderung des imperialistischen Krieges durch die proletarische Revolution. In diesem Kampf sammeln sie die Massen um sich, um, wenn sie den Kriegsausbruch nicht verhindern können, diesen Krieg in den Bürgerkrieg zum Sturze der Bourgeoisie zu verwandeln."

Auf ihrem VII. Weltkongreß, Mitte 1935, beschloß die III. Internationale, die „zentrale Losung" der Kommunistischen Parteien müsse „Kampf für den Frieden" sein: „Der Kampf für den Frieden eröffnet den kommunistischen Parteien die größten Möglichkeiten zur Herstellung der breitesten Einheitsfront. In die Reihen dieser Einheitsfront müssen alle einbezogen werden, die an der Erhaltung des Friedens interessiert sind. Die Konzentration der Kräfte im jeweiligen Augenblick gegen die Hauptkriegstreiber (zur Zeit gegen das faschistische Deutschland und das mit ihm verbundene Polen und Japan) ist die wichtigste taktische Aufgabe der kommunistischen Parteien." Das Bewußtsein über die Unvermeidbarkeit von Kriegen in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution schließt den Kampf gegen den imperialistischen Krieg nicht aus, sondern ermöglicht es erst, den

perialistischen Krieges überzeugt sind, führen sie im Interesse der Arbeitermassen und aller Werktätigen, von denen ein solcher Krieg die furchtbarsten Opfer fordern wird, unter Aufbietung aller Kräfte einen hartnäckigen Kampf gegen den imperialistischen Krieg, zur Verhinderung des imperialistischen Krieges durch die proletarische Revolution. In diesem Kampf sammeln sie die Massen um sich, um, wenn sie den Kriegsausbruch nicht verhindern können, diesen Krieg in den Bürgerkrieg zum Sturze der Bourgeoisie zu verwandeln."

Auf ihrem VII. Weltkongreß, Mitte 1935, beschloß die III. Internationale, die „zentrale Losung" der Kommunistischen Parteien müsse „Kampf für den Frieden" sein: „Der Kampf für den Frieden eröffnet den kommunistischen Parteien die größten Möglichkeiten zur Herstellung der breitesten Einheitsfront. In die Reihen dieser Einheitsfront müssen alle einbezogen werden, die an der Erhaltung des Friedens interessiert sind. Die Konzentration der Kräfte im jeweiligen Augenblick gegen die Hauptkriegstreiber (zur Zeit gegen das faschistische Deutschland und das mit ihm verbundene Polen und Japan) ist die wichtigste taktische Aufgabe der kommunistischen Parteien." Das Bewußtsein über die Unvermeidbarkeit von Kriegen in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution schließt den Kampf gegen den imperialistischen Krieg nicht aus, sondern ermöglicht es erst, den

Kampf gegen den drohenden Krieg konsequent zu führen und ihn mit der Vorbereitung der proletarischen Revolution zu verbinden.

---

mus die Reichtümer der Erde in den Händen einzelner Staaten konzentriert, daß er die Erde bis zum letzten Winkel aufgeteilt hat; eine weitere Teilung, eine weitere Bereicherung ist nur noch auf Kosten anderer, auf Kosten eines Staates im Interesse eines anderen möglich. In dieser Frage eine Entscheidung herbeiführen kann man nur durch Gewalt – und deshalb wurde der Krieg zwischen den räuberischen Weltmächten unvermeidlich.

Im jetzigen Krieg standen bisher zwei Hauptfirmen an der Spitze – England und Deutschland. England repräsentierte die stärkste Kolonialmacht. Bei einer Einwohnerzahl in England von nicht mehr als 40 Millionen beläuft sich die Bevölkerung seiner Kolonien auf über 400 Millionen. Seit langem schon hat England mit dem Recht des Stärkeren fremde Kolonien, gewaltige Landstriche an sich gerissen und ausgebeutet. Aber ökonomisch ist es in den letzten 50 Jahren hinter Deutschland zurückgeblieben. Die deutsche Industrie hat die Industrie Englands überflügelt. Der mächtige Staatskapitalismus Deutschlands hat sich mit dem Bürokratismus vereinigt, und Deutschland hat den Rekord geschlagen.

Zwischen diesen beiden Giganten konnte der Streit um die Vormachtstellung nicht anders als durch Gewalt ausgetragen werden.

Hatte dereinst England mit dem Recht des Stärkeren Holland, Portugal und anderen Staaten weite Landstriche entrissen, so trat jetzt Deutschland auf den Plan und erklärte: Jetzt bin ich an der Reihe, mich auf Kosten anderer zu bereichern.

Darauf eben läuft die Frage hinaus: auf den Kampf um die Aufteilung der Welt zwischen den Stärksten. Und weil beide Parteien über Hunderte Millionen Kapital verfügen, ist der Kampf zwischen ihnen zu einem Weltkrieg geworden.

Aus „Rede auf einer Kundgebung im Polytechnischen Museum in Moskau" (23. August 1918)

Genossen, für diejenigen, die die Entwicklung der europäischen Gesellschaft beobachtet haben, stand es schon längst außer jedem Zweifel, daß der Kapitalismus kein friedliches Ende nehmen kann, daß er entweder unmittelbar zum Aufstand der breiten Massen gegen das Joch des Kapitals führt oder daß er auf dem viel schwereren, qualvolleren und blutigeren Wege des Krieges zu dem gleichen Ergebnis führt.

Aus „Gemeinsame Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees des Moskauer Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmistendeputierten und der Gewerkschaften: Referat über den Kampf gegen die Hungersnot" (4. Juni 1918)

Entwicklung der Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik

z.brp. Seit Errichtung der Bundeswehr 1956 bis heute ist der Verteidigungshaushalt mehr als verfünffacht worden. Er ist damit insgesamt weniger stark gestiegen als der gesamte Bundeshaushalt. Während bis Anfang der 60er Jahre die Verteidigungsausgaben ein ähnliches Wachstum verzeichneten wie die übrigen Ministerien im Bundeshaushalt, stieg er bis 1963 rapide an, seitdem sinkt und stagniert der Anteil des Verteidigungshaushaltes am Bundeshaushalt.

Die Mitte der 50er Jahre geplanten Rüstungsprogramme wurden teilweise revidiert und hinausgezögert, erst 1959/60 deckten sich die Haushaltsausgaben mit der Vorplanung, vorher bestanden jeweils Ausgabenreste. Ende 1960 begann die Bundesregierung entsprechend den NATO-Beschlüssen, den Personalbestand der Bundeswehr von 270400 auf 389400 Soldaten Ende 1962 aufzustocken, durch Verlängerung der Wehrpflichtzeit und erhöhte Einberufungen. Da sich die internationale Lage mit der „Berlin-Krise" 1961 und der Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba 1962 verschärfte, beschloß die NATO, die Aufrüstung der Bundeswehr zügig voranzutreiben. 1961 stiegen die Ausgaben für Ausrüstung sprunghaft: Die Aufwendungen für „Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät" verdoppelten sich. Die Luftwaffe wurde auf die F-104 G umgerüstet und die mit Atomwaffenträgern vom Typ Sergeant und Pershing ausgerüsteten Raketeneinheiten wurden aufgestellt. 1963 ist die Erstausrüstung der Bundeswehr im wesentlichen abgeschlossen, in den folgenden Jahren – bis Anfang 1970 – überwiegen die für den Unterhalt der Truppe notwendigen Betriebskosten.

„Isolierte Meßgrößen, wie der prozentuale Anstieg der Verteidigungsausgaben am Bruttosozialprodukt, sind als Meßlatte für den Stellenwert unserer Anstrengungen zur Sicherung der Verteidigungsfähigkeit nur von begrenzter Bedeutung. Wichtiger ist die Struktur der Verteidungsausgaben und ihre Entwicklung", schreibt die Bundesregierung im „Weißbuch 1979/80". Seit 1972 steigen die Investitionsausgaben für Rüstungsbeschaffung wieder, sie haben sich seither nahezu verdoppelt, ihr Anteil an den gesamten Verteidigungsausgaben steigt. Das Verhältnis von Verteidigungsausgaben zum Bruttosozialprodukt zeigt, welcher Anteil des gesellschaftlichen Reichtums für die Unterhaltung des Militärapparates beschlagnahmt wird. Seit 1970 ist er nahezu konstant, während der Krise 74/75 ist er höher.

Der Verteidigungshaushalt umfaßt den größten Teil der Verteidigungsausgaben. Rechnet man den Anteil am NATO-Zivilhaushalt, die Ausgaben für Bundesgrenzschutz und den Wehrbeauftragten hinzu, erhöht er sich 1979 um fast 8 Mrd. DM auf 43 Mrd., von 1970 bis 1979 machen die Ausgaben rund 50 Mrd. DM aus. Zusätzlich enthält der übrige Bundeshaushalt, insbesondere Verkehr, Post und Forschung, weitere Mittel, die dem Militärapparat z.B. durch Schaffung von Infrastrukturmaßnahmen zugute kommen.

Die Umrüstung der Bundeswehr verschlingt zig Milliarden

z.bew. „Die Bundesregierung beobachtet mit großer Sorge das Anwachsen der Militärpotentiale in fast allen Teilen der Welt. Mehr als 4000 Mrd. Dollar gaben die Staaten der Welt 1978 für Rüstung aus. Mehr Soldaten als je zuvor stehen unter Waffen. Die Zahl der bewaffneten Konflikte hat zugenommen. Aus regionalen Krisen können sich größere Konflikte entwickeln. Die Steigerung der Rüstungsausgaben überall in der Welt hemmt den sozialen Fortschritt." Mit so heuchlerischen Worten leitet die Bundesregierung ihr Verteidigungsweißbuch 1979/80 ein. Mit 341 Dollar Militärausgaben pro Kopf der Bevölkerung (1978) liegen die westdeutschen Imperialisten hinter den US-Imperialisten an zweithöchster Stelle im Bündnis der westlichen Imperialisten. Für eine Gesamtsumme von allein 50 Mrd. DM soll die

und ihre Entwicklung", schreibt die Bundesregierung im „Weißbuch 1979/80". Seit 1972 steigen die Investitionsausgaben für Rüstungsbeschaffung wieder, sie haben sich seither nahezu verdoppelt, ihr Anteil an den gesamten Verteidigungsausgaben steigt. Das Verhältnis von Verteidigungsausgaben zum Bruttosozialprodukt zeigt, welcher Anteil des gesellschaftlichen Reichtums für die Unterhaltung des Militärapparates beschlagnahmt wird. Seit 1970 ist er nahezu konstant, während der Krise 74/75 ist er höher.

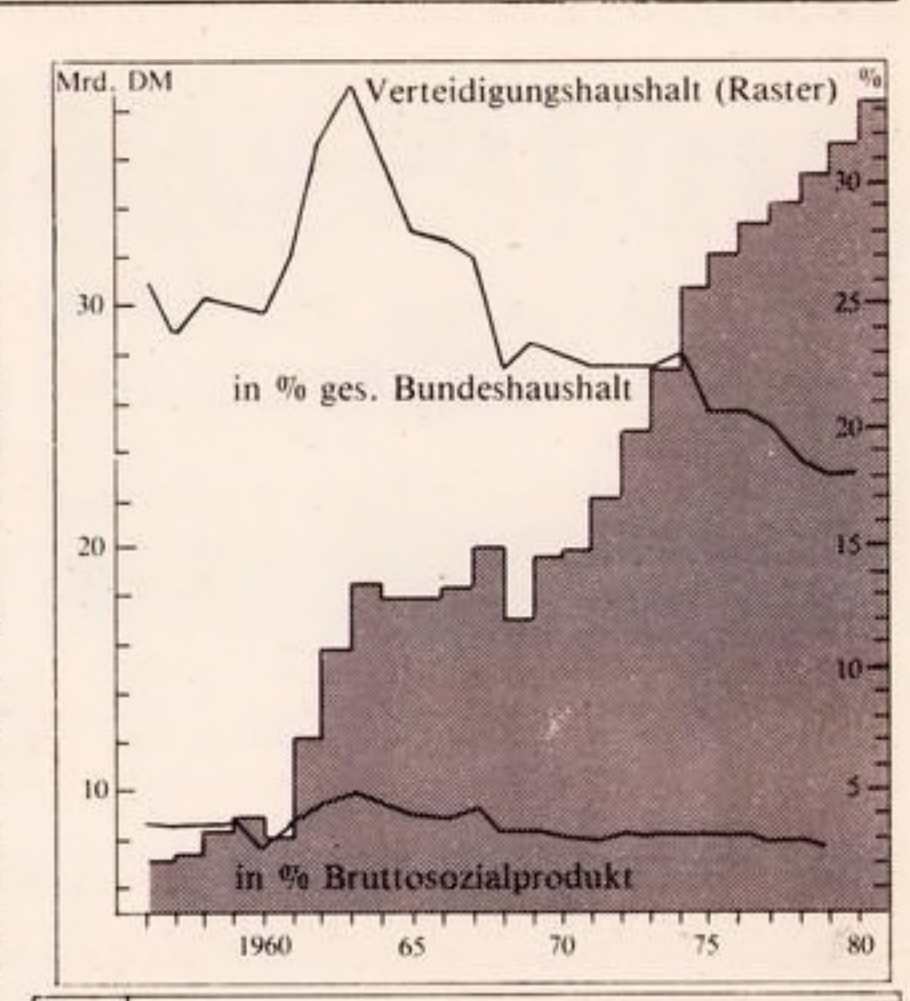
Der Verteidigungshaushalt umfaßt den größten Teil der Verteidigungsausgaben. Rechnet man den Anteil am NATO-Zivilhaushalt, die Ausgaben für Bundesgrenzschutz und den Wehrbeauftragten hinzu, erhöht er sich 1979 um fast 8 Mrd. DM auf 43 Mrd., von 1970 bis 1979 machen die Ausgaben rund 50 Mrd. DM aus. Zusätzlich enthält der übrige Bundeshaushalt, insbesondere Verkehr, Post und Forschung, weitere Mittel, die dem Militärapparat z.B. durch Schaffung von Infrastrukturmaßnahmen zugute kommen.

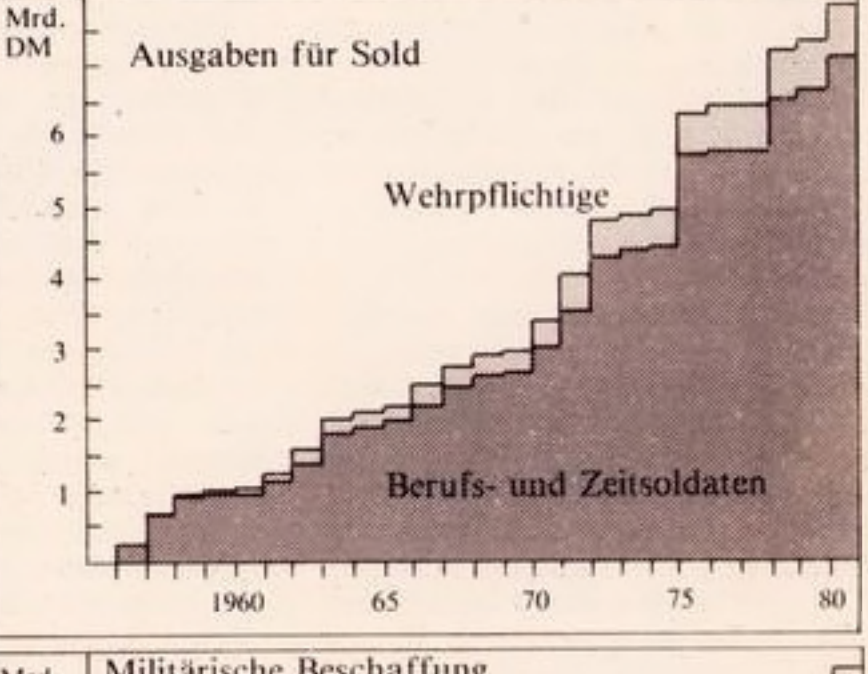
Die Umrüstung der Bundeswehr verschlingt zig Milliarden

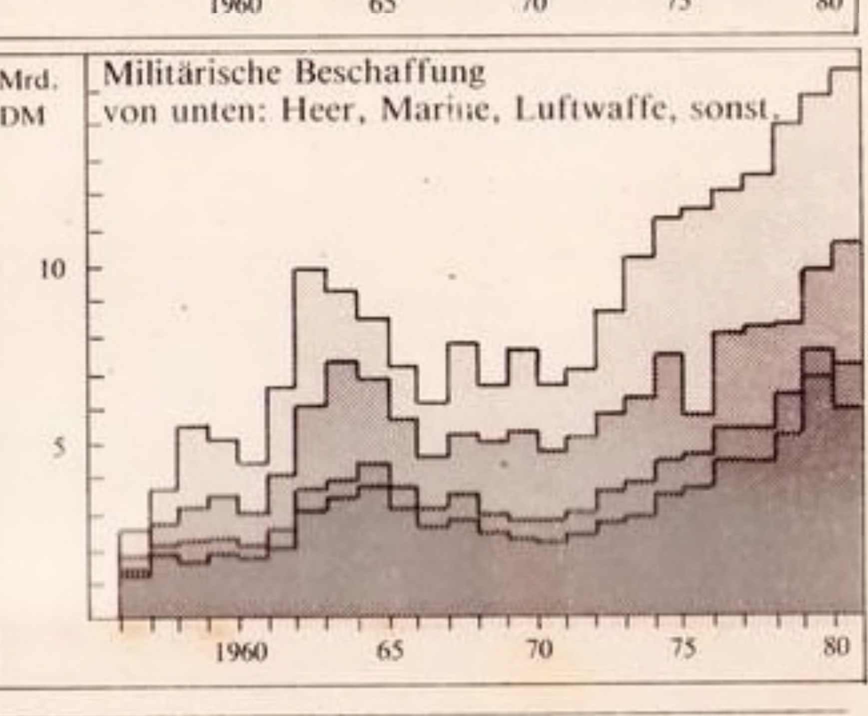
z.bew. „Die Bundesregierung beobachtet mit großer Sorge das Anwachsen der Militärpotentiale in fast allen Teilen der Welt. Mehr als 4000 Mrd. Dollar gaben die Staaten der Welt 1978 für Rüstung aus. Mehr Soldaten als je zuvor stehen unter Waffen. Die Zahl der bewaffneten Konflikte hat zugenommen. Aus regionalen Krisen können sich größere Konflikte entwickeln. Die Steigerung der Rüstungsausgaben überall in der Welt hemmt den sozialen Fortschritt." Mit so heuchlerischen Worten leitet die Bundesregierung ihr Verteidigungsweißbuch 1979/80 ein. Mit 341 Dollar Militärausgaben pro Kopf der Bevölkerung (1978) liegen die westdeutschen Imperialisten hinter den US-Imperialisten an zweithöchster Stelle im Bündnis der westlichen Imperialisten. Für eine Gesamtsumme von allein 50 Mrd. DM soll die

Bundeswehr in den nächsten Jahren umgerüstet werden. Das Kampfflugzeug Tornado, die Fregatte F122, der Jäger Alpha Jet und der neue Kampfpanzer Leopard II sind die Kernstücke dieser Umrüstung.

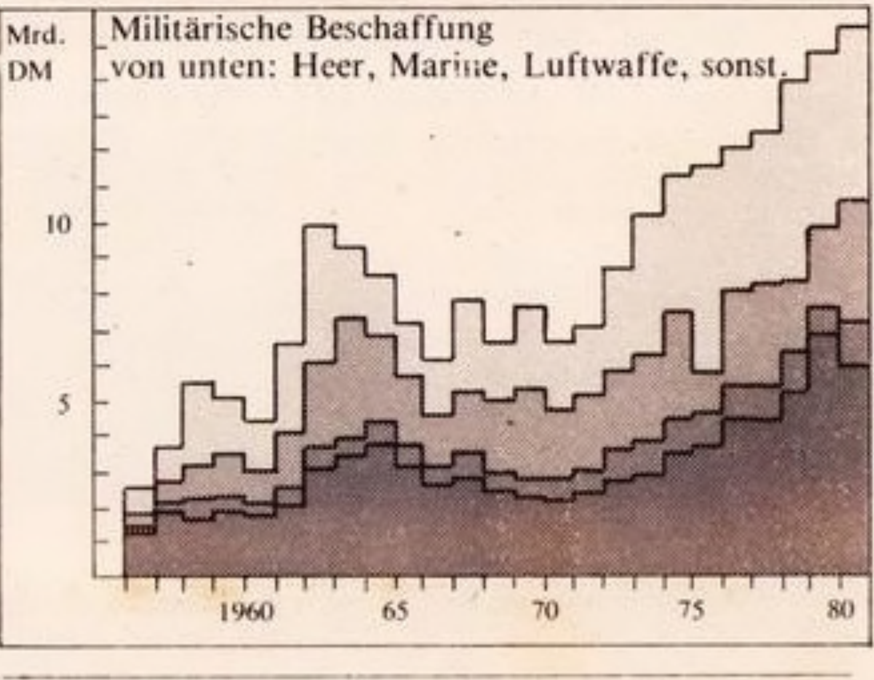
Schwerpunkt der gegenwärtig laufenden Umrüstung des *Heeres* ist der Ausbau der Panzerverbände und die Erhöhung ihrer Feuerkraft. Die gegenwärtig noch im Dienst stehenden Kampfpanzer M 48 werden seit November 1979 durch den Leopard II ersetzt, der sich durch eine Steigerung der Höchstgeschwindigkeit, erhöhten Panzerschutz und vor allem durch eine höhere Schußleistung mit einer 120 mm Kanone gegenüber seinem Vorgänger auszeichnet. Durch die Umrüstung wird die Anzahl von gegenwärtig 3780 Kampfpanzern nach Indienstnahme der 1800 Leopard II auf 4880 erhöht. Kernstück der Ausrüstung der *Luftwaffe* ist die Umstellung auf das neue Mehrzweckkampfflugzeug Tornado. Zwischen 1982 und 1988 soll die Ablösung des alten Schönwetterjagdbomber F-104G Starfighter durch das Allwetterflugzeug Tornado vollzogen sein. Aufgrund der elektronischen Ausrüstung ist es Tag und Nacht einsatzbereit und mit einer Vervielfachung der Feuerkraft vor allem auf Flächenziele wie Panzeransammlungen, Truppenkonzentrationen und Flugplätze ausgerichtet. Allein 21 Mrd. DM wird die Umrüstung von Luftwaffe und Marine mit den 322 Tornados bis 1988 kosten. Seit Anfang 1980 werden die leichten Kampf- und Übungsflugzeuge Fiat G-91 durch den neuen Jäger Alpha Jet abgelöst. Eine erhebliche Kampfsteigerung erhält die Luftwaffe durch die ebenfalls gegenwärtig stattfindende Umrüstung der Phantoms, wo die Jagdbomber F-4F mit elektronisch gesteuerten Waffen ausgerüstet und die Aufklärungsflugzeuge RF-4E durch Ausstattung mit Waffen als konventionelle Jagdbomber einsatzfähig gemacht werden. Bis Anfang der 90er Jahre sind diese milliardenteuren Umrüstungen wieder veraltet, mit der Planung für die Ablösung durch ein neues taktisches Kampfflugzeug (TKF-90), dessen Kosten die des Tornados in Schatten stellen werden, ist bereits begonnen. 9 Mrd. DM werden die neuen Rüstungsanstrengungen der *Marine* in den nächsten Jahren kosten: 6 Fregatten F122, 60 Marinejagdbomber Tornado, 10 Schnellboote und 6 Minenräumsysteme Troika.







	1970	1979/80
Heer		
Kampfpanzer M-48	1462	1342
Kampfpanzer Leopard	1838	2437
Kanonenjagdpanzer	770	770
Raketenjagdpanzer	316	316
Schützenpanzer Marder	–	2136
Schützenpanzer HS-30	1768	469
Spähpanzer Luchs	–	408
Spähpanzer 11-2	–	1448
gepanz. Mannschaftstransporter (Hotchkiss, M113)	4747	5300
Flugabwehrpanzer (M 42 / Gepard)	496	190
Kanonen, Haubitzen, Mörser (105 bis 203 mm)	1205	2100
Raketenwerfer	105	91
Panzerabwehraketen (Milan / TOW)	–	1192
Transport- und Verb.Hubschrauber	457	588



	1970	1979/80
Heer		
Kampfpanzer M-48	1462	1342
Kampfpanzer Leopard	1838	2437
Kanonenjagdpanzer	770	770
Raketenjagdpanzer	316	316
Schützenpanzer Marder	–	2136
Schützenpanzer HS-30	1768	469
Spähpanzer Luchs	–	408
Spähpanzer 11-2	–	1448
gepanz. Mannschaftstransporter (Hotchkiss, M113)	4747	5300
Flugabwehrpanzer (M 42 / Gepard)	496	190
Kanonen, Haubitzen, Mörser (105 bis 203 mm)	1205	2100
Raketenwerfer	105	91
Panzerabwehraketen (Milan / TOW)	–	1192
Transport- und Verb.Hubschrauber	457	588
Luftwaffe		
Kampfflugzeuge F-104G Starfighter	511	294
Kampf- und Übungsflugzeug TF-104G Starfighter	119	93
Jagdbomber F-4F Phantom II	–	168
Jagd- und Übungsflugzeug F-4E Phantom II	–	10
Aufklärungsflugzeug RD-4E Phantom II	–	82
Elektronikkampfflugzeug HBF 320	–	7
leichtes Kampfflugzeug FIAT G-91R	310	158
leichtes Kampf- und Übungsflugzeug FIAT G-91T	40	50
Übungsflugzeug T-37, T-38	90	76
leichter Jagdbomber Alpha Jet	–	32
leichtes Kampf- und Übungsflugzeug Alpha Jet	–	20
Transportflugzeug Transall C-160	32	89
Transportflugzeug Noratlas	179	5
sonstige Transportflugzeuge	19	14
Verbindungsflugzeuge D-27	130	30
leichtes Transport- und Verbindungsflugzeug D-28	–	100
Boden-Boden Flugkörper Pershing	72	72
Flugabwehrraketen (Nike, Hawk)	512	512
Marine		
Zerstörer	11	11
Fregatten	6	6
Schnellboote	40	40
U-Boote	11	24
Minensuchboote	72	58
Schulschiffe	2	2
Landungsboote	24	50
Kampf- und Aufklärungsflugzeug F/104G	103	113
Hubschrauber	23	22
U-Jagd- und Aufklärungsflugzeug Breguet Atlantic	20	15
Verbindungsflugzeug	40	20

Quellen: 1970: Weißbuch 1971/72 Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr; Obermann, Emil: Verteidigung, Stuttgart 1970; 1979/80: International Institut for Stratgic Studies (IISS) The Military Balance 1979/80, London 1979, zit. n. aerospace international Dec. 1979; vgl. auch die detaillierten Angaben zu den drei Waffengattungen in KVZ 25 – 27/1980, jeweils S. 13









Links: U-Boote der Klasse 206 beim Überwassermarsch; Mitte: Mehrzweck-Landungsboote im Geschwaderverband und bei der Landung; Rechts: Minenjagdboote beim Räumen. **Rüstungsplanungen in der Marine:** Den jetzt im Bau befindlichen 6 Fregatten 122 sollen langfristig 6 weitere folgen. Die 4 Zerstörer der HAMBURG-Klasse werden modernisiert. Die Schnellboote der Klasse 143 werden in Bezug Flugabwehr und elektronische Kampfführung verbessert. Ab 85 werden 10 neue Minenkampfboote zum Legen und Räumen von Minen beschafft. Ende der 80er Jahre werden die Minenjagdboote erneuert. In der Planungsphase befinden sich ein neues U-Boot, das nicht mehr ,,schnorcheln'' muß, und Luftkissenfahrzeuge, Tragflügelboote als Landungsboote.

Die Vorneverteidigung durch die westdeutsche Marine

r.jok. Beabsichtigtes Einsatzgebiet der westdeutschen Kriegsmarine sind hauptsächlich Nordsee, Ostsee und Ostseezugänge. Im Kriegsfall ist für die BRD-Imperialisten die Seekontrolle über die *Nordsee* von wesentlicher Bedeutung, damit die Kriegsnachschubverbindung durch die US-Imperialisten über den Atlantik überhaupt gesichert werden kann. Während in der NATO-Planung die Nordseeanlieger Großbritannien, Niederlande und Norwegen ihre Marineeinheiten schwerpunktmäßig im Ostatlantik und Ärmelkanal einsetzen sollen, wird die Nordsee hauptsächlich der Bundeswehr zugeteilt. In der *Ostsee* muß die Marine den Durchbruch sozialimperialistischer Flottenverbände in die Nordsee verhindern, in der gesamten Ostsee sowjetische Schiffe und Einrichtungen bekämpfen und Landziele angreifen; das ganze parallel zur Vorneverteidigung der Panzerwaffe. Entsprechend diesen Aufgaben ist die Bewaffnung der Bundesmarine ausgerichtet.

Große Überwasserkampfschiffe sollen überwiegend in der Nordsee kämpfen. Besonderes Gewicht wird dabei der im Auftrag der Bundeswehr entwickelten *Fregatte der Klasse 122* zukommen, die gegenwärtig gebaut wird. Von ihrer umfangreichen Bewaffnung her eignet sie sich zum Überwasserkampf gegen andere Kriegsschiffe, zur Torpedierung von U-Booten und zur Luftabwehr. Gegen Überwasser- und Landungsverbände sind die beiden Hubschrauber nützlich. Durch die Zuführung der Fregatte 122 wird die Kampfkraft der Marine in der Nordsee, die bislang gestützt auf die Zerstörerverbände hergestellt wurde, erheblich gesteigert. Die Paradepferde sind hier die *Zerstörer der LÜTJENS-Klasse*, die mit neuen Flugkörpersystemen ausgerüstet wurden.

Die westdeutsche U-Bootwaffe wird in der Ostsee eingesetzt. Nur Unterseeboote können mit Aussicht auf Erfolg in Gewässer mit gegnerischer See- und Luftüberlegenheit eindringen und dort Kampfaufträge ausführen. Die U-Boot-Flottille besteht überwiegend aus *U-Booten der Klasse 206*. Sie sind relativ klein, also entsprechend wendig, aber mit 17 Knoten sehr schnell – ausgezeichnet geeignet für die ,,überschwemmte Wiese'' Ostsee mit niedrigen Wassertiefen. Die Bewaffnung besteht aus selbstsuchenden U-Jagd-Torpedos und nach dem Schuß nachsteuerbaren Torpedos für Über- und Unterwasserziele. So sind auch Angriffe in der östlichen Ostsee möglich. Schwerer Nachteil dieser U-Boote ist, daß sie mehrere Stunden täglich auftauchen müssen zum Aufladen der Batterien.

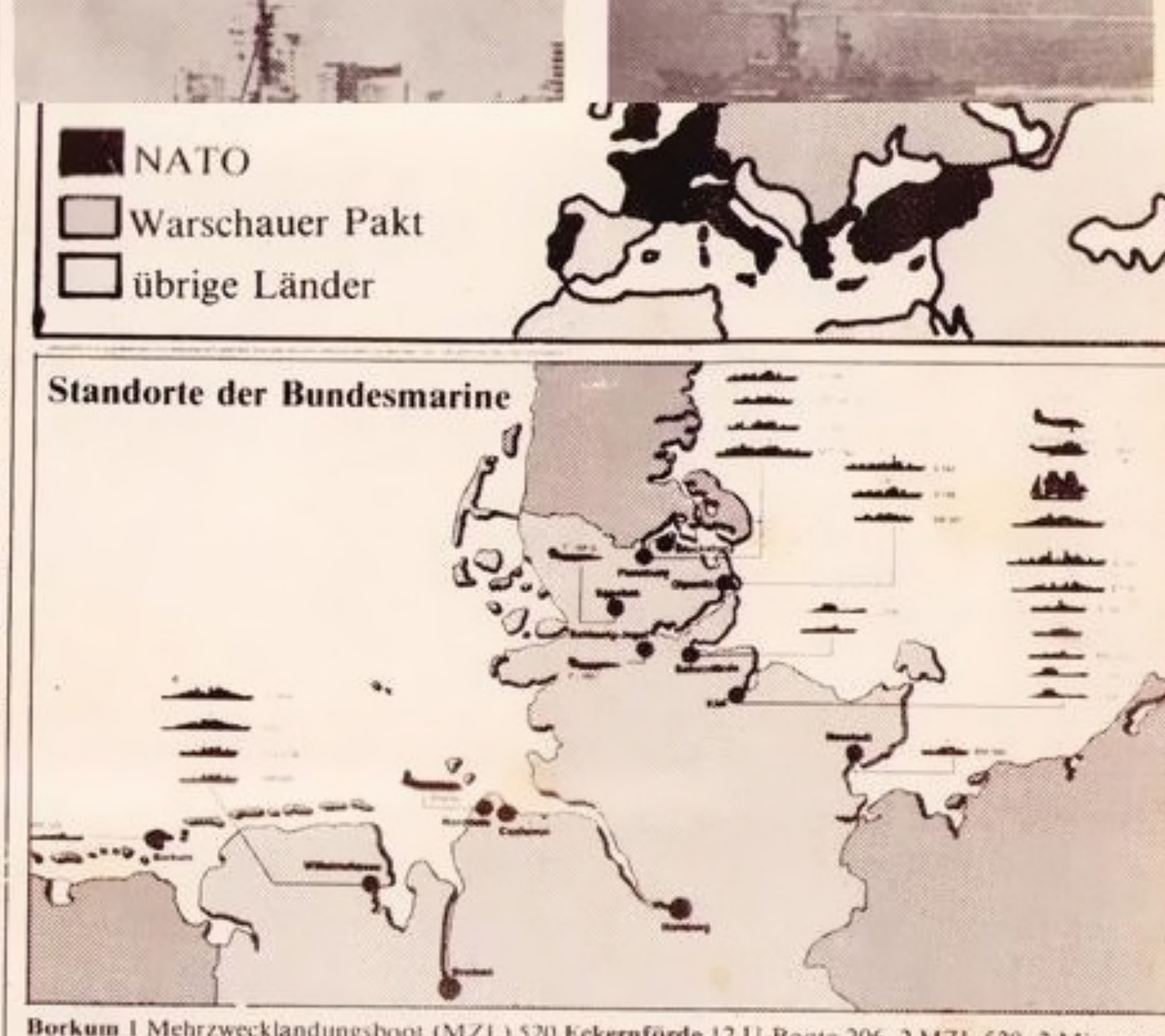
Die Bundesmarine besitzt die zweitgrößten *Minenstreitkräfte* der Welt nach der UdSSR, bestehend aus Minenkampfbooten (Minen legen) und Minenjagdbooten (feindliche Minen beseitigen). Zweck dieser Einheiten ist Sicherung von Nordseeabschnitten zur Heranführung von Verstärkungstruppen, Einschränkung sowjetischer Operationsfreiheit in der Ostsee und Sperrung der Ostseezugänge. Neueste Entwicklung dabei ist das *Minenabwehrsystem Troica*, das mit Hilfe von simulierten Schiffen durch Attrappen gelegte Minen auch in flachem Wasser räumen kann. Zum Minenlegen in sowjetisch kontrollierten Gewässern ist die Minenflotte nicht geeignet; dafür werden U-Boote oder Marinejagdbomber eingesetzt.

Im Rahmen der Vorneverteidigung in Richtung Osten ist die *amphibische Flotte* unverzichtbar. Ihr Einsatzgebiet sind ,,... Regionen, die durch dort präsente Kräfte gegenüber einem überlegenen Gegner nur schwach verteidigt werden können'' (Inspekteur der Marine Bethke, Wehrtechnik 6/80). Anlandeoperationen an den Küsten der DDR oder Polens zu Kampfhandlungen hinter der feindlichen Front oder zur Unterstützung der vorstoßenden Panzer ist die Einsatzaufgabe. In den letzten drei Jahren wurden sämtliche Mehrzwecklandungsboote der Marine in die Ostsee verlegt. Ihre Zahl soll noch in diesem Jahr auf 29 steigen.

Großes Gewicht legen die Militärs auf die Flugbewaffnung der Marine. ,,Das Fehlen eigener, in unmittelbarer Verfügung des Seebefehlshabers stehender Fliegerkräfte wirkte sich im Zweiten Weltkrieg nachhaltig zum Schaden der Seekriegsführung aus, es trug entscheidend zum Mißlingen erfolgversprechender Unternehmungen bei.'' (Kommandeur der Marinefliegerdivision Deckert, Marine Rundschau 12/79). Neben dem Bau der Fregatte 122 ist die Ersetzung der Starfighter F-104 durch das Kampfflugzeug *MRCA/Tornado* als *Marinejagdbomber*, die jetzt anläuft, das größte Projekt der Bundesmarine. Schneller und wendiger, mit breitgefächerter Bewaffnung mit Flugkörpern, Bomben und Kanonen sowie der Möglichkeit zum Minenlegen, dienen die Tornados zur Bekämpfung sowjetischer Flotten, zum Sturmreifbomben von bestimmten Küsten, aber auch zum Angriff auf Landziele.

Im Rahmen der NATO ist die Seekriegsführung im Abschnitt Ostsee bei dem drohenden Weltkrieg ausschließlich durch die Marinestreitkräfte der BRD mit Unterstützung Dänemarks zu bewerkstelligen. Darauf sind die hier stationierten Einheiten spezialisiert. Entsprechende Bewaffnung haben die US-Imperialisten nicht, allenfalls 6 Tragflügelboote, sie sie auch erwägen nach Kiel zu verlegen.

Nordpol
Grönland
Norw
Island
NATO
Warschauer Pakt
übrige Länder



Standorte der Bundesmarine

Borkum 1 Mehrzwecklandungsboot (MZL) 520 **Eckernförde** 12 U-Boote 206, 2 MZL 520, 2 Minentaucherboote, 9 Boote **Eggebeck** 1 Jagdbomberstaffel F-104, 1 Aufklärungsstaffel RF-104 **Flensburg** 10 Schnellboote 148, 10 schnelle Minensucher, 2 Minentransporter, 5 U-Jäger, 3 Meßboote, Schulschiffe **Glücksburg/Kiel** 7 Zerstörer, 10 Schnellboote, 12 U-Boote, 8 Binnenminensucher, 17 MZL 520, 5 Versorgungsschiffe, 6 Transporter **Neustadt** 10 Binnenminensucher **Nordholz** 19 Atlantik-Flugzeuge **Olpenitz** 10 Schnellboote 148, 11 schnelle Minensucher, 10 Schnellboote 143, **Schleswig-Jagel** 2 Jabo-Staffeln **Todendorf** 7 Sicherungsboote **Wilhelmshaven** 4 Zerstörer, 6 Fregatten, 1 Küstenminensucher, 12 Minenjäger, 3 kleine Versorger, 5 Transporter

Kiel: 115 Jahre Kriegshafen und Flottenrüstung

sierung und Kriegsvorbereitung stehen.

1959 beginnt dennoch auf den wieder fusionierten Howaldtswerken und

Durchbruch sozialimperialistischer Flottenverbände in die Nordsee verhindern, in der gesamten Ostsee sowjetische Schiffe und Einrichtungen bekämpfen und Landziele angreifen; das ganze parallel zur Vorneverteidigung der Panzerwaffe. Entsprechend diesen Aufgaben ist die Bewaffnung der Bundesmarine ausgerichtet.

Große Überwasserkampfschiffe sollen überwiegend in der Nordsee kämpfen. Besonderes Gewicht wird dabei der im Auftrag der Bundeswehr entwickelten Fregatte der Klasse 122 zukommen, die gegenwärtig gebaut wird. Von ihrer umfangreichen Bewaffnung her eignet sie sich zum Überwasserkampf gegen andere Kriegsschiffe, zur Torpedierung von U-Booten und zur Luftabwehr. Gegen Überwasser- und Landungsverbände sind die beiden Hubschrauber nützlich. Durch die Zuführung der Fregatte 122 wird die Kampfkraft der Marine in der Nordsee, die bislang gestützt auf die Zerstörerverbände hergestellt wurde, erheblich gesteigert. Die Paradepferde sind hier die Zerstörer der LÜTJENS-Klasse, die mit neuen Flugkörpersystemen ausgerüstet wurden.

Die westdeutsche U-Bootwaffe wird

Schwerer Nachteil dieser U-Boote ist, daß sie mehrere Stunden täglich auftauchen müssen zum Aufladen der Batterien.

Die Bundesmarine besitzt die zweitgrößten Minenstreitkräfte der Welt nach der UdSSR, bestehend aus Minenkampfbooten (Minen legen) und Minenjagdbooten (feindliche Minen beseitigen). Zweck dieser Einheiten ist Sicherung von Nordseeabschnitten zur Heranführung von Verstärkungstruppen, Einschränkung sowjetischer Operationsfreiheit in der Ostsee und Sperrung der Ostseezugänge. Neueste Entwicklung dabei ist das Minenabwehrsystem Troica, das mit Hilfe von simulierten Schiffen durch Attrappen gelegte Minen auch in flachem Wasser räumen kann. Zum Minenlegen in sowjetisch kontrollierten Gewässern ist die Minenflotte nicht geeignet; dafür werden U-Boote oder Marinejagdbomber eingesetzt.

Im Rahmen der Vorneverteidigung in Richtung Osten ist die amphibische Flotte unverzichtbar. Ihr Einsatzgebiet sind ,,... Regionen, die durch dort präsente Kräfte gegenüber einem überlegenen Gegner nur schwach verteidigt

Schaden der Seekriegsführung aus, es trug entscheidend zum Mißlingen erfolgversprechender Unternehmungen bei.'' (Kommandeur der Marinefliegerdivision Deckert, Marine Rundschau 12/79). Neben dem Bau der Fregatte 122 ist die Ersetzung der Starfighter F-104 durch das Kampfflugzeug MRCA/Tornado als Marinejagdbomber, die jetzt anläuft, das größte Projekt der Bundesmarine. Schneller und wendiger, mit breitgefächerter Bewaffnung mit Flugkörpern, Bomben und Kanonen sowie der Möglichkeit zum Minenlegen, dienen die Tornados zur Bekämpfung sowjetischer Flotten, zum Sturmreifbomben von bestimmten Küsten, aber auch zum Angriff auf Landziele.

Im Rahmen der NATO ist die Seekriegsführung im Abschnitt Ostsee bei dem drohenden Weltkrieg ausschließlich durch die Marinestreitkräfte der BRD mit Unterstützung Dänemarks zu bewerkstelligen. Darauf sind die hier stationierten Einheiten spezialisiert. Entsprechende Bewaffnung haben die US-Imperialisten nicht, allenfalls 6 Tragflügelboote, sie sie auch erwägen nach Kiel zu verlegen.

NATO
Warschauer Pakt
übrige Länder

Standorte der Bundesmarine

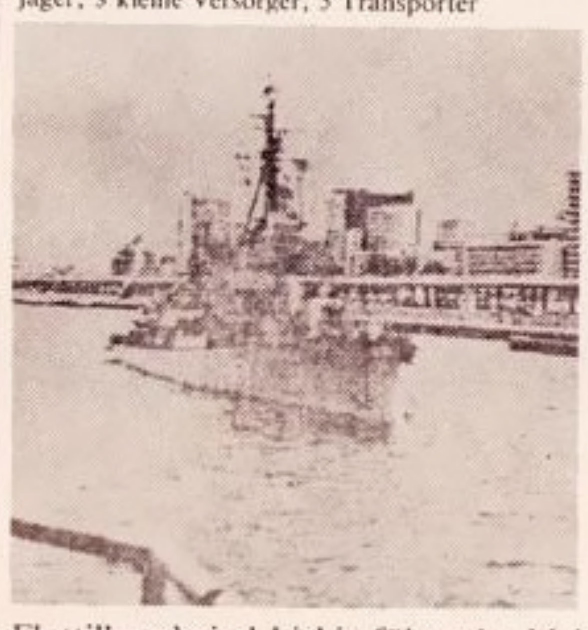
Borkum 1 Mehrzwecklandungsboot (MZL) 520 Eckernförde 12 U-Boote 206, 2 MZL 520, 2 Minentaucherboote, 9 Boote Eggebeck 1 Jagdbomberstaffel F-104, 1 Aufklärungsstaffel RF-104 Flensburg 10 Schnellboote 148, 10 schnelle Minensucher, 2 Minentransporter, 5 U-Jäger, 3 Meßboote, Schulschiffe Glücksburg/Kiel 7 Zerstörer, 10 Schnellboote, 12 U-Boote, 8 Binnenminensucher, 17 MZL 520, 5 Versorgungsschiffe, 6 Transporter Neustadt 10 Binnenminensucher Nordholz 19 Atlantik-Flugzeuge Olpenitz 10 Schnellboote 148, 11 schnelle Minensucher, 10 Schnellboote 143, Schleswig-Jagel 2 Jabo-Staffeln Todendorf 7 Sicherungsboote Wilhelmshaven 4 Zerstörer, 6 Fregatten, 1 Küstenminensucher, 12 Minenjäger, 3 kleine Versorger, 5 Transporter

Kiel: 115 Jahre Kriegshafen und Flottenrüstung

r.drp. 1865 besetzt Preußen Kiel im schl.-holst. Befreiungskrieg gegen Dänemark und errichtet das erste Marinedepot überhaupt. 1867 besiegelt Bismarck mit dem Norddeutschen Bund die Hegemonie Preußens; aus dem Depot wird die erste Kriegswerft. Auf der Kaiserlichen, der Germania Werft und in der Eisenschmiede Howaldts entsteht der Großteil der Tirpitzschen Flottenbauprogramme 1873, 1898 und 1900. 1895 wird der Kanal fertiggestellt, ,,um unsere ganzen Streitkräfte nach der Ostsee oder Nordsee zu werfen'' (Moltke). Kiel wird neben Wilhelmshaven bedeutenster Kriegsmarinestützpunkt. Kiel wird aber durch die enge Verbindung von Werft-, Rüstungsarbeitern und Matrosen neben Wilhelmshaven auch zum Ausgangspunkt der Revolution 1918 zur Beendigung des imperialistischen Krieges und des Sturzes von Monarchie und Bourgeoisie.

1928 beginnt letztere auf der Deutschen Werft AG, vormals Kaiserliche, mit dem Panzerkreuzer A wieder Flottenrüstung, um sich ,,an einem Kampf... mit wirklichen Aussichten... zu beteiligen'' (Reichswehrminister Groener). 1937 fusionieren die Faschisten Deutsche Werft AG und Howaldtswerke AG und organisieren Kiel auf U-Boot-Rüstung, Torpedobau und Munitionsherstellung im Verlaufe des 2. Weltkrieges vollständig um. 1945 sind es wieder die Werft-, Rüstungsarbeiter und 70000 demobilisierte Marinesoldaten, die die vollständige Entlassungs-, Besatzungs-, Demontage- und Zerstörungspolitik der britischen Besatzer bekämpfen, ca. 50% der Anlagen retten und 1955 an der Spitze des Kampfes gegen Remilitarisierung und Kriegsvorbereitung stehen.

1959 beginnt dennoch auf den wieder fusionierten Howaldtswerken und Deutsche Werft AG unter staatlicher Regie des Salzgitterkonzerns die U-Boot-Rüstung. Im 1975 erstellten Großdock werden 2 Fregatten 122 erstellt werden. Auf der MaK läßt Krupp seither Torpedos, Geschütze und kleinere Einheiten (Troika) erstellen. Hell, Elac, Anschütz und HDW/Hagenuk liefern Zubehör. Ein Viertel der Kieler ist wieder in Rüstung organisiert. An der Tirpitzmole liegen mit 7 Zerstörern die Hälfte, mit 12 U-Booten ebenfalls die Hälfte, mit 10 Schnellbooten ein Drittel und mit 8 Minenräumbooten und 17 Landungsbooten ein weiteres Viertel der schwimmenden Einheiten der westdeutschen Kriegsmarine. Zerstörer- und U-Bootflottille haben hier ihre Stäbe. Von Holtenau aus wird die Marinefliegerdivision befehligt. Ein drittes Mal braucht es trotzdem nicht wie 1914 und 1939 ausgehen.





Flottillenadmiral Liebig führte im Mai vor dem Deutschen Marine Institut aus: ,,Die Betrachtung der wirtschafltichen Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland von der See und von überseeischen Gebieten und der Gefahren, die unsere Sicherheit bedrohen können, läßt sich nicht regional begrenzen.'' Verbittert stellt er fest: ,,Zum Schutze ihrer Interessen haben immer mehr Küstenstaaten der Dritten Welt Seestreitkräfte aufgebaut.'' Er findet daher richtig, ,,daß auch Einheiten unserer Marine, gemessen an ihren Möglichkeiten im nationalen und im Interesse des Bündnisses in überseeischen Gewässern ihre Flagge zeigen.'' (Marineforum 7/8-1980). Links: BRD-Zerstörer Z4 in Lagos, Westafrika (März 80); Rechts: Zerstörer Lütjens, Führungsschiff des Verbandes in den Indischen Ozean im Juli 80.